

20. Jahrgang

4/93

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Lokalstudien zum Nationalsozialismus

Eberhard Jäckel
Horst Zecha
Joachim Scherrieble
Barbara Hammerschmitt
Benigna Schönhagen
Hans Schultheiß
Dirk Schubert
Isabell Sprenger
Thomas Stöckle
Roland Müller

Lokalstudien zum Nationalsozialismus
Machtübernahme in Sindelfingen
Reichenbach/Fils im Kirchenkampf
Rassische Verfolgung in Schorndorf
Kriegszeit in Stuttgart und Tübingen
Kriegsende an der Heimatfront
Stadtsanierung am Beispiel Hamburg
Stadt und Konzentrationslager in Groß-Rosen
Die »Aktion T4« in Grafeneck
Überblicksdarstellungen zur NS-Zeit

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Hauptschriftleiter) – Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 70190 Stuttgart (Schriftleitung) – Frauke Borst, Mozartweg 32, 73732 Esslingen (Redaktionslektorat).

Dr. Harald Bodenschatz, Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, Dovesstraße 1–5, 10587 Berlin – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 10787 Berlin – Professor Dr. Rainer Joos, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettlingerstraße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 44789 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Franz-Josef-Strauß-Ring 4, 80539 München.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 134,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 105,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 35,20 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 0711 / 78630. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

Lokalstudien zum Nationalsozialismus

EBERHARD JÄCKEL, Editorial 289

ABHANDLUNGEN

HORST ZECHA, Machtübernahme und Machtausbau in Sindelfingen 293

JOACHIM SCHERRIEBLE, Reichenbach/Fils im Kirchenkampf 305

BARBARA HAMMERSCHMITT, Rassische Verfolgung in Schorndorf 321

BENIGNA SCHÖNHAGEN, Kriegszeit in Stuttgart und Tübingen 338

HANS SCHULTHEISS, Kriegsende an der Heimatfront 353

DIRK SCHUBERT, Stadtsanierung im Nationalsozialismus. Propaganda und Realität am Beispiel Hamburg 363

KLEINE BEITRÄGE

ISABELL SPRENGER, »Erbarungsloses Schweigen« – Bevölkerung und Konzentrationslager in Groß-Rosen 377

THOMAS STÖCKLE, Die »Aktion T4« in Grafeneck 381

SAMMELBESPRECHUNGEN

ROLAND MÜLLER, »Lokalgeschichte in Deutschland – eine Mühe, die sich lohnt?« Überblicksdarstellungen zur NS-Zeit 385

GERHARD F. VOLKMER, »Plötzlich waren sie alle weg.« Literatur zum Schicksal der Juden in den nationalsozialistischen Städten 395

TILMAN HARLANDER, Bombardierung und Städtezerstörung. Neuere Literatur 400

STEFAN GOCH, Stadtgeschichte aus dem Katalog? Begleitbände lokaler NS-Ausstellungen .. 405

DIE AUTOREN 410

BESPRECHUNGEN

ELMAR GASTEN, Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933–1944 (Johann Paul) 411

NORBERT SAHRHAGE, Bünde zwischen »Machtergreifung« und Entnazifizierung (Johann Paul) . 413

REINHILD KAPPES, ... und in Singen gab es keine Juden? (Heiko Haumann) 414

WOLFGANG SCHÄCHE, Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945 (Dirk Schubert) 415

Eberhard Jäckel

Lokalstudien zum Nationalsozialismus

Editorial

Aus guten Gründen ist die Zeit des Nationalsozialismus seit langem, und zwar keineswegs nur in Deutschland, ein stark bevorzugter Gegenstand der historischen Forschung. Während anfänglich übergreifende Studien, etwa Biographien Hitlers und der anderen führenden Personen, Gesamtgeschichten der Machtergreifung, des Herrschaftssystems, der Ideologie und des Krieges, im Vordergrund standen, hat sich der Schwerpunkt in den letzten Jahren von den zentralen Ereignisebenen auf die regionalen, lokalen und sektoralen Bereiche verlagert. Dabei hat insonderheit die Ortsgeschichte einen bemerkenswerten Aufschwung genommen.

Das vorliegende Heft gilt ausschließlich dem Forschungsfeld derartiger Lokalstudien zum Nationalsozialismus. Es ist in der Konzeption und in den meisten Beiträgen eine am Historischen Institut der Universität Stuttgart entstandene Gemeinschaftsarbeit, die ihrerseits eine verwickelte Vorgeschichte hat. Die Stadt Stuttgart hatte seit 1898 für jedes Jahr, wenn auch mit größeren Unterbrechungen, eine stadtgeschichtliche »Chronik« herausgegeben. Als der Band für die Jahre 1933 bis 1945 im nachhinein in einen Meinungsstreit geriet, schlug Oberbürgermeister Manfred Rommel dem Historischen Institut vor, das heikle Thema zum Gegenstand einer Doktorarbeit zu machen.

Das entsprach nicht nur einem neuerwachten Interesse an wissenschaftlich fundierter Ortsgeschichte. Es kam auch der Tendenz der Forschung nach vertiefter Spezialisierung entgegen. In der Tat kann Stadtgeschichte, wenn sie hohen Ansprüchen gerecht werden soll, nicht von der Stadtverwaltung unter der Aufsicht des Gemeinderates, sondern nur von ausgebildeten und unabhängigen Historikern geschrieben werden. Freilich konnte schon wegen des Grundrechts der Freiheit von Forschung und Lehre und der entsprechenden Grundpflicht der Universitäten eine Auftragsarbeit nicht in Betracht kommen. Es wurde daher vereinbart, daß die Stadt ein Stipendium (nach den Richtlinien der Landesgraduiertenförderung) und einen Druckkostenzuschuß gewährte, ohne irgendeinen Einfluß auf den Inhalt der Arbeit zu erhalten.

Indem so die Interessen der Stadt und der Wissenschaft zur Deckung gebracht worden waren, entstand eine neuartige Form der Forschungsförderung. Das Modell machte rasch Schule. In der Folge wandten sich mehrere Gemeinderäte und Oberbürgermeister mit der Bitte an das Stuttgarter Historische Institut, gleichfalls eine Geschichte ihrer Stadt in der Zeit des Nationalsozialismus zu bekommen. Nicht alle vermochten die Notwendigkeit unabhängiger Forschung und die damit verbundenen Vorteile auch für die Gemeinden von vornherein einzusehen. Das Historische Institut beharrt jedoch darauf, nur Stipendien ohne irgendwelche Auflagen annehmen zu können. Historische Forschung kann nicht an die Zustimmung von Geldgebern gebunden werden.

Schon während der Vorbereitung der ersten Arbeit, über die Geschichte Stuttgarts (von Roland Müller), die 1988 unter dem Titel »Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus« als Buch erschien, hatte es sich als notwendig erwiesen, die besonderen methodischen Anforderungen in einem Seminar zu erörtern. Als kurz danach eine entsprechende Arbeit über Tübingen (von Benigna Schönhagen) hinzukam, die 1991 mit dem Titel »Tübingen unterm Hakenkreuz« als Buch veröffentlicht wurde, und darauf weitere Vorhaben über Sindelfingen (von Horst Zecha), Schorndorf (von Barbara Hammerschmitt) sowie Reichenbach an der Fils (von Joachim Scherrieble) folgten, die noch nicht abgeschlossen sind, wurde aus dem Seminar eine nunmehr seit vielen Semestern bestehende ständige Einrichtung.

Alle Abhandlungen des vorliegenden Heftes (außer derjenigen von Dirk Schubert) und auch die beiden Kleinen Beiträge über Groß-Rosen und Grafeneck sind aus diesem Seminar hervorgegangen. Obwohl fast alle Autoren Doktorarbeiten vorbereiten, erscheinen hier jedoch nicht etwa auszugsweise Vorausveröffentlichungen. In den Vorbesprechungen wurde vielmehr festgelegt, daß verschiedene Aspekte der Ortsgeschichte jeweils an einem Fall beispielhaft behandelt werden sollten: Machtübernahme und Machtausbau in Sindelfingen, Kirchenkampf in Reichenbach, rassistische Verfolgung in Schorndorf, Kriegszeit in Stuttgart und Tübingen, Kriegsende in Brettheim, Reaktionen der Bevölkerung in Groß-Rosen auf das dortige Konzentrationslager sowie die Tötungen von Behinderten in Grafeneck. Buchbesprechungen registrieren und kritisieren den inzwischen erreichten Forschungsstand.

Auf diese Weise soll zum einen die große Vielfalt der Themen vorge-

stellt werden, die in ortsgeschichtlichen Untersuchungen zum Nationalsozialismus zu behandeln sind. Zum anderen sollen die methodischen Probleme verdeutlicht werden. Ortsgeschichte stellt nämlich sehr spezifische und keineswegs einfache methodische Ansprüche. Wenn sie sich, wie in den früher weitverbreiteten Darstellungen üblich, auf die örtlichen Ereignisse beschränkt, wird sie ihr Ziel fast immer verfehlen. Denn die Orte leben nicht für sich allein, sondern in größeren Zusammenhängen. Nur wenn berücksichtigt wird, was von außen in sie einwirkt, kann eine zuverlässige Darstellung entstehen. Das gilt für alle Zeiten, insonderheit aber für die Zeit des Nationalsozialismus.

Machtübernahme, Kirchenkampf, Rassenverfolgung und Krieg entstanden ja nicht in den Städten und Dörfern, sondern in der Regierungszentrale. Freilich wirkten sie sich in den Orten aus, aber nicht überall in gleicher Weise. Wissenschaftliche Ortsgeschichte hat die überaus schwierige Aufgabe, das für das ganze Land Typische vom Besonderen zu unterscheiden. Das ist etwa bei den Wahlergebnissen sehr einfach. Ob und inwieweit die vor der Machtübernahme für die NSDAP abgegebenen Stimmen über oder unter dem Landes- oder Reichsdurchschnitt lagen, läßt sich leicht ermitteln. Aber die Frage stellt sich auch für alle anderen Bereiche, und da wird es sehr schwierig.

Wurde eine bestimmte, von oben angeordnete Maßnahme etwa der Judenverfolgung am Orte verschärft oder gemildert? Entsprach die Ausführung dem landesweit Üblichen, oder wich sie davon ab? Nur wer solche Fragen zuverlässig beantworten kann, wird der Geschichte eines Ortes wirklich gerecht. In diesem Bereich entstehen gerne Legenden derart, daß in der eigenen Gemeinde die Akzeptanz des Regimes geringer oder der Widerstand größer gewesen sei als anderswo.

Die Wahrheit kann man nur dann ermitteln, wenn man weiß, wie sich der entsprechende Vorgang an den anderen Orten zugetragen hat. Das ist die schwierige Dialektik der Ortsgeschichte. Sie will und muß das Besondere darstellen und kann es nur, wenn sie das Allgemeine kennt. Sie setzt daher zunächst einmal eine gründliche Kenntnis der allgemeinen Geschichte voraus. Wer die Grundzüge der nationalsozialistischen Politik nicht kennt, kann ihre Auswirkungen in einem einzelnen Ort nicht richtig beurteilen. Damit nicht genug, setzt aber Ortsgeschichte eigentlich auch noch Kenntnisse voraus, die sie erst erarbeiten soll. Denn nur aus einem Vergleich kann sich ergeben, ob ein Vorgang an einem Ort von den ent-

sprechenden Vorgängen an anderen Orten abwich. Mit anderen Worten: Wer nicht weiß, wie die Entwicklung in den anderen Orten verlief, kann auch die des zu untersuchenden Ortes nicht vollständig beurteilen. Es liegt auf der Hand, daß dies erst dann geleistet werden kann, wenn eine Vielzahl von derartigen Untersuchungen vorliegt.

Daraus aber erwächst dann auch ihr übergeordneter Nutzen. Sie haben eine doppelte Funktion. Einerseits sollen sie den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, wie die Entwicklung in ihren Orten verlief. Daran besteht ein zunehmendes Interesse, und das soll befriedigt werden. Andererseits sollen sie auch der allgemeinen Geschichte einen Nutzen erweisen. Erst wenn wir zuverlässig wissen, wie die nationalsozialistische Herrschaft sich auf der lokalen Ebene auswirkte, von dort getragen oder behindert wurde, wird sich ein umfassendes Gesamtbild ergeben. Dann werden wir manche Züge jener Zeit besser verstehen, als wir sie verstanden haben, solange nur die zentralen Ereignisse und die Führungsebenen untersucht worden waren.

Ortsgeschichte ist mithin ein Forschungsprozeß, der sich einerseits fortgesetzt selbst bedingt und befruchtet, und der andererseits, wenn er eine Zeitlang betrieben worden ist, auch die allgemeine Geschichte bereichert. Er verdient daher nicht nur aus lokalem, sondern auch aus übergeordnetem Interesse nachhaltige Förderung. Mit dem vorliegenden Heft soll eine Zwischenbilanz gezogen und zugleich auf die in der Zukunft liegenden Aufgaben der Ortsgeschichte hingewiesen werden.

November 1993

Eberhard Jäckel

Horst Zecha

Machtübernahme und Machtausbau in Sindelfingen

»In dem ehemals so roten und ach so demokratischen Sindelfingen weht die Hakenkreuzfahne vom Rathaus...«, formulierte ein nationalsozialistischer Verfasser in einem Artikel der Sindelfinger Zeitung vom 10. März 1933 mit unverhohlener Genugtuung. Auch wenn diese vielerorts durchgeführten symbolischen Flaggenhissungen noch keineswegs die endgültige Machtübernahme vor Ort bedeuteten, werfen sie doch die Frage auf, wie es den Nationalsozialisten gut fünf Wochen nach dem Amtsantritt Hitlers in Berlin gelungen war, auf kommunaler Ebene offensichtlich schon entscheidenden Einfluß zu gewinnen. Für Sindelfingen stellt sich die Frage um so drängender, da ein Blick auf die Verhältnisse zu Beginn der dreißiger Jahre zeigt, daß die Einschätzung als »rot« und »demokratisch« durchaus den Tatsachen entsprach.

Die 1263 gegründete Stadt hatte jahrhundertlang ein bescheidenes Dasein als Bauern- und Weberort geführt, bevor 1915 die Ansiedlung eines Werkes der Daimler-Motoren-Gesellschaft (ab 1926 Daimler-Benz AG) zu einer raschen Industrialisierung und schnellem Wachstum führte.¹ Neben diesem größten Arbeitgeber (1927 ca. 2000 Beschäftigte) gab es noch vier weitere größere Fabriken (je 100–300 Beschäftigte) sowie zahlreiche kleine Handwerksbetriebe. Wie überall in Württemberg war auch unter den knapp 7000 Einwohnern Sindelfingens der landwirtschaftliche Nebenerwerb weit verbreitet, was sicherlich dazu beigetragen hat, die Folgen der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre abzumildern.²

Politisch konnte die Stadt auf eine gefestigte demokratische Tradition zurückblicken.³ Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich ein örtlicher Demokratischer Ver-

¹ Zur Geschichte Sindelfingens allgem. H. Weisert, Sindelfingen im Wandel der Zeit, Sindelfingen 1988. Zur wirtschaftl. Entwicklung im 19. und 20. Jh. E. Steim, Die Industrialisierung der Städte Böblingen und Sindelfingen, Diss., Tübingen 1950; H. Zecha, Aus der Geschichte des Daimler-Benz-Werkes Sindelfingen, in: *Stadtarchiv Sindelfingen* (Hrsg.), Sindelfinger Fundstücke. Von der Steinzeit bis zur Gegenwart, Sindelfingen 1991, S. 101ff.

² Die Arbeitslosenquote (berechnet auf die Zahl der Erwerbstätigen) lag in Sindelfingen Anfang 1932 bei ca. 14% und damit höher als im württembergischen Durchschnitt (10,7%), aber niedriger als im Deutschen Reich (20,4%). Quelle für Sindelfingen: Eigene Berechnungen aufgrund des Verwaltungsberichts 1932 (Sindelfinger Zeitung [SZ] 14. 1. 1933), für Württemberg und das Dt. Reich Berechnungen auf der Grundlage von Th. Schnabel (Hrsg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, Stuttgart 1982, S. 318 u. 324f.

³ F. Heimberger, Geschichte der politischen Parteien in Sindelfingen, in: *Stadt Sindelfingen* (Hrsg.), Jahrbuch (JB) 1974, S. 293ff.; H. Zecha, 100 Jahre SPD Sindelfingen. Teil 1: Von den Anfängen bis 1945, Sindelfingen 1991.

ein gegründet, und bis weit in die Weimarer Republik hinein blieb die Deutsche Demokratische Partei (DDP) die stärkste Fraktion im Gemeinderat. Daneben lassen sich erstaunlich früh sozialdemokratische Aktivitäten nachweisen. Schon 1878 hat kurzzeitig ein SPD-Ortsverein bestanden, und Ende der zwanziger Jahre war es den Sozialdemokraten gelungen, die führende Stellung in der Sindelfinger Kommunalpolitik einzunehmen. Im letzten frei gewählten Gemeinderat vom Dezember 1931 waren von den 18 Mitgliedern sechs Sozialdemokraten, fünf Demokraten, vier Vertreter der Freien Wählervereinigung, zwei Kommunisten und einer Nationalsozialist.

Ein ähnliches Bild ergeben die Landtags- und Reichstagswahlergebnisse. Während die NSDAP bei den Wahlen im Juli 1932 reichsweit auf 37,3% kam, erhielt sie in Sindelfingen nur 24% und blieb damit weit hinter der SPD (33,2%) zurück.⁴ Die Schwäche der Nationalsozialisten vor 1933 verdeutlichen auch die geringen Mitgliederzahlen der örtlichen NSDAP. Erst im Herbst 1931 wurde eine eigene Ortsgruppe gegründet, die zunächst etwa zehn Personen umfaßte und auch bis zu Hitlers Machtübernahme im Januar 1933 nur auf höchstens 40 Mitglieder angewachsen war.⁵

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, die häufig mit einer sofortigen und vollständigen »Machtergreifung« der Nationalsozialisten in allen Bereichen gleichgesetzt wird, fand auf kommunaler Ebene zunächst keinen spürbaren Niederschlag, die Gemeinderatsarbeit nahm ihren gewohnten Gang.⁶ Die Parteien allerdings bereiteten sich auf die für den 5. März angesetzten Reichstagswahlen vor, wobei besonders die örtliche SPD und die ihr nahestehenden Organisationen nochmals einen engagierten Wahlkampf gegen die Nationalsozialisten führten, der seinen Höhepunkt am 26. Februar in einer Kundgebung auf dem Rathausplatz fand, an der sich laut Zeitungsbericht insgesamt über 1000 Menschen beteiligten. Auch die Nationalsozialisten machten erstmals in großem Stil mobil und luden für den 4. März zu einem »Deutschen Abend« in den Städtischen Saalbau sowie zu einem Fackelzug von SA-, SS- und Stahlhelmverbänden ein. Eine für den 3. März vorgesehene Versammlung der KPD wurde hingegen vom Bürgermeister mit Hinweis auf die bestehenden

Vorschriften verboten, »alle kommunistischen Druckschriften einschließlich Plakaten und Flugblättern« wurden beschlagnahmt.⁷

Trotz Terror und Propaganda verfehlten die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl vom 5. März mit 43,9% die absolute Mehrheit. In Sindelfingen blieb die NSDAP mit 33,6% wiederum weit hinter dem Reichsergebnis zurück. Die SPD stellte mit 28,5% ihren immer noch starken Rückhalt bei der Wählerschaft unter Beweis und konnte die Nationalsozialisten in zwei der vier Stimmbezirke sogar hinter sich lassen.⁸

Ungeachtet des enttäuschenden Wahlausgangs begannen die Nationalsozialisten ihre Macht auf allen Ebenen auszubauen. Am 8. März wurde die württembergische Regierung durch die Einsetzung des mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Reichskommissars von Jagow faktisch entmachtet, mit der Bestellung von Gauleiter Murr zum Reichsstatthalter fand die Machtübernahme in Württemberg Anfang Mai 1933 ihren Abschluß.⁹ Zu den ersten Maßnahmen der neuen Machthaber gehörte die Beflaggung der Dienstgebäude mit Hakenkreuzfahnen. Dieses Vorgehen fand offensichtlich ohne ausdrücklichen Befehl von oben in den Kommunen spontane Nachahmung. Wie bei der bereits erwähnten Flaggenhissung auf dem Sindelfinger Rathaus ergriffen dabei zumeist ortsansässige SA-Verbände die Initiative.¹⁰ Widerstand seitens des Bürgermeisters oder des nach wie vor amtierenden demokratisch gewählten Gemeinderats gegen diesen Willkürakt, wie er andernorts vereinzelt festzustellen war, scheint es in Sindelfingen nicht gegeben zu haben. Sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten diskutierten unter dem Hakenkreuz weiterhin über Dolenbeiträge und Holzverkäufe, als wäre nichts geschehen.

Unmittelbar nach der Einsetzung von Jagows zum Reichskommissar begann auch in Württemberg eine großangelegte Verhaftungs- und Verbotswelle gegen Kommunisten und Sozialdemokraten. Am 17. März erfolgten in Sindelfingen die ersten Kommunistenverhaftungen. In dieser Nacht wurden acht KPD-Mitglieder festgenommen und am 20. März in das neu eingerichtete Konzentrationslager auf dem Heuberg bei Stetten gebracht.¹¹ Die Umstände der Verhaftungen, die sich in allen Fällen ähnlich

⁴ Reichstagswahlergebnisse: A. Milatz, Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930–1933, in: E. Matthias / R. Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Königstein 1979, I S. 743ff. für Sindelfingen: H. Zecha (s. A 3), S. 58.

⁵ Staatsarchiv Ludwigsburg (StALu) EL 902/4, 6/35/7489/7441 u. PL 501, Bü. 94f.; Stadtarchiv Sindelfingen (StAS) FA 9804. Präzise Mitgliederzahlen sind nicht mehr zu ermitteln, da die Unterlagen der Sindelfinger NSDAP bei Luftangriffen im Herbst 1944 vernichtet wurden. Die im StAS vorliegenden Mitgliederlisten (FA 9804) wurden 1945 nach mündlichen Angaben rekonstruiert, die Beitrittsregister im StALu (PL 501) sind nur lückenhaft erhalten.

⁶ H. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970, S. 61f.

⁷ StAS FA 6201. Grundlage für das Verbot war die Notverordnung, die die Regierung nach dem Reichstagsbrand am 28. 2. von Reichspräsident Hindenburg erwirkt hatte. Diese sog. »Reichstagsbrandverordnung« (RGBl. I, 1933, S. 83) setzte zahlreiche Grundrechte außer Kraft und für die Nationalsozialisten somit das entscheidende Instrument zur Ausschaltung ihrer Gegner.

⁸ StAS FA 1025. In einem der vier Stimmbezirke wurde die NSDAP sogar noch von der KPD übertroffen.

⁹ W. Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933, Stuttgart 1959, S. 324ff.; P. Sauer, Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, Ulm 1975, S. 26ff.; Th. Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46, Stuttgart 1986, S. 181ff.

¹⁰ H. Matzerath (s. A 6), S. 66f.

¹¹ StALu EL 902/6, 11/44/1585: Schreiben des Wilhelm Frank vom 2. 11. 1949 u. StAS FA 9880, Namensliste mit Schicksalen politisch Verfolgter während des Nationalsozialismus in Sindelfingen.

abgespielt haben dürften, schildert ein Betroffener: »In der Nacht vom 17. zum 18. März 1933 wurde ich durch den Polizeiwachtmeister [...] aufgefordert, das Haus zu öffnen, [...] erklärte mir, ich sei verhaftet. Einen Haftbefehl konnte er nicht vorweisen. Einige Minuten später erschien der mir bekannte Morgenthaler und forderte mich auf, mich schnell fertig zu machen. [...] Als ich von meiner Wohnung auf die Straße gebracht wurde, sah ich, daß eine Abteilung der SA den Wohnblock umstellt hatte. Morgenthaler gab den Befehl zur Sammlung, und wir wurden unter Begleitung dieser SA-Abteilung in den Polizei-Arrest auf dem Rathaus gebracht. Kurze Zeit später wurde Wilhelm Frank und [...] Josef Armbruster ebenfalls eingeliefert, auch diese Verhaftungen leitete Morgenthaler. Am Vormittag des 18. März erschien Morgenthaler auf der Polizeiwache und ordnete unsere Einlieferung ins Amtsgerichtsgefängnis in Böblingen an. Am 20. 3. 1933 wurden wir mit weiteren Verhafteten aus dem Kreis Böblingen nach dem Heuberg abtransportiert.«¹²

Daß ausgerechnet der Sindelfinger SA-Sturmbannführer Morgenthaler die zentrale Rolle bei den Verhaftungen vom Frühjahr 1933 spielte, war kein Zufall. Er war als Sonderkommissar für das Oberamt Böblingen eingesetzt worden und hatte damit die Weisungsbefugnis gegenüber der örtlichen Polizei.¹³ Insgesamt wurden im Frühjahr 1933 mindestens 12 Personen aus Sindelfingen – darunter auch eine Frau – festgenommen und zum Teil bis zum Herbst in Haft gehalten.

Parallel zur Verhaftung zahlreicher Kommunisten erfolgte die Ausschaltung der KPD-Gemeinderäte. Die Gemeinderatssitzung vom 30. März 1933 fand erstmals ohne die kommunistischen Vertreter statt. Im Protokoll wurde dazu nur lapidar vermerkt: »Den kommunistischen Mitgliedern Geiselhart und Mayer ist durch Erlaß des Innenministeriums vom 28. März 1933, Staatsanzeiger No. 75, die Ausübung ihres Ehrenamtes untersagt.«¹⁴ Daß Karl Geiselhart sein »Ehrenamt« ohnehin nicht mehr hätte wahrnehmen können, weil er sich zu dieser Zeit bereits auf dem Heuberg in Haft befand, verschweigt das Protokoll.

Der Ausschluß der Kommunisten war aber nur der erste Schritt zur völligen Zerschlagung des Gemeinderats. Mit dem »Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« vom 31. März 1933 wurden die bestehenden Gemeinderäte ebenso wie die Länderparlamente aufgelöst. Eine Neubildung sollte nach dem bei der Reichstagswahl am 5. März in der jeweiligen Gemeinde erzielten Wahlergebnis erfol-

gen, wobei die für die Kommunisten abgegebenen Stimmen keine Berücksichtigung mehr finden durften.¹⁵ Für die Übergangszeit bis zum Zusammentritt des neuen Gemeinderats Anfang Mai wurde der Bürgermeister zum alleinigen Vertreter der Gemeinde bestimmt. Damit war der demokratisch gewählte Gemeinderat als zentrales kommunales Entscheidungsorgan beseitigt, und die Nationalsozialisten wußten die Zeit bis zum Zusammentritt des neuen Gremiums zu nutzen, um die demokratischen Parteien und die ihnen nahestehenden Gruppen auf kommunaler Ebene endgültig auszuschalten, soweit dies nicht durch Selbstauflösung geschah.

Nachdem bereits im März die kommunistischen Verbände und Vereine verboten worden waren, wurden am 20. April die Freie Turnerschaft, der Gesangverein Vorwärts, der Arbeiterfahrradverein und die Ortsgruppe der »Naturfreunde« vom Bürgermeister für aufgelöst erklärt.¹⁶ Mit der Auflösung dieser sozialdemokratischen Arbeitervereine, die in der Weimarer Zeit einen beträchtlichen Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt geleistet hatten, war auch das Ende der örtlichen SPD vorgezeichnet. Als die Sozialdemokraten am 21. April ordnungsgemäß eine Mitgliederversammlung anmelden wollten, auf der über Wahlvorschläge für den neuzubildenden Gemeinderat diskutiert werden sollte, teilte der Bürgermeister mit, daß nach Mitteilung des Oberamts Böblingen keinerlei SPD-Versammlungen mehr stattfinden dürften: »Es ist daher Beschluß, die geplante Versammlung zu verbieten.«¹⁷ Dieses Verbot bedeutete faktisch den Ausschluß der Sozialdemokraten von der bevorstehenden Neubildung des Gemeinderats, so daß der Ortsverein offensichtlich keinerlei Perspektive mehr sah, und Bürgermeister Pfitzer am 25. April zu Protokoll nahm: »Es erscheint Karl Körner, Eisendreher hier, und bringt vor: Als bisheriger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Sindelfingen, zeige ich hiermit an, daß sich die Ortsgruppe Sindelfingen der S.P.D. seit 24. April 1933 aufgelöst hat. Vermögen war bei der Auflösung nicht vorhanden.«¹⁸ Damit kapitulierte der traditionsreiche Sindelfinger Ortsverein bereits zwei Monate vor dem reichsweiten Verbot der Partei am 22. Juni. Die Vermutung liegt nahe, daß die örtliche SPD

¹² *StALu* (s. A 11), Aussage des Karl Mager vom 2. 11. 1949.

¹³ *StALu* EL 902/4, 6/35/6416/7396. Am Beispiel Morgenthalers wird deutlich, welche entscheidende Rolle die Sonderkommissare, mit denen die Nationalsozialisten ihre Machtansprüche an noch bestehenden staatlichen und kommunalen Instanzen vorbei bis auf die lokale Ebene durchsetzen konnten, in der Frühphase der Machtübernahme gespielt haben. Vgl. P. Sauer (s. A 9), S. 58f., u. R. Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988, S. 148.

¹⁴ *StAS* Gemeinderatsprotokoll (GRP) 30. 3. 1933, S. 127.

¹⁵ Auf dieser Grundlage hätte sich der auf 12 Sitze verkleinerte neue Sindelfinger Gemeinderat aus fünf Nationalsozialisten, vier Sozialdemokraten sowie je einem Vertreter der DDP, der Deutschnationalen und des Christlich-Sozialen Volksdienstes zusammengesetzt.

¹⁶ *StAS* GRP 1933, S. 159.

¹⁷ *StAS* FA 6201. Die Vorgänge um die Auflösung der Arbeitervereine und des SPD-Ortsvereins zeigen besonders deutlich, wie sich die Rolle des Bürgermeisters im Frühjahr 1933 wandelte. Nach der Auflösung des Gemeinderats hatte er zwar innerhalb der Gemeinde das Machtmonopol, wurde aber gleichzeitig in immer stärkerem Maße Ausführungsorgan übergeordneter Staats- und Parteistellen.

¹⁸ *StAS* FA 1029.

durch ihre Selbstauflösung ihre Mitglieder von direkter Verfolgung, wie sie mittlerweile im ganzen Reich stattfand, zu bewahren versuchte.«¹⁹

Auch die Demokraten reichten für die Neubildung des Gemeinderats im April keinen Wahlvorschlag mehr ein und waren seit den März-Wahlen auch nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten. Am 27. April 1933 waren die beiden bisher bestimmenden Parteien der Sindelfinger Kommunalpolitik gerade noch eine Vier-Zeilen-Meldung in der Sindelfinger Zeitung wert: »Wie uns mitgeteilt wird, hat sich die hiesige Sozialdemokratische Partei aufgelöst. Bei der Demokratischen Partei darf angenommen werden, daß diese hier von selbst der Auflösung verfallen ist.« Auch von der Freien Wählervereinigung, im letzten Gemeinderat immerhin mit vier Sitzen vertreten, waren im Frühjahr 1933 keine Spuren mehr zu entdecken.²⁰

Letztlich wurden für die Neubildung des Gemeinderats nur noch zwei Wahlvorschläge abgegeben: Der gemeinsame Wahlvorschlag der NSDAP mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst und der Deutschen Volkspartei, sowie der Wahlvorschlag der Deutschnationalen, die sich mittlerweile zum Zeichen der Abkehr vom Parteienstaat in »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot« umbenannt hatten und in Listenverbindung mit dem Bauern- und Weingärtnerbund kandidierten. Entsprechend dem Wahlergebnis vom 5. März bekam der Wahlvorschlag der NSDAP im verkleinerten Sindelfinger Gemeinderat 11 Sitze zugeteilt, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot den verbleibenden zwölfen.²¹ Damit war die kommunalpolitische Macht nur drei Monate nach der Regierungsübernahme Hitlers auch im »roten und ach so demokratischen Sindelfingen« ohne nennenswerten Widerstand an die Nationalsozialisten übergegangen.

Da nach der württembergischen Gemeindeordnung der Bürgermeister direkt gewählt wurde und eine starke Stellung einnahm, mußte es das Bestreben der Nationalsozialisten sein, neben dem Gemeinderat auch die Verwaltungsspitze mit Personen ihres Vertrauens zu besetzen. So kam es namentlich in den größeren Städten zur Absetzung der Stadtoberhäupter und zur Neubesetzung der Stelle durch einen Parteigenossen, wobei häufig massiver Terror und konstruierte Korruptionsvorwürfe als Instrument zur Vertreibung der bisherigen Amtsinhaber dienten.²² Insgesamt war die Zahl

der entlassenen Bürgermeister in Württemberg aber vergleichsweise gering, und besonders in kleineren Städten und Dörfern blieben die Ortsvorsteher meistens im Amt.²³ Auch in Sindelfingen stand die Ablösung des seit Mitte 1932 amtierenden Bürgermeisters Pfitzer, der dem bürgerlichen Lager zuzurechnen war, nicht zur Debatte. Zum einen war Pfitzer im Frühjahr 1933 der NSDAP beigetreten und hatte auch bei der konstituierenden Sitzung des neuen Gemeinderats Anfang Mai seine Bereitschaft zur loyalen Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern bekundet, zum anderen waren die kommunalpolitisch unerfahrenen nationalsozialistischen Gemeinderäte auf seine allseits anerkannte fachliche Kompetenz angewiesen. Gestärkt wurde die Position des Bürgermeisters durch das »Gesetz des württembergischen Staatsministeriums über die Ortsvorsteher« vom 30. Juni,²⁴ das die Wahl der Ortsvorsteher durch die Bevölkerung abschaffte und die am 20. Juli im Amt befindlichen Bürgermeister als lebenslänglich ernannt bestimmte. Nachdem zu diesem Zeitpunkt die mißliebigen Ortsvorsteher weitestgehend eliminiert waren, stellte das Gesetz einen konsequenten Schritt zur Verwirklichung des Führerprinzips dar, indem es die kommunalen Spitzenbeamten der Notwendigkeit demokratischer Legitimation entzog.

Zum entscheidenden Instrument zur Gleichschaltung des Verwaltungsapparates auf allen Ebenen wurde das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933,²⁵ das die Entlassung von Beamten aus rassistischen, politischen oder allgemeinen dienstlichen Gründen ermöglichte und den Nationalsozialisten in ihrer Personalpolitik somit weitgehend freie Hand gab. Wie massiv sich dieses Gesetz auch auf kommunalem Gebiet auswirkte und in die Selbstverwaltung der Gemeinden eingriff, machen zwei Beispiele aus Sindelfingen deutlich. Im Frühjahr 1934 war der seit herige Stadtpfleger wegen Unterschlagung entlassen worden, wobei tatsächlich kein politischer Hintergrund vorlag. Der Bürgermeister hatte die Stelle daraufhin ausgeschrieben und zusammen mit dem Gemeinderat unter den 57 eingegangenen Bewerbungen bereits eine Vorauswahl getroffen, als das württembergische Innenministerium mit Erlaß vom 8. März 1934 die Stadt »dringend« ersuchte, die Stelle einem der beiden von ihnen vorgeschlagenen Bewerber zu übertragen.²⁶ Die Vorgeschlagenen, beide ehemalige Bürgermeister, waren zuvor selbst dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zum Opfer gefallen: der eine war aus Gründen des allgemeinen Dienstes entlassen worden, dem anderen wurde die Ernennung zum Bürgermei-

¹⁹ Tatsächlich sind für Sindelfingen keine Verhaftungen von SPD-Mitgliedern nachweisbar. Eine wichtige Rolle spielte sicher auch die passive Haltung der Landes- und Reichspartei, die Widerstandshandlungen auf örtlicher Ebene von vornherein als aussichtslos erscheinen lassen mußte. Vgl. hierzu *Th. Schnabel* (s. A 9), S. 207 ff. u. *E. Matthias*, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: *E. Matthias / R. Morsey* (s. A. 4), S. 158 ff. u. 168 ff.

²⁰ Im Gegensatz zu den Vorgängen bei der SPD dürfte die Auflösung von DDP/DStP und Freier Wählervereinigung in erheblichem Maße mit der seit Anfang der dreißiger Jahre zu beobachtenden Mitgliederabwanderung von den bürgerlichen Parteien zur NSDAP zusammenhängen. Vgl. *K. D. Bracher*, Die deutsche Diktatur, Frankfurt ⁶1979, S. 242 f. u. *J. W. Falter*, Hitlers Wähler, München 1991, S. 369 f.

²¹ StAS FA 1206, GRP 4. 5. 1933, S. 162.

²² *H. Matzerath* (s. A 6), S. 61 ff.; *Th. Schnabel* (s. A 9), S. 187 ff.

²³ *Th. Schnabel* (s. A 9), S. 188 f. nennt als Gründe, daß es in Württemberg fast keine sogenannten »Parteiuchbürgermeister« gegeben habe, daß auf die Fachkompetenz der Amtsinhaber nicht verzichtet werden konnte und daß die in Württemberg schwache NSDAP auch keine personellen Möglichkeiten gehabt hätte, die Stellen adäquat zu besetzen.

²⁴ Regierungsblatt für Württemberg 1933, S. 273 ff.

²⁵ RGBl. I, 1933, S. 175 ff. Zur Auswirkung des Gesetzes auf lokaler Ebene: *H. Matzerath* (s. A 6), S. 74 ff.

²⁶ StAS GRP 16. 3. 1934, S. 101 f.

ster auf Lebenszeit in seiner Heimatgemeinde verweigert, da er sich mit Teilen der Einwohnerschaft überworfen hatte. Nun suchte das Innenministerium für ihre Versorgung weniger exponierte Stellen, um die sonst anfallenden Ruhebezüge zu sparen.²⁷ Das Innenministerium war aber nicht die einzige Institution, die auf die Stellenbesetzung Einfluß nahm. Im Gemeinderatsprotokoll vom 22. März wurde vermerkt: »Der in der heutigen Sitzung anwesende Ortsgruppenleiter Kempf teilt mit, die Gauleitung der N.S.D.A.P. habe ihn beauftragt, dem Gemeinderat davon Kenntnis zu geben, daß sie wünsche, daß dem z. Zt. in Walddorf Oberamt Tübingen als kommissarischer Bürgermeister beschäftigten Verwaltungspraktikanten [...] die Stelle des Stadtpflegers bei der hiesigen Gemeinde übertragen werde.«²⁸ Am 3. April erneuerte das Innenministerium seinen Personalwunsch, und schließlich mischte sich am 26. April auch noch die Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung (NSKOV) mit einem Wunschkandidaten in die Stellenbesetzung ein. Dieser Vorschlag hatte allerdings keine Chancen mehr, denn mittlerweile hatten sich Innenministerium und NSDAP-Gauleitung auf einen gemeinsamen Kompromißkandidaten geeinigt, der nun auch von Gemeinderat und Bürgermeister akzeptiert wurde, wobei dahingestellt bleiben muß, inwieweit dies freiwillig geschah.²⁹

Noch gravierender war die Einflußnahme der Nationalsozialisten im Fall des Sindelfinger Stadtgeometers Paul Mack, der aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Januar 1934 als politisch unzuverlässig aus dem Dienst entlassen wurde.³⁰ Grund dafür war sein früheres Engagement bei der Demokratischen Partei. 1918 war Mack Mitbegründer des württembergischen Landesverbandes der demokratischen Jugend und führte ihn bis 1920. Später trat er als Redner vor Land- und Reichstagswahlen in Erscheinung und engagierte sich auch in der Sindelfinger Ortsgruppe des »Reichsbanners Schwarz-Weiß-Rot«, eines Verbandes republiktreuer Parteien und Organisationen. Obwohl Bürgermeister Pfitzer in seiner Stellungnahme seine politische Tätigkeit so weit wie möglich herunterzuspielen versuchte, scheiterten verschiedene Versuche Macks, seine Wiedereinstellung zu erreichen. Letztendlich ließ er sich als freiberuflicher Vermesser nieder, und die Stelle des Stadtgeometers wurde nicht mehr besetzt.

Parallel zu ihrem Vorgehen auf politischer Ebene betrieben die neuen Machthaber seit Frühjahr 1933 auch auf gesellschaftlichem Gebiet eine konsequente Gleichschaltungspolitik, die hier nur an einigen Beispielen skizziert werden soll. Wichtige Instrumente für die Formierung der Gesellschaft waren dabei die verschiedenen nationalsozialistischen Gliederungen und Verbände, die in Sindelfingen aufgrund der relativen

Schwäche der örtlichen NSDAP erst ab Frühjahr 1933 nennenswert in Erscheinung traten.³¹ Besonders rührig zeigten sich die Hitlerjugend (HJ), die Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Frauenschaft (NSF), die zahlreiche Vortragsabende abhielt, und die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), die immer mehr Kompetenzen im Bereich der Wohlfahrtspflege an sich zog und später besonders durch die jährlichen Sammlungen zum Winterhilfswerk in Erscheinung trat. Für die Stadtverwaltung warfen die zunehmenden räumlichen Ansprüche der verschiedenen NS-Organisationen schon bald große Probleme auf, die im November 1933 auch im Gemeinderat zur Sprache kamen: »Es mehren sich die Gesuche um unentgeltliche Überlassung von städtischen Räumen (Saalbau, Turnhalle, Altes Rathaus, Realschule) in einem Maße, das zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde in keinem Verhältnis steht.«³² Versuche des Bürgermeisters, diesen Zustand zu ändern, scheiterten in der Folgezeit wohl nicht zuletzt daran, daß die Stadtverwaltung vor einer Machtprobe mit den nationalsozialistischen Gruppierungen zurückschreckte.

Auch außerhalb der NS-Organisationen wurde die Gleichschaltung weiterverfolgt. Nachdem die Arbeitervereine aufgelöst worden waren, organisierten sich die noch verbliebenen bürgerlichen Vereine neu nach den Vorgaben der nationalsozialistischen Machthaber. Wie weit dabei der Einfluß der Partei ging, verdeutlicht das Protokoll der Mitgliederversammlung des Turnerbundes Sindelfingen vom 5. November 1933: »4. Wahl des Vereinsführers. Vorstand [...] wies darauf hin, daß der künftige Vereinsführer das unbedingte Vertrauen der Mitglieder besitzen müsse. Die ganze Verantwortung für den Verein habe in Zukunft der Vereinsführer allein zu tragen und zwar nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. [...] Hierauf wurde durch Zuruf der seitherige Vorstand [...] einstimmig zum Vereinsführer wiedergewählt. [...] Ortsgruppenleiter Harr weist auf die Verantwortung eines Vereinsführers hin und gibt bekannt, daß der Gewählte die Zustimmung der Ortsgruppenleitung finde...«³³

Im schulischen Leben fand die NS-Ideologie besonders schnell und intensiv Eingang.³⁴ Zahlreiche Erlasse des württembergischen Kultministeriums aus dem Jahr 1933 verfügten beispielsweise die Abhaltung spezieller Unterrichtseinheiten zur »nationalen Erhebung«, die Einführung rassekundlicher Themen in den Biologieunterricht, die Benutzung einer einheitlichen Befehlssprache für den Sport sowie die Einführung des Hitlergrußes. Die Tagebücher der Sindelfinger Volksschule geben beredtes

²⁷ Vgl. *Th. Schmabel* (s. A 9), S. 200 f.

²⁸ *StAS GRP 22. 3. 1934*, S. 109 f.

²⁹ *StAS GRP 3. 4. u. 26. 4. 1933*.

³⁰ *StAS FA 1298*, Personalakte Paul Mack. Dort auch das Folgende.

³¹ Zu Entstehung und Aufgaben der einzelnen Gliederungen und Verbände: *M. Broszat*, *Der Staat Hitlers*, München ¹²1989, S. 58 ff. u. *H. Kammer / E. Bartsch*, *Jugendlexikon Nationalsozialismus*, Hamburg 1982, unter dem jeweiligen Stichwort.

³² *StAS GRP 28. 11. 1933*, S. 532.

³³ *StALu F 257*, Bü. 968.

³⁴ Zu Schule und Erziehung im Nationalsozialismus: *K. D. Bracher* (s. A. 20), S. 284 ff. u. *Georg L. Mosse*, *Der nationalsozialistische Alltag*, Königstein 1979, S. 14 f. u. S. 285 ff. Zu den Vorgängen in Württemberg *P. Sauer* (s. A 9), S. 209 ff.

Zeugnis von der grundlegenden Umgestaltung des Lehrbetriebes schon 1933. Äußerlich sichtbare Zeichen der Gleichschaltung waren die Umbenennung der Höheren Bezirksschule in Adolf-Hitler-Schule bereits im April 1933 und die Umbenennung der Volksschule in Horst-Wessel-Schule 1938.³⁵

Auch die örtliche Kirchengemeinde konnte und wollte sich dem nationalsozialistischen Einfluß zunächst nicht entziehen. Ebenso wie der württembergische Landesbischof Wurm stand auch der Sindelfinger Stadtpfarrer der nationalsozialistischen Machtübernahme am Anfang positiv gegenüber und brachte dies auch in mehreren Ansprachen, beispielsweise vor der Nationalsozialistischen Frauenschaft oder anlässlich der Maifeiern deutlich zum Ausdruck.³⁶ Für die Kirchengemeinderatswahlen vom 23. Juli 1933 kam es in Sindelfingen wie vielerorts gemäß den Vorgaben der NSDAP, aber auch der kirchlichen Landesbehörden, zu einer gemeinschaftlich von Kirchengemeinde und NSDAP erstellten Wahlliste. Das Protokoll der Kirchengemeinderatssitzung vom 20. Juli 1933 macht deutlich, wer in dieser Verbindung die dominierende Rolle spielte: »Der Vorsitzende berichtet über seine Verhandlungen mit dem Ortsgruppenleiter der NSDAP, H. Harr betr. gemeinsamer Wahlvorschlag zur Kirchengemeinderatswahl und verliest hierzu das Schreiben des H. Harr in dieser Sache, wonach er gemäß Anweisung seiner vorgesetzten Dienststelle, der Gauleitung der NSDAP, beauftragt ist, dafür zu sorgen, daß im künftigen Kirchengemeinderat 70%, jedoch mindestens 51% Nationalsozialisten vertreten sind. Er stellte eine Liste von neun Namen auf, in der überwiegend Nationalsozialisten und nur zwei bisherige Kirchengemeinderäte vertreten sind. Dem Vorsitzenden gelang es in persönlichen Verhandlungen mit H. Harr einen Wahlvorschlag mit elf Namen durchzusetzen, der neben sieben Nationalsozialisten auch vier bisherige Mitglieder des Kirchengemeinderats enthält.«³⁷ Bei neun zu wählenden Vertretern war eine nationalsozialistische Mehrheit immer noch sicher. Erst mit der Zwangseingliederung der evangelischen Jugend in die Hitlerjugend Anfang 1934 und der zunehmend offenen Einmischung der Machthaber in die Selbstbestimmung der württembergischen Landeskirche bis hin zur zeitweiligen Absetzung von Landesbischof Wurm verschlechterte sich auch das Verhältnis der Sindelfinger Kirchengemeinde zur örtlichen NSDAP deutlich. Letztendlich ist es der Sindelfinger Kirchengemeinde als einziger gesellschaftlicher Institution gelungen, wenigstens eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren bzw. wiederzugewin-

³⁵ Kreisarchiv Böblingen F 5140 u. StAS FA 5002/1.

³⁶ SZ 2. 5. 1933. Zur evangelischen Kirche in Württemberg: G. Schäfer, Dokumentation zum Kirchenkampf. Die evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus, 6 Bde., Stuttgart 1971 ff.; J. Thierfelder / E. Röhm, Die evangelische Landeskirche von Baden und Württemberg in der Spätphase der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reiches, in: Th. Schnabel (s. A 2), S. 219 ff.

³⁷ Archiv der evangelischen Kirchengemeinde Sindelfingen, Kirchengemeinderatsprotokolle Bd. 1, S. 175.

nen. Bei allen anderen politisch und gesellschaftlich relevanten Institutionen der Stadt war die Gleichschaltung im Frühjahr 1934 vollzogen. Wie die geschilderten Vorgänge zeigen, waren dazu keineswegs immer staatliche Zwangs- oder Terrormaßnahmen oder deren Androhung nötig. Oft vollzog sich die Gleichschaltung in einem Zusammenspiel obrigkeitlicher Anordnungen und bereitwilliger Mitarbeit vor Ort.

Der politische Machtausbau der Nationalsozialisten auf kommunaler Ebene fand mit der neuen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 seinen vorläufigen Höhepunkt.³⁸ In Durchsetzung des Führerprinzips wurde der Bürgermeister zum alleinigen Vertreter und Entscheidungsorgan der Gemeinde. Die Gemeinderäte hatten nur noch beratende Funktion, Abstimmungen fanden nicht mehr statt. Als Bürgermeister Pfitzer am 10. April 1935 im Gemeinderat die wichtigsten Bestimmungen der neuen Gemeindeordnung erläuterte, beschrieb er auch die neue Rolle der Gemeinderäte, die praktisch zum Sprachrohr des Bürgermeisters degradiert worden waren: »...daß der Gemeinderat kein Beschlußorgan mehr ist, vielmehr, daß die einzelnen Gemeinderäte die Aufgabe haben, die dauernde Fühlung der Gemeindeverwaltung mit allen Schichten der Bürgerschaft zu sichern, den Bürgermeister eigenverantwortlich zu beraten und seinen Maßnahmen in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen.«

Nahezu unbegrenzt waren die Einflußmöglichkeiten der Partei: Der Bürgermeister und die neu eingeführten Beigeordneten als seine Stellvertreter wurden auf Vorschlag des NSDAP-Beauftragten – im Falle Sindelfingens war dies der Kreisleiter – nach Zustimmung staatlicher Instanzen ernannt (§ 41), die Gemeinderäte ebenfalls vom NSDAP-Beauftragten »im Benehmen mit dem Bürgermeister« berufen (§ 51).

Die mit der neuen Gemeindeordnung einhergehende Neubildung der Gemeindegremien führte vielfach zu einer Ablösung der 1933 eingesetzten Gemeinderäte. Als Bürgermeister Pfitzer die zwei Beigeordneten und zehn Ratsherren – so die offizielle Bezeichnung – am 21. August 1935 zur konstituierenden Sitzung des neugebildeten Gemeinderats begrüßte, befanden sich unter ihnen noch sieben der zwölf bisherigen Vertreter. Die Auswechslung von fünf Personen könnte darauf hindeuten, daß die Sindelfinger Nationalsozialisten die Neubildung des Gemeinderats auch zu einer gewissen Säuberung in den eigenen Reihen genutzt haben, nachdem es 1933/34 immer wieder zu personellen Querelen in der Gemeinderatsfraktion und der Ortsgruppe gekommen war.³⁹ Auffällig ist zudem, daß nur drei der zehn Ratsherren aus alten Sindelfinger Familien stammten, während sechs erst im Verlauf der vergangenen sieben Jahre zugezo-

³⁸ RGBl. I, 1935, S. 49 ff. Zur Entstehung: H. Matzerath (s. A 6), S. 132 ff. u. Th. Schnabel (s. A 9), S. 293 ff.

³⁹ 1933 und 1934 war es zweimal zu einem Wechsel in der Ortsgruppenleitung gekommen, wobei besonders dem Ortsgruppenleiter Karl Harr, der bis 1935 Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat war, von verschiedenen Sindelfinger NSDAP-Mitgliedern personelle Fehlentscheidungen und zu enge Kontakte mit ehemaligen Demokraten und Sozialdemokraten vorgeworfen wurden.

gen waren.⁴⁰ Anscheinend war die Neigung der alteingesessenen Sindelfinger, sich offen in der NSDAP zu engagieren, immer noch nicht sehr groß – eine Vermutung, die durch die relativ geringen Mitgliederzahlen der örtlichen NSDAP gestützt wird.⁴¹ Vielleicht ist hier noch ein Rest der demokratischen Tradition Sindelfingens sichtbar.

Die Umsetzung der Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 stellt in Sindelfingen einen gewissen Abschluß des nationalsozialistischen Machtausbaus dar. Alle wichtigen politischen und gesellschaftlichen Bereiche befanden sich unter Kontrolle der Partei, und auch personell waren alle bedeutenden Posten nun offensichtlich wunschgemäß besetzt, denn bis 1945 kam es in Stadtverwaltung, Gemeinderat und NSDAP-Ortsgruppe zu keinen nennenswerten personellen Veränderungen mehr.

⁴⁰ *Geschichtswerkstatt am Goldberg-Gymnasium*, Vorbei und vergessen?, Sindelfingen 1992, S. 14.

⁴¹ Ende 1934 hatte die Ortsgruppe etwa 170 Mitglieder (zu Quelle und Problemen der Mitgliederstatistik vgl. A 5). Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung waren damit ca. 2,1% der Sindelfinger Parteimitglieder, während die Quote im Reich zur gleichen Zeit bei ca. 3,9% lag. (*M. Kater*, *The Nazi Party*, Cambridge/Mass., 1983, S. 263).

Joachim Scherrieble

Reichenbach/Fils im Kirchenkampf

In Reichenbach/Fils, einer durch den Industrieraum des Neckar- und Filstales geprägten Industrielandgemeinde, dessen Bevölkerung noch bis zum Ende der 20er Jahre zu über 95 Prozent evangelisch war, fand der Nationalsozialismus wie auch in weiten Teilen des evangelischen Württemberg wohlwollende, teilweise begeisterte Aufnahme. Im Landtagswahlkampf 1932 propagierten die Nationalsozialisten als »Vorkämpfer für christliche Glaubens- und Kulturgüter« einen christlich autoritären Volksstaat, der sich zu einem »positiven Christentum« bekannte. Innerhalb der evangelischen Landeskirche entstand die Gruppe der Glaubensbewegung »Deutsche Christen«, deren Programm eine Verbindung von Nationalsozialismus und christlichem Glauben anstrebte.¹ Ein Telegramm der Deutschen Christen aus dem Gau Württemberg an Hitler bezeichnete die Machtergreifung im nachhinein gar als »Gottes Fügung«.²

Das Nazi-Regime, das sich in seiner anfänglichen Haltung in den Augen der meisten Kirchenglieder und Kirchenbeamten scheinbar so positiv von der des vorhergehenden Staates abhob, machte viele kirchliche Kreise lange Zeit blind für den Unrechtscharakter des neuen Staates. So schwiegen Landeskirche und Landesbischof Wurm zum Boykott jüdischer Geschäfte trotz etlicher Aufforderungen aus dem Kirchenvolk. Auch für die politisch, rassisch oder sozial Verfolgten hatten sie kein offenes Ohr.³

1. Pfarrer Erhardt – Kirchenkampf in Reichenbach 1933–1938

Unter dem an der Reichenbacher Mauritiusgemeinde seit 1930 wirkenden Pfarrer Karl Christian Erhardt hatte sich in kurzer Zeit ein reges Gemeindeleben entwickelt. Die festgefühten kirchlichen Strukturen in der Erwachsenen-, Jugend- sowie Kulturar-

¹ Vgl. als Überblick *J. Thierfelder*, Die Kirchen, in: *O. Borst* (Hrsg.), *Das Dritte Reich in Baden und Württemberg*, Stuttgart 1988, S. 74ff.

² *Stuttgarter NS-Kurier*, 6. 2. 1933.

³ Zur Haltung der Kirchen gegenüber dem NS-Staat vgl. *K. Scholder*, Die Kirche und das Dritte Reich, 2 Bde., Frankfurt 1977–1985; für Württemberg *G. Schäfer*, Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus, 6 Bde., Stuttgart 1971–1986; zum kirchlichen Schweigen vgl. *E. Klee*, »Die SA Jesu Christi«. Die Kirche im Banne Hitlers, Frankfurt/M. 1989, S. 38–87 u. S. 105ff.

beit waren der jungen Reichenbacher NSDAP-Ortsgruppe schon bald ein Dorn im Auge. Im Juni 1933 schrieb der Ortsgruppenleiter Mangold an das württembergische Kultministerium: »Der Stand der hiesigen nat. soz. Ortsgruppe ist (...) noch lange kein leichter, wenn man bedenkt, daß man den Pfarrer als Gegner hat.«⁴

Bei der Bevölkerung war Pfarrer Erhardt geachtet als ehemaliger Divisionsprediger und beliebt als Musikliebhaber und begeisterter Querflötenspieler, der in seiner Gemeindefarbeit viel Wert auf das Singen legte. Vielen heute befragten Zeitzeugen sind vor allem sein leutseliger Charakter und sein selbstgemachter Stachelbeerwein in Erinnerung geblieben. Den Kreisen einer nationalen Erhebung war auch er anfangs nicht abgeneigt. In einem vertraulichen Schreiben teilte er dem Oberkirchenrat (OKR) Mitte Oktober 1933 mit, er habe bei den beiden Reichspräsidentenwahlen »Adolf Hitler gegen den von mir hochverehrten Herrn Reichspräsidenten gewählt, um letzterem die Möglichkeit zu geben, daß er auf legalem Wege das Reichskanzleramt an Adolf Hitler übertragen könne.«⁵

Die beginnenden Maßnahmen des NS-Staates jedoch ließen Erhardt immer mehr zum Regimegegner werden. Besonders schwer dürfte ihn die Verschleppung des Arbeiterführers Otto Munz getroffen haben, für dessen Freilassung er sich sehr einsetzte. Weitere Gewaltmaßnahmen gegen in seinen Augen rechtschaffene Reichenbacher Bürger, Einschüchterungsversuche gegen ihn selbst und schließlich der Absolutheitsanspruch der NS-Ideologie veranlaßten ihn schon Ende 1933 als drittes Mitglied dem Pfarrernotbund beizutreten, der Ende September 1933 von dem evangelischen Theologen Martin Niemöller gegen die Deutschen Christen organisierten Vereinigung von Pfarrern.⁶ Treffend charakterisierte das Evangelische Dekanatsamt Göppingen: »In Pfarrer Erhardt liegen der Vaterlandsfreund und der Theologe miteinander im Streit: Als Patriot gehört er mit ganzem Herzen auf die Seite der nationalen Bewegung, als Theologe lehnt er sich auf gegen ihren Absolutheitsanspruch. Und nun leidet er schwer darunter, daß ihn lokale Parteigrößen um der Zurückhaltung willen, zu der er sich gewissenmäßig verpflichtet fühlt, anfeinden und seine nationale Gesinnung in Zweifel ziehen.«⁷ Sein Dekan war »ernstlich besorgt, daß seine Gesundheit den Aufregungen des lokalen Kleinkrieges, die bei ihm nach seiner ganzen Art sehr tief gehen, auf die Dauer nicht gewachsen ist.«⁸

Zu der ersten massiven Einschüchterung kam es am Sonntag nach Pfingsten 1933. SS-Sturmbannführer Weglehner aus Esslingen und NSDAP-Ortsgruppenleiter Mangold aus Reichenbach erschienen in Uniform im Pfarrhaus. Sie warfen Erhardt vor, er

⁴ *Landeskirchliches Archiv Stuttgart (LKA) Altregistratur/E 98.*

⁵ Ebda., Schreiben vom 13. 10. 1933.

⁶ Vgl. *LKA D 31, Bü. Mitgliederlisten; zum Pfarrernotbund K. Scharf, Der Pfarrernotbund, in: Bekennende Kirche. Martin Niemöller zum 60. Geburtstag, München 1952, S. 136ff.*

⁷ *LKA Altregistratur E/98, Schreiben vom 14. 10. 1933.*

⁸ Ebda.

hätte in Gegenwart dreier junger Frauen das Horst-Wessel-Lied ein schamloses und gemeines Lied genannt. Wenn er nicht eine befriedigende Erklärung abgeben könnte, müßte der Fall der Staatsanwaltschaft vorgelegt werden. Erhardt hatte am 28. Mai mit dem Kirchenchor einen Ausflug unternommen, wo er – so schrieb er zu den Vorwürfen dem OKR – »allerdings mit diesen dreien, die (...) zu den treuesten Mitarbeiterinnen in der Kinderkirche, Jungfrauenverein und Kirchenchor gehören, (...) zusammengesessen und mich mit ihnen über Sing- und Literatur und andere Gesprächsstoffe unterhalten hatte.«⁹ Am Abend des Ausflugs hatte eines der Mädchen einer Freundin von der Unterhaltung mit dem Pfarrer erzählt; sie ahnte nicht, zu welchen Konsequenzen ein solch harmloses Gespräch führen könnte. Erhardt wurde in Reichenbach und auch in den Nachbarorten ob dieser vermeintlichen Entgleisung heftig angegriffen, und nachdem das Mädchen sah, was entstanden war, konnte sie nur mit Mühe von einem Selbstmordversuch abgehalten werden. Trotz scheinbarer Klärung führte der Ortsgruppenleiter diesen Vorfall in einem Schriftsatz an den Oberschulrat im Herbst 1933 erneut an. Erhardt überlegte daraufhin, ob er Mangold wegen Verleumdung und Ehrverletzung verklagen sollte. Der OKR selbst jedoch riet davon ab, da »durch solch einen Strafantrag die Beziehung zwischen dem Geistlichen und dem Ortsgruppenleiter der NSDAP in einer Weise verschärft« werde, »die für den örtlichen Frieden nicht förderlich sein würde.«¹⁰ Zwar sah Erhardt von einer Anklage ab, doch die Beschwichtigungspolitik des OKR traf zu diesem Zeitpunkt für Reichenbach schon ins Leere. Das bereits erwähnte Eintreten Erhardts für den in ein Konzentrationslager verschleppten Arbeiterführer Otto Munz hatte »den ganzen Zorn der leitenden Männer der NSDAP entfacht.«¹¹ Als besondere Provokation muß Mangold dabei empfunden haben, daß Erhardt ein Bittgesuch für den Kommunisten mit »Pfarrer Erhardt, Leutnant« unterzeichnet hatte. Außerdem wurde der lokale Kleinkrieg durch die überregionalen Ereignisse weiter verstärkt.

Die nationalsozialistische Kirchenpolitik verlief im Jahre 1933 auf zwei Ebenen. Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom Juli 1933 stellte den Versuch dar, die 28 evangelischen Landeskirchen ohne direktes Eingreifen in die Landeskirchlichen Verfassungen gleichzuschalten; die Deutschen Christen sollten innerhalb der Kirchen das NS-Gedankengut zur Richtschnur für Kirche und Theologie erheben. Die zunächst erfolgreichen Versuche, diese Gleichschaltung mit Hilfe der Deutschen Christen zu vollziehen, scheiterten jedoch am erbitterten Widerstand der Bayerischen und Württembergischen Landeskirchen. Als der Reichsbischof zur Vorbereitung der württembergischen Eingliederung am 12. April 1934 einen Rechtswalter ernannte, protestierte Landesbischof Wurm heftig. Nachdem er sich auch den Anweisungen des

⁹ Ebda., Schreiben vom 13. 10. 1933.

¹⁰ Ebda., Schreiben vom 18. 10. 1933

¹¹ Ebda., Schreiben Erhardt an OKR vom 13. 10. 1933.

Rechtswalters nicht fügte, wurde er zusammen mit weiteren OKR-Mitgliedern am 14. September beurlaubt und tags darauf unter Hausarrest gestellt.¹²

Pfarrer Erhardt, der von Anfang an auf Seiten Wurms gestanden hatte, leitete daraufhin eine neue Phase des lokalen Kirchenkampfes sein. Am 9. September sollte in Reichenbach die Vereidigung des örtlichen Reitersturms stattfinden. Die Bitte des Sturmführers, hierzu einen Feldgottesdienst abzuhalten, lehnte er bereits unter Hinweis auf den Kirchenstreit ab. Auf die Vorgänge um den Landesbischof vom 14. September machte er zwei Tage später im Rahmen eines Fürbittegottesdienstes aufmerksam. Beides rief den Ortsgruppenleiter auf den Plan, der einen Tag später seinem Kreisleiter berichtete. Erhardts Verhalten bei der Reitersturmvereidigung nannte er »Sabotage«, die Predigt aus dem Gottesdienst legte er mitstenographiert gleich bei. Erhardt hatte demnach ausgeführt: »Es trifft nicht zu, daß Landesbischof Wurm bis auf weiteres beurlaubt ist, er ist vielmehr gefangen in seiner Wohnung (...)!« Im Protokoll des Ortsgruppenleiters heißt es weiter, Erhardt habe als Text für seine Predigt Hebr. 10 Vers 9 gewählt: »Wir aber sind nicht von denen, die da weichen!«, und: »auch die Liedverse, die gesungen wurden, paßten natürlich dazu, als ob Glaube und Kirche in Gefahr und ihr Unrecht getan würde.« Den Brief versah er mit einem persönlichen Kommentar: »Einem derartigen Geistlichen gehört das Maul gestopft, indem man ihn mindestens zu seinem Wurm & Genossen schickt!«¹³

Über Mittelsmänner im Kirchengemeinderat versuchte Mangold sodann, Druck auf den Pfarrer auszuüben. Doch ließ sich Erhardt nicht beirren, so daß der Ortsgruppenleiter nur über dessen weitere Aktionen berichten konnte: »Als Pfarrer Erhardt (...) zu Unterschriften für den Landesbischof Wurm aufforderte, war ich zufällig auch in der Kirche. Die Predigt, die derselbe (...) gehalten hat, war ein Treuebekenntnis für den Landesbischof unter gleichzeitiger wiederholter Betonung der Treue zum heutigen Staat und Führer (...). Am Schluß der Predigt forderte Pfarrer Erhardt die Gemeindeglieder auf, sich in der Sakristei in eine Liste einzutragen, die ein Bekenntnis des Vertrauens zum Landesbischof bezeugt. Ich habe mir die Wallfahrt in die Sakristei etwas angesehen.«¹⁴ Im Gottesdienst sowie durch eine Haussammlung trug Erhardt insgesamt 350 Unterschriften zusammen. In seinem Bericht an die Kreisleitung kommt Mangold zu der persönlichen Erkenntnis, »daß derartige Pfarrer überwacht werden müssen, (...) d. h., ich muß eben künftig öfter in die Kirche gehen.«¹⁵ Außerdem informierte er einen Reichenbacher Parteigenossen, der in Stuttgart bei

¹² Vgl. hierzu G. Schäfer (s. A 3), Bd. 3, Der Einbruch des Reichsbischofs in die Württembergische Landeskirche, bes. S. 7 ff. und 262; vgl. auch die Meldung im *NS-Kurier* vom 15. 9. 1934.

¹³ *Staatsarchiv Ludwigsburg (StALu)* EL 903/3, Bü. J 75/647, Bl. 37, Schreiben NSDAP-Ortsgruppe Reichenbach vom 17. 9. 1934.

¹⁴ Ebda., Bl. 36, Bericht Ortsgruppenleitung an Kreisleitung vom 6. 5. 1935.

¹⁵ Ebda.

der politischen Polizei angestellt war. Erhardt wurde in das Reichenbacher Parteibüro bestellt, die Liste sichergestellt.

Die neu gebildete württembergische Landessynode versetzte auf Antrag der Fraktion der Deutschen Christen Landesbischof Wurm am 9. Oktober 1934 in den Ruhestand.¹⁶ Da Erhardt sich am darauffolgenden Sonntag in Urlaub befand, konnte er den Hirtenbrief Wurms seiner Gemeinde nicht verlesen. Einem weiteren Bericht des Ortsgruppenleiters an die Kreisleitung sowie Reichsstatthalter Murr ist zu entnehmen: »Nach Schluß des heutigen Gottesdienstes betrat der sich z. Zt. im Urlaub befindliche Ortsgeistliche Pfarrer Erhardt (die Predigt hielt ein Missionar) während des Orgelspiels den Altar und forderte die Gemeindeglieder durch Handheben zum Sitzen und Verbleiben auf.«¹⁷ Der Organist, gleichzeitig Propagandaleiter der NSDAP in Reichenbach, unterbrach sein Nachspiel, und Erhardt verlas folgende Erklärung: »Ich erkenne das jetzt mit Gewalt und Unrecht auch in unserer württembergischen Landeskirche zur Herrschaft gekommene Kirchenregiment nicht an. Denn es hat sich vielfach der Irrlehre geöffnet, es hat die Gebote Gottes übertreten, es hat die Gläubigen verfolgt, es hat die Gemeinschaft der Kirche zerrissen. Ich stelle mich wie bisher hinter unseren rechtmäßigen Landesbischof Dr. Wurm und weiß mich in einer Reihe mit bibeltreuen Gemeinden der Deutschen Evangelischen Kirche (...). Darum rufe ich euch auf: Schließt euch zusammen mit all denen, die sich in dieser Stunde zum Evangelium bekennen. Betet für uns. Bekennt mit uns. Und wenn es sein muß, leidet mit uns.«¹⁸ In seinem Bericht an Reichsstatthalter Murr empfahl der Ortsgruppenleiter ein härteres Vorgehen: »Es ist daraus zu ersehen, daß Pfarrer Erhardt in ganz frevelhafter Weise weiter das Volk verwirrt und man darf ruhig sagen verhetzt! Er nimmt jede Gelegenheit wahr, für Landesbischof i. R. Wurm und für das bedrohte evg. Bekenntnis zu sprechen, nicht bloß durch Hausbesuche oder im Kirchenchor, den er selber dirigiert, sondern jetzt auch während seines Urlaubs in der Kirche nach dem Gottesdienst. Es sollte dieser Saboteur und Hetzer einmal doch etwas genauer ins Auge gefaßt werden, als die übrige Geistlichkeit, denn er ist schon mehr als eine Ausnahme. Die Nörgler und Kritiker sowie sonstige Dunkel-Männer und -Frauen haben natürlich ihre helle Freude daran.«¹⁹

Aufgrund vielfältiger in- und ausländischer Proteste und des Eingreifens des Reichsaußenministers wurden der württembergische Landesbischof und sein bayerischer Kollege überraschend in ihr Amt eingesetzt und am 30. 10. 1934 zu einer Audienz bei

¹⁶ Protokoll der Sitzung abgedruckt bei G. Schäfer (s. A 3), Bd. 3, S. 597–602.

¹⁷ Vgl. *LKA* Altregistratur E/98, Mitteilung des Ortsgruppenleiters an Kreisleitung und Reichsstatthalter Murr vom 14. 10. 1934, zitiert nach Schreiben von Murr an OKR vom 17. 10. 1934.

¹⁸ Vgl. die von Th. Dipper entworfene Erklärung in der Kanzelverkündigung: *LKA* D 31, Bü. »Informationen« 1934.

¹⁹ *LKA* (s. A 17), Schreiben vom 17. 10. 1934.

Hitler geladen.²⁰ Murr begnügte sich vorerst damit, den gesamten Schriftsatz Erhardt an den OKR »zur Kenntnis und geeigneten weiteren Verfügung« zu übersenden.²¹

2. Pfarrer Erhardt gibt auf

Fünf Jahre nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, am 22. Mai 1938, teilte Pfarrer Erhardt im sonntäglichen Hauptgottesdienst mit, er sei durch Erlaß vom 12. April 1938 in den Ruhestand versetzt. Die erwähnten Befürchtungen des Göppinger Dekans hatten sich bewahrheitet. Der lokale Kleinkrieg hatte die Gesundheit des Pfarrers zermürbt. Zudem waren es nur kleinere Erfolge, die er erringen konnte. Das Vereinsheim des Christlichen Vereins Junger Männer (CVJM) etwa war nicht in den Besitz der Hitlerjugend (HJ) übergegangen, und es war ihm gelungen, notwendige bauliche Maßnahmen durchzuführen. Ansonsten aber hatte sich die Bewegung auf allen Gebieten durchgesetzt. Aus allen sozialen Gremien wurde er verdrängt, auch aus dem Ortswohlfahrtsausschuß und dem Ortsschulrat, zwei ehemals traditionellen Tätigkeitsfeldern des Dorfpfarrers. Die gesamte Jugendarbeit, die er bis 1933 mit dem Ortsverein des CVJM abgedeckt hatte, war verboten worden. Ehemalige Mitglieder konnten sich nur noch unter dem Namen der juristischen Person »Kirche« zur Bibelarbeit treffen, waren dabei aber ständiger Überwachung ausgesetzt.²² Den Jugendlichen erschienen die sportlichen Veranstaltungen der HJ zunehmend attraktiver, zumal diese nur noch der HJ erlaubt waren. Einzelne CVJM-Mitglieder hatten den Nationalsozialisten so gut und so lange es ging die Stirn geboten, doch wie Zeitzeugen heute berichten, dünnten Eingliederung, Überwachungen, Drohungen und Verfolgungen die »Reihen der Getreuen« im Laufe der Jahre erheblich aus.

Auch finanziell hatte sich der Kirchenkampf auf die Kirchengemeinde ausgewirkt. Noch im Sommer 1934 konnten dieser »gute finanzielle Verhältnisse (...), nicht unerhebliche Grundstücksmittel und ein Verwaltungsvermögen von ca. 4000 RM« bescheinigt werden.²³ Schon ein Jahr später reichte nicht einmal mehr das Gottesdienstopfer für die Aufgaben des Kirchengemeinderates aus, und die Kirchensteuern gingen zurück. Kirchliche Haussammlungen wurden staatlich verboten, so daß über das örtliche Kirchengemeindeblatt vermehrt »um Spenden in die Opferkasse oder an den Pfar-

²⁰ Zu den Vorgängen vgl. G. Schäfer (s. A 3), Bd. 3, S. 630 ff.; zu dem Eingreifen des Reichsaußenministers E. C. Helmreich, *The Arrest and Freeing of the Protestant Bishops of Württemberg and Bavaria*, Atlanta 1969.

²¹ LKA (s. A 17), Schreiben vom 17. 10. 1934.

²² Vgl. StALu PL 504/9, Bü. 42, Antwortschreiben des Ortsgruppenleiters vom 25. 9. 1938 auf Anfrage der Kreisleitung Esslingen vom 21. 9. 1938.

²³ LKA Generalia/Altregistratur, Kirchengemeinde Reichenbach, Bl. 55, Schreiben Ev. Pfarramt an OKR vom 25. 7. 1934.

rer« gebeten werden mußte.²⁴ Auf den örtlichen kirchlichen Haushalt schlugen zudem die erheblich gekürzten Staatsleistungen zum Budget der Landeskirche durch.²⁵

Die massive Kirchenaustrittspropaganda seitens der Partei dürfte den Seelsorger Erhardt zusätzlich schwer bedrückt haben. Um fast die Hälfte ging die Anzahl von Taufen und Konfirmationen im Verhältnis zu den Geburtenzahlen zurück. Selbst alte Freunde und ehemalige Kampfgefährten, die Kirchengemeinderäte Weinland und Bürgermeister Schmid, hatten ihn im Stich gelassen. Sie sahen sich veranlaßt, »aus parteipolitischen bzw. auch berufsdienlichen Bindungen« ihr Amt im Kirchengemeinderat im Dezember 1937 niederzulegen.²⁶ Erhardt beendete seinen Dienst in Reichenbach auf eigenen Wunsch. In seinem letzten Gottesdienst nahm er am 26. Juni 1938 Abschied und mahnte darin nochmals »in eindringlichen Worten, (...) wach zu sein gegenüber allen Mächten der Verführung«.²⁷

3. Pfarrer Dipper – Kirchenkampf von Reichenbach aus

Es ist nicht allein dem Wunsch der Reichenbacher Kirchengemeinderäte zuzuschreiben, daß die Pfarrei am 16. August 1938 an Theodor Dipper übertragen wurde. Voraus ging diesem Wunsch auch eine Absprache zwischen Landeskirche und Geheimer Staatspolizei (Gestapo).

Mit der Person Dippers kam eine der wichtigsten Persönlichkeiten der evangelischen Kirche Württembergs als Dorfpfarrer nach Reichenbach. Dipper hatte den 1927 gegründeten »Freudenstädter Kreis« geleitet, ein Zusammenschluß jüngerer Theologen der Schule Karl Barths zur inneren Erneuerung der Kirche. Daraus entstanden ab Oktober 1930 die »Kirchlich-Theologischen Arbeitsgemeinschaften«, die sich zur »Württembergischen Bekenntnisgemeinschaft« entwickelten, deren Leiter ebenfalls Dipper wurde. Der außerdem noch im Dezember 1934 zum Leiter des Landesbruderrats der Bekennenden Kirche Württembergs gewählte Dipper übernahm im Januar 1935 die Funktion des Zweiten Geschäftsführers des Gemeindedienstes mit dem Schwerpunkt Männerschulungsarbeit. Der Gemeindedienst war die einzige Organisation in Württemberg, die in jeder Gemeinde legal Informationen über das System sam-

²⁴ Vgl. Ev. Gemeindeblatt Reichenbach 8/1935, S. 4.

²⁵ Einzelheiten vgl. Ev. Gemeindeblatt Reichenbach 8/1938.

²⁶ Ev. Dekanatsamt Esslingen (EDE) Altregistratur Ortsakten, Fach 28, Reichenbach A III, Bü. 3, Schreiben vom 7. 12. 1937.

²⁷ Vgl. Ev. Gemeindeblatt Reichenbach 8/1938.

meln, diese in Dippers damaligem Büro in Cannstatt bei Stuttgart bündeln und von dort aus gezielt verbreiten konnte.²⁸

Wie aber kam nun ein solcher Mann als Dorfpfarrer nach Reichenbach? Nach einem Führererlaß vom 15. Februar 1937 sollten »in voller Freiheit« Wahlen zur Generalsynode »nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes« abgehalten werden. Im Rahmen der Vorbereitung dieser Kirchenwahlen hatte Dipper als Leiter des kirchlichen Wahldienstes mehrfach gegen das NS-Regime agitiert. Nach zahlreichen Anzeigen, Verhören und Verwarnungen durch die Gestapo im Sommer 1937 sowie heftigen Angriffen gegen ihn in dem NS-Kampfblatt *Flammenzeichen* – er hatte sich kritisch mit Alfred Rosenbergs Propagandabuch »Protestantische Rompilger« auseinandergesetzt –, folgte am 16. Dezember schließlich ein Redeverbot. Dipper erhob »schärfsten Protest« und legte am 23. Dezember 1937 Verwahrung hiergegen ein. Obwohl die Kirchenleitung das Redeverbot eigentlich nicht widerstandslos hinnehmen konnte, wollte sie »den Weg des Widerstandes nicht gehen«. Auf Weisung des Oberkirchenrates wurde das Büro der Bekenntnisgemeinschaft am 2. Mai 1938 in Dippers Privatwohnung verlegt. Da Dipper trotz Redeverbot weiter agitierte, wurde er erneut verhaftet und schließlich in Absprache mit der Gestapo ins Pfarramt versetzt.²⁹ Dipper selbst wollte nicht in den Pfarrdienst, sondern dem Handeln der Gestapo deutliche Grenzen setzen. In seiner offiziellen Bewerbung um die Pfarrei Reichenbach begründet er: »Durch einen solchen Widerstand wäre die Geheime Staatspolizei im Namen Gottes gewarnt worden, die Macht, die ihr von Gott anvertraut ist, zu mißbrauchen. So aber nun wird die Geheime Staatspolizei mein Ausscheiden aus dem Gemeindedienst als einen von ihr errungenen Erfolg werten, und dadurch ermuntert werden, in künftigen Fällen ähnlich zu verfahren. (...) Aus diesen Gründen habe ich mich von Anfang an bereit erklärt, und bin heute noch bereit, auch die etwaigen Folgen eines Widerstandes gegen dieses Verbot mit Gottes Hilfe auf mich zu nehmen. (...) Wenn ich aus dem Gemeindedienst scheide, so geschieht es vielmehr auf den ausdrücklichen, mir mündlich mitgeteilten Wunsch des Herrn Landesbischofs.³⁰

Bereits zwei Tage nach seiner Einsegnung in Reichenbach teilte Dipper in einem Rundschreiben an die Mitglieder der Evangelischen Bekenntnisgemeinschaft mit:

²⁸ Vgl. *LKA Personalakte Th. Dipper* sowie *Th. Dipper*, Die evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg 1933–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Kirchenkampfes im Dritten Reich, Göttingen 1966; zur Bekennenden Kirche als Opposition zu den Deutschen Christen sowie zum Nebeneinander von gleichgeschalteter Kirchenleitung und der Kirchenleitung der Bekennenden Kirche durch den Reichsbruderrat vgl. auch *G. Schäfer* (s. A 3), Bd. 4: Die intakte Landeskirche 1935–1936 sowie Bd. 5.: Babylonische Gefangenschaft 1937–1938; außerdem: *E. Röhm / J. Thierfelder*, Anpassung, Zweifel, Protest. Das evangelische Stuttgart zwischen 1933 und 1939, in: *B. Burkhardt* u. a., Ausstellungsreihe Stuttgart im Dritten Reich, Bd. 4, Stuttgart 1984, S. 342 f.

²⁹ Vgl. zu diesen Vorgängen *Th. Dipper* (s. A 28), darin u. a. auch Verwahrungsschreiben vom 23. 12. 1937 an die Gestapo, S. 198.

³⁰ *LKA Personalakte Th. Dipper*, Bestand der Registratur, Bl. 53.

»Wir bitten alle Zuschriften für die Württembg. Bekenntnisgemeinschaft an Pfarrer Dipper, Reichenbach/Fils zu richten, (Tel. Plochingen 504). Reichenbach/Fils liegt in der Nähe von Stuttgart an der Linie Stuttgart – München. Ich bin also dort (...) für Besuche leicht zu erreichen.«³¹ Reichenbach wurde so, ohne daß die Bevölkerung davon etwas ahnte, zum Verwaltungssitz der Bekenntnisgemeinschaft. Für die örtliche Kirchengemeinde stellte der neue Pfarrer eine Umstellung dar. Im Gegensatz zu dem trotz allen Kämpfens lebenslustigen und eine gemütliche Ruhe ausstrahlenden Erhardt, erschien der sehr fromme und zugleich intellektuelle Dipper geschäftig. Im September 1938 trafen sich bereits mehrere Pfarrer der Bekenntnisgemeinschaft im Ort, um kirchliche Anliegen zu beraten. Auch in den folgenden Jahren fanden im Pfarrhaus Tagungen, Bruderschaftszusammenkünfte sowie »Männerrüstzeiten« und Treffen von Bruderschaftsfrauen statt, was viele Fremde ins Dorf führte.

Dipper kam inmitten einer dramatischen Phase des Kirchenkampfes nach Reichenbach. Nach der parteilichen Forderung, einen Treueid auf Hitler abzulegen, gingen immer wieder Pfarrerschreiben in Reichenbach ein mit der Bitte, Richtlinien, Verhaltensweisen oder Hintergrundinformationen »allen Brüdern bekanntzugeben.«³² Wie Dippers Nachlaß zu entnehmen ist, verfügte er auch in Reichenbach über ausgezeichnete Informationen aus den Bereichen der kirchlichen und weltlichen Politik. Briefe mit brisantem Inhalt wurden dabei meist auf Umwegen an das Pfarramt gesandt. Da der Briefabgang auf der Post durch zuverlässige Mitarbeiterinnen der Partei genauestens überwacht wurde, organisierte Dipper eine Lösung mit Reichenbacher Frauen, die fast tägliche Kurierdienste leisteten. Rückblickend wird beispielsweise erzählt: »Ich mußte die Post oft nach Göppingen, Esslingen oder manchmal auch nach Gestetten bringen und dort einwerfen, oder Freunden in der Schule mitbringen, daß sie diese dann andernorts einwerfen.« Die Helferinnen berichteten von einer »Motorrad- und Autostaffette, die Mitteilungen, die nicht mit der Post befördert werden konnten, direkt überbrachte«.

Die Doppelbelastung durch Pfarrei und Landesbruderrat strengte mit ihren »gelegentlich sehr ernsten, die Existenz bedrohenden Situationen« den gesundheitlich geschwächten Dipper sehr an.³³ Um sowohl auf lokaler Ebene als Gemeindepfarrer wie auf regionaler und nationaler Ebene als Landes- und Reichsbruderratsmitglied den zunehmenden Anforderungen des Kirchenkampfes gerecht zu werden, mußte er sich in Reichenbach Strukturen schaffen, die ihn entlasteten. Es galt, den persönlichen Rückhalt in seiner Gemeinde zu stärken, sich ein Netz von Menschen aufzubauen, auf die er sich verlassen konnte. Weiter war es wichtig, obschon die kirchlichen Mittel immer

³¹ *LKA D 31*, Bü. »Akten BK 1937/38, Mitteilung vom 6. 9. 1938.

³² Vgl. *LKA D 31*, Bü. I.12, Schreiben des Pfarrernotbundes.

³³ Vgl. *LKA D 31*, Bü. »Akten BK 1937«, Schreiben Dipper an Pfarrer Buder vom 31. 10. 1938.

knapper wurden, eine Mitarbeiterin zu finden, die ihn als Schreibkraft für die Bekenntnisgemeinschaft und als Gemeindegemeinderat unterstützen konnte. Weder der in der Öffentlichkeit stehende Kirchengemeinderat, der streng überwachte und personell dezimierte CVJM sowie der Frauen- und Missionsverein, noch der Gemeindedienst und der Kirchenchor waren geeignet, zusätzliche Arbeiten zu übernehmen oder Dipper inhaltlich zur Seite stehen zu können. Seine Hauptstütze sollte der Kinderkirchhelferkreis werden, der jeden Freitag mit ihm die Kindergottesdienste vorbereitete. Über intensive theologische Gespräche stellte Dipper eine gegenseitige Nähe her, die noch heute in Unterhaltungen mit damaligen Reichenbachern nachhallt: »Ob Tyrannenmord erlaubt sei nach der Bibel«, oder ob »Krieg führen im Sinne der Bibel sei«, habe er sich mit ihnen unterhalten. Dieser Kreis, erweitert durch etwa 12 bis 15 Frauen aus dem Gemeindedienst, wurde zu Dippers Vertrautenkreis, mit dem er sich auch in politischen Dingen austauschen und den er für seine »Erledigungen« heranziehen konnte. Die Mehrzahl dieser Vertrauten waren Frauen, die offensichtlich – wie sich Dippers Gemeindegemeinderat erinnert – »durchweg mutiger waren«.

4. Pfarrer Dipper und der lokale Kirchenkampf

Als eine der ersten Maßnahmen gründete Dipper im August 1938 den Gemeindeverein ein, eine Maßnahme, die sich andernorts schon bewährt hatte. In ihm führte er die aktiven Mitarbeiter kirchlicher Einrichtungen zu einem engeren Kreis zusammen. Mit dem Gemeindeverein entstand ein Freiraum, in dem Vorträge zur Familien- und Erwachsenenbildung angeboten und gemeinsam über aktuelle Themen geredet werden konnte. Auch wurden Eltern bei erzieherischen Glaubensfragen unterstützt. Ferner trug er zur Geldbeschaffung für den Kirchenhaushalt bei. Bis zur Auflösung des Vereins im Sommer 1939 durch die Gestapo³⁴ konnten neben allgemeinen Spenden unter anderem 45 Schulbibeln für den Konfirmandenunterricht angeschafft sowie die Aufgaben des Gemeindedienstes übernommen werden.

Als erstem Reichenbacher Pfarrer gelang es Dipper, neben diesen ehrenamtlichen Hilfen und einem Vervielfältigungsapparat eine hauptamtliche Schreibkraft für sein Büro zu organisieren, die als seine Vertraute – zu Beginn freilich verdeckt – mehr für die Bekenntnende Kirche als für die Kirchengemeinde arbeitete.³⁵ Die während der Jahre unterschiedlichen Finanzierungsmodelle orientierten sich alle am Grundmodell, wonach ein Drittel vom Oberkirchenrat bezahlt wurde, ein knappes Drittel von Kirchengemeinde oder Gemeindeverein und der restliche Teil durch Ariernachweise

³⁴ Am 15. 6. 1939 verbot die Gestapo, Stapoleitstelle Stuttgart, sämtliche konfessionellen Gemeindevereine, da diese als Konkurrenzunternehmen zu den parteilichen NSV-Einrichtungen betrachtet wurden.

³⁵ Vgl. *Th. Dipper* (s. A 28), S. 227.

erbracht wurden. Gesetzlich geforderte Abstammungsnachweise über Eltern und Großeltern waren zu einer wichtigen Einnahmequelle für die Kirchengemeinden geworden.

Zum lokalen Hauptkampfplatz geriet die Schule. Nachdem die Versuche, die Landeskirche gleichzuschalten, gescheitert waren, sollte unter der Parole der »Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens« durch Propaganda, Zwang und Terror eine »Entchristlichung des deutschen Volkes« vor Ort herbeigeführt werden. Nach der Beseitigung der konfessionellen Schulaufsicht und Lehrerbildung, der Abschaffung der Konfessionsschulen – die Reichenbacher Konfessionsschule wurde mit Erlaß vom 17. Juni 1936 in eine Deutsche Gemeinschaftsschule umgewandelt – strebte die Partei für Württemberg, als einzigem Gau im Deutschen Reich, die Einführung eines Weltanschauungsunterrichts anstelle des Religionsunterrichts an.³⁶ Der Erlaß vom 5. April 1939 eröffnete eine neue Phase des lokalen Kirchenkampfes mit dem Versuch der Partei, kirchliche Aufgaben oder Einrichtungen an sich zu ziehen. Bis zur Einführung des weltanschaulichen Unterrichts hatte in der Reichenbacher Volksschule der Pfarrer Religionsunterricht erteilt. Mitten in der Heuernte wurden die Eltern nun per Flugblatt aufgefordert, daß sie »ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden und zum weltanschaulichen Unterricht anmelden« sollten. Am selben Abend hielt Dipper einen leidenschaftlichen Gottesdienst und warnte die Eltern vor einer Abmeldung ihrer Kinder.³⁷ Der Erfolg seiner intensiven Bemühungen blieb nicht aus: Nur sieben Eltern kamen der Aufforderung nach.³⁸

Nach Beginn des Krieges schien sich zunächst eine gewisse Entspannung im Verhältnis zwischen Partei und Kirche anzubahnen, nachdem Reichsstatthalter Murr am 16. September 1939 ein vorsichtigeres Vorgehen in Sachen Weltanschauungsunterricht angeordnet hatte.³⁹ Dennoch betrachtete die Kirchenleitung die Entwicklung knapp zwei Monate später bereits skeptisch: Einschränkung der kirchlichen Zeitschriften, Schließung theologischer Fakultäten, Beschlagnahme zahlreicher kirchlicher Räume, Einberufung vieler Pfarrer zum Heeresdienst, Erhebung eines ansehnlichen Kriegsbeitrags von den Kirchen sind nur einige Stichworte aus dem Bericht zur Lage der Kirche vom November 1939. Für die Reichenbacher Kirchengemeinde scheint sich die Situation indes bereits vor Kriegsbeginn verschlechtert zu haben. Eine Krisensitzung im Kirchengemeinderat Ende August 1939 offenbarte die Erfolge des Ortsgruppenleiters: Trotz eindringlicher Bitten lehnten auch engagierte Gemeindeglieder eine Wahl in den Gemeinderat ab. Der Läutedienst für die Buben wurde erschwert, weshalb eine Regelung mit dem Jungvolk in der HJ notwendig wurde. Au-

³⁶ Vgl. hierzu u. a. *Th. Dipper* (s. A 28), S. 131; *E. Röhm / J. Thierfelder* (s. A 28), S. 357.

³⁷ Vgl. *StALu* EL 902/6, Bü. 11/22/1337, Bl. 28, Erinnerung Dekan Ströhle, Protokoll vom 10. 1. 1947.

³⁸ Vgl. ebda., Bü. 11/22/242, Bl. 102.

³⁹ Mehr hierzu vgl. *G. Schäfer* (s. A 3), Bd. 6, S. 312.

ßerdem mußte der Pfarrer nach mehreren Abmahnungen etliche Reichenbacher schließlich Anfang 1940 aus der Liste der Kirchenmitglieder streichen, da ihre Kinder nicht mehr zur Christenlehre kamen.⁴⁰

Da Ortsgruppenleiter Mangold den Begriff der »Heimatfront« sehr ernst nahm, bekam die örtliche Auseinandersetzung bald erneut die Züge eines persönlichen Duells zwischen Ortsgruppenleiter und Ortspfarrer. Zunehmend versuchte Mangold Veranstaltungen der Partei auch ohne Pfarrer eine sakrale Weihe zu verleihen. Aus den bislang in der Kirche stattfindenden Gedenkgottesdiensten für Gefallene wurden Gedächtnisfeiern für die »toten Helden« in der Turnhalle. Selbst Parteitrauungen, Jugendweihen und Parteibeerdigungen veranstaltete der Ortsgruppenleiter ohne kirchliche Mitwirkung, wenngleich diese, wie Dipper schreibt, unter »seiner Führung mehr und mehr zu einer peinlichen Angelegenheit« wurden.⁴¹

Nach dem ersten Fehlschlag bei der Einführung des Weltanschauungsunterrichts setzte Mangold alles daran, um in unnachgiebigem Kleinkampf die Ziele der Partei durchzusetzen. Offensichtlich ließ er das Verhältnis der einzelnen Gemeindeglieder zur Kirche überwachen. Auch Vorhaltungen über Gottesdienstbesuche oder Beteiligungen an kirchlichen Einrichtungen schienen an der Tagesordnung. Im Weltanschauungsunterricht sah die örtliche Parteileitung das Kampffeld für die Durchsetzung der Bewegung. Immer wieder wurde über Flugblätter zum Austritt aus dem Religionsunterricht aufgefordert. Obwohl eine Abmeldung laut Gesetz nur auf Schluß eines Schuljahres möglich war, wurden die Kinder in Reichenbach sofort nach der Entscheidung der Eltern aus dem Religionsunterricht genommen. Zu Schuljahresbeginn lud die Partei die Erziehungsberechtigten auf das Büro der Ortsgruppe. Dort wurden sie von einer Dreierkommission, bestehend aus Ortsgruppenleiter, Rektor und einer weiteren örtlichen Persönlichkeit unter Druck gesetzt.⁴² Dipper ließ daraufhin ein – offiziell von Dekan Ströhle herausgegebenes – Flugblatt verteilen, in dem die Eltern zur Entscheidung aufgerufen wurden, ob sie die Kinder weiterhin im evangelischen Glauben haben wollten, oder ob sie »durch den neuen Weltanschauungsunterricht einer neuen Gläubigkeit zugeführt werden sollten«. Er appellierte darin: »Meldet eure Kinder unter keinen Umständen zum Weltanschauungsunterricht an.«⁴³ Außerdem veranlaßte die Kirchenleitung die Einrichtung eines zusätzlichen Religionsunterrichts, der in Reichenbach ab Februar 1940 für alle schulpflichtigen Jahrgänge in je einer Wochenstunde erteilt wurde. Eine Aussprache zwischen Pfarrer, Ortsgruppenleitung und

⁴⁰ Vgl. *Evangelisches Kirchenarchiv Reichenbach (EKAR)*, Kirchengemeinderatsprotokolle vom 22. 8. 1939 bzw. 26. 2. 1940.

⁴¹ *StALM* EL 903/3, Bü. J 75/647, Bl. 61, Erinnerung Dipper vom 20. 9. 1947.

⁴² Vgl. zu diesen Vorgängen die Erinnerungen Dippers, ebda. sowie Erinnerung Dekan Ströhle (s. A 37).

⁴³ *EDE* Altregistratur Ortsakten, Fach 28, Reichenbach, B III, Bü. 19, Bund »Religionsunterricht – Allgemeines«, Flugblatt »An alle Evangelischen Eltern«.

Schulleitung im Juni 1940 brachte keine Entspannung. Insgesamt meldeten sich in Reichenbach kaum mehr als 10 Prozent zum weltanschaulichen Unterricht an, zum Kindergottesdienst aber fanden sich »ziemlich regelmäßig eine Schar von 220 Kindern« ein.⁴⁴

Die Zahl der Kirchenaustritte in der Zeit von 1939 bis 1944 beträgt für Reichenbach 114. Davon entfallen allein 35 Prozent auf die sechs Monate von Oktober 1940 bis März 1941. Dies liegt erheblich über dem Kreisdurchschnitt, der für diesen Zeitraum nur 11 Prozent aller Austritte verzeichnet.⁴⁵ Trotz dieses scheinbar positiven Ergebnisses für die NSDAP-Ortsgruppe innerhalb weniger Monate, ist der Gesamterfolg relativ gering. Von allen evangelischen Gläubigen im Ort (2596) sind zwischen 1939 und 1945 insgesamt nur 4,2 Prozent, von den katholischen (insg. 277) 1,4 Prozent aus den Kirchen ausgetreten.⁴⁶

Auch auf personeller Ebene verstärkten sich die örtlichen Auseinandersetzungen mit Kriegsbeginn. Organisatoren und Teilnehmer kirchlicher Veranstaltungen wurden behindert, benachteiligt, überwacht oder bedroht. Eine beliebte Methode war, HJ-Veranstaltungen und HJ-Fahrten auf Termine kirchlicher Zusammenkünfte zu legen. Die Überwachung der kirchlichen Jugendarbeit nahm im Krieg noch penetrantere Ausmaße an. Persönliche Benachteiligungen bei der Berufswahl für CVJM-Mitarbeiter, die nicht bei der HJ waren, nahmen zu.⁴⁷ Weitere Angriffe zielten auch auf die Gemeindeführer. Offensichtlich um die Gemeindearbeit zu sabotieren, versuchte die Ortsgruppe ab Herbst 1941 vermehrt, die Helferin zu Arbeitsdiensten zu verpflichten. Doch dem Kirchengemeinderat mit seinem Vorsitzenden Dipper gelang es, diese Versuche abzuwehren.⁴⁸

Eine wirksame Möglichkeit, die örtliche Kirchenarbeit zu lähmen, bestand darin, den Ortsgeistlichen zum Kriegsdienst einzuberufen. Bei Kriegsende waren von den 1225 württembergischen Pfarrern 759 eingezogen, davon 194 gefallen und 55 vermißt.⁴⁹ Immer wieder versuchte die Partei, gerade auch Pfarrer Dipper einzuziehen. Doch nachdem ihr dies im Dezember 1939 gelang, konnte Dipper aus gesundheitlichen Gründen wieder nach Reichenbach zurückkehren, mußte aber bei der großen Zahl einberufener Pfarrer einen Teil der Stellvertretung in Plochingen versehen.⁵⁰ Obwohl er bereits seit längerer Zeit an Knochentuberkulose litt, wurde er immer wieder mit Gestellungsbefehl einberufen. Aus medizinischen Gründen, zumeist nach telefoni-

⁴⁴ Vgl. *Ev. Gemeindeblatt Reichenbach* 2/1940.

⁴⁵ *Kreisarchiv Esslingen* E1/1097, Vierteljährliche Statistiken beim Landrat.

⁴⁶ Nach *Statistische Monatshefte Württemberg-Baden*, Hefte 7–9/1947.

⁴⁷ U. a. wird berichtet, daß die DAK nur HJ-Mitglieder als kaufmännische Lehrlinge eingestellt habe; Interview mit O. Fischer, 4. 9. 1990.

⁴⁸ Vgl. z. B. *EKAR*, Kirchengemeinderatsprotokolle vom 11. 9. 1941 und 28. 6. 1945.

⁴⁹ Die Zahlen schwanken in den Dokumenten, vgl. *G. Schäfer* (s. A 3), Bd. 6, S. 696.

⁵⁰ Vgl. *Ev. Gemeindeblatt Reichenbach* 12/1939 und 1/1940.

bischof solidarisieren mußte.⁵⁵ Der lokale Kampf nahm eine überregionale Dimension an. Der Ortsgruppenleiter schaltete übergeordnete Instanzen wie Oberschulrat, Kreisleitung und Gestapo ein, der Ortspfarrer wandte sich an den Oberkirchenrat. Doch sowohl der Oberkirchenrat wie auch Reichsstatthalter Murr bremsten die lokalen Konkurrenten. Der kirchlichen Seite schien es wichtiger, den »örtlichen Frieden« zu wahren, als den neuen Machthabern Grenzen aufzuzeigen. Den Nationalsozialisten schien ein solcher Friede ihrem Machtausbau zunächst noch dienlich zu sein. Doch es konnte kein dauerhafter Friede entstehen. Die zähen Auseinandersetzungen hatten Pfarrer Erhardt schließlich zermürbt.

Auch für Pfarrer Dipper war die Gemeinde »Kampfplatz zwischen Kirche und nationalsozialistischem Weltanschauungsstaat«. Hier, so glaubte er, »galt es den Kampf im einzelnen und im besonderen zu führen«, vor allem mit Hilfe der Predigt, »die treulich ausgerichtet, ein Bollwerk des Widerstands war, an der die Macht der Lüge und der Drohung zerbrachen, und von der Tröstung und Stärkung, Mahnung und Warnung ausgingen.«⁵⁶ Sowie Dipper als auch Mangold handelten bei Kriegsbeginn bewußt als Gegner in einem Weltanschauungskrieg. Trotz einer auf Führerbefehl erlassenen Anweisung des Propagandaministeriums, »während des Krieges alle Polemik« zurückzustellen, »die die innere Einheit des Volkes störe«, ⁵⁷ fühlte sich der Ortsgruppenleiter durch Äußerungen Hitlers und anderer schon vor Kriegsbeginn ermuntert, den Krieg weltanschaulich auch vor Ort zu intensivieren und bewußt den Kampf gegen Kirche und Christentum zu verstärken.

Dipper kam bereits als Funktionsträger nach Reichenbach. Er nutzte die Gemeinde als Basis für sein überregionales Wirken als Landes- und Reichsbruderrat. Dipper selbst sah seine Gemeinde als Modell dafür, wie Kirchengemeinden im Kampf gegen den nationalsozialistischen Staat eingesetzt werden konnten. In Reichenbach entwickelte er seine Theorien, die er in Gesprächen, Briefen und auf Tagungen, in Aufsätzen und in seinen Bruderschaftsbriefen den Pfarrerkollegen der Bekennenden Kirche weitergab. Seine in Reichenbach aufgebauten Strukturen bewährten sich auch, als er Mitte Dezember 1938 bis Mitte Januar 1939 in ein Konzentrationslager kam. Zwar konnte die Partei im täglichen Kleinkrieg verschiedene Siege erringen, etwa bei den Auseinandersetzungen um die Überführung des kirchlichen Kindergartens in die (NSV). Doch den erheblichen Teil der Konfrontationen auf dem lokalen Kampfplatz Reichenbach konnte die kirchliche Seite für sich entscheiden.

⁵⁵ 82 Prozent der Pfarrer hatten sich bis zum September 1934 hinter ihren Landesbischof gestellt. Vgl. dazu G. Schäfer (s. A 3), Bd. 3, S. 526–532.

⁵⁶ Th. Dipper (s. A 28), S. 131.

⁵⁷ Zit. nach G. Schäfer (s. A 3), Bd. 6, S. 1147f.

Barbara Hammerschmitt

Rassische Verfolgung in Schorndorf

Rassismus war ein zentraler Aspekt nationalsozialistischer Herrschaft.¹ Juden, Zigeuner, geistig und körperlich Behinderte, Homosexuelle, Prostituierte oder auch sogenannte Asoziale wurden als Untermenschen stigmatisiert und durch zahlreiche rassenpolitische Maßnahmen ausgegrenzt, terrorisiert und ermordet. Eine lokalgeschichtliche Untersuchung zur Realisierung nationalsozialistischer Rassenpolitik, wie hier für die Stadt Schorndorf, sollte versuchen, am Beispiel der Opfer die kommunalen Funktionsweisen eines Herrschaftssystems und einer Gesellschaft zu verdeutlichen, die den Mord an zahlreichen Bevölkerungsgruppen ermöglichten.

Die Oberamtsstadt Schorndorf, im Remstal nahe Stuttgart gelegen, war zu Beginn der dreißiger Jahre eine 8000 Einwohner zählende Kleinstadt. Sie war geprägt von kleinen und mittelständischen Handwerksbetrieben, von einer zu 93% protestantischen Bevölkerung und von einem mehr nationalkonservativen als liberal-demokratischen politischen Bewußtsein.² Der NSDAP, die auch in Schorndorf über eine große Anhängerschaft verfügte,³ gelang es, Anfang 1933 innerhalb weniger Wochen ihre politischen Gegner auszuschalten und die wichtigsten staatlichen und kommunalen Positionen, Institutionen und Gremien in ihre Gewalt zu bringen. Schorndorf ordnete sich wie viele Kommunen widerstandslos in das neue nationalsozialistische Herrschaftsgefüge ein.

1. Die jüdische Familie Anspach

In Deutschland lebten 1933 insgesamt etwas mehr als eine halbe Million Juden, das waren umgerechnet auf eine Gesamtbevölkerung von ca. 66 Millionen, 0,76 Pro-

¹ K. Hildebrand, Das Dritte Reich, München ³1987, S. 86 u. 193f.; zu Hitlers Rassentheorie vgl. E. Jäckel, Hitlers Weltanschauung, Stuttgart ²1981, S. 97–119.

² Eine Analyse der Reichs-, Landtags- und Kommunalwahlen von 1920 bis März 1933 zeigte eine insgesamt leicht bevorzugte Tendenz der Schorndorfer Wählerschaft zu rechtskonservativen Parteien, v. a. zur DNVP, später zur NSDAP.

³ Die Auswertung der im *Staatsarchiv Ludwigsburg (StALu)*, PL 501, Bü. 93, 94, 95 überlieferten Listen über Neuaufnahmen in die NSDAP-Ortsgruppe Schorndorf von 1928 bis Dezember 1932 ergab, daß in dieser Zeit, aber vor allem in den Jahren 1930 bis 1932, ca. 200 bis maximal 350 meist junge Männer aus Schorndorf und Umgebung in die Partei eintraten.

zent.⁴ In Schorndorf lebte seit etwa 1908 eine einzige jüdische Familie, die Familie Anspach. Julius Anspach hatte am Marktplatz ein Kaufhaus eröffnet. Er starb 1924 und wurde auf dem Ludwigsburger jüdischen Friedhof begraben. Nach seinem Tod führte seine Witwe Selma das Geschäft weiter. Ihre drei Kinder Helmut (* 1910), Kurt (* 1912) und Lore (* 1919) wurden in Schorndorf geboren und gingen dort zur Schule. Helmut erlernte den Beruf des Kaufmanns, um den elterlichen Betrieb weiterzuführen, sein Bruder Kurt wurde nach einer Lehre Angestellter bei der Gewerbebank in Schorndorf. Über ihr Leben, ihre Beziehungen, ihre Kontakte vor 1933 ist fast nichts aktenkundig. Sie führten in der protestantischen Gemeinde vermutlich ein zurückgezogenes Leben. Der Apotheker Philipp Palm, ein Nachbar der Anspachs, erzählt: »Die Lore Anspach ist mit mir in die Klasse gegangen. Am Religionsunterricht hat sie nicht teilgenommen. Für uns war das alles ganz normal. Der Großvater hat manchmal vor dem Haus gesessen. Der wirkte etwas fremd. (...) Wir hatten gute persönliche Kontakte. Als Kinder haben wir drüben auf dem Gehsteig zusammen ‚Fangerles‘ gespielt. Die Söhne habe ich weniger gekannt. Meines Wissens waren die nicht ins öffentliche Vereinsleben integriert.«⁵

Am 31. März 1933, die Nationalsozialisten hatten inzwischen auch in Schorndorf die Macht an sich gezogen, wies Bürgermeister Raible, der seit 1904 amtierte, die städtischen Ämter an, den »Einkauf im Warenhaus Anspach und im Konsumverein künftig unter allen Umständen zu unterlassen.«⁶ Einen Tag später, am 1. April, postierten sich zwei bewaffnete SA-Männer vor der Eingangstür des Kaufhauses. Sie notierten sich die Namen derjenigen, die dort einkauften, und drohten mit der Einlieferung ins Konzentrationslager (KZ).⁷ Kreispropagandaleiter Viktor Eisebraun hatte bereits in den Zeitungen die Leserschaft zum Boykott aufgerufen. Überall im Reich fanden an diesem Tag Aktionen gegen die jüdischen Bürger statt. Dies ging auf einen Beschluß Hitlers zurück, einen planmäßigen, befristeten Boykott jüdischer Geschäfte herbeizuführen. Die wilden Ausschreitungen gegen die Juden, zu denen es nach seinem Machtantritt an vielen Orten in Deutschland gekommen war, lehnte er ab. Vielmehr forderte und verfolgte er als Ziel die planmäßige gesetzliche Bekämpfung der Juden und ihre Entfernung.⁸

⁴ W. Benz, Die Juden im Dritten Reich, in: Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, hrsg. v. K.-D. Bracher / M. Funke / H.-A. Jacobsen, Bonn 1992, S. 273–290.

⁵ Interview mit Ph. Palm, 27. 4. 1993.

⁶ Raible nahm Bezug auf einen Beschluß des Staatsministeriums (Staatskommissar Strölin), daß die städtischen Ämter keinerlei Einkäufe in Warenhäusern, Konsumvereinen, Einheitspreisgeschäften und Großfilialbetrieben tätigen dürften; vgl. *Stadtarchiv Schorndorf (StASch)*, 1405: Anordnung vom 31. 3. 1933.

⁷ *StALu* EL 902/25, AZ 50/49/724: August Schwandt.

⁸ Brief Hitler an Adolf Gemlich vom 16. 9. 1919, zitiert nach: E. Jäckel / A. Kubn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, Stuttgart 1980, S. 89f.

Die weitere Entwicklung in Deutschland zeigte den Anspachs, daß Juden in diesem Staat keine Zukunft mehr haben sollten. Das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 und die nachfolgenden Verordnungen vom 4. und 6. Mai 1933 schufen die rechtlichen Grundlagen für die Verdrängung der Juden aus ihren Berufen. Auch Kurt Anspach verlor seine Arbeitsstelle bei der Gewerbebank. Im September 1933 verließ er seine Heimat und emigrierte nach Barcelona, dann nach Wien und schließlich in die Vereinigten Staaten.

In den nächsten Jahren stand die Familie Anspach unter ständiger behördlicher Beobachtung und Kontrolle. So wurde in einem geheimen Schreiben der Württembergischen Polizei vom 4. September 1933 an die Oberämter und Polizeidienststellen im Auftrag des Reichsinnenministeriums ersucht, »bis zum 1. Oktober 1933 ausführlich über die dortigen Beobachtungen bezüglich der Tätigkeit jüdischer Vereinigungen oder führender Einzelpersonen zu berichten.« Der für das Oberamt zuständige Landjäger-Stationskommandant Wiesenfarth meldete daraufhin, daß »Beobachtungen in der genannten Richtung nicht gemacht worden sind. Die einzige im Bezirk wohnende jüdische Familie Ansbach [sic!] (Witwe) hier, mit 2 noch ledigen Söhnen und einer (...) Tochter, kann als durchaus einwandfrei bezeichnet werden.«⁹

Die vielfältigen Formen der Diskriminierung, denen die Anspachs von nun an tagtäglich ausgesetzt waren, sind für uns nachträglich kaum mehr faßbar. Nur wenig ist aktenkundig. Jedenfalls sah sich die Familie, die durch ihr Kaufhaus in der Öffentlichkeit eine exponierte Stellung einnahm, plötzlich als Angehörige einer Gruppe, die von den Machthabern in allen Medien als Feindbild des Staates, ja der Menschheit schlechthin, diffamiert, von staatlichen Behörden überwacht, schikaniert und von Ausschreitungen terrorisiert wurde.

Inwieweit die wirtschaftliche Existenz der Anspachs durch die massive, auf allen Ebenen erfolgende Diskriminierung der Juden in Deutschland auch in Schorndorf gefährdet wurde, ist im nachhinein schwer zu belegen. Aber es ist durchaus möglich, daß die unaufhörliche antisemitische Hetze der Nationalsozialisten langsam ihre Wirkung zeigte und frühere Kunden aus Angst, es erwüchsen ihnen irgendwelche Nachteile, wegblieben und bei der »arischen« Konkurrenz einkauften. »Das ist auch wieder einer, welcher die Juden unterstützt«,¹⁰ soll beispielsweise der NSDAP-Gemeinderat Klingenstein geäußert haben, als er beobachtete, wie jemand ins Kaufhaus der Anspachs ging.

Der Versuch der Stadtverwaltung, dem Kaufhaus Anspach eine offensichtlich unbegründete Warenhaussteuerpflicht aufzuerlegen, scheiterte. Die Anspachs erhoben Einspruch. Der Warenhaussteuerbescheid für das Rechnungsjahr 1933 mußte am 16. Oktober 1933 von der Verwaltungsabteilung wieder zurückgenommen werden, da das

⁹ *StALu* F 199 II, Bü. 968: 11. 9. 1933.

¹⁰ *StALu* EL 902/25, AZ 50/49/4453: Friedrich Klingenstein.

Kaufhaus der Anspachs kein Warenhaus im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen war. Die in der Nazi-Presse vorgenommene Identifikation von Judentum mit Warenhäusern¹¹ hatte im Schorndorfer Rathaus etwas vorschnell zu dem Versuch geführt, der unliebsamen Konkurrenz auch noch durch zusätzliche Steuerbelastungen zu schaden.

Seit Mitte 1934 kam es in Deutschland erneut zu zahllosen Aktionen gegen jüdische Geschäfte. In Schorndorf, so der Bericht des Oberamtes, »sind Verstöße in dieser Richtung nicht bekannt geworden.«¹² Von staatlicher Seite wurde versucht, die pogromartigen Ausschreitungen der Rassenfanatiker zu stoppen und Maßnahmen gegen die Juden auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Das Resultat waren die »Nürnberger Gesetze«, die am 15. September 1935 auf dem Parteitag der NSDAP verkündet wurden: Das Reichsbürgergesetz entzog den Juden die politischen Rechte und degradierte sie zu Bürgern zweiter Klasse. Das Blutschutzgesetz sollte die »Reinheit des deutschen Blutes« sichern und verbot u. a. Eheschließungen sowie Geschlechtsverkehr zwischen Juden und »Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes« und die Beschäftigung »arischer« weiblicher Angestellter unter 45 Jahren in jüdischen Haushalten. Schon am 12. Dezember 1935 erreichte Bürgermeister Beeg ein Schreiben des Oberamtes mit der Anfrage, »welche weibliche Personen auf Grund eines Arbeitsverhältnisses in die Hausgemeinschaft der hier ansässigen jüdischen Familie aufgenommen sind oder mit Arbeiten im Haushalt beschäftigt werden.«¹³ Die Hausgehilfin der Anspachs, die 40jährige Helene Müller, durfte jedoch bleiben, da sie nach den Bestimmungen der Ersten Ausführungsverordnung zum Blutschutzgesetz vom 14. November 1935 bei Erlaß des Gesetzes bereits im Dienst der Familie stand und das 35. Lebensjahr vollendet hatte. Am 29. Januar 1936 wurde Selma und Helmut Anspach das Wahlrecht entzogen. Wenige Monate später verließen sie zunächst Schorndorf, dann Deutschland. Durch die »Nürnberger Gesetze« war innerhalb Deutschlands eine verstärkte Binnenwanderung der Juden von Kleingemeinden in die Großstädte zu beobachten. Ein Grund war sicher der Wunsch nach Anonymität, die vor antisemitischer Hetze schützte, und die Nähe zu den jüdischen Hilfsorganisationen in den Städten, die die Flucht organisierten.¹⁴ Die 17jährige Lore Anspach meldete sich am 18. April 1936 nach Berlin, Reinekestraße 22, ab¹⁵ und rei-

¹¹ Vgl. H. Ublig, Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln / Opladen 1956, S. 64f. Die NSDAP bekämpfte Einheitspreisgeschäfte, Konsumvereine und Warenhäuser und machte ihre Besitzer »als politische, rassische und wirtschaftliche Gegner aus, die nichts anderes im Sinn hätten, als den Mittelstand zu vernichten«.

¹² StALu F 199 II, Bü. 968, 22. 1. 1935: Bericht des Oberamtes an das Württ. Politische Landespolizeiamt.

¹³ StALu F 199 II, Bü. 968, 12. 12. 1935.

¹⁴ Vgl. W. Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 417f.

¹⁵ StASch 5422, 25. 4. 1936: Betr. Wegzug von Juden.

ste später in die USA. Selma und ihr Sohn Helmut gaben ihr Kaufhaus schließlich auf. Sie verkauften es, unter welchen Bedingungen ist nicht bekannt, an die Hausbesitzer, die das Geschäft weiterführen wollten.¹⁶ Am 30. September 1936 verließen sie Schorndorf und zogen nach Stuttgart. Helmut, der Schorndorf als Zweitwohnsitz beibehalten hatte, meldete sich am 23. Februar 1937 nach Detroit (USA) ab.¹⁷ Gemeinsam mit seiner 52 Jahre alten Mutter flüchtete er dorthin, wo bereits sein Bruder Kurt lebte.

Durch die Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erreichten die Nationalsozialisten ein Ziel, das sie bis in die Kriegszeit verfolgten: Bis Ende 1937 hatte etwa ein Drittel (ca. 150 000) aller Juden Deutschland verlassen. Von den am 30. Januar 1933 in Baden-Württemberg lebenden 31 091 Juden verließen bis 1941 62,5% (19 431) ihre Heimat.¹⁸ Nahezu die Hälfte fand Aufnahme in den USA, was trotz der massiven Bedrohung der Juden nicht einfach war. Länderquoten und zusätzliche Restriktionen erschwerten die Einwanderung. Die Emigration war bis 1939 für Juden nur unter großen Vermögensverlusten zu finanzieren. Eine hohe Reichsfluchtsteuer, Restriktionen beim Kapitaltransfer und bei Überweisungen von Geldbeträgen ins Ausland, Beschränkungen bei der Mitnahme von Umzugsgut etc. ließen den Auswanderern keine Möglichkeiten, ihre Vermögenswerte ins Ausland zu retten. Auch den Anspachs wird nur ein geringer Teil ihres Besitzes für den Neuanfang in den USA zur Verfügung gestanden haben.

Mehr als die Hälfte der deutschen Juden, etwa 300 000, teilten das Emigranten-schicksal der Familie Anspach. Nach dem Entschluß der nationalsozialistischen Führung im Sommer 1941, die europäischen Juden zu ermorden, und dem Auswanderungsverbot im Oktober 1941, gelang nur noch wenigen die Flucht in ein sicheres Land. Die meisten der über fünf Millionen getöteten Juden kamen aus den von den Deutschen besetzten west- und vor allem osteuropäischen Ländern.¹⁹

Außer der Familie Anspach lebte noch ein Jude in Schorndorf. Der Amerikaner Sidney Osborne, Schriftsteller und Autor zahlreicher historisch-politischer Monographien,²⁰ hatte sich um 1933 in der Remstalgemeinde niedergelassen. Er lebte bei Anna F., der Besitzerin eines Handarbeitsgeschäfts, das nach ihren Angaben 1936 »auf Veranlassung der Parteileitung offiziell boykottiert [wurde], weil ein Amerikaner, Herr Sidney Osborne, ein Halbjude, bei mir wohnte und angeblich mein Ge-

¹⁶ Schorndorfer Volksblatt vom 3. 10. 1936.

¹⁷ StASch 5422, 11. 3. 1937: Betr. Überwachung von Juden.

¹⁸ P. Sauer, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945, Stuttgart 1969, S. 124.

¹⁹ R. Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982, S. 811f.

²⁰ Vgl. British Museum General Catalogue of printed books, Vol. 176, London 1963, S. 603; Gesamtverzeichnis des deutschsprachigen Schrifttums (GV) 1911–1965, hrsg. von R. Oberschelp, München 1976, Bd. 97, S. 229.

schäft finanzierte. Letzteres entsprach jedoch nicht den Tatsachen.«²¹ Der Gemeinderat Heinrich Gottwik, Ortsamtsleiter für Handel und Handwerk, setzte sich daraufhin bei der Kreisleitung für Anna F. ein und erreichte die Annullierung dieses Boykotts. Im Oktober 1938 verließ Osborne Schorndorf und reiste nach London. Daraufhin teilte das Bürgermeisteramt dem Landratsamt mit: »Schorndorf ist von Juden frei.«²²

2. »Weg mit diesen Volksverrätern!« – Der Fall Bacher

Eugen Bacher, Klaviermacher und Inhaber eines Musikhauses, vor 1933 aktives DDP-Mitglied und Gemeinderat, verweigerte der SA, an seinem Haus in der Schulstraße 15, einen »Stürmer«-Aushängekasten anzubringen. Der »Stürmer« war ein primitives antisemitisches Hetzblatt, das bei der Bevölkerung und bis weit in die Parteikreise hinein Anstoß erregte. Die Weigerung Bachers mit der Begründung, »so eine ordinäre Zeitung (...), komme nicht an sein Haus«,²³ wurde SA-Sturmführer Roos schriftlich gemeldet. Einige Wochen später, am 4. Mai 1935, wurde der Aushängekasten am Nebenhaus Bachers angebracht. Erschienen waren die uniformierte Hitlerjugend (HJ) mit Spielmanszug und ein Teil der SA-Reserve in Zivil. Roos hielt eine Ansprache und erklärte, daß Bacher den Stürmer als das »gemeinste Blatt« bezeichnet habe. »Dies brachte natürlich die Hitlerjugend und die in Zivil dahinter stehenden SA-Leute in kolossale Erregung und es erfolgten Pfui-Rufe und ähnliche Ausdrücke.«²⁴ Als Bacher sich nicht zeigte, stürmte ein SA-Mann ins Haus und erfuhr von Bachers Sekretärin, der Gesuchte sei auf dem Tennisplatz. Daraufhin lief die aufgebrachte Menge zu den Tennisplätzen und zwang Bacher »im Zuge nach der Stadt zu marschieren.« Polizeiwachtmeister Rube begegnete diesem Zug auf seinem Dienstgang: »Als dieselbe [die HJ; Anm. Vfin.] an mir vorbeimarschierte, fiel mir auf, daß in ganz ungewohnter Weise etwa 200 Personen jeglichen Alters seitlich des Zuges mitgingen. – Eben wollte ich mich erkundigen, was dieser Marsch zu bedeuten habe, als der Sturmführer S.A. 3/R 123 Paul Roos von hier auf mich zukam und mir mitteilte, (...) im Zuge marschiere der led. Musikalienhändler Eugen Bacher von hier mit und er habe Bedenken, daß Übergriffe passieren könnten, zumal er sich gegenüber der Menge nicht mehr durchsetzen könne.«²⁵ Vor dem Haus Bachers angelangt wurden die Sprechchöre fortgesetzt:

²¹ StALu El 902/25, AZ 50/49/9532: Heinrich Gottwik.

²² Eine Mitteilung des Bürgermeisteramtes an das Landratsamt von 1938, zit. nach J. Josenhans, Kriegschronik der Evangelischen Kirchengemeinde Schorndorf, in: Heimatblätter. Jahrbuch für Schorndorf und Umgebung, Bd. 5, 1987, S. 115 f., Anm. 28.

²³ StASch 6140, 6. 5. 1935: schriftl. Aussage Bachers; StALu F 199 II, Bü. 550, 6. 5. 1935: Württ. Landjäger-Korps, Station Schorndorf: Anzeige gegen Bacher.

²⁴ Ebda.

²⁵ Ebda.

»1. Sprechchor: Judenfreund, Du bist ein Verräter an dem Führer, an Deinem Volk, an Deinem Blut, an Deinem Glauben. Judenknecht, Du neigst Dich vor den Mördern Deiner Brüder, Fluch über Dir.

2. Sprechchor: Die Juden sind unser Unglück, wer sie unterstützt ist unser Feind! Fort mit den Judenknechten! Wer die Juden unterstützt, ist ein Verräter an unserem Volke! Wer die Juden fördert, der fördert den Krieg! Genau so, wie die Juden verschwinden, müssen ihre Freunde und Gönner mit untergehen! Weg mit diesen Volksverrätern! Juda bedeutet Krieg!«²⁶

Inzwischen war auch Landjäger-Stationskommandant Wiesenfarth am Ort des Geschehens eingetroffen: »Bacher, Roos und der dazu gekommene stellvertretende Ortsgruppenleiter Ganzenhuber (...) stritten sich herum. Ganzenhuber hatte mit dem Sturmführer Roos, der in Zivil sich befand, eine Auseinandersetzung darüber, weil die Demonstration ohne sein Wissen und sein Einverständnis erfolgte. Während Ganzenhuber dem Roos die Weisung gab, die erregte Hitlerjugend wegtreten zu lassen, veranlaßte ich den Bacher zum Schutze seiner Person, mit auf das Stationskommando zu kommen. (...) Nachdem die Hitlerjugend und auch die SA-Leute sich aufgelöst und entfernt hatten, begab ich mich im Beisein des stellvertretenden Ortsgruppenleiters Ganzenhuber auf das Oberamt zu Herrn Landrat Dr. Schenk (...) und erstattete ihm mündlich Bericht. Auf Weisung von Herrn Landrat Schenk wurde Bacher nach Einbruch der Dunkelheit wieder auf freien Fuß gesetzt.«²⁷

Dieser für die Nachwelt sehr gut dokumentierte plötzliche Ausbruch unkontrollierten Volkszorns wirft ein grelles Licht auf einen weiteren Aspekt des nationalsozialistischen Gewaltregimes. Immer wieder kam es vor, daß radikale lokale Gruppen innerhalb der Partei ihren abgrundtiefen Haß gegen »Staatsfeinde«, meist waren es Juden, auf brutale Art und Weise abregierten.²⁸ Über Bacher, als »Judenknecht« diffamiert, entlud sich die ganze Wut der aufgebrachten Menge. Solche Aktionen waren, wie in Schorndorf, meist nicht »von oben« angeordnet, wie der Boykott vom 1. April 1933 und das Pogrom vom 9./10. November 1938. Lokale Führer entschieden spontan. Im Alleingang, ohne vorherige Absprache mit dem stellvertretenden Ortsgruppenleiter Ganzenhuber (Ortsgruppenleiter Schaufler befand sich im Urlaub), initiierte der SA-Mann Roos gemeinsam mit der HJ diese Aktion. Viele der dann schließlich nicht

²⁶ Ebda., Hervorhebungen i. O.

²⁷ Verfügung der Staatsanwaltschaft vom 31. 8. 1935, zitiert nach: U. Theurer / E. Bacher, Ein Demokrat in undemokratischer Zeit, in: Heimatblätter. Jahrbuch für Schorndorf und Umgebung, Bd. 5, 1987, S. 90–97.

²⁸ I. Kershaw, Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktion auf die Judenverfolgung, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. II: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, hrsg. von M. Broszat / E. Fröhlich, München 1979, S. 281–349, zeigt für Bayern, daß »das Nebeneinander der zunehmenden gesetzlichen Beschränkungen jüdischer Rechte und ungesetzlicher, meist von Parteiaktivisten veranlaßter Einzelaktionen« die Wirklichkeit der NS-Politik bestimmte«.

einmal mehr von Roos zu kontrollierenden Schreier waren Angehörige der HJ, also Jugendliche und Kinder. Von Widerstand oder Empörung über die Behandlung eines angesehenen Schorndorfer Bürgers wurde nichts berichtet, was nicht heißen soll, daß die Schorndorfer Bevölkerung diese Aktion guthieß. Selbst der stellvertretende NSDAP-Ortsgruppenleiter Ganzenhuber, der von der geplanten Aktion keine Ahnung hatte, versuchte die Wogen der Erregung zu glätten und die Situation zu entschärfen. Ob es in Anwesenheit von Ortsgruppenleiter Schaufler zu einem derartigen Auftritt der SA überhaupt gekommen wäre, ist zu bezweifeln. Als er von dem Vorfall erfuhr, soll er Anzeige wegen Landfriedensbruch bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart erstattet haben.²⁹ Aber auch dies war symptomatisch für diese Gesellschaft. Die Mehrheit der Bevölkerung und selbst der NSDAP verurteilten die pogromartigen Exzesse als Ausschreitungen einer radikalen Minderheit, sie akzeptierten aber, ja viele begrüßten sogar die diskriminierenden antijüdischen Gesetze und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung.³⁰

Zu einer Verurteilung der Anstifter kam es natürlich nicht. Der Staat solidarisierte sich letztendlich mit ihnen, auch wenn er der Form ihrer Aktionen nicht zustimmte nicht aus moralischen Beweggründen, sondern weil sie Unruhe und Unmut bei der Bevölkerung erzeugten.

3. Zwangssterilisation, Rassenhygiene und die Aktion T4

Am 14. Juli 1933 wurde das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (GVeN) verabschiedet, das am 1. Januar 1934 in Kraft treten sollte: »§ 1,1: Wer erbkrank ist, kann (...) unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden werden.«³¹ Erbkrank waren nach Definition des Gesetzes Personen, die an folgenden Krankheiten litten: angeborenem Schwachsinn, Schizophrenie, manisch-depressivem Irresein, erblicher Fallsucht, erblichem Veitstanz, erblicher Blind- und Taubheit, schwerer körperlicher Mißbildung und schwerem Alkoholismus. Im offiziellen juristischen Kommentar zum GVeN wurden diese doch sehr vagen Krankheitsbilder näher erläutert. Beispielsweise wurden jene Menschen als schwachsinnig charakterisiert, die nicht fähig sind, in einem geordneten Berufsleben ihren eigenen Unterhalt zu verdienen, frühkriminell sind, Konflikte mit Schule und Polizei haben etc. Als besonders verdächtig galten Hilfsschüler. Die Erblichkeit der im Gesetz aufgeführten Krankhei-

²⁹ StALu El 902/25, AZ 50/49/9612: Friedrich Schaufler.

³⁰ I. Kershaw (s. A 28), S. 342 ff.

³¹ E. Klee, »Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, Frankfurt 1983, S. 36; G. Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986, S. 80–94.

ten konnte zudem nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden. Leicht durchschaubar also, nach welchen Kriterien in Wahrheit selektiert wurde: nach Nützlichkeit und Wertbarkeit für die Gesellschaft.³²

Antragsberechtigt waren diejenigen, die sterilisiert werden sollten, bzw. der Vormund, ein beamteter Arzt oder der Leiter einer Kranken-, Heil- oder Pflegeanstalt. Die Entscheidung über eine vorzunehmende Sterilisation fiel ein Erbgesundheitsgericht, das den Amtsgerichten angegliedert wurde. Gegen den Beschluß des Erbgesundheitsgerichts konnte Beschwerde eingelegt werden. Endgültig entschied dann das den Oberlandesgerichten zugeordnete Erbgesundheitsobergericht. Dieser Beschluß war auch gegen den Willen des Betroffenen, wenn nötig mit Zwang, durchzuführen. Die Sterilisationen nahmen von der obersten Landesbehörde ausgewählte Krankenhäuser und Ärzte vor. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurden in Deutschland ca. 400 000 Menschen sterilisiert, viele, die genaue Zahl ist nicht bekannt, »ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen.«³³ Etwa 5000 starben aufgrund der Folgen der Unfruchtbarmachung, 90% der Todesopfer waren Frauen.³⁴

Dieses GVeN war, wie noch zu sehen ist, der frühe Auftakt zu einer langen Reihe von Maßnahmen und Gesetzen, die – bei Verschärfung der Gesetze und gleichzeitiger Ausweitung des Personenkreises – jene Menschen aus der Volksgemeinschaft entfernen sollten, die nach Meinung der Nationalsozialisten nicht dazugehörten. Am Ende dieses Weges stand die Tötung »lebensunwerten Lebens« und der Mord an den europäischen Juden.

Im GVeN manifestierte sich die Vorstellung der Rassenhygieniker, die Fortpflanzung »schwer erblich belasteter Personen zu verhindern«.³⁵ Der Geburtenrückgang einerseits und die Fortpflanzung unerwünschter Volksgruppen andererseits – im Sprachduktus der Machthaber hieß dies »schwachsinniger und minderwertiger Personen« – gefährde den gesunden Volkskörper. Am Ende sei in wenigen Generationen die »begabtere, wertvolle Schicht« ausgestorben. Aber auch der wirtschaftliche Aspekt wurde betont: Der gesunden Bevölkerung sei nicht mehr zuzumuten, die der-

³² E. Klee (s. A 31), S. 37 f.

³³ G. Bock (s. A 31), S. 230–241.

³⁴ G. Bock (s. A 31), S. 378 ff. schreibt: »Die Todesfälle von Frauen waren einem »normalen« Operationsrisiko vor allem aber auch deshalb nicht zu vergleichen, weil sie größtenteils das Ergebnis des Zwangscharakters der Sterilisation waren: ärztlicher Gewalt, die auch und gerade gegen den Widerstand von Frauen eingesetzt wurde. [...] Die Zwangsnarkose und die zusätzliche, zwangsweise Vorsatznarkose erhöhten das Komplikations- und Todesrisiko beträchtlich und ein großer Teil der Todesfälle wurde dadurch verursacht.«

³⁵ Rede des Reichsinnenministers Dr. Frick auf der ersten Sitzung des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenpolitik am 28. 6. 1933, in Dokumente der deutschen Politik, Bd. I, Berlin ²1937, S. 169–177, zit. nach: H.-W. Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Göttingen 1987, S. 154. Diese Gedankenwelt war nicht spezifisch nationalsozialistisch. Bereits im 19. Jahrhundert diskutierten Mediziner und Politiker vor dem Hintergrund rassenhygienischer und sozialdarwinistischer Vorstellungen Fragen zur Sterilisation und Euthanasie.

art hohen Kosten, die durch Geisteskranke, Hilfsschüler und Asoziale entständen, zu tragen.

Bis Ende 1941 wurden mindestens 20 Personen aus Schorndorf sterilisiert. Im gesamten Oberamt Schorndorf wurden bis Anfang 1938 mindestens 24 Sterilisationen durchgeführt.³⁶ 1938 wurde das Oberamt Schorndorf aufgelöst und bildete gemeinsam mit dem früheren Oberamt Waiblingen und Teilen des Oberamts Welzheim den neuen Kreis Waiblingen. Für diesen Kreis sind bis zum 30. September 1941 wenigstens 81 Unfruchtbarmachungen nachweisbar, darunter waren auch fünf Schorndorfer. Die meisten sterilisierten Personen waren im Alter zwischen 20 und 30. Die jüngste war 17, die älteste 40 Jahre. Was die Zwangssterilisation und ihre Folgen für die betroffenen Männer und Frauen bedeutete und wie sie in jedem einzelnen Fall zustande kam, läßt sich aus der Aktenüberlieferung nur in ganz wenigen Fällen bruchstückhaft rekonstruieren. Maria F., gebürtige Schorndorferin, war im Oktober 1935 wegen einer angeblichen Geisteskrankheit sterilisiert worden. Etwa ein Jahr später wollte sie heiraten. Nach der Verabschiedung des Gesetzes zum »Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz)« am 18. Oktober 1935 bedurfte es jedoch eines »Ehetauglichkeitszeugnisses« des Gesundheitsamtes. Ein solches wurde verweigert, wenn einer der Partner u. a. »(...) an einer Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses leidet.« Ein Gesuch des Bräutigams und der Mutter der Maria F. im Innenministerium wurde von Bürgermeister Beeg nicht unterstützt: »Gegen die Maria F. ist nichts Nachteiliges bekannt, der Leumund ist gut. An sich kann ich jedoch das Gesuch um Dispensation nicht befürworten, weil durch die Eheschließung ein gesunder Ehepartner verloren geht.«³⁷ Maria F., die in der Heilanstalt Winnental in Behandlung war, wurde schließlich am 30. Mai 1940, 14 Tage vor ihrem 32. Geburtstag, in Grafeneck getötet.³⁸

Andere Personengruppen, die – neben den Juden und den »Erbkranken« – nach 1933 zunehmend der Verfolgung und Terrorisierung ausgesetzt waren, waren die Landstreicher, die Asozialen und Kriminellen.³⁹ Sie galten ebenfalls als »Parasiten«, gegen die eingeschritten werden mußte. So verwundert es nicht, daß bereits im September 1933 durch die Polizeibehörden Bettler-Razzien vorgenommen wurden. Das Schorndorfer Volksblatt meldete Ende September, daß die »Bettlerstreife« in der Gegend von Tettngang 42 Personen ins Oberamtsgefängnis gebracht und im Oberamt Schorndorf 59 Personen bestraft oder dem Gericht übergeben hatte. Viele dieser Menschen wurden in Arbeitshäuser, Zwangsarbeitsanstalten oder in Konzentrationslager eingeliefert.⁴⁰ Ende März 1934 befürwortete Landrat Schenk die Zusammenlegung

³⁶ StASch 8150; Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HSTA) E 151, K II, Bü. 453 u. 462.

³⁷ StASch 8150: 10. 10. 1936, Bürgermeister Beeg an Bürgermeister in Weiler/Rems.

³⁸ Vgl. Psychiatrisches Landeskrankenhaus Winnenden: Transportliste vom 30. 5. 1940.

³⁹ H.-W. Schmuhl (s. A 35), S. 159, S. 168–172; E. Klee (s. A 31), S. 38–43, S. 54ff.

⁴⁰ E. Klee (s. A 31), S. 42.

von Amtsgerichts- und Oberamtsgefängnis, denn seit »der durchgreifenden Bekämpfung des Bettelunwesens im vergangenen Herbst werden nur noch ganz selten Bettler eingeliefert, (...)«⁴¹ Den Vorwurf der »Asozialität« konnte man sich in dieser Gesellschaft im übrigen sehr schnell zuziehen. Eugen Kogon, Häftling in Buchenwald, schreibt: »unter den als asozial Verhafteten [gab es] auch genug Leute, denen nichts anderes vorzuwerfen war, als daß sie zweimal zur Arbeit zu spät gekommen waren oder unberechtigt Urlaub genommen, ohne Genehmigung des Arbeitsamtes den Arbeitsplatz gewechselt (...) hatten.«⁴²

Anfang 1940 begann die massenhafte Ermordung Geisteskranker unter dem Tarnnamen Aktion T 4, bezeichnet nach dem Sitz der zuständigen Dienststelle in der Berliner Tiergartenstraße 4, der insgesamt etwa 70 000 Erwachsene und Kinder in eigens dafür eingerichteten Tötungsanstalten⁴³ zum Opfer fielen. Sie wurden in Gaskammern mit Kohlenmonoxyd umgebracht, die Leichen sofort verbrannt. Es gelang den Tätern nicht, diese Aktion vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Nach zahlreichen Protesten, vor allem aus kirchlichen Kreisen und von Angehörigen der Opfer, ließ Hitler die Aktion in der bis dahin durchgeführten Form im August 1941 einstellen. Bis 1945 fanden dennoch weiterhin Tausende als lebensunwert eingestufte Menschen in den Kranken- und Heilanstalten und in Konzentrationslagern den Tod.⁴⁴

In einer Chronik, die der Schorndorfer Dekan Johannes Josenhans 1948 auf eine Umfrage des Statistischen Landesamtes über die Kriegereignisse verfaßte, berichtete er, daß auch »einzelne Fälle von Vernichtung lebensunwerten Lebens von Gemeindegliedern (...) bekannt und von Mund zu Mund weitergetragen [wurden].«⁴⁵ Mindestens sechs Schorndorfer, drei waren in der Heil- und Pflegeanstalt Stetten,⁴⁶ drei in der Heil- und Pflegeanstalt Winnental (Winnenden) untergebracht,⁴⁷ wurden, wie es intern hieß, nach »Grafeneck verlegt«, der württembergischen Tötungsanstalt nahe Münsingen, die seit Mitte Januar 1940 ihren Betrieb aufgenommen hatte.

Die drei Patientinnen in Winnental, Lydia D. (40 J.), Marie E. (44 J.) und die bereits erwähnte Marie F. (31 J.), wurden am 30. Mai 1940 nach Grafeneck verbracht. Die ärztliche Diagnose lautete bei allen: schizophren. Das genaue Datum des Abtransports der drei Patienten von Stetten ist nicht bekannt, jedoch erfolgten alle sechs Transporte von dort nach Grafeneck im September und November 1940. In diesen

⁴¹ HStA E 151/03, Bü. 111: 27. 3. 1934.

⁴² E. Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München o. J., S. 67, zit. nach H.-W. Schmuhl (s. A 34), S. 172f.

⁴³ Grafeneck (Württemberg), Hadamar, Brandenburg a. d. Havel, Bernburg (Sachsen-Anhalt), Hartheim (bei Linz/Österreich), Sonnenstein (bei Pirna).

⁴⁴ E. Klee (s. A. 31), S. 345–456.

⁴⁵ J. Josenhans (s. A 22), S. 109.

⁴⁶ 1940 verlegt, bearb. von Th. Dierlam, Stetten 1990.

⁴⁷ (s. A 38).

Transporten waren auch der 15jährige Albert K., der 36jährige Karl H. und die 41jährige Elsa H. aus Schorndorf.

Die Erfassung und Auswahl der Opfer erfolgte aufgrund von Meldebogen, die das zuständige Amt des Reichsinnenministeriums an alle Anstalten verschickte. Neben den geisteskranken Patienten sollten auch die jüdischen Patienten gemeldet werden. Ausgewählte ärztliche Gutachter bestimmten nach Durchsicht der Meldebogen, wer getötet werden sollte. Danach wurden Transportlisten erstellt und an die jeweiligen Anstalten geschickt, die die Verlegung der Opfer ohne Angabe von Ziel und Zweck vorbereiten sollten. Dr. Gutekunst, der Leiter der Anstalt Winnental, vermutete noch am 8. Februar 1940, »daß die Kranken in großen Asylen irgendwo aufgesammelt und unter möglichst einfachen primitiven Verhältnissen gepflegt werden. (...) Andere Gedanken verdränge ich immer noch in mir.«⁴⁸ Doch den Anstaltsleitern wurde sehr bald, den Patienten und der Öffentlichkeit nach und nach klar, was mit den Patienten, die von grauen Omnibussen abgeholt wurden, in Grafeneck geschehen würde: Die 70 Patienten eines Transports wurden noch einmal von Ärzten untersucht, mit Morphium ruhiggestellt und anschließend nackt in den angeblichen »Duschraum« geführt. Die Tötung nach Einströmen des Kohlenmonoxyd dauerte etwa 20 Minuten. Die Menschen starben nach Beurteilung eines anwesenden Arztes »einen qualvollen Tod. Die Dauer meiner Beobachtung erstreckte sich nur auf ca. drei Minuten, da ich den Anblick längere Zeit nicht ertragen konnte.«⁴⁹ Die Leichen wurden danach in den Verbrennungsöfen verbrannt. Die Angehörigen der Opfer erhielten eine Mitteilung, daß der Kranke unerwartet an einer Krankheit gestorben und bereits eingäschert sei und daß die Urne übersandt werde. Mitte Dezember 1940 wurde der Tötungsbetrieb zumindest in Grafeneck eingestellt.⁵⁰

4. Die Zigeunerfamilie Guttenberger

Seit 1935 lebte die Händler- und Musikerfamilie Guttenberger⁵¹ in Schorndorf: das Ehepaar Anton (* 1892) und Johanna (* 1893) und ihre zehn Kinder Johanna (* 1914), Albert (* 1917), Ludwig (* 1920), Rudolf (* 1921), Gustav (* 1923), Karoline (* 1925), Berta (* 1926), Marie (* 1928), Johannes (* 1929) und Elisabeth (* 1931). Sie fühlten sich dort wohl, engagierten sich in der protestantischen Kirche

⁴⁸ Zit. nach E. Klee (s. A 31), S. 116.

⁴⁹ Ebda., S. 148.

⁵⁰ Ebda., S. 289ff.

⁵¹ M. Krausnick, »Kain, wo ist dein Bruder Abel?« Eine Schorndorfer Sinti-Familie in den Rädern der NS-Mordmaschinerie, in: Heimatblätter. Jahrbuch für Schorndorf und Umgebung, Bd. 8, 1990. S. 146–151, S. 147ff.

und in einer pietistischen Versammlung.⁵² Nur Johanna, Albert, Gustav und Karoline Guttenberger sollten das Naziregime überleben.

Am 2. April 1938, vormittags, erschien Dr. Adolf Würth bei der Schorndorfer Polizei. Würth war Mitarbeiter der rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle des Reichssicherheitshauptamts (RSHA). Sein Auftrag lautete, die Zigeunerfamilie Guttenberger zu untersuchen. Anton Guttenberger verweigerte empört die Untersuchung: »Er und seine Familie seien keine Zigeuner, auch wenn sie Zigeuner wären, ließen sie sich nicht rasekundlich untersuchen, da es hierfür kein Gesetz gebe.«⁵³ Bereits 1936 hatte die Stadtverwaltung versucht, den Eheleuten Guttenberger das Wahlrecht zu entziehen, da »nach dem neuen Reichstagswahlgesetz vom 7. 3. 1936 nur die deutschen oder artverwandten Bluts stimmberechtigt« sind. »Laut Erlaß v. 3. 1. 1936 zählen zu den artfremden Rassen außer den Juden regelmäßig nur die Zigeuner. Diese unterliegen den selben Vorschriften wie die Juden.«⁵⁴ Doch diese Entscheidung wurde wieder rückgängig gemacht: »Nach einer Auskunft des Innenministeriums bestehen gegen die Aufnahme der Familie Guttenberger in die Wählerlisten keine Bedenken.«⁵⁵

Die Zigeuner, von den Nationalsozialisten als Bedrohung für die »Reinerhaltung des Volkskörpers« betrachtet, als kriminell und asozial verunglimpft, gerieten seit Mitte der dreißiger Jahre über die gewohnte gesellschaftliche Diskriminierung hinaus in den Sog rassenpolitischer Maßnahmen bis hin zur Massentötung in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern.⁵⁶ In einem Gesetzeskommentar zur ersten Durchführungsverordnung des »Blutschutzgesetzes« wurde die Eheschließung zwischen »deutschblütigen Personen mit Negern, Zigeunern und ihren Bastarden« verboten.⁵⁷ Nach einem Runderlaß Himmlers vom 8. Dezember 1938 sollten alle Zigeuner im Reichsgebiet von der seit dem 16. Mai 1938 ins Reichskriminalamt eingegliederten »Zigeunerpolizeistelle« systematisch erfaßt und erkennungsdienstlich behandelt werden. Sie wurden in unterschiedliche Kategorien eingeteilt, besonderen Lohnregelungen, Steuerungen und Bewegungsbeschränkungen unterworfen.⁵⁸ Nach einem Erlaß des RSHA vom 17. Oktober 1939 durften Zigeuner unter Androhung von KZ-Haft ihren Wohnsitz bzw. jeweiligen Aufenthaltsort ohne polizeiliche Genehmigung nicht verlassen. Auch alle über 14jährigen Guttenbergers mußten diesen Erlaß im August 1942 unterschreiben.⁵⁹ Anfang 1942 wurden Zigeuner, die bis dahin in

⁵² U. J. Wandel, Die Schorndorfer Familie Guttenberger. Eine Dokumentation, in: Heimatblätter. Jahrbuch f. Schorndorf und Umgebung, Bd. 7, 1989, S. 102.

⁵³ StALu F 199 I, Bü. 173: 2. 4. 1938.

⁵⁴ StASch 1014: 13. 3. 1936, 18. 3. 1936.

⁵⁵ Ebda., 25. 3. 1936.

⁵⁶ J. S. Hohmann, Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland, Frankfurt 1981, S. 102ff.

⁵⁷ Ebda., S. 104.

⁵⁸ R. Hilberg (s. A 19), S. 677f.

⁵⁹ U. J. Wandel (s. A 52), S. 104.

der Wehrmacht gedient hatten, entlassen. Dies betraf auch die Brüder Albert, Ludwig, Rudolf und Gustav Guttenberger.

Ende Januar 1943 ordnete das RSHA schließlich an, alle im Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten lebenden Zigeuner festzunehmen und in Konzentrationslager einzuweisen.⁶⁰ In Auschwitz-Birkenau wurde das sogenannte Zigeunerlager eingerichtet und am 26. Februar 1943 erreichte der erste vom RSHA organisierte Zigeunertransport Auschwitz.⁶¹

Die Guttenbergers wurden Mitte März verhaftet. Dienststellenleiter Leutnant Speidel ging kurz zuvor einige Tage in Urlaub und bemerkte gegenüber seinem Stellvertreter Polizeimeister Haug noch, »daß Geschäft komme, man müsse die Zigeuner fort-tun, sie kommen in ein Lager.«⁶² Am 12. März kam aus Stuttgart der Befehl der Kriminalpolizei, das Ehepaar Guttenberger und ihre Kinder zu verhaften und am 15. März um 13 Uhr zum Hauptbahnhof nach Stuttgart zu bringen. Die beiden Töchter Johanna und Karoline und ein Sohn, wahrscheinlich Gustav, sollten in Schorndorf bleiben. Sie arbeiteten für die Rüstung und wurden noch gebraucht. Ludwig Guttenberger konnte nicht verhaftet werden. Er war von einer Fahrt nach Stuttgart eine Woche zuvor nicht mehr zurückgekehrt.⁶³ Ende Oktober wurde er schließlich festgenommen und der Kripoleitstelle Stuttgart überstellt.⁶⁴ Er starb auf einem der Gefangenschiffe, die am 2. Mai 1945 von britischen Jagdbombern im Hafen von Neustadt (Lübecker Bucht) zerstört wurden.⁶⁵ Bei dieser Katastrophe kamen etwa 7000 Häftlinge des KZ Neuengamme ums Leben, das die SS Ende April vor den heranrückenden britischen Truppen geräumt hatte.

Albert Guttenberger wurde seit dem 20. Januar 1943 von der Polizei gesucht. Er beabsichtigte mit falschen Papieren, die ihm ein Freund besorgt hatte, in die Schweiz zu flüchten und wurde am 19. März 1943 in Singen von der Gestapo verhaftet. Anschließend verbüßte er eine achtmonatige Haftstrafe in Ulm und Stuttgart, ehe er wieder nach Schorndorf entlassen wurde, wo er die Nazidiktatur überlebte.⁶⁶

Johanna Guttenberger erlebte die Verhaftung der in Schorndorf verbliebenen Familie: »Am 13. 3. 1943 morgens 8 Uhr kamen die Polizisten Haug und Ulmer in unsere

⁶⁰ D. Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945*, Reinbek 1989, S. 398.

⁶¹ Ebda., S. 423.

⁶² StALu EL 902/25, AZ 50/49/815: Wendelin Haug.

⁶³ StALu AZ B 9136/48, Albrecht Speidel: 13./14. 3. 1943.

⁶⁴ Ebda., 25./26. 10. 1943 u. 26./27. 10. 1943.

⁶⁵ J. Josenhans (s. A 22), S. 109. Josenhans schreibt ohne nähere Angaben, daß Ludwig Guttenberger im Frühjahr 1945 bei einem Schiffsunglück vor Hamburg umkam. Es kann sich bei diesem Unglück jedoch nur um die Katastrophe in Neustadt handeln. Vgl. dazu W. Jobe, *Das Konzentrationslager Neuengamme*, in: *Studien zur Geschichte der Konzentrationslager*, Stuttgart 1970, S. 29–50, S. 38 ff.

⁶⁶ (s. A 63), Aussage J. Guttenberger, 24. 11. 47; Aussage A. Guttenberger, 8. 1. 1948.

Wohnung. Unser Vater fragte, was sie wollen. Es wurde geantwortet: Auf los, jetzt wird gepackt! Das kam so plötzlich, wir hatten keine Ahnung, daß die Eltern weg sollten. Außer meinen Eltern mußten sich 4 meiner Geschwister fertigmachen. Einer meiner Brüder, Rudolf, war schon im Betrieb während der Nachtschicht verhaftet worden, wie ich später erfuhr. Haug wollte nicht erlauben, daß noch gefrühstückt wurde. Als der Vater meine Schwester Karoline zum Bäcker schicken wollte rief Haug: »Ihr habt lange Zeit genug gehabt zum Frühstück, wir haben nicht soviel Zeit!« Schließlich durfte meine Schwester in Begleitung des Polizisten Ulmer zum Bäcker gehen.⁶⁷ Polizeimeister Haug beeindruckten besonders »die Äußerungen des Anton Guttenberger in der Wohnung nach seiner Festnahme (...). Er sagte, daß er schon lange wisse, daß sie fortkommen würden. Sie kämen nicht mehr zurück und würden ausgerottet. (...) Es fiel mir damals durch diese Äußerungen auf, in welcher Angst und seelischer Not sich die Familie schon längere Zeit befunden hatte. (...) Abschließend kann ich nur sagen, daß ich in der Sache Guttenberger meine äußerste Pflicht als Polizeibeamter getan habe.«⁶⁸ Das Ehepaar Guttenberger und deren Kinder Rudolf, Berta, Marie, Johannes, Elisabeth und das bei den Guttenbergers lebende Pflegekind Karl Eckstein wurden über das Wochenende im Ortsgefängnis und im Amtsgerichtsgefängnis untergebracht, ehe sie am Montag von Schutzpolizist Ulmer zum Stuttgarter Hauptbahnhof gebracht wurden. Stadtpfarrer Stroh berichtete am 5. April dem Evangelischen Dekanat, daß Anton Guttenberger »die letzte Nachricht aus Halle [gab]. Die eine zurückgebliebene Tochter spricht davon, daß ein Sammellager in Schlesien das nächste Ziel sei. Zunächst eilten tolle Gerüchte durch die Stadt, Entdeckung eines Geheimsenders u. a., die jedes Grundes entbehrten. (...) Polizeileutnant Speidel erklärte mir, daß die Gerüchte unwahr seien, (...) und daß es sich um eine allgemeine Aktion gegen die Zigeuner handle.«⁶⁹

Johannes Guttenberger wurde von seiner Familie getrennt, er starb 1944 im Alter von 13 Jahren im Konzentrationslager Buchenwald an Hunger und Lungentuberkulose.⁷⁰ Die übrigen Familienmitglieder wurden in das Zigeunerlager nach Auschwitz-Birkenau gebracht: »Es handelt sich um ein sog. Familienlager mit hölzernen Stallbaracken. Von einem zum anderen Ende der Baracke, zwischen den zwei Schornsteinen, verläuft ein Rauchabzug, der die Baracke teilt und gleichzeitig eine Art sehr langen Tisch bildet. Auf beiden Seiten des Rauchabzugs stehen dreistöckige Holzpritschen. Auf jeder Pritsche soll eine Familie untergebracht werden. Die Zigeuner behängen die Pritschen mit Decken, die sie mitführen und so entsteht aus jeder Pritsche eine Unter-

⁶⁷ Ebda., Aussage J. Guttenberger, 22. 11. 1946.

⁶⁸ (s. A 61), schriftl. Äußerung W. Haug, 7. 12. 1946.

⁶⁹ *Landeskirchliches Archiv Stuttgart* (LKA) Altregistratur, 285 b III: 5. 4. 1943.

⁷⁰ J. Josenhans (s. A 22), S. 104.

kunft für die Familie.«⁷¹ Die Guttenbergers starben alle noch 1943 an Hungertyphus.⁷² Die meisten der ca. 20 000 in Auschwitz internierten Zigeuner verhungerten oder starben an Seuchen, viele kamen in den Gaskammern um, nur ganz wenige überlebten. Die spätere Frau von Albert Guttenberger, Elisabeth, war als 17-jähriges Mädchen mit ihren Eltern und vier Geschwistern nach Auschwitz deportiert worden. Sie mußte im Zigeunerlager das Totenbuch führen: »Der erste Eindruck, den wir von Auschwitz bekamen, war erschreckend. Man hat uns tätowiert und die Haare abgeschnitten. Bekleidung und Schuhwerk und die wenigen Dinge, die wir mitnehmen durften, wurden uns weggenommen. (...) In einer Baracke, die vielleicht für 200 Menschen Platz gehabt hätte, waren mehr als tausend Menschen untergebracht. (...) Am schlimmsten war der Hunger. Die hygienischen Verhältnisse sind nicht zu beschreiben. (...) Als Typhus ausbrach, konnten die Kranken nicht behandelt werden, weil es keine Medikamente gab. Zuerst starben die Kinder. Tag und Nacht weinten sie nach Brot; bald waren sie alle verhungert. (...) Man kann Auschwitz mit nichts vergleichen. Wenn man sagt: Die Hölle von Auschwitz – dann ist das keine Übertreibung.«⁷³

Damit die nationalsozialistische Rassenpolitik derart reibungslos und effektiv durchgeführt werden konnte, mußten, wie Eberhard Kolb es formulierte, »viele Mädchen und eben auch kleine Mädchen präzise funktionieren.«⁷⁴ Man konnte beobachten, daß sich Anfang 1933 die Schorndorfer Stadtverwaltung erstaunlich schnell auf die »von oben« angeordneten rassenpolitischen Maßnahmen einstellte. Befehle und Anordnungen aus dem Innenministerium wurden über den Landrat an den Bürgermeister weitergegeben und dieser sorgte meist pflichteifrig für die Durchführung der verlangten Maßnahmen, die sich gegen jene Menschen richteten, mit denen man jahrelang ohne Probleme zusammenlebte. Auf die Frage der Johanna Guttenberger: »Wissen Sie, was Sie meinen Angehörigen antun«, antwortete Polizeimeister Haug, »es sei nicht seine Schuld, er müsse eben seine Pflicht tun.«⁷⁵ Kolb wies darauf hin, daß die »Fragmentierung der Aufgaben bei der bürokratischen Vorbereitung und beim Vollzug von Maßnahmen der Unterdrückung, Verfolgung und Vernichtung von Menschen«⁷⁶ ein Gefühl der Mitverantwortung bei den Mitwirkenden verhinderte. Der Schutzpolizist als letztes Glied des bürokratischen Verfolgungs- und Unterdrückungsapparates führte die Anordnungen übergeordneter staatlicher Stellen aus, deren Konsequenzen er nicht erfaßte, verdrängte oder einfach akzeptierte.

⁷¹ D. Czech (s. A 61), S. 426.

⁷² J. Josenhans (s. A. 21), S. 104.

⁷³ E. Guttenberger, Das Zigeunerlager, in: Auschwitz. Zeugnisse und Berichte, hrsg. von H. G. Adler u. a., Stuttgart 1979, S. 129 f.

⁷⁴ E. Kolb, Die Maschinerie des Terrors. Zum Funktionieren des Unterdrückungs- und Verfolgungsapparates im NS-System, in: K. D. Bracher / M. Funke / H. A. Jacobsen (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz, Bonn 1983, S. 83.

⁷⁵ (s. A 62).

⁷⁶ E. Kolb (s. A 74), S. 282ff.

In einigen Fällen ging die Initiative auch direkt von der Stadtverwaltung aus. Man hatte, auch auf der untersten Verwaltungsebene, Rassenpolitik sehr schnell als rechtmäßiges Handlungsprinzip deutscher Innenpolitik begriffen. Natürlich spielte auch opportunistisches Verhalten eine Rolle, seine berufliche Karriere wollte man nicht aufs Spiel setzen.

Die Öffentlichkeit, d. h. die Mitbürger, verhielt sich, abgesehen von einer radikalisierten Minderheit, die die rassistische Politik offen begrüßte und unterstützte, weitgehend indifferent. Die verbreitete Angst, selbst in die undurchsichtige Maschinerie des Terrors zu geraten, ließ jede Kritik verstummen.

Benigna Schönhagen

Kriegszeit in Stuttgart und Tübingen

Der Zweite Weltkrieg an der »Inneren Front«

1. Vorbemerkungen – 2. Bei Kriegsbeginn – 3. Wie im tiefsten Frieden – 4. Totaler Krieg in Stuttgart – 5. Vom Luftkrieg unversehrt in Tübingen – 6. Stuttgart – Kampf ums Überleben oder ungebrochene Widerstandskraft? – 7. Stimmung in der Bevölkerung

1. Vorbemerkungen

Als Adolf Hitler den Zweiten Weltkrieg begann, versprach er den Deutschen: »Ein Wort habe ich nie kennengelernt, es heißt: Kapitulation.«¹ Sechs Jahre später ließ er sie bis zum bitteren Ende der »bedingungslosen Kapitulation« kämpfen. Erst der völlige militärische Zusammenbruch beendete das Blutvergießen und auch die NS-Herrschaft.

Über die Bedeutung der alliierten Luftangriffe für den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems herrschte in der Forschung lange Zeit Konsens. Einhellig war man der Meinung, daß es den Alliierten nicht gelungen sei, wie beabsichtigt durch Flächenbombardements die Widerstandskraft der Bevölkerung zu brechen und die Produktion der deutschen Rüstungsindustrie kriegsentscheidend zu schwächen.² Häufig war sogar zu lesen, daß die Angriffe genau das Gegenteil, nämlich eine Verstärkung des Durchhaltewillens erreicht hätten. In letzter Zeit aber wird, vor allem aufgrund einzelner Lokalstudien, eine differenziertere Betrachtung der Auswirkungen des Bombenkriegs angemahnt. So weist Ursula Büttner am Beispiel Hamburgs einen sich allenthalben nach dem »Unternehmen Gomorrha« zeigenden Autoritätsverlust des NS-Staates sowie sinkende Produktionszahlen nach.³

Bei der folgenden Skizze über die Kriegszeit in zwei württembergischen Städten soll deshalb die Frage nach den Auswirkungen des Luftkriegs auf die Haltung der Bevölkerung im Vordergrund stehen. Dafür wurden zwei Orte ausgewählt, die völlig unterschiedlich von den Luftangriffen betroffen waren. Stuttgart, das »Coventry der deut-

schen Rüstung«⁴ sank 1944 während zweier Angriffswellen in Schutt und Asche, die Universitätsstadt Tübingen jedoch wurde vom Luftkrieg weitgehend verschont. Zu fragen ist also, ob das Flächenbombardement der Alliierten charakteristische Unterschiede im Verhalten der Bevölkerung, insbesondere in ihrer Einstellung zum Regime zur Folge hatte. Das gänzlich unterschiedliche industrielle Potential der beiden Städte entzieht sich einem sinnvollen Vergleich.⁵

Die Wahl der Städte wurde darüber hinaus von der Tatsache bestimmt, daß für beide die NS-Zeit erarbeitet wurde und städtische Ausstellungsprojekte Zeitzeugeninterviews erstellten, die zur Frage nach dem Verhalten und der Stimmung aussagekräftiges Material enthalten.⁶

2. Bei Kriegsbeginn

Die Entwicklung zwischen 1930 und 1939 verlief in beiden Städten, bei allen Unterschieden ihrer Sozial- und Wirtschaftsstruktur,⁷ weitgehend gleich. Sowohl das wohlhabende, mittelständisch geprägte Industriezentrum mit seinen 1930 rund 364500 Einwohnern als auch die kleine Universitätsstadt mit ihren 23500 Einwohnern wurden von der Wirtschaftskrise am Ende der Weimarer Republik vergleichsweise wenig getroffen. Dennoch erfolgte der kommunale Machtwechsel hier wie dort reibungslos, wengleich vor allem in der Landeshauptstadt auch Widerstand insbesondere aus Kreisen der organisierten Arbeiterschaft laut wurde, den die Nazis aber wie überall mit Terror und Gewalt ausschalteten.

Dank der Kooperationsbereitschaft der traditionellen Eliten konnte sich der NS-Staat in beiden Orten schnell konsolidieren. Die Zustimmung zum »nationalen Aufschwung« schloß die weitgehende Bejahung der rigorosen nationalsozialistischen

⁴ H. Bardua, Stuttgart im Luftkrieg 1939–1945, Stuttgart ²1985, S. 29.

⁵ Zudem fehlen für Tübingen weitgehend Zahlen über die lokale Wirtschaft im Krieg. Vgl. L. Diehl, Das NS-Wirtschaftswunder, in: B. Schönhagen (Hrsg.), »vorbei und vergessen«. Nationalsozialismus in Tübingen, Ausstellungskatalog Tübingen 1992, S. 67–78.

⁶ Für Stuttgart wurden neben der grundlegenden Lokalstudie von R. Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988, herangezogen: K. Leipner (Hrsg.), Chronik der Stadt Stuttgart, Stuttgart 1982; M. Zelzer, Stuttgart unterm Hakenkreuz. Chronik aus Stuttgart 1933–1945, Stuttgart ²1984; H. Bardua (s. A 4); M. P. Hiller (Hrsg.), Stuttgart im Zweiten Weltkrieg, Ausstellungskatalog, Gerlingen 1989. Für Tübingen: B. Schönhagen, Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus, Tübingen 1991; Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945. Eine Dokumentation, Tübingen 1985; M. Schmid (Bearb.), Tübingen 1945. Eine Chronik von H. Werner, Stuttgart 1986 sowie B. Schönhagen (s. A 5). Die in diesem Beitrag verwendeten transkribierten Interviews sind in den Stadtarchiven Stuttgart bzw. Tübingen einsehbar.

⁷ Je Berufsgruppe der Erwerbspersonen betrug die Bevölkerung 1933 in Stuttgart (Tübingen) in der Gruppe Land- und Forstwirtschaft 2,3% (5,8%), in Industrie und Handwerk 46,2% (30,4%), in Handel und Verkehr 30,9% (27,4%), bei den Öffentlichen Diensten 12,8% und bei den Häuslichen Diensten 7,5% (zusammen 37,1%); vgl. Statistik des Deutschen Reiches Bd. 456/7.

¹ Zit. n. E. Klöss (Hrsg.), Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers 1922–1945, München 1967, S. 215.

² Ch. Webster / N. Frankland, The Strategic Air Offensive against Germany, Bd. 2, London 1961, S. 12.

³ U. Büttner, Hamburg im Luftkrieg. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen des »Unternehmens Gomorrha«, in: M. P. Hiller / E. Jäckel / J. Rohwer (Hrsg.), Städte im Zweiten Weltkrieg: ein internationaler Vergleich, Essen 1991, S. 272–298.

Sozialpolitik ein. Partieller Unmut entzündete sich eher an dem Verlust überkommener Privilegien, stellte das Regime aber nicht ernsthaft in Frage, zumal die Bevölkerung in beiden Städten von der Arbeitsbeschaffungs- wie Rüstungspolitik des NS-Staats spürbar profitierte.

Die forcierte Ausrichtung der deutschen Industrie auf die Kriegsproduktion verschaffte den Stuttgarter Großbetrieben der Elektro- und Metallindustrie sowie dem Fahrzeugbau – allen voran der Daimler-Benz AG, den Bosch-Werken, aber auch den Strahltriebwerken Hirth oder den Vereinigten Kugellagerfabriken – spätestens seit 1936 volle Auftragsbücher. Auch die vielen kleineren und mittleren Zulieferbetriebe waren mit lukrativen Aufträgen eingedeckt, während die Textilbetriebe wie die gesamte Konsumgüterindustrie zu kämpfen hatte. Die württembergische »Gauhauptstadt« entwickelte sich darüber zu einem Zentrum der Rüstungsindustrie.

Die im Windschatten der Universität stehende Tübinger Wirtschaft war von völlig anderem Zuschnitt. Hier fehlten Groß- wie ausgesprochene Rüstungsbetriebe. Dennoch zeichnet sich – wenn auch im wesentlich kleineren Maßstab – eine ähnliche Tendenz ab. Während Handel und Gewerbe bei der Zwangsauflösung der Studentenverbindungen einen enormen Umsatzrückgang befürchteten und Zeter und Mordio schrien, profitierte die ansässige Industrie, soweit sie rüstungsrelevant produzierte, von der Umstellung auf die Kriegswirtschaft. Die Elektromotorenfabrik Himmel erhöhte die Zahl ihrer Beschäftigten zwischen 1933 und 1938 von 130 auf 750 und konnte ihren Umsatz in dieser Zeit um nahezu das Zehnfache steigern. Das Baugewerbe meldete dank Kasernen- und Lazarettbau ebenfalls Vollbeschäftigung. Die Betriebe der Konsumgüterindustrie dagegen, z. B. die Württembergische Frottierweberei in dem 1934 eingemeindeten Vorort Lustnau, bekamen schon bald die Nachteile der staatlichen Investitionslenkung zugunsten der Rüstungsproduktion zu spüren.⁸

Für beide Städte aber gilt bei allen strukturellen Unterschieden, daß sich 1938/39 die Anfangseuphorie bei den Anhängern des NS-Staats gelegt hatte. Die vielfältigen nicht eingelösten hohen Erwartungen an den »nationalen Aufschwung« hatten Unmut geweckt, die unbefriedigende Ernährungslage sowie Preissteigerungen bei gleichbleibendem Lohnniveau sogar öffentlichen Ärger produziert. Der Landesbauernführer warnte 1935: »Jede weitere Preissteigerung würde bei der heutigen Lage der Arbeiterschaft eine ernste soziale und staatspolitische Gefahr bedeuten.«⁹ Hinzu kam die allgemeine Sorge vor einem erneuten Krieg, die die Stimmung spürbar dämpfte. Dennoch schlug die partielle Unzufriedenheit nirgendwo in eine prinzipielle Opposition um.

⁸ *B. Schönhagen* (s. A 6), S. 208 ff.

⁹ Zit. n. *R. Müller* (s. A 6), S. 313.

3. *Wie im tiefsten Frieden*

Die ersten Kriegsjahre brachten beiden Städten keine einschneidenden Veränderungen. Der Kriegsbeginn wurde, wie im gesamten Reichsgebiet, mit großer Skepsis aufgenommen.¹⁰ Das Stimmungsbarometer kletterte jedoch mit jedem siegreich beendeten Blitzfeldzug hinauf. Nach dem Sieg der deutschen Wehrmacht über Frankreich herrschte schließlich offene Begeisterung. Vergessen schienen »Kriegslasten« wie die Reglementierung lebenswichtiger Güter, Kohlemangel, Einberufungen und die ersten Gefallenen. Jubelnde Menschenmassen drängten sich im Juni 1940 in den Tübinger wie Stuttgarter Straßen, um die siegreich heimkehrenden Truppen zu begrüßen. Der Präsident des Oberlandesgerichts Stuttgart beobachtete Anfang Juli im gesamten Bezirk eine verstärkte Bindung an das Regime: »Auch Kreise, die bisher dem Nationalsozialismus innerlich vielleicht noch nicht so nahe gekommen waren, erkennen rückhaltlos die Größe des Führers und der durch den Nationalsozialismus erzielten Erfolge an.«¹¹

Fliegeralarm hatte es bis zu diesem Zeitpunkt in keiner der beiden Städte gegeben,¹² da die britische Regierung erst nach dem deutschen Flächenangriff von Rotterdam im Mai 1940 das Bombardierungsverbot für deutsche Städte aufhob.¹³ Wiederholte Klagen der zuständigen Luftschutzleiter über sorgloses Verhalten bei Alarm lassen erkennen, daß man sich lange vor Angriffen aus der Luft sicher fühlte. Sei es, daß man der Propaganda vertraute, sei es, daß man sich wegen der Stuttgarter Kessellage oder den aufwendigen Flugabwehr- und Scheinanlagen geschützt glaubte.¹⁴ Und in Tübingen wog die Tatsache, daß es in der Stadt nur wenig Industrie gab, die Bewohner zusätzlich in Sicherheit.

In Stuttgart fielen die ersten Bomben in der Nacht vom 24. auf den 25. August 1940. Der erste von insgesamt 53 gezielten Angriffen auf das Stadtgebiet galt dem Daimler-Benz-Werk in Untertürkheim und forderte die ersten vier Luftkriegstoten des Zweiten Weltkriegs.¹⁵ In Tübingen hielt der friedensmäßige Zustand sehr viel länger an. Als dort über zwei Jahre später am 22. November 1942 die ersten Bomben fielen – sie verursachten lediglich geringe Gebäudeschäden am westlichen Stadtrand –, erlebten die Bewohner der Landeshauptstadt bereits ihren siebten Angriff. Noch war

¹⁰ Der Tübinger Polizeiamtsvorstand beschrieb die Stimmung bei Kriegsbeginn als »erst aber auch zuversichtlich«; vgl. *B. Schönhagen* (s. A 6), S. 304; vgl. auch *R. Müller* (s. A 6), S. 325 ff.

¹¹ *Staatsarchiv Ludwigsburg (StaLu)*, K 601, Bü. 1–2, Lagebericht vom 10. Juli 1940.

¹² *H. Bardua* (s. A 4), S. 17; *H. Werner*, Tübingen im Luftkrieg 1942–1945, in: *Tübinger Blätter* 39 (1952), S. 41–44.

¹³ *M. P. Hiller*, Der deutsch-alliierte Luftkrieg, in: *dies.* (s. A 6), S. 345–386.

¹⁴ U. a. war eine Attrappe des Stuttgarter Hauptbahnhofs bei Lauffen a. N. installiert, was die Lauffener mit einer beträchtlichen Zahl von Angriffen zu spüren bekamen.

¹⁵ Zählung und Schadensangaben zu allen Stuttgarter Angriffen folgen *H. Bardua* (s. A 4), hier S. 25.

die Schadensbilanz mit insgesamt 17 Toten und 40 schwer getroffenen bzw. total zerstörten Gebäuden ausgesprochen niedrig. Doch NS-Oberbürgermeister Strölin – er hatte sich bei Kriegsbeginn beim Internationalen Komitee des Roten Kreuzes um besonderen Schutz der Zivilbevölkerung bemüht, was den »Alten Kämpfer« in den Augen des Regimes zum Defätisten machte¹⁶ – warnte im Gemeinderat vor jedem Optimismus: »Wir werden mit weiteren Angriffen rechnen müssen.«¹⁷

Sorge und Angst verursachte die Zunahme des Luftkriegs offensichtlich hier wie dort. Schon im Dezember 1940 fühlte sich der Tübinger Kreisleiter bemüßigt, auf eine »gewisse Beunruhigung« wegen der vermehrten Einflüge feindlicher Flugzeuge zu reagieren. Forsch erklärte er den besorgten Tübingern, »daß im Krieg gespalten wird und Späne fliegen müssen.«¹⁸ Doch in den großen Pausen zwischen den einzelnen Angriffen – zwischen dem dritten und vierten Angriff auf Stuttgart lag nahezu ein Jahr – stabilisierte sich die Stimmung immer wieder.

Wesentlich mehr als der Luftkrieg beschäftigte die Bewohner beider Städte in den ersten zwei Kriegsjahren die Veränderung ihres Alltags. Der Tübinger Kreisleiter beobachtete Anfang 1940 »wechselnde persönliche unbedeutende Mißstimmungen« lediglich bei »einzelnen mit wenig Einsicht begabten Volksgenossen«, bezeichnete die »politische Gesamtstimmung« aber als »zuversichtlich und gut«: »Das restlose Vertrauen in die politische Führung, in unsere Wehrmacht und die Kampfmittel, vor allem aber das Bewußtsein der moralischen Richtigkeit und Notwendigkeit unseres Abwehrkampfes in erster Linie gegen England, ist überall zu beobachten.«¹⁹ Doch die mit Andauer des Krieges immer lästigeren Einschränkungen des Alltags dämpften die Stimmung. Insbesondere die wegen der vermehrten Einberufungen von Soldaten erhöhte Arbeitsbelastung führte zu Unzufriedenheit. So berichtete der Stuttgarter Generalstaatsanwalt im Dezember 1941 von »Erscheinungen der Resignation und der Kriegsmüdigkeit und der Verbitterung über die Lebensverhältnisse in der Heimat.«²⁰ Der Tübinger Kreisleiter registrierte »viel Unzufriedenheit und böses Blut«, ausgelöst durch Verteilungsungerechtigkeiten.²¹ Allerdings funktionierte das öffentliche Leben noch uneingeschränkt. Obwohl die Heimat zur »inneren Front« erklärt worden war, spielten Theater und Kinos, in der Landeshauptstadt auch Revuen und Varietés noch

¹⁶ Ebda., S. 18.

¹⁷ *Stadtarchiv Stuttgart (StAS)*, Luftschutz-Akten 200, nicht-öffentliche Beratung mit den Ratsherren vom 3. 12. 1942, Bericht über den Luftangriff vom 22. 11. 1942.

¹⁸ *Stadtarchiv Tübingen (StAT)*, F 8390, Politischer Lagebericht vom 30. 12. 1940 an die Gaupropagandaleitung.

¹⁹ *Staatsarchiv Sigmaringen (StASig)*, Wü 65/36, Nr. 174.

²⁰ *StALu* (s. A 11), Lagebericht vom 1. 12. 1941.

²¹ *B. Schönhagen* (s. A 6), S. 315.

lange weiter und lenkten vom Kriegsalltag ab. Bis 1943 lebte man nach Aussage vieler Stuttgarter »wie im tiefsten Frieden.«²²

4. Totaler Krieg in Stuttgart

In der Landeshauptstadt bekam man ab Frühjahr 1943 zu spüren, daß der Luftkrieg eine neue Qualität erreicht hatte; zur »luftgefährdeten Stadt« wurde sie allerdings erst im Oktober 1943 erklärt. Mit dem ersten Tausend-Bomber-Angriff, den britische Piloten Ende Mai 1942 auf Köln flogen, hatte das Bomberkommando der Royal Air Force die Konsequenz aus dem Dilemma gezogen, daß es technisch noch kaum möglich war, präzise Angriffe auf Einzelobjekte zu fliegen, und den Übergang zum taktischen Flächenbombardement vollzogen. Wie deutsche Angriffe zuvor Warschau, Rotterdam und Coventry »ausradiert« hatten, so sollte die ab Juni 1943 gemeinsame Bomberoffensive von britischer und amerikanischer Luftwaffe, auf die sich die Alliierten in Casablanca zu Anfang des Jahres geeinigt hatten, massive Zerstörungen in deutschen Städten anrichten. Damit wollten die Alliierten die »fortschreitende Zerstörung und Zerstreuung des deutschen Militär-, Industrie- und Wirtschaftssystems und die Unterminierung der Moral des deutschen Volkes bis zu einem Punkt« vorantreiben, »wo ihre Fähigkeit zum bewaffneten Widerstand in tödlicher Weise geschwächt ist.«²³

Bis zum Beginn dieser Phase des Luftkriegs hatten 21 Angriffe 1500 Tote in Stuttgart gefordert und mehr als 7000 Wohnhäuser unbewohnbar gemacht, doch die Infrastruktur der Stadt funktionierte noch. Bosch und Daimler, die herausragenden Stuttgarter Rüstungsbetriebe, waren zwar wiederholt getroffen, ihre Fertigung dadurch aber immer nur kurzfristig reduziert oder gar lahmgelegt worden. Auch in der ersten Phase der kombinierten britisch-amerikanischen Luftoffensive beschränkten sich die Erfahrungen der Stuttgarter mit dem »totalen Krieg« – zumindest an der »Heimatfront« – auf die Kriegswirtschaft. Das größte Problem dabei stellte der Personalmangel dar. Nach jedem Angriff banden Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten die durch Einberufungen ohnehin dezimierten Arbeitskräfte für einige Tage und bewirk-

²² Ein Zeitzeuge, der 1943 von Berlin nach Stuttgart kam, erzählte: »Damals war (...) hier in Stuttgart die Situation recht friedensmäßig, idyllisch (...). Es haben ab und zu mal nachts die Sirenen geheult (...) und wenn meine Mutter und wir Kinder – von Berlin eher gewöhnt in den Keller zu gehen – unsere Sachen packten und in den Keller gehen wollten, haben uns die Großeltern immer schroff zurechtgewiesen und haben gesagt: Hier fallen keine Bomben, so was gibt es in Stuttgart nicht«; vgl. *StAS*, Interview mit Herrn B. (Ausstellungsprojekt Stuttgart).

²³ *H. Bardua* (s. A 4), S. 45; vgl. auch *M. P. Hiller*, Der deutsch-alliierte Luftkrieg, in: *dies.* (s. A 6), S. 375–386 sowie *N. Krüger*, Die Bombenangriffe auf das Ruhrgebiet im Frühjahr 1943, in: *U. Borsdorf / M. Jamin* (Hrsg.), Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen in einer Industrieregion, Reinbek 1989, S. 88–100.

ten, neben den eigentlichen Gebäude- und Maschinenschäden, einen spürbaren Produktionsrückgang.

Dennoch gelang es dem Minister »für Rüstung- und Kriegsproduktion«, Albert Speer, durch organisatorische Verbesserungen und Sonderprogramme die Produktion der deutschen Kriegswirtschaft ab 1943 weiter zu erhöhen. Auch in den Stuttgarter Betrieben konnten die Produktionszahlen im Rahmen des sogenannten Jägerprogramms – dabei handelte es sich um ein Notprogramm zur forcierten Herstellung von Jagdflugzeugen für die deutsche Luftabwehr – bis 1944 noch einmal gesteigert werden.²⁴ Allerdings auf Kosten der ausländischen wie deutschen Rüstungsarbeiter und -arbeiterinnen. Die 72-Stunden-Woche war für die am »Jäger-Programm« Beschäftigten die Regel. Zum Schutz vor Luftangriffen wurden die beteiligten Firmen seit 1943 ausgelagert, vor allem ins Neckar- und Filstal, aber auch in die stillgelegten Textilbetriebe auf der Schwäbischen Alb. In Tübingen produzierten während der restlichen Kriegsmonate ebenfalls noch Stuttgarter Betriebe. Die Zerstörung der Stadt traf die Stuttgarter Rüstungsindustrie deshalb nur relativ gering.

Als 614 Bomber der Royal Air Force am Abend des 24. Juli 1944 in England starteten, begann eine fünftägige Angriffsserie, in deren Bombenhagel die Stuttgarter Altstadt unterging. Es gab an die 1000 Tote und Vermißte, nahezu 2000 Verwundete, 100000 Obdachlose und 2300 unbewohnbare Häuser. Ganze Stadtteile waren vernichtet; das Rathaus, die beiden Schlösser und mehrere Kirchen sowie andere repräsentative Gebäude lagen in Schutt und Asche. Die Wasserversorgung fiel vielfach aus, die Strom- und Gaszufuhr war unterbrochen, die Stadt für einige Tage vom Verkehr abgeschnitten.²⁵ Stuttgart war zur »Frontstadt« geworden.²⁶

Den Stuttgartern blieben nach den Juli-Angriffen gerade sechs Wochen Zeit, um sich in der Schuttwüste wieder notdürftig einzurichten, da zerstörte eine erneute Folge von kombinierten amerikanischen Tages- und britischen Nachtangriffen zwischen dem 5. und 12. September den Rest der Stadt. Noch einmal gab es mehr als 1000 Tote, rund 5000 zerstörte Gebäude sowie weitere 50000 Obdachlose. Die noch nicht ausgelagerten Abteilungen Daimler-Benz-Werke waren teilweise zu 100 Prozent zerstört.²⁷

Besonders hart traf es die Einwohner am westlichen Rand der Altstadt. Hier tobte auf einer Fläche von knapp 5 qkm ein Feuersturm, der die Menschen in dem dicht bebauten Gebiet einkreiste. Nur wenigen gelang es, eingehüllt in nasse Tücher, auf brennendem Asphalt dem Inferno zu entgehen. Die meisten verbrannten oder erstickten,

²⁴ Vgl. K. Winkler, »Mehr arbeiten, weniger verbrauchen.« Die Stuttgarter Wirtschaft im Krieg, in: M. P. Hiller (s. A 6), S. 335–346.

²⁵ H. Bardua (s. A 4), S. 115–140.

²⁶ Oberbürgermeister Strölin in der Ratsherrensitzung vom 10. August 1944, nach H. Bardua (s. A 4), S. 244–269.

²⁷ Ebda., S. 140–156.

weil die Feuersbrunst den Sauerstoff verzehrte. Viele wurden in den Kellern verschüttet und von herabstürzenden Trümmerteilen erschlagen. Noch 50 Jahre später, bei den Interviews für das Ausstellungsprojekt »Stuttgart im Zweiten Weltkrieg«, bereitete es einigen, die »die Schlacht über Stuttgart« überlebt hatten, Mühe, ihre Erfahrungen in Worte zu fassen. Der Bericht eines damals Zehnjährigen, der sich durch das brennende Stuttgart kämpfte, soll stellvertretend stehen für das Grauen, das die Überlebenden durchmachten: »Die gesamte Silberburgstraße hinauf bis zur Hölderlinstraße, da war alles kaputt, bis zur Tübinger Straße. Die Steine waren heiß. Ich kam bis zu dem Klaviergeschäft Ecke Silberburgstraße. Da stand quer die Feuerwehr auf der Kreuzung drin. Die Schläuche waren teilweise durchgebrannt, und das Feuerwehrauto war total zusammengedrückt, weil die Häuser darüber reingebrochen waren. Teilweise sind die Mauern gestanden, oder es hat im ersten Stock gebrannt. (...) Da bin ich zwischendurch gehuscht – da lagen die Leichen. Für mich galt nur eins, durchzukommen zu meiner Mutter. Ich kam dann bis zum Furtbachkrankenhaus. Da lagen die Verletzten auf den Trottoirs, vor dem Eingang, im Treppenhaus, alle stöhnend und röchelnd durcheinander.«²⁸

Verglichen mit dem »Unternehmen Gomorrha«, das genau ein Jahr zuvor Hamburg zerstört und mehr als 40000 Tote hinterlassen hatte, war die Zahl der Stuttgarter Luftkriegstoten auffallend niedrig. Neben der weitflächigen Streuung der Wohnviertel war das vor allem den vielen Luftschtzstollen zu verdanken, die die Bevölkerung seit Sommer 1943 mit Hilfe von Zwangsarbeitern in die Hänge des Stuttgarter Kessels getrieben hatten.²⁹ Auch bei den 25 bis Kriegsende noch folgenden wesentlich schwächeren Angriffen übten sie ihre Funktion aus und trugen dazu bei, daß die Zahl der 4477 Luftkriegstoten (darunter 700 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene) insgesamt – das sind knapp ein Prozent der Vorkriegsbevölkerung – in Stuttgart auffallend niedrig blieb.³⁰ Groß war dagegen der Schaden an Gebäuden. 60 Prozent des Bestandes wurde vernichtet. »Die materiellen Grundlagen unseres Lebens sind im wesentlichen zerstört«, resümierte der Oberbürgermeister schon nach den Juli-Angriffen.³¹ Die großflächig zerstörten, »toten Zonen« der Innenstadt, in denen zum Teil nur noch zwei Prozent der ehemaligen Einwohner zwischen den Trümmern hausten, wurden zu »Sperrzonen« erklärt. Dort durften außer an Krankenhäusern, Bunkern und Rüstungsbetrieben bis Kriegsende keine Sofortmaßnahmen durchgeführt werden.

²⁸ StAS, Interview mit Herrn L. (Ausstellungsprojekt Stuttgart).

²⁹ Nach einem Bericht Strölin über den Stand der Luftschtz- und Sofortmaßnahmen gab es im Mai 1944 neben unterirdischen Fluchtwegen in einer Gesamtlänge von 26,7 km 19300 Plätze in trümmer- und splittersicheren öffentlichen Luftschtzräumen, 68160 Plätze in bombensicheren Bunkern und 38100 Plätze in Pionierstollen. Zusammen mit 4500 Schutzplätzen in behelfsmäßigen Deckungsgräben waren das rund 477000 Schutzraumplätze bei einem Stand der Einwohnerzahl von 352000, vgl. K. Leipner (s. A 6), S. 965.

³⁰ H. Bardua (s. A 4), S. 198–200.

³¹ Zit. n. R. Müller (s. A 6), S. 479.

5. Vom Luftkrieg unversehrt in Tübingen

Den Einwohnern der Universitätsstadt blieb die Katastrophe erspart. Standortarzt Dr. Dobler und der Rektor der Universität, Otto Stickl, hatten sich seit Sommer 1944 darum bemüht, die Stadt unter den Schutz der Genfer Konvention zu stellen.³² Immerhin lagen in den Kliniken und Lazaretten zu dem Zeitpunkt mehr als 6000 Verwundete. Doch die gegen den Willen des Stadtvorstands nach Tübingen verlagerte Stuttgarter Rüstungsindustrie – der Gauleiter hatte Ende 1944 die Aufnahme einer Abteilung von Daimler-Benz in der stillgelegten Württembergischen Frottierweberei in Lustnau erzwungen – hatte die Voraussetzungen für die offizielle Anerkennung als »Lazarettstadt« zunichte gemacht.³³

Auch wenn die Bemühungen nicht zur offiziellen Erklärung führten, sondern das auf die Dächer gemalte rote Kreuz nur einzelne Lazarettsperrbezirke, nicht aber die gesamte Stadt beiderseits des Neckars schützte, wurde Tübingen, insbesondere die Altstadt links des Neckars dennoch weitgehend verschont. Hinzu kam, daß nie eine Flak aufgestellt wurde, die oftmals in kleineren Orten Angriffe erst auslöste. So überstand Tübingen den Zweiten Weltkrieg so gut wie unversehrt. Erst als die Alliierten zu Ende des Krieges immer näher rückten und sich auf die Zerstörung der Verkehrswege konzentrieren konnten, um den Nachschub der Rüstungsindustrie für die Front zu unterbinden, kam es zu größeren Schäden. Ein Sprengbombenangriff auf den Güterbahnhof zerstörte am 15. Januar 1945 das Elektrizitätswerk und große Teile der Bahnanlagen. Erstmals gab es Luftkriegstote (15), deren Zahl sich bei den folgenden neun Angriffen auf 44 erhöhte. Der Gebäudeschaden, überwiegend im südlich des Neckars gelegenen Industrie- und Kasernengebiet, war mit weniger als zwei Prozent schwer beschädigter Gebäude außerordentlich gering. Als einziges historisch bedeutendes Gebäude sprengte im März 1944 eine Mine das Uhlandhaus an der Neckarbrücke. Die Erfahrungen der Stuttgarter kannte die Tübinger Bevölkerung also nur vom Hörensagen.

6. Stuttgart – Kampf ums Überleben oder ungebrochene Widerstandskraft?

Die Presse war über die Einsatzbereitschaft der Stuttgarter, die sich nach jedem Angriff von neuem ans Aufräumen begaben, des Lobes voll. Die Propaganda interpretierte das Funktionieren des sogenannten Selbstschutzes als ungebrochenen Wider-

³² Th. Dobler, Wie Tübingen vor der Zerstörung bewahrt wurde, in: Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945, Tübingen 1985, S. 15–19.

³³ B. Schönhagen (s. A 6), S. 371. Außerdem waren im Sommer 1944 neben einigen Berliner Betrieben, den Kaiser-Wilhelm-Instituten und einigen Stuttgarter Ministerialabteilungen die Stuttgarter Firma Hahn & Kolb nach Tübingen verlagert (ebda., S. 460, Anm. 561). Zur Situation in den Lazaretten siehe: E. Timm, Der Krieg in den Kliniken: Verwundete Soldaten und die »Geburtssiege« der Mütter, in: B. Schönhagen (s. A 5), S. 189–195.

standswillen gegen die »Terrorangriffe der Alliierten«. Doch spricht wenig dafür, daß damit auch eine verstärkte Bindung ans Regime verbunden gewesen wäre. Das unermüdliche Aufräumen entsprang ebenso wie das bemerkenswerte Engagement beim Bau der 177 Pionierstollen dem schieren Überlebenswillen.³⁴ Und der war sozusagen regime-neutral. Vielmehr berichten Erinnerungen, daß unmittelbar nach den Angriffen offen auf das Regime geschimpft wurde. Ein Stuttgarter erzählte, wie Verzweiflung und Wut aus einer Frau herausbrachen, als sie im Stollen erfuhr, daß ihr Haus einen Volltreffer erhalten hatte. »Die ist fast wahnsinnig geworden und hat dermaßen auf den Hitler geschimpft, obwohl da einer in brauner Uniform daneben saß.«³⁵

Henry Bernhard, während der Kriegszeit als Angestellter der Daimler-Benz-AG in Stuttgart tätig und nach dem Krieg Lizenzträger der Stuttgarter Zeitung, notierte nach den Juli-Angriffen in sein Tagebuch: »Das Volk merkt, worum es geht. Irgendwelcher Optimismus ist kaum mehr festzustellen. (...) Der konsequente Bombenkrieg der Gegenseite ist ein kriegsentscheidender Faktor.« Und nach dem »Doppelschlag« im Oktober 1944 resümierte er: »Alles in allem muß man sagen, daß die Nerven der Bevölkerung durch diese nächtlichen Angriffe, ja sogar schon durch den Fliegeralarm allmählich mächtig strapaziert werden und viel dazu beitragen, die seelische Kraft des Volkes zu beeinträchtigen.«³⁶ Natürlich gab es auch Stimmen, die die Alliierten als »Mordbrenner« beschimpften. Nach der Schlacht über Stuttgart wies der Stuttgarter Generalstaatsanwalt ausdrücklich darauf hin, »daß man in der Bevölkerung mit bitterem Ingrim von den Stellen spricht, die man dafür verantwortlich hält, daß die feindliche Luftwaffe ohne merkbare Gegenwirkung unsere Front und unsere Heimat in größte Bedrängnis bringen kann, wo und wie es ihr gerade paßt.«³⁷ Auch der Oberbürgermeister registrierte einen »Zustand nervöser Gereiztheit« und hielt seine Mitarbeiter einmal mehr zu verständnisvollem Verhalten gegenüber den Ausgebombten und Obdachlosen an, damit die Verzweiflung nicht in offene Auflehnung umschlug.³⁸ Die vielgelobte Einsatzbereitschaft betraf in der Regel nur die eigene Familie, höchstens noch die temporäre Notgemeinschaft im Luftschutzkeller. »Stollenegoismus« wurde zum Begriff, und erstmals kam es nach Angriffen zu Plünderungen.³⁹ Niemand aber hielt es für nötig, das »Haus der Partei« zu retten oder sich für die verhaßten »Goldfasane« zu engagieren.⁴⁰

³⁴ Schließlich fehlten noch im Frühjahr 1943 für 245 000 Einwohner Luftschutzräume; vgl. R. Müller (s. A 6), S. 441.

³⁵ StAS, Gespräch mit Frau M. (Ausstellungsprojekt Stuttgart); auch die Stuttgarter Regimegegnerin Anna Haag berichtet in ihrem »Kriegstagebuch« von offenen Schimpfereien in der Straßenbahn; vgl. StAS, Nachlaß Anna Haag.

³⁶ H. Bernhard, Finis Germaniae. Aufzeichnungen und Betrachtungen, Stuttgart 1947, S. 37 und 112.

³⁷ StaLu (s. A 11), Lagebericht vom 3. Oktober 1944.

³⁸ StAS, Luftschutzakten 208.

³⁹ K. Leipner (s. A 6), S. 957 f. Viele Hinweise darauf auch im Nachlaß A. Haag (s. A 35).

⁴⁰ R. Müller (s. A 6), S. 466.

Das alles zeigt, daß das Ansehen und die Autorität der Partei im Schwinden war. Probleme bei den Soforthilfemaßnahmen wurden ihr angekreidet, die organisatorischen Leistungen nach den Angriffen und bei der Versorgung der Fliegergeschädigten ihr aber nur selten zugute gehalten.⁴¹ Ein weiteres, deutliches Indiz für das nachlassende Vertrauen in Partei und NS-Staat bildete die Reaktion der Stuttgarter Eltern auf die Kinderlandverschickung. Statt ihre Kinder der Partei zur Evakuierung in vermeintlich bombensichere Gebiete anzuvertrauen, behielten die meisten ihre Kinder lieber bei sich. Drei Monate nachdem Stuttgart im April 1943 in die erweiterte Kinderlandverschickung einbezogen worden war, waren erst 600 Kinder von 46000 vorgesehenen evakuiert. Selbst nachdem der Reichsverteidigungskommissar die geschlossene Verlagerung der Schulklassen angeordnet hatte, holten viele Eltern ihre Kinder kurzerhand zurück. Resigniert stellte der Bezirksschulrat fest, daß es keinen Unterschied mache, »ob er die zahlreichen Gesuche der Eltern annehme oder ablehne, die Kinder blieben auf jeden Fall in der Stadt.«⁴² Auch auf anderem Gebiet konnten sich die Vertreter des NS-Staats nicht mehr durchsetzen. So folgten die Stuttgarterinnen der freiwilligen Meldepflicht nur widerwillig, und die Arbeiter konnten oft nur durch Repressionen dazu gebracht werden, ihren ausgelagerten Betrieben zu folgen. Auf den Aufruf zum Volkssturm bekamen die Parteifunktionäre ungeschminkte Kritik zu hören.⁴³

Die Stadtverwaltung lobte den Mut und die Einsatzbereitschaft des Selbstschutzes immer wieder. Aber es ist auch davon die Rede, daß Menschen durch unerlaubte Abwanderung den Selbstschutz schwächten bzw. daß sie lieber im schützenden Stollen blieben, statt bei Löscharbeiten ihr Leben zu riskieren.⁴⁴ Andererseits verließen viele Frauen und alte Menschen nicht wie aufgefordert die Stadt, um Wohnraum für die Ausgebombten zu schaffen.⁴⁵ Über hundert deswegen auf die Ortsgruppe bestellte Frauen drohten mit Protest. »Will sich etwa eine ›Revolution‹ bei uns tun?« fragte die Regimegegnerin Anna Haag in ihrem Kriegstagebuch.⁴⁶ Doch weder Unmut und Ärger, noch der immer stärker werdende Wunsch nach einem schnellen Kriegsende schlugen in Aufruhr um. Zwar verstärkten mit ständiger Rücknahme der Front einige Regimegegner aus den Reihen der Kommunisten ihre illegale Tätigkeit auch wieder in Stuttgart, wo eine Gruppe des Nationalkomitees Neues Deutschland entstand.⁴⁷ Im Frühjahr 1944 nahm Strölin, Nationalsozialist seit 1923, Kontakt mit Generalfeld-

⁴¹ Ebda., S. 433 f.

⁴² S. Kley, »Man wundert sich, daß wir überhaupt noch etwas gelernt haben«. Schule im Krieg, in: M. P. Hiller (s. A 6), S. 295 u. 297.

⁴³ R. Müller (s. A 6), S. 459, 462 u. 519.

⁴⁴ StAS, Luftschutzakten 209, Erfahrungsbericht des Feuerlöschdienstes bei der Brandbekämpfung während der Juli-Angriffe; NS-Kurier vom 31. 3. 1944, zit. n. K. Leipner (s. A 6), S. 957.

⁴⁵ Ausführlich dazu das Kapitel »Ich bleibe lieber bei meinem Sach'« bei R. Müller (s. A 6), S. 449–457.

⁴⁶ Nachlaß A. Haag (s. A 35), S. 440.

⁴⁷ R. Müller (s. A 6), S. 507.

marschall Rommel auf, um diesen im Auftrag Goerdelers für einen »Systemwechsel« zu gewinnen.⁴⁸ Doch die Angst vor dem sich noch verschärfenden Terror der Gestapo und den allgegenwärtigen Denunzianten verhinderte eine zielgerichtete Formierung aller Kriegsmüden und Verdrossenen. Ganz abgesehen davon, daß die Bedingungen für aktiven Widerstand in den zerbombten Städten, bei auseinandergerissenen Sozialkontakten und zerstörten Kommunikationswegen kaum gegeben waren.

Ein anderer Grund, der einem Zusammenschluß der Verdrossenen zu einer Aktion der Kriegsbeendigung entgegenstand, war die Angst vor der Revanche der Gegner.⁴⁹ So deuteten nicht wenige die Juliangriffe als Vergeltung für den deutschen Beschuß von London mit V1-Raketen kurz zuvor.⁵⁰ Bei der Angst vor der Rache des Gegners wird deutlich, wieviel doch von den Verbrechen der NS-Rassenpolitik wahrgenommen worden war. Denn die Verfolgung und Deportation der Stuttgarter Juden hatte ja nicht zwischen Bombenangriffen stattgefunden, sondern überwiegend in der angriffsfreien, »friedensmäßigen« Zeit. Damals hatte Anna Haag notiert: »Das Leben ist für die Sehenden voller Grausen. Für die Sehenden, sag ich. Leider gibt es noch viele, viele Blinde! So lange sie nicht verhungern, ihr Haus nicht zerbombt ist, der Krieg weit genug weg von ihnen tobt: was geht sie alles andere an?«⁵¹

Die Entwicklungen nach den 1944er Angriffen scheinen ihr recht zu geben. Erst das eigene Unglück, die Folgen der nationalsozialistischen Hybris, die man nun am eigenen Leib verspürte, führte zu politischer Nachdenklichkeit und zur Wiederentdeckung der Unterscheidungsfähigkeit von Recht und Unrecht. Die Konfrontation des eigenen Erlebens mit der verlogenen NS-Propaganda setzte – wenn auch nicht bei allen – eigenständige Überlegungen in Gang. »Überhaupt wird der Radikalismus, mit dem wir uns durch unsere Rassenpolitik ins Unrecht gesetzt haben,« beobachtete Henry Bernhard, »heute überall, wo einigermaßen die Vernunft sich regt, verurteilt. Das gilt für die Judenfrage in erster Linie.«⁵² Und ein Beobachter des Stuttgarter SD-Leitabschnitts berichtete im November 1944, daß die Bevölkerung auf die Presseberichte über das Massaker russischer Soldaten im ostpreußischen Nemmersdorf mit Scham reagiert hätten: »Haben wir nicht die Juden zu Tausenden hingeschlachtet? Erzählen nicht immer wieder deutsche Soldaten, Juden hätten in Polen ihre eigenen Gräber schaufeln müssen?«⁵³

⁴⁸ Ebda., S. 516 f.

⁴⁹ H. Bernhard (s. A 36), S. 146.

⁵⁰ R. Müller (s. A 6), S. 465.

⁵¹ Siehe dazu B. Schönhagen, »Wir waren von Feinden und Gleichgültigen umgeben«, in: M. P. Hiller (s. A 6), S. 171–184.

⁵² H. Bernhard (s. A 36), S. 37 u. 76. Der SD-Bericht vom 31. 1. 1945 meldete, daß »weniger in ausgesprochenen Landgemeinden, als vielmehr in Groß-Stuttgart davon gesprochen werde, daß Deutschland seine augenblickliche Lage selbst verschuldet habe und daß die Kriegsschuld auf unserer Seite liege«; vgl. K. Leipner (s. A 6), S. 1016.

⁵³ Aus deutschen Urkunden 1933–1945 (Ms. im Imperial War Museum, London), S. 257 f.

Entscheidend für das ohnmächtige Ausharren der Menschen aber war das deutliche Fehlen eines Auswegs, einer positiven Alternative.⁵⁴ Dem widerspricht auch nicht die Tatsache, daß einige Stuttgarter zum weiteren Kreis des 20. Juli gehörten. Eingeweiht in die Umsturzpläne war auch der Oberbürgermeister, der Anfang 1943 in seinen »Gedanken über einige staatspolitische Notwendigkeiten« bereits prinzipielle Kritik am NS-Staat geübt und im Frühjahr 1944 Kontakt zu Erwin Rommel aufgenommen hatte, um den Generalfeldmarschall für einen Separatfrieden im Westen zu gewinnen.⁵⁵ Die meisten Menschen jedoch hatten seit 1933 hinter der Volksgemeinschaftsfassade verlernt, sich für das Gemeinwesen verantwortlich zu fühlen. Der Rückzug ins Privatleben und ein zunehmender Egoismus waren die Folgen, welche die persönliche Gefährdung durch die Bomben noch verstärkte. »Das Schicksal des Nächsten wird bei den zunehmenden Hiobsbotschaften den anderen zunehmend eierlei« beobachtete ein Zeitgenosse.⁵⁶ Ein anderer erinnerte sich rückblickend: »Man hat eigentlich nur bis zum nächsten oder übernächsten Tag gedacht oder nur für sich selber und über den nächsten Angriff weg.«⁵⁷ Ein Leben nach dem Krieg konnten sich die meisten kaum mehr vorstellen. So blieb bei fast allen nur Lethargie und ein müdes, apathisches Ausharren bis zum Ende.

7. Stimmung in der Bevölkerung

Obwohl die Tübinger von den Katastrophenerfahrungen verschont blieben, eine Bombardierung der Stadt ohne Rüstungsbetriebe auch gar nicht der Strategie der alliierten Luftangriffe entsprach, unterschied sich die Stimmung der Bevölkerung von 1944 an nicht wesentlich von der in der »Frontstadt« Stuttgart. Nachdem es unübersehbar geworden war, daß die deutsche Luftherrschaft verloren war, herrschten auch hier Angst und Kriegsmüdigkeit vor.⁵⁸

Zudem war Stuttgart sehr nahe. Man war sich nicht sicher, ob es nicht auch die industriearme Universitätsstadt treffen würde, in der man den Feuerschein der Juli- und Septemberangriffe auf Stuttgart sehr genau wahrgenommen hatte. Der völlig überraschende Angriff auf Lübeck hatte das württembergische Innenministerium schon 1942 alarmiert. »Angesichts der Möglichkeiten schwerer Luftangriffe« bestellte es für die Zeit der Einberufung des Stadtvorstands, den die SS von seiner Tätigkeit als »Umsiedlungskommissar« in Serbien nicht freistellen wollte, einen kommissarischen

⁵⁴ Vgl. dazu *H. D. Schäfer*, Berlin im Zweiten Weltkrieg. Der Untergang der Reichshauptstadt in Augenzeugenberichten, München 1985.

⁵⁵ *R. Müller* (s. A 6), S. 510–517.

⁵⁶ Zit. n. *H. Bardua* (s. A 4), S. 77.

⁵⁷ *StAS*, Gespräch mit Herrn L. (Ausstellungsprojekt Stuttgart); über den zunehmenden Egoismus auch viele Beobachtungen in Anna Haags Kriegstagebuch (s. A 35).

⁵⁸ Zahlreiche Belege dafür im Interviewbestand des Tübinger Ausstellungsprojekts.

Bürgermeister. Die Ministerialabteilung für Körperschaftsverwaltung hielt das allerdings »wegen verhältnismäßig geringer Luftgefährdung« für unnötig.⁵⁹ Um »weitere Beunruhigung« zu vermeiden, lehnten die Ratsherren Ende 1943 die vorgesehene Kennzeichnung der Kleinkinder für den Katastrophenfall ab.⁶⁰ Die Nachricht von den luftkriegszerstörten Städten im Rheinland und Ruhrgebiet führten auch hier dazu, daß man die völlige Unterversorgung mit Luftschutzplätzen in Eigeninitiative aufbesserte und bis zum Spätherbst 1944 acht Stollen in die Hänge trieb. Die Tübinger, die nach der Stuttgarter Katastrophe zum »Fliegerschädeneinsatz« in die Landeshauptstadt abkommandiert waren, erzählten Schreckliches. Die Folge war eine regelrechte »Stollenpsychose«. Der kommissarische Bürgermeister berichtete im Gemeinderat, daß niemand mehr bei Alarm im eigenen Keller bleiben wolle.⁶¹

Bei einigen war jedoch die Identifizierung mit dem Regime so eng, daß sie ohne eigene Katastrophenerfahrung nicht aufbrach. »Ich konnte mir zeitweise überhaupt nicht vorstellen, daß wir, wenn wir den Krieg verlieren, noch eine Möglichkeit haben, weiterzuleben«, erzählte eine Frau. Eine andere meinte rückblickend: »Für uns ist bei Kriegsende eine Welt zusammengebrochen.«⁶² Bei anderen fanatisierte die Erfahrung, immer wieder davongekommen zu sein, den Glauben an den »Führer« und seine »Wunderwaffe«. Dieses »Verarbeitungsmuster« taucht in den Tübinger Interviews sehr viel häufiger auf als in den Stuttgarter, während das offene Schimpfen auf das Regime unmittelbar nach den Angriffen weitgehend fehlt. Die schockartige Ernüchterung angesichts der zerbombten Stadt, von der manche Stuttgarter berichteten, blieb im unzerstörten Tübingen aus. »Die Menschen leben in einer merkwürdigen Atmosphäre und haben eine Einstellung zum Kriegsgeschehen, namentlich zum Luftkrieg, die sich sehr von der der sogenannten Frontstädte, zu denen Stuttgart zählt, unterscheidet,« beobachtete Henry Bernhard, kritischer Stuttgarter Chronist, als er im Januar 1945 das ebenfalls (noch) unzerstörte Dresden besuchte.⁶³

An den Endsieg glaubten aber auch in Tübingen immer weniger Menschen. Als Zeitpunkt der Ernüchterung wurde bei den rückblickenden Gesprächen in der Regel der Kriegseintritt der USA, der Beginn des Rußlandfeldzugs oder die Niederlage von Stalingrad genannt, nicht aber die Bombenangriffe und die zerstörten Städte. Daran wird deutlich, daß auch ohne die unmittelbare Erfahrung des »moral bombing« die latente Antikriegshaltung zunahm. Es war eben nicht nur das Flächenbombardement, das die Zivilbevölkerung ins Kriegsgeschehen einbezog. Das Regime selber

⁵⁹ *B. Schönhagen* (s. A 6), S. 322; zu der Tätigkeit des Tübinger Kriegsoberbürgermeisters in Jugoslawien vgl. *H.-J. Lang*, Ernst Weinmann: Tübinger Oberbürgermeister und Belgrader Deportationsminister, in: *B. Schönhagen* (s. A 5), S. 208 u. 220.

⁶⁰ *StAT*, Gemeinderatsprotokoll vom 16. 12. 1943.

⁶¹ *B. Schönhagen* (s. A 6), S. 459.

⁶² *StAT*, Gespräch mit Frau K. (Ausstellungsprojekt Tübingen); *B. Schönhagen* (s. A 6), S. 9.

⁶³ *H. Bernhard* (s. A 36), S. 203.

hatte die Heimat zur Front erklärt und trotz aller Angst vor einem Stimmungsverfall zunehmend belastet. Arbeitsüberlastung, Versorgungsprobleme und eine drückende Wohnraumnot führten auch im unzerstörten Tübingen zu – teils offen geäußertem – Ärger und Verdruß. Die für Stuttgart aufgezeigten Symptome des Autoritätsverfalls von Partei und NS-Staat zeigten sich ebenfalls, ohne daß sie hier im einzelnen nachgewiesen werden sollen. Der Zorn auf die kleinen wie großen »Machthaber« fand manchmal ein Ventil, so z. B. als dem in einem Waldgasthaus üppig im Kreise von Parteifunktionären tafelnden Kreisleiter die Räder seines Autos abmontiert wurden und dieser den Hinweis fand: »Räder müssen rollen für den Sieg!«⁶⁴ Doch fehlte hier wie dort die fehlende Perspektive für ein Leben nach dem Krieg und verhinderte bei der überwiegenden Mehrheit ein Aufbegehren, erst recht einen aktiven Einsatz zur Beendigung des Regimes.

Überlebenswille wiederum war es, der die Mehrheit in Stuttgart wie in Tübingen bestimmte, als sie den letzten fanatischen Befehlen des Regimes nicht mehr folgte. Die Parole des Reichsverteidigungskommissars »Haß ist unser Gebet und Rache unser Feldgeschrei«⁶⁵ stieß weitgehend auf taube Ohren. Die Herrschaft war zerfallen, der Hitler-Mythos faszinierte nicht mehr, die Realität forderte Nüchternheit.⁶⁶

Ernüchterte Parteigenossen lehnten dann auch die militärisch sinnlose Verteidigung in beiden Städten ab. Doch während Strölin, unterstützt von Kreisen der alten Elite, Stuttgart am 22. April kampflos den Franzosen übergab, überließ sein Tübinger Kollege Dr. Ernst Weinmann, der sich als »Umsiedlungskommissar beim Militärbefehlshaber Serbien« tief in die Verbrechen der NS-Politik verstrickt hatte, die Stadt ihrem Schicksal. Der Tübinger Standortarzt, Dr. Theodor Dobler, war es, der den Kreisleiter und den Kampfkommandanten von der befohlenen Verteidigung abzuhalten versuchte und eigenmächtig den heranrückenden Franzosen Parlamentäre entgeschickte. Darauf besetzten am 19. April französische Truppen kampflos die Stadt, der Stab des Kreisleiters hatte sich in Richtung Alb abgesetzt.

Hans Schultheiß

Kriegsende an der Heimatfront

Am 25. April 1945 sind in der kleinen württembergischen Industriestadt Tailfingen die zur Verteidigung vorbereiteten Panzersperren geöffnet. Unbehelligt fährt ein amerikanischer Panzerspähwagen vor das Rathaus. Die Besatzung erkundigt sich nach dem ausgelagerten Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, fährt dorthin weiter und holt dessen Leiter Otto Hahn ab. Zwei Tage später rücken die zur Besatzung vorgesehenen Franzosen ein. Wiederum fällt kein einziger Schuß.¹ Warum dieser Ort ohne Verluste von Menschenleben und ohne Zerstörungen über das Kriegsende kam, schildert der Wissenschaftler Hahn später. Einige Tage zuvor sei noch eine deutsche Kompanie zur Verteidigung in den Ort gekommen. Es wäre jedoch gelungen, diese zu einem vorzeitigen Rückzug zu veranlassen. Da aber die Sperren geschlossen bleiben sollten, hätte sich vor dem Rathaus eine größere Anzahl von Menschen, meist Frauen, versammelt, um laut dagegen zu protestieren. »Ich erfuhr in meinem Institut davon, und da ich den Bürgermeister von Tailfingen (...) etwas näher kennengelernt hatte, beschloß ich, zu ihm zu gehen. Er war ein Verehrer von Hitler, aber ein guter Mensch. Ich sagte ihm, er möge doch die Sperren öffnen lassen und nicht versuchen, Widerstand zu organisieren. Er antwortete mir: ›Aber der Führer hat doch den Widerstand bis zum Letzten befohlen.‹ Ich sagte ihm: ›Der Führer kann Ihnen jetzt gar nichts mehr sagen. (...) Retten Sie Ihre Stadt, dann wird man Sie preisen, oder leisten Sie Widerstand, der doch sinnlos ist, dann wird man Sie verfluchen.‹«²

Dieses Tailfinger Beispiel spiegelt für den ländlichen Raum Süddeutschlands den im Grunde typischen Besetzungsvorgang einzelner Ortschaften wider. Verglichen mit den Schutthalden größerer Städte, waren die Dörfer und kleineren Gemeinden bis auf Ausnahmen in strategisch umkämpften Gebieten weitgehend unversehrt geblieben. Befragt man die vom Württembergischen Statistischen Landesamt 1948 begonnene Sammlung der »Berichte von Gemeinden über die Kriegsergebnisse 1945«,³ so er-

¹ Vgl. *Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HSTA)* J 170, Bü. 21, Tailfingen.

² *Otto Hahn*, in: Das Interview, in: *Physikalische Blätter* 17 (1/1961), S. 53.

³ Vgl. *HSTA* J 170. Der Bestand enthält die Erhebung von 1948 für den damaligen Regierungsbezirk Nordwürttemberg, die Erhebung von 1955 durch das Landratsamt Balingen für die Gemeinden dieses Landkrieses sowie die Erhebung von 1960 durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg für alle bisher nicht erfaßten Gemeinden des Landes. Die letzte Erhebung allerdings blieb weit hinter den vorigen Ergebnissen zurück: »Zahlreiche Gemeinden meldeten Fehlanzeige«; vgl. Findbuch, ebda.

⁶⁴ H. Werner, in: *M. Schmid* (s. A 6), S. 22. Die Anekdote wurde auch von vielen Interviewpartnern erzählt.

⁶⁵ Zit. n. *R. Müller* (s. A 6), S. 531.

⁶⁶ Vgl. *I. Kershaw*, *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 1980, S. 141–194.

hoffte sich die Masse der Bevölkerung angesichts der vor dem eigenen Ort stehenden Amerikaner oder Franzosen eine kampflose Übergabe. Sie verband damit jedoch weniger eine Befreiung vom Nationalsozialismus als eine Befreiung vom Krieg, den man endlich schadlos überstehen wollte.

Im Bezirk Böblingen steigerten sich wie andernorts ab Januar die Luft- und Tieffliegerangriffe. Nach den ersten Opfern wagten sich die Bauern kaum mehr zur Frühjahrsbestellung auf das Feld. Von Holzgerlingen aus wurde der Luftangriff auf Pforzheim beobachtet: »Es war ein schauerlicher Anblick, als es buchstäblich Feuer und Schwefel regnete (...), und man spürte von Tag zu Tag mehr, daß das Furchtbare kam.« Einer Anordnung zur vollständigen Evakuierung widersetzten sich die Einwohner: »Gehe es zum Leben oder Sterben, wir bleiben in der Heimat.«⁴ Als dann »der Feind« näherkam, Panzersperren errichtet und Deckungslöcher gegraben werden sollten, gab es unter den Bewohnern Holzgerlingens einen Sturm der Entrüstung, der sich allerdings wieder legte, nachdem dies unterblieb. »Die Dorfbewohner suchten unbedingt zu vermeiden«, so der Holzgerlinger Bericht, »daß unser Ort Kampfgebiet werde. (...) Man duldet keinen deutschen Soldaten, kein deutsches Heeresgefährte im Ort. Es war deprimierend für uns, daß man seine eigenen deutschen Soldaten des Ortes verweisen mußte.«⁵

Spätestens jetzt war die Aussichtslosigkeit der militärischen Lage augenscheinlich geworden. Wo bislang noch auf die angekündigten Wunderwaffen gehofft wurde, wurde nun spöttisch gefragt, wo diese denn blieben. Man sah die Ohnmacht des Volkssturms, vielfach auch sich zurückziehende und versprengte Wehrmachtsteile, die in vielen Berichten ein »Bild des Jammers« bieten. Die eigentliche Bedrohung für den Ort sah man daher in der Anwesenheit von Wehrmacht und SS-Verbänden oder in einer fanatischen örtlichen Parteileitung, die trotz allem Verteidigungsbereitschaft erzwingen wollte. »Wird unser Ort verteidigt oder nicht?«, wurde zur zentralen Überlebensfrage, in der es nicht zuletzt auf das Geschick der Bewohner ankam. Aus Magstadt heißt es beispielsweise: »Jedermann wußte, was das Entfernen der Panzersperren zu bedeuten hatte, (...) weil zuviele Aufpasser lauerten. Im Geheimen wurde ausgemacht, daß in der Sonntagnacht bzw. früh um 5 Uhr die Arbeit aufgenommen werde. (...) Man darf wohl sagen, es war eine Heldentat und ein Glück, daß der Feind schneller kam als erwartet (...), zumal sie alle bereits gemeldet waren.«⁶

In der weitaus großen Mehrzahl der Fälle vollzog sich die Besetzung der Orte ohne Kampfhandlungen. Der Volkssturm trat nicht mehr in Aktion. Mancher Ortsgruppenleiter, der den Volkssturm führen sollte und für die Sperren verantwortlich war, war zum einen kriegsunerfahren und hatte zum andern, je näher es dem Ende zuzuging, das-

⁴ HSTA J 170, Bü. 3, Holzgerlingen

⁵ Ebda.

⁶ HSTA J 170, Bü. 3, Magstadt.

selbe Interesse wie seine Mitbewohner: Schonung der eigenen Ortschaft. Solche Volkssturmführer verhielten sich dann zumeist passiv, während die anderen sich – nach Durchhalteparolen bis zuletzt – rechtzeitig absetzten. Wie in Tailfingen waren es oft Frauen, die dann die Initiative zur Sperrenbeseitigung ergriffen; mitunter aber auch Parteileute. So hat es sich im Sinne Hitlers nie ausgezahlt, daß er die Bildung und Führung der Volkssturmeinheiten nicht in die Hände der Wehrmacht, sondern den Gauleitern und vor Ort den Ortsgruppenleitern übertragen hat, da sie ihm parteipolitisch zuverlässiger erschienen.⁷

Der nationalsozialistischen Führung war solcher »Defätismus« der letzten Stunden nicht verborgen geblieben. Der Sicherheitsdienst (SD) der SS lieferte ihr schon seit Kriegsbeginn regelmäßige »Meldungen aus dem Reich«, geheime Stimmungsbilder zur Haltung der Bevölkerung.⁸ Bereits nach der Niederlage in Stalingrad wurde in der Bevölkerung breit darüber diskutiert, ob diese ungeheueren Opfer notwendig gewesen seien und warum in aussichtsloser Lage der Befehl zur Kapitulation nicht erteilt worden sei.⁹ Zwei Jahre später war die Gesamtlage längst hoffnungslos geworden. Kriegsschauplatz war nicht mehr der entfernte Osten, die Alliierten bereiteten ihre Angriffe auf das Reichsgebiet vor. Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg wurde der Zweite Weltkrieg in dieser Situation nun nicht politisch beendet – durch ein von deutscher Seite ersuchtes Waffenstillstandsabkommen –, sondern militärisch. Jeder einzelne Ort des Deutschen Reiches hatte seine eigene bedingungslose Kapitulation zu erleiden. Drei Ursachen, die alle mit der Person Hitlers zusammenhängen, dürften dazu geführt haben: Aus dem gescheiterten Attentat des 20. Juli 1944 ging Hitler gestärkt hervor und blieb innerhalb der nationalsozialistischen Führung sowie der Wehrmacht die Autorität bis zuletzt. Auch beim größten Teil der Bevölkerung ist das Attentat auf Ablehnung gestoßen und hat sogar eine Vertiefung der »Bindung an den Führer« bewirkt.¹⁰ Inwieweit Hitlers langgeschürter Haß auf die Unterzeichner des Waffenstillstands von 1918, die sogenannten »Novemberverbrecher«, innerer Überzeugung entsprach oder mehr Gründen der Propaganda zuzurechnen ist, ist schwer zu sagen. Im

⁷ Vgl. hierzu auch J. Brückner, Kriegsende in Bayern 1945. Der Wehrkreis VII und die Kämpfe zwischen Donau und Alpen, Freiburg 1987, S. 22 ff.; ebenso die »Military Studies« (von deutschen Offizieren im Auftrag der US-Armee in den ersten Nachkriegsjahren angefertigt) beim *Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg (MGFA)* B-626, H. Kissel, Der deutsche Volkssturm 1944–1945; T 123, Teil III, A. Kesselring, Geschichte des Oberbefehlshabers West, S. 230 ff.

⁸ Vgl. H. Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945, 18 Bde., Herrsching 1984.

⁹ Vgl. H. Boberach, Stimmungsumschwung in der deutschen Bevölkerung, in: W. Wette / G. Überschär (Hrsg.), Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht, Frankfurt/M. 1992, S. 60–66.

¹⁰ Vgl. M. G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1970, S. 469; vgl. auch E. Jäckel, Hitler und die Deutschen, in: K. D. Bracher u. a. (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Bonn 1983, S. 706 ff.

Juni 1941, während der Angriffsplanungen auf die Sowjetunion, sagte er zu Goebbels: »Wir haben sowieso soviel auf dem Kerbholz, daß wir siegen müssen, weil sonst unser ganzes Volk, wir an der Spitze mit allem was uns lieb ist, ausradiert werden. Also ans Werk!«¹¹ Berücksichtigt man, daß zu diesem Zeitpunkt die millionenfache Dimension des Holocaust auf dem Schuldkonto noch fehlte, dürfte es für Hitler zuletzt nur noch die Alternative Sieg oder Untergang gegeben haben, in welche er das ganze Volk miteinbezog: »Wenn der Krieg verlorengelht, wird auch das deutsche Volk verloren sein. Dieses Schicksal ist unabwendbar.«¹² Ein Verfahren wie 1918 war nicht mehr möglich. Auch nicht von seiten Amerikas und Englands, die sich auf der Casablanca-Konferenz Anfang 1943 auf die Politik der »bedingungslosen Kapitulation« einigten, die einen Waffenstillstand nicht vorsah. Es wurde also weitergekämpft, obschon der Ausgang feststand.

»Keiner glaubt mehr, daß wir siegen«, heißt es im letzten SD-Bericht, Ende März 1945. »Der bisher bewahrte Hoffnungsfunke ist am Auslöschen. (...) Der Führer ist für Millionen der letzte Halt und die letzte Hoffnung, aber auch der Führer wird täglich stärker in die Vertrauensfrage und die Kritik einbezogen. Der Zweifel am Sinn des weiteren Kampfes zerfrißt die Einsatzbereitschaft.«¹³

In dieser Situation verschärfte die Führung den Terror gegen die eigene Bevölkerung. Zeitungen, die oft bis in die letzten Kriegstage hinein erscheinen konnten, drohten: »Es hat da und dort bei Annäherung des Feindes gesinnungslose und verräterische Elemente gegeben, die weiße Fahnen hißten und die damit zu erkennen gaben, daß sie bereit sind, den Führer und das deutsche Volk zu verraten (...). Ich bestimme daher: Jeder Verräter oder jede Verräterin, die weiße Fahnen hissen, verfallen unweigerlich dem Tode und werden aufgehängt. Jedes Haus, an dem weiße Fahnen hängen, wird gesprengt oder niedergebrannt. Dörfer, die gemeinsam weiße Fahnen hissen, werden niedergebrannt.«¹⁴

Verständlich, daß es aufgrund solcher Androhungen in den letzten Kriegswochen keine allgemeinen Erhebungen gegen diese Kriegsverlängerung gab.¹⁵ Das Ende des Regimes vor Augen, wollte man sein Leben nicht mehr aufs Spiel setzen, sondern setzte auf lokale Einzelaktionen für einen reibungslosen Übergang. Dieser allerdings konnte nicht immer gelingen. Als sich amerikanische Truppen am 16. März 1945 Ingelheim am

¹¹ Zit. n. E. Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Aufzeichnungen, Bd. 4, München 1987, S. 696.

¹² Zit. n. dem Schreiben Speers an Hitler vom 29. 3. 1945, abgedruckt in: P. E. Schramm (Hrsg.), Die Niederlage 1945. Aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, München 2 1985, S. 410.

¹³ M. G. Steinert (s. A 10), S. 572.

¹⁴ Als Anordnung des Reichsverteidigungskommissars und Gauleiters Holz, in: *Fränkische Landeszeitung*, Ausgabe A, Nürnberg, vom 14. 4. 1945, S. 2.

¹⁵ Vgl. auch für Bayern: H. Troll, Aktionen zur Kriegsbeendigung, in: M. Broszat / E. Fröhlich (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, München 1981, S. 647.

Rhein näherten, traf sich der örtliche Volkssturm, um über den Nutzen einer militärischen Gegenwehr zu beraten. Am anderen Morgen war an den Anschlagflächen der Stadt ein vom Leiter des Volkssturms unterzeichneter Aufruf zu lesen: »Schicksalschwere Stunden stehen uns bevor, die wir nur dann einigermaßen gut überstehen können, wenn jeder Ruhe und Besonnenheit wahrt. So muß vor allen Dingen jeder mithelfen, unverantwortliche Elemente und insbesondere Jugendliche daran zu hindern, sich zu Handlungen hinreißen zu lassen, deren Folgen für das Weiterbestehen unseres Heimatortes von unübersehbarer Bedeutung wären. Wer Personen kennt oder erfährt, daß sich solche in den Besitz von Waffen gesetzt haben, hat sich unverzüglich zu melden und sofern möglich die Waffen selbst abzunehmen (...).«¹⁶ Kurz darauf wurde die Stadt durch die Wehrmacht aber doch noch in Verteidigungsbereitschaft gesetzt. Ein Major ließ den Aufruf außer Kraft setzen. Der Volkssturmführer wurde verhaftet, durch ein Standgericht zum Tode verurteilt und in der Nacht zum 18. März auf dem Rathausplatz, dem damaligen Adolf-Hitler-Platz, erhängt. Unter dem Verurteilten wurde ein Schild mit der Inschrift aufgestellt: »So sterben alle, die ihr Vaterland verraten.«¹⁷

Im folgenden soll auf einen Vorfall näher eingegangen werden, der mit dem Ingelheimer manche Gemeinsamkeiten aufweist. Ist das Verhalten der Zivilbevölkerung im Grunde nachvollziehbar und verständlich, so soll nun versucht werden, den Vorfall aus dem hohenlohischen Dorf Brettheim aus der Sicht der beteiligten Wehrmacht bzw. Waffen-SS darzustellen.

Anfang April 1945 verlegt der SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS, Max Simon, Kommandierender General des XIII. SS-Armee Korps, seinen Führungstab in den neuen Einsatzraum um Rothenburg/T. Trotz des gültigen Befehls des Oberkommandos der Wehrmacht, um jeden Meter zu kämpfen, ordnet er eine Zurrücknahme der Front um wenige Kilometer an und läßt bei Bad Mergentheim eine neue Hauptkampflinie ziehen. Überlegenen Angriffen der amerikanischen Armee ist er jedoch nicht gewachsen. Die ihm unterstellten Divisionen sind schwer angeschlagen und nur unzureichend ausgestattet.¹⁸ Seine Strategie ist die der »hinhaltenden Gegenwehr«.¹⁹ Eine Strategie, in die er auch die Zivilbevölkerung und den Volkssturm einbeziehen will, deren Kriegsmüdigkeit ihn allerdings schon seit dem Rückzug aus der Pfalz begleitet haben muß.²⁰

¹⁶ Vgl. *Justiz und NS-Verbrechen*. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, Bd. I, Amsterdam 1968, S. 421 ff.; die 22bändige Amsterdamer Sammlung (1968–1981) nennt unter der Rubrik »Verbrechen der Endphase« zahlreiche weitere Beispiele.

¹⁷ Vgl. ebda.

¹⁸ MGFA B 737, Studie A. Ekkehard, Einsatz des XIII. SS-A.K. zwischen Rhein und Alpen, S. 27.

¹⁹ Ebda.

²⁰ Vgl. J. Nosbüsch, Damit es nicht vergessen wird... Pfälzer Land im Zweiten Weltkrieg: Schauplatz Südpfalz, Landau 1993, u. a. S. 332.

Am 5. April 1945 trifft sich General Simon in Rothenburg daher mit dem Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Holz aus Nürnberg sowie dem Rothenburger Kreisleiter Höllfritsch. Bei Holz und Höllfritsch, beide für den Volkssturm zuständig, erkundigt er sich nach dem Verhalten der Bevölkerung. Holz betont, daß die Volkssturmlaute in seinem Gau ihrer Pflicht nachkämen, es bisher nur einen Ausnahmefall gegeben hätte, eine Meldung über eine Fahnenflucht. Simon läßt sich den Sachverhalt schildern. Nachdem er erfährt, daß ein 50jähriger Rothenburger Volkssturmmann namens Rößler während eines auswärtigen Einsatzes bei Frankfurt/Oder seine Stellung verlassen habe und nach Rothenburg zurückgefahren sei, ordnet er ein Standgerichtsverfahren an.²¹ Noch am gleichen Tag wird Rößler verhaftet und zum Tode verurteilt. In der Verhandlung verwies der Angeklagte mehrfach auf seine kranken Füße und darauf, daß er ausrücken mußte, obwohl er zuvor von Sanitätern als einsatzunfähig angesehen wurde. Der SS-Sturmbannführer Gottschalk jedoch, von Simon beauftragt, das Standgericht zu leiten, hielt entgegen: »Wenn Sie in der Lage waren, zurückzugehen, hätten Sie ebensogut auch in der Stellung bleiben können!«²²

Tags darauf herrscht große Nervosität im Stabe Simons.²³ Über 100 Panzer der 10. amerikanischen Panzerdivision hatten die Front bei Bad Mergentheim durchbrochen und waren innerhalb eines Tages auf der sog. Kaiserstraße nach Süden bis nach Crailsheim durchgefahren, wo sie ohne besondere Gegenwehr einrückten.²⁴ Da die Amerikaner an Soldaten und Material weit überlegen sind, nur an Panzerfäusten kein Mangel herrscht, entschließt sich Simon, die Amerikaner in kleinen Kommandos entlang der Vormarschstraße anzugreifen und den Nachschub des Gegners zu stören. Er bestellt Kreisleiter Höllfritsch auf seinen zurückverlegten Gefechtsstand auf Schloß Schillingsfürst und befiehlt diesem, noch in derselben Nacht Hitlerjungen aus einem Wehrrtüchtigungslager als Panzerwarnstelle in die Nähe der Vormarschstraße nach Hausen am Bach abzuordnen. Von dort aus sollen die Hitlerjungen sowohl erkunden, wohin sich die amerikanischen Panzer weiter wenden würden, aber auch Panzerannäherungen bekämpfen.²⁵

Als am 7. April um vier Uhr morgens in Hausen etwa 25 Hitlerjungen mit ihrem Unteroffizier vom Anhänger eines Traktors springen und Quartier verlangen, wird der Hausener Bürgermeister unwillig. Er sieht die Waffen und will, daß die HJ wieder abbrückt. Doch der Unteroffizier zeigt ihm einen schriftlichen Befehl, wonach der HJ

²¹ *Staatsarchiv Nürnberg (STAN) LG Ansbach, Pr.Nr. 3222, Vernehmungsniederschrift E.H. vom 18. 4. 1948.*

²² *Ebda., Pr.Nr. 3234, vgl. Urteil BGH vom 7. 12. 1956, S. 14f.*

²³ *MFGA (s. A 18), S. 27.*

²⁴ *Vgl. F. Blumenstock, Der Einmarsch der Amerikaner und Franzosen im nördlichen Württemberg im April 1945, Stuttgart 1957, bes. S. 47–54; die Arbeit von Blumenstock wertet für Nordwürttemberg auch die Gemeindeberichte (s. A 3) aus. In vielen Gemeinden Hinweise auf den amerikanischen Vorstoß.*

²⁵ *Vgl. STAN (s. A 21).*

Quartier zu gewähren sei.²⁶ Kurz darauf schickt der Unteroffizier vier seiner Hitlerjungen zu Fuß in Richtung Kaiserstraße. Als diese durch das Dorf Brettheim kommen, wo man sechs Kilometer von der Front entfernt jeden Moment die Amerikaner erwartet, kommt es dort zu einer größeren Ansammlung, in deren Verlauf den 15–16jährigen Jungen ihre Waffen – vier Panzerfäuste, ein Gewehr und ein paar Handgranaten – abgenommen werden. Weinend laufen die Hitlerjungen zu ihrem Unteroffizier zurück.²⁷

Nachdem Simon von dem Vorfall erfährt, telefoniert er sofort mit dem Kreisleiter und wirft diesem vor, daß es nicht die Sache des Kommandierenden Generals sei, für eine anständige Haltung der Zivilbevölkerung zu sorgen. Als Höllfritsch erwidert, daß Brettheim nicht zu seinem Kreis gehöre, beendet Simon das Gespräch²⁸ und beauftragt den SS-Sturmbannführer Gottschalk: »In Brettheim ist eine Schweinerei passiert. Fahren Sie sofort hin und klären Sie die Sache!«²⁹ Gottschalk begibt sich mit einem Major der Wehrmacht nach Brettheim, wo er den Bürgermeister und den Ortsgruppenleiter aufsucht. Als er von beiden erfährt, daß sie von der Entwaffnung erst nachträglich erfahren haben und die Täter nicht kennen, entschließt er sich, auf dem Rathaus ein Verhör durchzuführen.³⁰ Aus einem benachbarten Dorf, wo sich Teile eines Gebirgsjäger-Regiments befinden, läßt er sich 15 Soldaten für Absperrmaßnahmen abstellen.³¹

Als alle herbeigeholten Männer – darunter auch der an der Entwaffnung beteiligte Bauer Hanselmann – unter Gegenüberstellung mit den Hitlerjungen ergebnislos genommen waren, droht Gottschalk mit der Erschießung einzelner Einwohner und dem Niederbrennen des Dorfes. Mit Rücksicht auf das Dorf stellt sich Hanselmann freiwillig und schildert den Vorfall, an dem auch der Gemeindediener Uhl beteiligt war. Zum Entsetzen der Anwesenden beruft Gottschalk sofort ein Standgericht. Er selbst übernimmt den Vorsitz, als ersten Beisitzer bestimmt er den ihn begleitenden Major, als zweiten Beisitzer den Ortsgruppenleiter Wolfmeyer. In der Verhandlung läßt sich Gottschalk weder durch Einlassungen des Bürgermeisters noch des Ortsgruppenleiters, die sich für ihren Mitbewohner stark einsetzen, von seinem Vorhaben abbringen und diktiert dem Protokollführer ein Todesurteil gegen Hanselmann und den flüchtigen Uhl wegen Wehrkraftzersetzung. Als er das Urteil Wolfmeyer zur Unterschrift vorlegt, weigert sich dieser. Auch der Bürgermeister Gackstatter, anstelle Wolfmeyers zum zweiten Beisitzer bestimmt, unterschreibt nicht. Gottschalk bricht nun spät

²⁶ *STAN LG Ansbach Pr.Nr. 3246, Vernehmungsniederschrift G. K. vom 28. 7. 1949.*

²⁷ *Ebda., Pr.Nr. 3222, Vernehmungsniederschrift Ch. B. vom 30. 10. 1948.*

²⁸ *Vgl. STAN (s. A 21).*

²⁹ *Vgl. Urteil LG Nürnberg (1171 Ks 10/57) vom 23. 4. 1958, S. 17.*

³⁰ *STAN LG Ansbach Pr.Nr. 3222, Vernehmungsniederschrift E. G. vom 10. 8. 1948.*

³¹ *Ebda., Pr.Nr. 3246, Vernehmung A. R. vom 18. 3. 1949.*

nachts die Verhandlung ab, erklärt Hanselmann für verhaftet und fährt mit diesem nach Schillingsfürst zurück.³²

Simon reagiert anderntags verärgert über Gottschalks eigenmächtiges Vorgehen. Dieser rechtfertigt sich jedoch damit, daß das ganze Dorf Brettheim in Aufruhr sei und seiner Meinung nach auch der Bürgermeister und der Ortsgruppenleiter ihre Hand im Spiele hätten, denn sie hätten die Täter gedeckt und wollten sie der Bestrafung entziehen.³³ Hanselmann wird am 9. April auf Simons Veranlassung im Gebäude der Rothenburger Kreisleitung erneut zum Tode verurteilt. Vorsitzender des Standgerichts war wiederum Gottschalk. Seine diesmal ausgesuchten Beisitzer, ein Major und ein Rothenburger Volkssturmmann, versuchen zwar behutsame Einwände, willigen schließlich aber ein.³⁴

Vermutlich sollten die Urteile gegen die Volkssturmangehörigen Rößler und Hanselmann der kriegsmüden Bevölkerung als Abschreckung dienen. Panzersperren, die der Volkssturm an den Ortseingängen zu errichten hatte, dürfte der Kommandierende General Simon als das angesehen haben, was sie in Wirklichkeit waren: militärisch nutzlos.³⁵ Allein, sie brachten ihm einen Zeitgewinn in seiner Taktik des hinhaltenden Widerstands. Die Amerikaner gingen in der Regel kein unnötiges Risiko mehr ein. Trafen sie auf Sperren, stoppten sie den Vormarsch und forderten Artillerieunterstützung oder Jagdflugzeuge an.

So wies Simon einen weiteren Unteroffizier, der ebenfalls auf seine Veranlassung mit mehreren Hitlerjungen an der Kaiserstraße bei Blaufelden eingesetzt wurde, an, nicht mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten, sein Korpschef habe ebenfalls schon Schwierigkeiten mit ihr gehabt.³⁶ Eine Meldung des Generalmajor Ulich, Divisionskommandeur der im Raum Mergentheim eingesetzten 212. Volksgrenadierdivision, dürfte vermutlich auch das Schicksal des Brettheimer Bürgermeisters sowie des Ortsgruppenleiters mit in die Wege geleitet haben. Ulich meldete am 9. April 1945 an seine vorgesetzte Dienststelle, das XIII. SS-Armee Korps: »Die erdrückende feindliche Luftüberlegenheit und die feindliche Panzerwaffe, unterstützt durch starkes Artilleriefeuer lähmen die Widerstandskraft und verursachen oft eine völlige Apathie der Truppe zum Kampfgeschehen. Durch die Haltung der Zivilbevölkerung im Gefechtsgebiet wird die Truppe ungünstig beeinflusst. Die Siegeszuversicht der Truppe ist weitgehend verloren gegangen.«³⁷ Simon nahm diese Meldung zur Kenntnis. Spätnachmittags und am selben Tag wurden auf seine Veranlassung hin die Brettheimer Gackstat-

³² Ebda., Pr.Nr. 3222 und 3246 nach Zeugenaussagen mehrerer Brettheimer Bürger.

³³ STAN LG Ansbach Pr.Nr. 3243, Zeugenvernehmung M. Simon vom 12. 9. 1953; F. Gottschalk vom 21. 9. 1953.

³⁴ Vgl. Urteil LG Nürnberg (s. A 29), S. 23f.

³⁵ Vgl. J. Brückner (s. A 7), S. 27ff.

³⁶ STAN (s. A 26), Angaben K. L. vom 1. 8. 1949.

³⁷ Zit. nach J. Brückner (s. A 7), S. 42.

ter und Wolfmeyer verhaftet und tags darauf auf Schloß Schillingsfürst wie ihr Mitbürger Hanselmann wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt. Der bis zu seiner Unterschriftsverweigerung linientreue Ortsgruppenleiter Wolfmeyer muß von dem Urteil vollkommen überrascht gewesen sein. In der Verhandlung hatte er noch nichtsahnend geschildert, daß sich die Dorfbewohner gegen seine Verteidigungsmaßnahmen stellten, und er sie nur widerwillig zwingen konnte, Schützenlöcher und Panzersperren anzulegen. Der auf ein Todesurteil unter Druck gesetzte Vorsitzende Major Otto hielt Wolfmeyer daraufhin entgegen, daß er diese Vorkommnisse hätte melden müssen, so aber durch sein passives Verhalten die Dorfbewohner zu der Entwaffnung geradezu angeleitet habe. Die Möglichkeit, die Sache durch seine Unterschrift wieder zu bereinigen, habe er nicht genutzt.³⁸

Ein Gnadengesuch, das Major Otto dem Gerichtsherrn Simon überbrachte, lehnte dieser ab: »Das könnte den Herren so passen, 20 Jahre lang, wo es uns gut ging, haben sie ›Heil Hitler!‹ gerufen, und jetzt will man uns in den Rücken fallen. Aufhängen muß man die Kerle!«³⁹ Da Otto in dem Urteil die Vollstreckungsart offengelassen hatte, trug Simon das Wort »Erhängen« ein. Zwei Stunden später wurden die drei Brettheimer an den Friedhofslinden ihres Heimatortes erhängt. Wiederum zwei Stunden später wurden in den Ortschaften des gesamten Frontbereichs grell-rote »Bekanntmachungen« angeschlagen. Sie dürften sich vor allem an die damaligen politischen Leiter vor Ort, die Ortsgruppenleiter und die Bürgermeister gerichtet haben, um diese zu Verteidigungsmaßnahmen zu zwingen. Im letzten Satz der von Simon unterzeichneten Bekanntmachung heißt es: »Das Deutsche Volk ist entschlossen, mit zunehmender Schärfe solche feigen, selbstsüchtigen Verräter auszumerzen und wird nicht davor zurückschrecken, auch deren Familien aus der Gemeinschaft des in Ehren kämpfenden Deutschen Volkes zu streichen.«⁴⁰

Die Toten von Brettheim durften vier Tage lang nicht abgenommen werden. Als eine Woche nach der Entwaffnung sich die amerikanischen Panzer näherten, antworteten wenige noch für kurze Zeit im Dorf verbliebene Gebirgsjäger und SS mit Gewehrfeuer. Vier angeforderte US-Jagdbomber zerstörten Dreiviertel der Ortschaft,⁴¹ 17 Menschen verloren ihr Leben.⁴²

In Brettheim hatte man schon während des amerikanischen Panzervorstoßes nach Crailsheim mit der Ankunft der Amerikaner gerechnet. Im Dorf lag keine Wehr-

³⁸ Vgl. Urteil LG Nürnberg (s. A 29), S. 24ff.

³⁹ Vgl. Urteil LG Ansbach (KS 1 u. 2/54) vom 19. 10. 1955, S. 29.

⁴⁰ Abgedruckt in H. Schultheiß, Zur Bedeutung lokaler Gedenkstätten. Das Beispiel Brettheim, in: Die alte Stadt 20 (1993), S. 145.

⁴¹ Der Einsatzbericht der US-Luftwaffe auf Brettheim nennt neben dem genauen Datum und dem Wetter die Anzahl der Überflüge sowie Anzahl und Art der abgeworfenen Bomben; vgl. Air Force Historical Research Center, Maxwell, USA, abgedruckt in: H. Schultheiß (Red.), Lesebuch zur Erinnerungstätte Die Männer von Brettheim, Villingen-Schwenningen 1993, S. 70.

⁴² Zur Zerstörung des Dorfes vgl. Th. Pohle, Die zweite Heimsuchung, in: ebda., S. 59–75.

macht, die Situation – bis auf das Erscheinen der vier Hitlerjungen – erschien günstig. Daß das amerikanische Vorhaben jedoch von Brettheim weg zielte, von Crailsheim aus nach Nordwesten auf das umkämpfte Heilbronn, konnten die Brettheimer kaum ahnen. So fand hier die von Simon rücksichtslos eingesetzte standrechtliche Justiz des untergehenden Nationalsozialismus eine ihrer Gelegenheiten.⁴³ In vielen anderen Orten kamen ihr die Besetzer zuvor.

Von drei bundesdeutschen Gerichten wurde Max Simon 1955, 1958 und 1960 freigesprochen. Rechtsbeugung konnte ihm aufgrund fehlender Beweise nicht mit letzter Sicherheit nachgewiesen werden. Die positivistische Nachkriegs-Justiz bescheinigte ihm, sich an zur Tatzeit geltendes NS-Recht gehalten zu haben. Alle Prozesse fanden unter großer Anteilnahme sowohl der Presse als auch der Öffentlichkeit statt. Viele Beobachter sahen diese Prozesse so, als würde in vielen Punkten über eigenes Verhalten während der Endphase des Zweiten Weltkriegs stellvertretend mitverhandelt. Die Bestürzung über die Freisprüche war groß. Auch Otto Hahn meldete sich in einem Leserbrief an die »Welt« zu Wort, froh darüber, »daß die Mehrzahl der Einsender ein ähnliches Gefühl des Entsetzens empfand«, wie er vor, während und nach dem Prozeß.⁴⁴

⁴³ Vgl. hierzu M. Messerschmidt / F. Willner, Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987.

⁴⁴ O. Hahn (s. A 2), S. 54.

Dirk Schubert

Stadtsanierung im Nationalsozialismus

Propaganda und Realität am Beispiel Hamburg

1. Nationalsozialistische Ideologie und Propaganda zur Stadtgesundheit – 2. Die Abwicklung des Programms Altstadtsanierung und das ausgebliebene Stadtgesundungs-gesetz – 3. Fallbeispiel: Die Sanierung des Gängeviertels in Hamburg – 4. Elendsviertelsanierung: auch ein internationales Thema – 5. Zusammenfassung

Stadterneuerung war bis 1933 bereits ein etabliertes kommunales Handlungsfeld, wenngleich den erkannten Problemen und Mißständen bis dahin nur selten Erneuerungsmaßnahmen gefolgt waren. Die Anlässe für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen waren in der Regel eine Mischung aus hygienischen, wohnungsreformersischen und/oder verkehrstechnischen Gründen. Neben den Fragen der gesetzlich unzureichend geregelten Enteignungsmöglichkeiten bildeten die Kosten und Probleme mit Ersatzwohnungen für viele Städte ein erhebliches Hindernis.

Trotz dieser objektiven Schwierigkeiten wurden in der Weimarer Republik in einer Vielzahl von Städten Sanierungen als parzellenübergreifende kommunale Initiativen fortgeführt, wie in Berlin das Scheunenviertel, oder gar neu begonnen. Häufig wurde auch in den zwanziger Jahren mit der Sanierung eine Verkehrsverbesserung intendiert. Neben 20 weiteren Städten führten Breslau, Karlsruhe (»Dörfle«), Kiel (Holstenstraße – Ziegelteich), Lübeck (Breite Straße – Königstraße),¹ Köln, Münster und Stuttgart (Rote Straße) derartige Maßnahmen durch, während die Verbesserung der Wohnverhältnisse nur selten – wie z. B. in Kassel – den Anlaß für Sanierungen bildete. Die Sozialstruktur von »typischen« Sanierungsgebieten wurde 1928 wie folgt beschrieben: »Die Sanierungsgebiete sind vielfach Sammelbecken von unruhigen Elementen, Prostituierten und ihrem Anhang.«²

1. Nationalsozialistische Ideologie und Propaganda zur Stadtgesundheit

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten kamen weitere Anlässe und Ziele zu den bisherigen Sanierungsgründen hinzu, und die verschiedenen Ziel-

¹ Vgl. H. Bodenschatz, 120 Jahre Altstadterneuerung in Lübeck, in: Jb. Stadterneuerung (Hrsg.), Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen zus. mit dem ISR der TUB, Berlin 1992, S. 37.

² Dr. Brandt, Die Verhältnisse in Deutschland und ihre gesetzliche Regelung im Hinblick auf die im Ausland gemachten Erfahrungen, in: Dt. Verein für Wohnungsreform (Hrsg.), Die II. Hypothek und die Sanierung der Altviertel, Schriften Heft 6, Selbstverlag 1928, S. 49.

komplexe bekamen eine andere Gewichtung. Wohl kaum ein anderer Politikbereich konnte zügiger und besser für die vagen Ziele nationalsozialistischer Ideologie instrumentalisiert werden als die Stadterneuerung, aus der nun biologisch gefärbt »Stadtgesundheit« wurde. Die Folge war zunächst ein großer propagandistischer Aufwand, der um das Thema entfacht wurde. Schon 1932 hatte der Lübecker Industrielle Heinrich Dräger in einem Buch der Reihe der »Nationalsozialistischen Bibliothek« die »Rechtfertigung für den Städteumbau« wie folgt zusammengefaßt:

»In wirtschaftlicher Beziehung bringt die Auflockerung der Großstädte:

1. Erhöhung des Real-Einkommens des Gesamtvolkes durch besseres und gesünderes Wohnen und die Möglichkeit, die Freizeit mehr als bisher zur gärtnerischen Betätigung für den Eigenbedarf auszunutzen.
2. Erhöhung der Krisenfestigkeit der Großstädte in bezug auf die Ernährung, das ist sowohl für Wirtschaftskrisen als auch wehrpolitisch von Bedeutung.

In wehrpolitischer Beziehung bringt die Auflockerung der Großstädte des weiteren:

3. Vermehrte Sicherheit gegen feindliche Angriffe aus der Luft durch Auflockerung der Bauweise.

In innenpolitischer Beziehung bringt die Auflockerung der Großstädte:

4. Beseitigung gefährlicher Brutstätten für Unzufriedenheit und offenen Aufruhr, denn wenn ich Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen zusammenpferche, darf ich mich nicht wundern, wenn dann Brutstätten für Kommunismus und Klassenkampf entstehen«.³

Die Stadt war nach nationalsozialistischer Ideologie der »Sitz des Judentums« und der »Ort des Marxismus«. Chefideologe Gottfried Feder hatte daher 1934 als Ziel der Stadtsanierung formuliert, »die Brutstätten des Marxismus zu zerstören, indem wir die Altstadt sanieren und die Altbauquartiere und die Großstädte als solche auflockern.«⁴ Propagandistisch hatten die Nationalsozialisten immer wieder auf das Ziel der »Zerschlagung der Großstädte« gesetzt.⁵ »Um der Zukunft des Volkes willen ist (der Führer) entschlossen, Volksschädigendes nicht länger schwächlich zu dulden, sondern unter Kontrolle zu nehmen und unschädlich zu machen. Das bedeutet eine grundsätzliche neue Einstellung auch zur Großstadtsanierung. Die soziale Gesun-

³ H. Dräger, Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung. Ein Beitrag zur Frage der Wirtschaftsbelebung durch das sogenannte Federgeld, München 1932, S. 64. Dräger bezog sich bei seinen Vorschlägen auf J. M. Keynes und vor allem auf Gottfried Feder. Zur Person und Wirkung Gottfried Feders vgl. D. Schubert, Gottfried Feder und sein Beitrag zur Stadtplanungstheorie, in: Die alte Stadt 13 (1986), S. 192ff.

⁴ G. Feder, Vortrag auf die Reichswohnungskonferenz in München 1934, S. 2; Staatsarchiv Hamburg (StAHH), 321-2 Baudeputation, B 156.

⁵ Vgl. D. Schubert, Großstadtfeindschaft und Stadtplanung. Neue Anmerkungen zu einer alten Diskussion, in: Die alte Stadt 13 (1986), S. 22ff.

dung ist für das Städteplanen in den Vordergrund getreten.«⁶ Entsprechend war bei der Propaganda von einem »gigantischen deutschen Siedlungswerk«, von einem »einheitlich im ganzen Reich erfolgenden Großangriff auf die Altstadtviertel der Städte«, von einem »gewaltigen Altstadtsanierungswerk« und einem »Generalangriff auf die Elendsviertel der Städte« die Rede.⁷

Zwar gab es auch nach 1933 keine einheitliche Terminologie, aber die neutraleren Begriffe aus der wohnungsreformerischen Tradition wie Stadtsanierung und Stadterneuerung wurden durch griffigere Schlagworte wie »Elendsviertelsanierung«, »Schandfleckenbeseitigung« und »Gesundung« ersetzt.⁸ Der Begriff der Gesundung beinhaltete den zentralen Ansatzpunkt und die neue Gewichtung der Gründe für Sanierungsmaßnahmen. Über städtebauliche Maßnahmen sollte die »Gesundung des Volkskörpers« betrieben werden. Diesem Oberziel sollten sich die weiteren Ziele unterordnen. Die Ideologie der »Stadtgesundheit« umfaßte dabei mehrere Ebenen:

- Großstadtfeindlichkeit, Dezentralisierung, Auflockerung, Entballung, Luftschutz
- Antizyklische Wirtschaftspolitik, Stärkung des Handwerks, Befriedung des Mittelstandes
- Politische Disziplinierung, Wohnungsreform im rassenhygienischen Gewand, Zerschlagung von Widerstandspotentialen, »Gesundung«
- Wiederherstellung mittelalterlicher Stadtbilder mit hohem Identifikationswert für »nationale Größe«
- Aktivismus, »Handeln statt Reden«, propagandistische Wirkung

Zur Umsetzung dieses vagen und teilweise widersprüchlichen ideologischen Gedankenguts waren zur Lokalisierung von »Sanierungsverdachtsgebieten« von dem Soziologen Andreas Walther neue »Methoden und Verfahren« entwickelt worden. Sie bezogen sich auf Vorbilder der amerikanischen Soziologie, auf die Abgrenzung von »natural areas« und suchten soziologisch homogene Gebiete über kartographische Methoden abzugrenzen.⁹ Walthers Untersuchungen sind von großer Bedeutung, weil sie die nationalsozialistische Ideologie zum »theoretischen Kontext« erhoben, andererseits aber – diesem Überbau entkleidet – methodische Impulse für die Abgrenzung von Sanierungsgebieten für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geben sollten. Zwischen 1934 und 1935 war an der Hamburger Universität von sechs bis zehn arbeitslosen Akademikern, von der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft finanziert, die »Not-

⁶ A. Walther, Neue Wege zur Großstadtsanierung, Stuttgart 1936, S. 3.

⁷ Vgl. V. Noack, Verheißung und Hoffnung im Kampf gegen das Wohnungselend, in: Deutsche Bauzeitung 1934, S. 800.

⁸ Vgl. U. von Petz, Stadtsanierung im Dritten Reich, Dortmund 1987, S. 6.

⁹ Vgl. A. Walther, Soziologie und Sozialwissenschaften in Amerika, Karlsruhe 1927.

arbeit 51« durchgeführt worden.¹⁰ Acht »gemeinschaftschädigende Regionen« in Hamburg waren dabei untersucht worden. Ziel der Arbeit war eine Art Sozialatlas der Gemeinschaftschädlichkeit in Hamburg. »Wo die Punkte sich besonders stark häuften, handelt es sich um gemeinschädigende Kerngebiete, die (...) unter sozialen Gesichtspunkten vordringlich sanierungsbedürftig sind.«¹¹

Ausgangspunkt der Untersuchung war die Auswertung der Wahlergebnisse. Gebiete mit hohen Anteilen an SPD- und KPD-Wählern waren für Walther potentielle »Gesundungsgebiete« und »gemeinschaftschädliche Regionen«.¹² Aus seinen Fallstudien leitete Walther folgenden Zusammenhang von Wahlverhalten, Asozialität und Kriminalität ab: »Im Gegensatz zu den großen geschlossenen Gebieten ordentlicher Arbeiterschaft, die sozialdemokratisch wählten, hoben sich kommunistische Bezirke in der charakteristischen Art von Nestern heraus mit teilweise mehr als 60 v.H. kommunistischer Stimmen. (...) In erschreckendem Ausmaß aber fielen diese kommunistischen Hochburgen zusammen mit Herden der Asozialität und Kriminalität.«¹³ Gemeinschaftschädigend definierte er als: »minderwertig, dissozial, asozial, antisozial«. Walthers Arbeiten belegen, daß es wohl bis ca. 1935 in den alten Arbeiter- und Armenvierteln eine relativ fest verankerte soziale Widerstandszone gegen den Nationalsozialismus gab, bei der politische Dissidenz und Delinquenz eng miteinander verbunden waren. In allen Berichten wurde immer wieder die besondere Unangepaßtheit der Jugendlichen und Frauen betont, regelmäßig finden sich Angaben über extrem niedrige Geburtsraten. So konnte und sollte diese Art »wissenschaftlicher« Untersuchungsmethoden zur Lokalisierung und zur Zerstörung möglichen politischen Widerstandspotentials genutzt werden.¹⁴

Mit dem sozialbiologischen Vokabular und seiner Begrifflichkeit wurde ein »sozialwissenschaftlicher« Überbau für Sanierungsmaßnahmen geschaffen. Methoden der empirischen Sozialforschung wurden dabei zur Erfassung, Sortierung und Gruppierung der Bevölkerung genutzt. Sanierungsmaßnahmen sollten nun nicht mehr allein wohnungsreformerische und baulich-räumliche Maßnahmen verfolgen, sondern sollten mit sozial- und bevölkerungspolitischen Begleitmaßnahmen »abgesichert« werden.

¹⁰ Vgl. Archivbestand »Notarbeit 51« der Dokumentationsstelle für NS-Politik, jetzt: Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Die einzelnen Gebietsuntersuchungen sind teilweise nicht paginiert, teilweise handschriftlich. Auszüge und Pläne sind dokumentiert in: D. Schubert, *Gesundung der Städte-Stadtsanierung in Hamburg 1933–1945*, in: M. Bose / M. Holtmann / D. Machule / E. Pahl-Weber / D. Schubert, »...ein neues Hamburg entsteht«. Planen und Bauen von 1933–1945, Hamburg 1986, S. 74 ff.

¹¹ A. Walther (s. A 6), S. 15.

¹² Vgl. A. Walther, *Soziale Sanierung in Großstädten*, in: Reichsplanung 3/1937, S. 79.

¹³ A. Walther (s. A 6), S. 14.

¹⁴ Vgl. K. H. Roth, *Städtesanierung und »auszumerzende« Soziologie. Der Fall Andreas Walther und die »Notarbeit 51« der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 1934–1935 in Hamburg*, in: C. Klingemann (Hrsg.), *Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland*, Opladen 1987, S. 370.

Die bis 1933 durchgeführten Sanierungsmaßnahmen hatten die betroffene Bevölkerung nur vor sich her geschoben. Diese Bevölkerungsgruppen sollten nun »erfaßt« und nicht mehr unbehelligt gelassen werden. Wenn sie »wissenschaftlich« eingruppiert werden könnten, würden sich für die Sanierungspolitik neue Möglichkeiten eröffnen: »In den gemeinschädigenden Regionen der Großstädte gibt es gehäuft hoffnungslose Fälle, die wie ein Geschwür am Volkskörper weiterwuchern, wenn sie nicht herausgesucht und am Weitergeben ihrer Krankheitskeime und Defekte verhindert werden. Viele der früheren Bewohner eines Sanierungsgebietes zogen nun um in andere schlimme Quartiere, die den Verlassenen möglichst ähnlich waren. Andere trugen Ansteckung in bisher gesunde Gebiete, so daß man selbst in baulich besten neuen Miethäuserblocks, ja in fast ländlichen Randsiedlungen, Nester asozialer Menschen findet, die größtenteils aus den Sanierungsgebieten dort hinkamen.«¹⁵

Die Nationalsozialisten versuchten, die so charakterisierten Bevölkerungsgruppen zu lokalisieren. Noch vor Beginn von Abbrucharbeiten sollten sie »klassifiziert« werden und somit nicht mehr entkommen können. Entsprechend sollte man: »Die trotz asozialer Umwelt Gesundgebliebenen, also gegen die großstädtische Verderbung in besonderem Maße Immunen, fördern zu erfolgreichem Fortkommen in der Stadt; die für Rand- und ländliche Siedlungen Geeigneten, die ebenfalls nicht fehlen, zum Ziel ihrer Wünsche führen; die nur Angesteckten in gesunde Lebenskreise verpflanzen; die nicht Besserungsfähigen unter Kontrolle nehmen; das Erbgut der biologisch hoffnungslos Defekten ausmerzen.«¹⁶

2. Die Abwicklung des Programms Altstadtsanierung und das ausgebliebene Stadtgesundungs-gesetz

Der politischen Propaganda, die nach 1933 um die Stadtsanierung und Stadtgesundheit entfacht wurde, stand zunächst real ein Programm im Rahmen der Arbeitsbeschaffung mit 1933 nur 5 Mio. RM und 1934 mit 15 Mio. RM gegenüber.¹⁷ Zudem war das Programm interministeriell nur als »Pilotprojekt« ausgelegt, um weitere Erfahrungen sammeln zu können. Die Hoffnungen der Städte und der Planer wurden also zunächst enttäuscht. Durchgeführt und mit staatlichen Mitteln gefördert wurden lediglich Maßnahmen in Städten, die bereits vor 1933 vorbereitet waren. Insgesamt wurden bis 1939 aus 41 Städten Anträge gestellt.¹⁸ In Fachzeitschriften publiziert

¹⁵ A. Walther (s. A 6), S. 4.

¹⁶ Ebda., S. 4.

¹⁷ Vgl. F. Lüken-Isberner, *Stadterneuerung im Nationalsozialismus. Ein Programm und seine Umsetzung*, in: *Archiv für Kommunalwiss.*, II/ 1989, S. 292 ff.

¹⁸ Vgl. *Deutsche Gesellschaft für Wohnungswesen*, *Altstadtsanierung mit Reichshilfe 1934–1938*, Berlin-Charlottenburg, 1940, S. 9. F. Lüken-Isberner (s. A 17) gibt bis 1942 insgesamt 80 Städte an.

wurden dabei immer wieder die Maßnahmen in Hamburg, Altona, Frankfurt, Kassel,¹⁹ Köln und Braunschweig.²⁰

Voraussetzung für eine Ausweitung und Effektivierung der Stadterneuerungsvorhaben wäre eine neue Gesetzgebung gewesen, die vor allem Enteignungs- und Entschädigungsfragen hätte einheitlich klären müssen. Aber so wenig wie in der Weimarer Republik ein in Fachkreisen heftig diskutiertes »Reichsstädtebaugesetz« zustande kam, blieb es auch nach 1933 bei Erörterungen über ein »Stadtgesundengesetz«. Vor allem in der Fachöffentlichkeit gab es intensive Diskussionen und Vorschläge, die u. a. in einem technokratischen Gesetzesentwurf der deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung von 1935 für ein »Reichsgesetz über städtebauliche Gesundheitsmaßnahmen« mündeten.²¹ In Fachkreisen war die Notwendigkeit eines einheitlichen Gesetzes zur Sanierung unumstritten. Ernst Neufert schlug z. B. auf der Grundlage von englischen Erfahrungen »ein Reichsgesetz zur reibungslosen und schnellen Durchführung der Sanierungspläne und der damit verbundenen Entschuldungen, Enteignungen und Besteuerung« vor. Ein Vorschlag, den die Redaktion der Zeitschrift »Baugilde« wie folgt kommentierte: »Wir sind uns im klaren darüber, daß diese Vorschläge starke Eingriffe in die bisherigen Eigentumsbegriffe bedeuten, glauben aber andererseits, daß derartige Maßnahmen nicht zu umgehen sind, wenn die Gesamtheit des Volkes nicht Schaden erleiden soll.«²²

1937 wurde schließlich das »Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte« verabschiedet. Es ersetzte jedoch nicht wie gefordert das »Städtebaugesetz«, sondern war ein Sondergesetz für zunächst fünf ausgewählte »Führerstädte«. Gleichwohl aber tangierte es den Aspekt der Stadterneuerung: »Nicht in erster Linie für die Zwecke der Altstadtsanierung geschaffen (...) können diese Bestimmungen aber auch für die Altstadtsanierung von Bedeutung werden.«²³ Das Gesetz knüpfte in vielen Regelungen an den Gesetzesentwurf der Akademie von 1935 an. Und obwohl mit dem Neugestaltungsgesetz eine gigantische Umkämpfung vorhandener Stadtstrukturen verbunden war, sollte es nicht ausschließlich von seinem ideologischen Begründungszusammenhang und von seiner propagandistischen Dimension her beurteilt werden. Mit den nun möglichen Maßnahmen wurde in den überkommenen Altstadtzentren auch Raum für die expandierenden tertiären Nutzungen geschaffen. Nicht nur für Partei und Verwaltungsbauten, sondern auch für eine Vielzahl weiterer öffentlicher

¹⁹ Vgl. V. Lasch, Stadterneuerung in Kassel, in: *Th. Neuer-Miebach / Chr. Kopetzki* (Hrsg.), Stadterneuerung als Teil großstädtischer Entwicklungspolitik in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, GHS Kassel 1988, S. 873 ff.

²⁰ Vgl. U. von Petz, »Diese Wohnung spottet der ganzen Welt« – Altstadtsanierung in Braunschweig in nationalsozialistischer Zeit, in: *Jb. Stadterneuerung* (s. A 1), S. 71 ff.

²¹ Vorschlag abgedruckt in: *Städtebau* 2/1935, S. 35 ff.

²² E. Neufert, Die Sanierung von Elendsvierteln, in: *Baugilde* 1934, S. 101.

²³ Vgl. *Deutsche Ges. für Wohnungswesen* (s. A 18), S. 23.

und privater Bauten wurde Platz geschaffen und damit auch eine durchgreifende Modernisierung stadträumlicher Strukturen möglich.²⁴

Gleichzeitig wurden mit den Neugestaltungsvorhaben aber auch die bevölkerungspolitischen Sanierungsziele verfolgt. Zur Führerstadtplanung im Hamburger Neugestaltungsbereich am Elbufer, in dem »zweifelhafte Elemente« ausgemacht wurden, heißt es z. B.: »Wenn grundsätzlich im Fall dieser »Sanierung« erreicht werden soll, daß die früheren Einwohner sich nicht einfach »verkrümelten«, sondern planmäßig in Wohnungen, die günstig zu den Arbeitsstätten liegen, umgesiedelt werden, so muß viel methodischer vorgegangen werden.«²⁵

Warum nur relativ wenige größere Sanierungsprojekte während des Nationalsozialismus in Angriff genommen wurden, bleibt noch zu hinterfragen. Möglicherweise eigneten sich die größeren Neubauprojekte und später die spektakulären Führerstadtplanungen besser zur Selbstdarstellung. Zudem erschwerte ein nach wie vor unzureichendes Planungsinstrumentarium bei Beibehaltung des privaten Bodeneigentums die Durchführung von Sanierungen. In einer Untersuchung zur Altstadtsanierung mit Reichshilfe wurde angegeben, daß bis 1939 für alle Sanierungsmaßnahmen in Deutschland insgesamt Darlehen und Zuschüsse in Höhe von 13 756 142 RM zugesagt waren.²⁶ Demgegenüber betrugen die Gesamtkosten nur für die Neugestaltung Hamburgs nach Schätzungen 1,5 Milliarden RM.²⁷ In Berlin sah der Etat des »Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt Berlin« (GBI), Albert Speer, 60 Mio. RM jährlich und zusätzlich 70 Mio. RM jährlich zum Zwecke von Grundstücksaufkäufen für die Stadtverwaltung vor.²⁸ Die Bedeutung der Sanierung war also gegenüber den Neugestaltungsmaßnahmen minimal, wenn auch bei diesen Mitteln »versteckte« Posten für Sanierungsmaßnahmen enthalten waren.

3. Fallbeispiel: Die Sanierung des Gängeviertels in Hamburg

Ein Beispiel für die veränderten Begründungszusammenhänge der Stadtgesundung nach 1933 bildet die Sanierung des Gängeviertels in Hamburg. Bereits nach der Cholera-Epidemie 1892 war in Hamburg ein umfangreiches Sanierungsvorhaben geplant

²⁴ Vgl. zur Modernisierungsdiskussion den Sammelband *M. Prinz / R. Zittelmann* (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991; bezogen auf Architektur *G. Fehl*, Die Moderne unterm Hakenkreuz. Ein Versuch, die Rolle funktionalistischer Architektur im Dritten Reich zu klären, in: *H. Frank* (Hrsg.), Faschistische Architekturen, Hamburg 1985, S. 88–122.

²⁵ *StAHH* 322-3, AKG A 325.

²⁶ Ebda.

²⁷ Vgl. *D. Schubert*, Führerstadtplanungen in Hamburg, in: *M. Bose u. a.* (s. A 10).

²⁸ *H. J. Reichhardt / W. Schäche*, Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörungen der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen, Berlin 1984, S. 37.

und durchgeführt worden.²⁹ Der damals wohl bekannteste deutsche Stadtplaner Josef Stübben stellte die Leistungen Hamburgs bis 1903 so heraus: »Am hervorragendsten und segensreichsten ist wohl die Sanierung des Neustadt-Süderteiles, wo umfangreiche, gesundheitlich schlechte Gebäudegruppen vom Staate aufgekauft und niedergelegt werden, um alsdann das Gelände neu aufzuteilen und in besserer Weise zur Errichtung von Kleinwohnungen für die im Hafen beschäftigten Personen zu verwenden. Keine andere Stadt Deutschlands hat eine ähnliche Leistung auf dem Gebiete öffentlicher Gesundheitspflege und Wohnungsfürsorge aufzuweisen.«³⁰ Auch für das Gängeviertel wurde die Notwendigkeit einer Sanierung bereits nach der Choleraepidemie von 1892 festgestellt. Planerische Vorbereitungen und die Durchführung wurden aber wegen der Turbulenzen der Kriegs- und Inflationszeit sowie des großen Wohnungsmangels immer wieder hinausgeschoben.

1927 hatte dann der Chef der Hamburger Ordnungspolizei Danner in einem längeren Brief die Notwendigkeit der Sanierung auch aus ordnungspolitischer Sicht begründet. In dem Schreiben hieß es: »In dem Gängeviertel hat im Laufe der letzten Jahre eine Anhäufung asozialer Elemente stattgefunden, die für die öffentliche Sicherheit eine große Gefahr bedeutet. (...) In den engen, krummen und winkligen Gassen ist die Übersicht für die einzelne Polizeipatrouille derart beengt. (...) Die außerordentlich starke Anhäufung kleiner Fenster nach der Breite und Höhe macht das Erkennen, woher Steine oder Unrat auf die Beamten geworfen oder geschossen worden ist, sehr schwierig. (...) Noch ernster aber ist die Gefahr, die das Gängeviertel in seiner heutigen Gestalt für die öffentliche Sicherheit bei planmäßig vorbereiteten Putschen bietet.«³¹

Zunehmend bedienten sich auch die Planer eines ordnungspolitischen Vokabulars, das nach der Machtergreifung weiter zugespitzt wurde und womit Städtebau und Stadtsanierung auch für die politischen Ziele instrumentalisiert werden konnten. In einem Geheimbericht der Baubehörde hieß es bereits 1929 zur Sanierung der Neustadt (Gängeviertel): Ein neuer Straßenzug »schlägt eine Bresche in das baulich und gesundheitlich äußerst gefährdete Gebiet der Neustadt, das mehr und mehr zu einer Domäne des lichtscheuen Gesindels wird.«³²

Insofern war es nur »folgerichtig«, daß nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten Polizeisenator Richter am 5. Mai 1933 als Staatskommissar für die Sanierung des Viertels bestellt wurde, die Federführung damit also nicht bei der Baubehörde verblieb. Zügig wurde über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1933 mit dem Abbruch be-

²⁹ Vgl. u. a. D. Schubert, Von der Katastrophe zur »Gesundung«. Stadthygiene, Städtebau und Sanierung nach der Cholera 1892 in Hamburg, in: Th. Hapke (Hrsg.), Stadthygiene und Abwasserreinigung nach der Cholera-Epidemie, Herzberg 1993, S. 11 ff.

³⁰ J. Stübben, Das Wohnungswesen, in: Techn. Gemeindeblatt 1/1904, S. 2.

³¹ StAHH, 311-2, IV DV Finanzdeputation IB 3b XI A 1, Bd. 1.

³² Ebda.

gonnen. Weitere Abbrucharbeiten erfolgten 1934. Propagandistisch wurde dagegen die seit über 30 Jahren vorbereitete Sanierung nicht als »Schubladeprojekt«, sondern als Neuanfang der Stadtgesundungsmaßnahmen dargestellt: »Am Anfang war die Tat! Wir haben uns nicht lange mit theoretischen Vorarbeiten aufgehalten, wir haben einfach abgebrochen! So lautete die entschiedene Antwort auf meine Frage nach Unterlagen, vorbereitenden Plänen und dergleichen mehr für die gewaltigen hamburgischen Arbeiten zur Umgestaltung des Gängeviertels. Es bekunden sich darin Entschlossenheit und Zielbewußtsein, wie sich allenthalben und allorts heute im Deutschland des Dritten Reiches neue Ideen, Pläne und Programme bahnbrechen.«³³

Als Hamburg sich 1934 um einen Zuschuß aus den erstmals zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln für Altstadtsanierung bewarb, wurde vor allem die vorgesehene fünfgeschossige Bauweise moniert. Zuständig für die Abwicklung des Programms war Gottfried Feder, nun Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium. Hamburg hatte argumentiert, daß die neue vier- bis fünfgeschossige Bebauung schon eine niedrigere Bebauung als vorher darstellen würde und daß eine weitere Herabsetzung der Geschoszahl für die Bauherren wirtschaftlich nicht tragbar sei. »Demgegenüber führten die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums aus, daß Herr Staatssekretär Feder grundsätzlich gegen die 5geschossige Bebauung sei (...). Eine 5geschossige Bauweise käme nur als Ausnahme in Frage, und zwar, wenn die ganzen Bauten allein Geschäftszwecken dienen.«³⁴ In einem Brief des Reichswirtschaftsministers vom August 1934 hieß es, daß man einig darüber sei, daß »die wirksame Auflockerung der Großstädte, neben anderen Maßnahmen, auch eine weitgehende Herabzonung in dem betreffenden Wohngebiet Hamburgs auf mindestens 4 Geschosse bedingt. (...) Der Zulassung von 5geschossigen Bauten stehen jedoch so schwerwiegende volksgesundheitliche und wohnungspolitische Bedenken entgegen, daß ich hier nicht zustimmen kann.«³⁵

Weiterer Reichseinfluß wurde bezogen auf Bodenentschädigungsfragen geltend gemacht. In dem auch von Feder verfaßten NSDAP-Programm hieß es unter Paragraph 17: »Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.«³⁶ Hitler selbst hatte zu dieser Formulierung ausgeführt: »Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus »Unentgeltliche Enteignung« nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat; Boden der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunk-

³³ V. Noack, Umgestaltung des Gängeviertels in Hamburg, in: Bauen, Siedeln, Wohnen, 1934, S. 390.

³⁴ StAHH, Baudeputation B 295.

³⁵ Ebda.

³⁶ G. Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1932, S. 20.

ten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.«³⁷ Um nun Reichsmittel bei der Sanierung in Anspruch nehmen zu können, mußte 1933 das Hamburger Enteignungsgesetz dem Reichsgesetz angepaßt werden. Im »Dritten Gesetz zur Änderung des Enteignungsgesetzes« vom 17. August 1933³⁸ wurde »vollständige« durch die »angemessene« Entschädigung ersetzt und Fristen in Enteignungssachen wurden um die Hälfte verkürzt.³⁹

Die Anpassungen an Reichsgesetze und -verfahren beinhalteten jedoch nur marginale Änderungen. Ansonsten wurde nach den »bewährten« Hamburger Sanierungsprinzipien verfahren. Auch die Architektur bei der Neubebauung griff weitgehend auf »Bewährtes« zurück. Die neue Bebauung beschränkte sich auf eine schmale, Hinterflügel ausschließende Randbebauung der Blöcke. Alle Gebäude wurden in rotem Backstein mit roten Dachziegeln und weißen Fenstern erstellt. Die Straßenführung wurde mit platzartigen Erweiterungen und Straßenbrunnen gestaltet. Die Architektur mit Erkern, Fachwerk und Bauplastik wies auf regionale und holländische Bezüge hin.

Die Frage nach dem Verbleib der sanierungsbetroffenen Bevölkerung ist kaum zu beantworten. Baudirektor Ranck schrieb: »Auf Umfrage wünschte niemand die Bereitstellung einer Ersatzwohnung. Das ist begreiflich von dem lichtscheuen Gesindel, das kein Verlangen nach Verhandlungen mit Behörden haben konnte. (...) Wenn es tiefster Sinn dieser Gesundheitsmaßnahmen ist, durch bessere Wohnungen auch die Menschen zu bessern, so bedarf es dazu ganz offenbar der Durchführung eines so umfassenden Planes mit dem Endziel der Ausmerzung aller gesundheitsschädlichen und unsozialen Wohnungen, daß man große Geduld haben muß.«⁴⁰ Es ist davon auszugehen, daß sich die verdrängte Bevölkerung in gerade fertiggestellten Neubauquartieren (etwa Vierbergen, Horn) ansiedelte oder in den Innenstadtquartieren enger zusammenrücken mußte, zumal die »Neuversorgung mit Wohnungen (...) den Bewohnern des Abbruchgebietes selbst überlassen blieb.«⁴¹ Im Gegensatz zu den vor 1933 durchgeführten Sanierungsmaßnahmen in Hamburg, wo der Ersatzwohnungsbau immer »mitgeplant« wurde, machte man sich bei der Sanierung des Gängeviertels nach 1933 trotz gegenteiliger Behauptungen über »Erfassung« und »Zerstreuung« keine Gedanken über den Verbleib der Bewohner.

Auch das angeblich neue Ziel des Luftschutzes war keine Erfindung der Zeit nach 1933, sondern wurde schon in den 20er Jahren und vor 1933 in der Fachliteratur dis-

³⁷ Zit. n. ebda., S. 5.

³⁸ Vgl. Hamb. Gesetzes- und Ordnungsblatt 1933, S. 323.

³⁹ Vgl. H. Siemsen, Änderungen des Hamburgischen Enteignungsgesetzes, in: Zentralblatt der Bauverwaltung 8/1934, S. 9829.

⁴⁰ Chr. Ranck, Gesundung der Hamburger Innenstadt, in: Zentralblatt der Bauverwaltung 36/1935, S. 698.

⁴¹ V. Noack (s. A 33).

kutiert.⁴² Ideologisch korrespondierten die propagierten Ziele der Großstadtauflockerung und der Stadtsanierung mit den Zielen des Luftschutzes. Mit Stolz wurde in einem Artikel 1937 vermerkt, daß bei den Planungen zur Sanierung des Gängeviertels »in den Jahren 1933/34 die Forderungen des baulichen Luftschutzes vollständig berücksichtigt wurden. (...) Die durchgeführten baulichen Luftschutzmaßnahmen haben bei zahlreichen Besuchern und bei den Bewohnern der neuerbauten Häuser große Beachtung und Anerkennung gefunden. Aber auch die Bauherren konnten sich davon überzeugen, daß die Mehrkosten tragbar sind, so daß sie bei zukünftigen Bauten leichter geneigt sein werden, ihre Häuser nach den modernen Gesichtspunkten der Landesverteidigung – d. h. des Luftschutzes – zu gestalten.«⁴³ Faktisch war allerdings bei der Planung 1933 an keiner Stelle vom Luftschutz die Rede. Vielmehr scheinen Luftschutzräume etc. erst nachträglich vorgesehen worden zu sein. Die nach den Idealen des größtmöglichen Luftschutzes ungünstige Blockrandbebauung, die bei der Neubebauung vorgesehen und realisiert wurde, spricht außerdem dagegen, daß Luftschutzmaßnahmen von vornherein berücksichtigt worden waren.

Nach der Sanierung des Gängeviertels wurde die Sanierung weiterer Stadtteile, vor allem aus der Gründerzeit, vorbereitet. Neben den ehemals wohnungsreformerischen Intentionen rückten nun auch für die Stadtplaner stärker bevölkerungspolitische Ziele in den Vordergrund. Baudirektor Dr. Hellwig betonte 1937 in einer Besprechung: »Eine Sanierung sei nicht dann geglückt, wenn statt der schlechten Wohnungen gute gebaut seien, sondern sie sei erst geglückt, wenn das sanierte Gebiet wirklich gesund sei. Von gesund könne aber keine Rede sein, wenn in den neuen guten Wohnungen wieder die asozialen Elemente wohnten, deren Einfluß als zersetzend wirkt und die daher ausgeschaltet werden müssen.«⁴⁴

Bezeichnenderweise galten die Hamburger Sanierungen in Deutschland als »vorbildliche Lösungen«, nicht nur während der Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch noch in der Nachkriegszeit.⁴⁵ Vielfach wurde es als Erfolg empfunden, durch gemeinsame Anstrengungen von Stadtplanung, Stadtsoziologie und politischen Maßnahmen sozialen Widerstandszonen und proletarischen Rückzugsgebieten zu Leibe gerückt zu sein und mit der angeblich problematischen Regellosigkeit und Unordnung aufgeräumt zu haben. Die »Verbesserung der Wohnverhältnisse« war demnach Instrument politischer Zielsetzungen.

⁴² Vgl. F. Lüken-Isberner, Stadterneuerung unter Gesichtspunkten des städtebaulichen Luftschutzes, in: Th. Neuer-Miebach u. a. (s. A 19), S. 375 ff.

⁴³ W. Piegler, Baulicher Luftschutz beim Wiederaufbau eines alten Stadtteils in Hamburg, in: Bauwelt 27/1937, S. 384.

⁴⁴ StAHH, Sozialbehörde I AF 44.16.

⁴⁵ Vgl. etwa H. Speckter, Die Sanierung des Gängeviertels Neustadt, in: Hamburg und seine Bauten 1929–1953, Hamburg 1953.

4. Elendsviertelsanierung auch ein internationales Thema

Nicht nur in Deutschland, sondern auch international war das Thema der Elendsviertelsanierung schon seit der Jahrhundertwende auf vielen Kongressen erörtert worden. In Fachzeitschriften war auch im internationalen Zusammenhang über Sanierungsprojekte berichtet worden. Vor allem in England hatte man schon vor der Jahrhundertwende Erfahrungen mit der Slumsanierung gesammelt und 1930 waren mit dem Housing Act (Lex Greenwood) staatliche Zuschüsse zu kommunalen Sanierungsverfahren bereitgestellt worden und in der Folge ein propagandistischer »Feldzug gegen die Slums« eingeleitet worden.⁴⁶ Die Häufigkeit, mit der über englische Erfahrungen bei der Slumsanierung berichtet wurde, war sicher auf die längere Tradition und die Erfahrungen in England zurückzuführen. 1927 wurde auf einer Tagung des Vereins für Wohnungsreform über die englischen Erfahrungen wie folgt berichtet: »Das klassische Land für die Slums war und bleibt England. Es ist in drei Beziehungen als klassisch in diesem traurigen Sinne zu bezeichnen. Erstens durch die Masse der Slums, die dort schon so lange existieren. Zweitens ist England das Land, wo verhältnismäßig frühzeitig öffentliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Slums getroffen worden sind und wo die Bekämpfung der Slums große Erfolge zeigt. Und drittens wegen seiner Literatur auf diesem Gebiete.«⁴⁷

Nach 1933 wurde propagandistisch ein »deutlicher Unterschied« beim Umgang mit sozial- und bevölkerungspolitischen Fragen der Sanierung zwischen England und Deutschland postuliert. So würde ein Blick auf die deutsche Sanierungspolitik mit »Anfängen einer erbbiologisch fundierten Gesetzgebung« zeigen, »um wieviel tiefer hier das Problem an seinen Wurzeln gefaßt wird. (...) Angesichts dieser Fragen enthüllt sich der rein quantitative, schematische, isolierte und in einem gewissen, uns altmodisch erscheinenden Sinne nur sozialpolitische Charakter der englischen Aktion. (...) Daß mit diesen kritischen Bemerkungen zugleich eine der großen Aufgaben umrissen ist, die der Nationalsozialismus in Deutschland auf dem Gebiete der Wohnungspolitik zu lösen berufen ist, sei hier nur angedeutet; es kann kein Zweifel bestehen, daß die Lösungen, die er suchen wird, sich entsprechend seinen gesamten Grundsätzen von der englischen Scheinlösung eben durch das sichere Gefühl für die allgemeinen Zusammenhänge und durch die Ablehnung der letzten Endes ausgeweglosen staatlichen Zuschußpolitik ganz prinzipiell von dem jetzigen englischen Versuch unterscheiden werden.«⁴⁸

Aber auch andere Länder wie Holland hatten entsprechende Gesetze zur Sanierung

⁴⁶ Vgl. J. A. Yelling, *Slums and Redevelopment. Policy and practice in England, 1918–1945*, London 1992.

⁴⁷ A. Block, *Die Sanierung der Altstadtviertel*. a) Die Verhältnisse in England und Amerika, in: Dt. Verein für Wohnungsreform e.V. (s. A 2), S. 32.

⁴⁸ J. Bayer, *Organische Städte-Sanierung*, in: *Der deutsche Volkswirt*, 1934, 3. VJbd. S. 1504.

verabschiedet und praktische Durchführungserfahrungen gesammelt. Beim XIII. Internationalen Wohnungs- und Städtebaukongreß 1931 in Berlin wurde aus verschiedenen Ländern über Erfahrungen der »Beseitigung verwahrloster Wohnviertel« berichtet.⁴⁹ Und anlässlich des XIV. Kongresses 1935 in London veröffentlichte der Verband eine vergleichende Untersuchung zum Thema »Elendsviertelsanierung«.⁵⁰ Die Publikation mit 2 Bänden (Texten und Plänen) gab dreisprachig (englisch, französisch, deutsch) einen Überblick über die Stadterneuerung von 33 Städten in verschiedenen Ländern. Um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten, wurde zuvor wieder ein Fragebogen erarbeitet. Im Vorwort hieß es: »Die Beseitigung der Elendsviertel ist eines der Probleme, allerdings ein wichtiges, der Verbesserung des Wohnungswezens überhaupt. (...) Mehr als 30 Städte berichten über die Verbesserung ihrer Elendsviertel. In der Verschiedenheit ihrer Maßnahmen, Hemmnisse und Erfolge spiegelt sich die Vielseitigkeit der Aufgabe, und zugleich (...) die soziale Verpflichtung, mit den Elendsvierteln aufzuräumen.«

In dieser Publikation war Deutschland mit Beiträgen über Berlin, Hamburg, Heidelberg, Frankfurt und Kassel am stärksten vertreten. Die starke publizistische Repräsentanz korrespondiert dabei nicht mit dem realen Umfang der Stadterneuerungsmaßnahmen nach 1933 und spiegelt eher die propagandistische und ideologische Bedeutung der »Gesundung« unter den Nationalsozialisten wider. Zudem hatten deutsche Repräsentanten durch hohes Engagement und wichtige Funktionen bei den internationalen Verbänden eine wichtige Position. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Strölin, der 1934 die »Stuttgarter Denkschrift« zur Altstadtsanierung mit verfaßt hatte, wurde 1938 zum Präsidenten des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Städtebau gewählt. Im Juli 1944 verfaßte er für den Verband vor dem Hintergrund des apokalyptischen Endes der Großstadt noch eine Denkschrift im Hinblick auf die Probleme des Wiederaufbaus und zukünftiger Aufgaben der Stadterneuerung.⁵¹

5. Zusammenfassung

Handelte es sich bei den Stadtsanierungsmaßnahmen nach 1933 um eine spezifisch nationalsozialistische Form der Stadtsanierung? Durchführungen erfolgten, wie dargestellt, nach bereits »bewährten« Verfahren, ohne wesentliche neue gesetzliche Regelungen. Allerdings bekamen Teilaspekte der Stadtgesundheit wie Luftschutz, Entbal-

⁴⁹ *International Federation for Housing and Town Planning* (Ed.), XIII. International Housing and Town Planning Congress, Part I, Papers, Berlin 1931.

⁵⁰ *International Housing Association* (Ed.), *Slum Clearance*, 2. Vols., Stuttgart 1935.

⁵¹ K. Strölin, *Probleme des Wohnungswesens, des Städtebaus und der Raumordnung im Hinblick auf den Wiederaufbau und die Planung neuer Stadtanlagen in der künftigen Friedenszeit*, Stuttgart 1944.

lung und »Auflösung von Problemgruppen« eine neue Gewichtung. Das Ordnungsdenken der Planer konnte dabei problemlos für die Ziele der Nationalsozialisten instrumentalisiert werden. Geschickt, wie auch bei anderen Politikbereichen, gelang es den Nationalsozialisten, verschiedene heterogene Elemente zu einer scheinbar »neuen« Stadterneuerungspolitik zusammenzukitteln.

Im internationalen Vergleich hatte vor allem England eine erheblich längere Tradition und Erfahrung im Umgang mit und der Sanierung von Slums. Von den dort praktizierten Verfahren konnte man in Deutschland profitieren, wenngleich die Begründungszusammenhänge nach 1933 anders gelegt wurden. Aber auch in anderen Ländern wie Holland, der Schweiz und Skandinavien hatten sich die Planer und Wohnungsreformer ab Mitte der zwanziger Jahre verstärkt dem Thema der Sanierung zugewandt.

Die Stadtgesundung war also ein planerisch aufgestauter, aber vorbereiteter Bereich, der sofort nach 1933 umgesetzt werden konnte. Dabei wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit einem »Sozialismus der Tat«, der nicht über Probleme diskutierte, sondern sie anpackte und »löste«, publizistisch geschickt kombiniert. Mit der Stadterneuerung konnten die Nationalsozialisten überdies mehrere Ziele gleichzeitig erreichen: Politische Gegner wurden erfaßt und gegebenenfalls ausgeschaltet, mit »ungesunden Quartieren« konnte aufgeräumt und dazu noch mietpreisgünstige Wohnungen für Arbeiter geschaffen werden. Kurz nach der Machtergreifung sollten dadurch noch Teile der Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus gewonnen werden. Die Termini »Ordnen und Aufräumen« waren dabei durchaus doppelt, baulich und politisch, gemeint.

Isabell Sprenger

»Erbarmungsloses Schweigen«

Bevölkerung und Konzentrationslager in Groß-Rosen

Wieviel die deutsche Öffentlichkeit von den Verbrechen des NS-Regimes im einzelnen wußte und überhaupt wissen konnte, beschäftigt uns bis heute.¹ Besonders der Kenntnisstand der Zivilbevölkerung über Judenverfolgung und -vernichtung wurde schon vielfach diskutiert und nimmt in der Forschung einen breiten Raum ein.²

Was aber drang aus den NS-Konzentrationslagern an die Öffentlichkeit? In einer Umfrage zu diesem Thema wurden schon die gegensätzlichsten Angaben gemacht bis hin zur völligen Unkenntnis der Befragten über jegliche Lagerform.³ Daß aber damals so gut wie »jeder in Deutschland« wußte, daß es Konzentrationslager gab,

ist demgegenüber wohl wahrscheinlicher.⁴ Aber beschränkte sich das Wissen der meisten Deutschen wirklich nur auf die bloße Existenz solcher Lagereinrichtungen,⁵ oder gab es nicht auch Verbindungslinien zur Außenwelt? War gar die umliegende Bevölkerung zu manchen Zeiten direkt oder indirekt involviert in die Geschehnisse eines Lagers?

Begonnen hatte die Geschichte des Konzentrationslager-Systems zunächst ganz öffentlich: Über die Einrichtung des KZ Dachau wie auch anderer Lager im Frühjahr 1933 wurde in den Zeitungen breit berichtet, und die ersten Häftlinge mußten sogar »vorbei an zahlreichen Neugierigen« ins Lager marschieren.⁶ Doch die Berichterstattung der inländischen Presse ebte im Zuge der »Gleichschaltung« bald ab, Publikationen über staatspolizeiliche Maßnahmen wurden streng überprüft und gegebenenfalls als »Greuelhetze« verboten.⁷ Im folgenden nahm sich besonders die ausländische Presse und deutsche Exilpublizistik der KZ-Problematik an. Spätestens seit Erlass des neuen Pressegesetzes im Oktober 1933 konnten in Deutschland nur noch illegale Zeitungen und Flugblätter Näheres über Vor-

¹ Vgl. u. a. J. Wollenberg (Hrsg.), »Niemand war dabei und keiner hat's gewußt«. Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933–1945, München 1989; V. Ulrich, »Wir haben nichts gewußt«. Ein deutsches Trauma, in: 1999, 6 (1991), H. 4, S. 11–46; Deutsche Gesellschaft und Judenverfolgung, in: K. Kwiet / H. Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945, Hamburg 1984, S. 34–49; W. Kempowski, Haben Sie davon gewußt? Deutsche Antworten, Hamburg 1979.

² Vgl. u. a. M. R. Marrus (Hrsg.), The Nazi Holocaust. Historical Articles on the Destruction of European Jews, Bd. 5/1, London 1989; I. Kershaw, Antisemitismus und Volksmeinung, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. II, hrsg. von M. Broszat / E. Fröhlich, München 1979, S. 281–348; D. Bankier, The Germans and the Holocaust: What did they know?, in: Yad Vashem Studies, 20 (1990), S. 69–98; W. Laqueur, Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers »Endlösung«, Frankfurt/M. 1982; H. Wilhelm, Wie geheim war die »Endlösung«?, in: Miscellanea. Festschrift für H. Krausnick zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1980, S. 131–148.

³ W. Kempowski (s. A 1).

⁴ So A. Rückerl in seinem Nachwort zu J. Walk, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Karlsruhe 1981, S. 409.

⁵ So jedenfalls E. Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 21989, S. 413.

⁶ Artikel »Die ersten Gefangenen im Konzentrationslager« in den Münchener Neuesten Nachrichten, Abdruck in: Bayern in der NS-Zeit (s. A 2), S. 356.

⁷ Vgl. den Bestand »Überprüfung und Beanstandung von Veröffentlichungen in Zeitschriften« im Bundesarchiv Koblenz (BAK) R 58 (RSHA) 248, 463 und 877 sowie »Grundsätze für Presseveröffentlichungen über staatspolizeiliche Maßnahmen« vom 20. 9. 1935, in R 58/248.

gänge in den Konzentrationslagern berichten.⁸ Im Ausland erschienen schon wenige Wochen nach Eröffnung der frühen KZ-Lager von entlassenen Häftlingen erste Erlebnisberichte, deren Verbreitung in Deutschland aber verständlicherweise gering war, weil sie als »verbotene Druckschriften« galten.⁹ Zeitgleich mit der rückläufigen Berichterstattung liefen erste Ermittlungen der Staatsanwaltschaften wegen Todesfällen und Erschießungen in den Lagern an, und Gerüchte von Mißhandlungen und Selbstmorden drangen an die Außenwelt.¹⁰

Die unter den Augen der Öffentlichkeit mit freimütigen Erläuterungen von offizieller NS-Seite eingerichteten Konzentrationslagern erschienen so innerhalb weniger Monate als unheimliche Stätten, über deren Innenleben man nur Ahnungen hatte und mit vorgehaltener Hand sprach. Gerüchte entstanden und vergrößerten merklich die Atmosphäre von Angst und Abschreckung. Hinzu kam ein weiterer Faktor: Die ersten Einlieferungen, besonders von Kommunisten, aber auch von »Asozialen«, »Arbeits-scheuen« und Homosexuellen, fanden noch mit einiger Zustimmung großer Bevölkerungsteile statt, die in diesen Personengruppen ebenfalls eine Gefahr für die Allgemeinheit erblicken wollten. Als aber im Laufe der ersten Jahre der Nazi-herrschaft immer häufiger auch »Personen in Haft genommen [wurden], die man kannte und an deren Integrität sich eigentlich nicht zweifeln ließ: der Nachbar, der an einer Anordnung der Partei Kritik geübt hatte; der Arbeitskollege, der einen politischen Witz erzählt hatte«, änderte sich die Lage. Immer weniger ließ sich die (Pro-

paganda-)Ansicht aufrechterhalten, in den Konzentrationslagern seien nur Personen verwahrt, die der Gesellschaft schaden, und »hinzu trat die Einsicht, daß man selbst auch nicht gegen dieses Schicksal gefeit sei.«¹¹

Die abschreckende und angsteinflößende Wirkung der Lager blieben SS und Gestapo nicht verborgen. Diese versuchten dem aber nicht, durch irgendwelche beruhigende Maßnahmen und Verlautbarungen entgegenzuwirken, sondern förderten die ungewisse Angst, die die Konzentrationslager auslösten. So hieß es in einem internen Runderlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 26. 10. 1939 über die sogenannte »Schutzhaftverhängung«: »Um eine weitergehende abschreckende Wirkung zu erzielen, ist zu beachten: Die Zeitdauer der Einweisung darf keinesfalls erwähnt werden. Nach außen ist die Einweisung in ein Konzentrationslager stets mit »bis auf weiteres« anzugeben. Keine Bedenken gegen Flüsterpropaganda (hinsichtlich langer Lagerhaft) zum Zwecke der Erhöhung der abschreckenden Wirkung. Die Verabreichung von Stockhieben kann angeordnet werden, auch hier keine Bedenken gegen Flüsterpropaganda.«¹² Offenbar hatte man die staatstragende Wirkung dieses Abschreckungsmechanismus erkannt. Nur ein Volk, das in ständiger Angst vor Verschleppung in ein Lager mit allen ungewissen Folgen lebte, konnte auf Dauer von jeder Form der Meinungsäußerung und des Widerstandes abgehalten und für die (rüstungs-)politischen Ziele des nationalsozialistischen Staates eingesetzt werden. Die Abschreckungsfunktion charakterisierte vor allem in der Phase bis zum Beginn des Krieges die Beziehung von Bevölkerung und Konzentrationslager.

Während jede Form der öffentlichen Äußerung über Konzentrationslager schon im Laufe des Jahres 1933 unterbunden wurde und damit eine wesentliche Informationsmöglichkeit für die Bevölkerung fehlte, bestanden gleichwohl zu jeder Zeit und in vielfacher Hinsicht Berührungspunkte von Lagern zu ihrer näheren Umgebung.

¹¹ W. Johe (s. A 10), S. 335.

¹² Zit. nach J. Walk (s. A 4), S. 174; hier fälschlicherweise auf 1936 datiert.

⁸ Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933, Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, Nr. 111, ausgegeben zu Berlin am 7. 10. 1933. Der Reichsverband der deutschen Presse (RVDP) wurde schon vor Erlass des Gesetzes unter NS-Kontrolle gebracht; vgl. O. J. Hale, *Presse in der Zwangsjacke 1933–1945*, Düsseldorf 1965, S. 83 ff.; K. Drobnisch, *Zeitgenössische Berichte über Nazikonzentrationslager 1933–1939*, in: *Jahrbuch für Geschichte* 26 (1982), S. 102–133.

⁹ Vgl. Sammlung verbotener Druckschriften des Gestapa, in: BAK R 58–463.

¹⁰ W. Johe, *Das deutsche Volk und das System der Konzentrationslager*, in: U. Büttner (Hrsg.), *Das Unrechtssystem*, Bd. 1, Hamburg 1986.

Besonders auf dem Verwaltungssektor gab es Überschneidungen, die den betroffenen Beamten einen ausschnitthaften Einblick in gewisse Vorgänge im Lager gewährten. Bis lagereigene Standesämter eingerichtet wurden, hatten zunächst die Gemeindeverwaltungen für das in ihrem Bezirk liegende Konzentrationslager die standesamtlichen Aufgaben zu übernehmen. Das bedeutete, daß alle Todesfälle in den Lagern von städtischen Standesbeamten beurkundet werden mußten und die Leichen in städtischen Friedhöfen eingäschert wurden.

Im Falle des in Niederschlesien gelegenen Konzentrationslagers Groß-Rosen führte der zuständige Standesbeamte des Ortes Groß-Rosen (heute »Rogoźnica«) über zwei Jahre hinweg, vom August 1940 bis zum Oktober 1942, die Eintragungen der Todesfälle des Lagers zusätzlich zu denen des Ortes, wobei er für diesen Zeitraum 1890 Todesfälle des Lagers, aber nur 50 des Dorfes Groß-Rosen zu beurkunden hatte. Aber nicht nur die enormen Todeszahlen mußten stutzig machen (zum Teil waren täglich 30 und mehr Todesfälle des Lagers zu beurkunden), auch die stereotyp angeführten Todesursachen, wie »akute Herz- und Körperschwäche« oder »allgemeine Kreislaufschwäche« oder gar die zahlreichen Fälle von auf der Flucht erschossenen Häftlingen gaben Aufschluß über die Lebensverhältnisse im Lager.¹³

Die meisten Kontakte von Konzentrationslager und Außenwelt kamen jedoch aufgrund wirtschaftlicher Verbindungen zustande. Das Konzentrationslager Groß-Rosen etwa entstand (wie mehrere andere KZ-Lager) direkt neben einem bereits bestehenden Steinbruchbetrieb, der von der SS-eigenen Firma »Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH« gekauft wurde. Für mehr als 200 Arbeiter und Angestellte aus Groß-Rosen und anderen umliegenden Dörfern und Städten wechselte damit lediglich der Arbeitgeber. Sie kamen auch weiterhin täglich zu ihrem Arbeitsplatz, während in unmittelbarer Nachbarschaft das Lager errichtet wurde. Bereits wenige

Wochen nach der Übernahme des Steinbruch-Betriebes durch die SS wurden die ersten Lager-Häftlinge zur Arbeit im Steinbruch abgestellt, wo sie den zivilen Arbeitern und Angestellten zu arbeiten mußten. Sie hatten vor allem die schweren Transportarbeiten auszuführen.

Zu direktem Kontakt kam es auch mit den im Jahr 1941 erstmals im Betrieb anwesenden Steinmetzlehrlingen. Sie wohnten während ihrer dreijährigen Lehrzeit in Lehrlingsheimen auf dem Steinbruchgelände direkt neben dem Konzentrationslager und konnten Vorgänge im Lager von ihrer Seite aus beobachten. Auch die Lehrlinge hatten die Steine lediglich zu bearbeiten, das Wenden sowie das An- und Abtransportieren erledigten die KZ-Häftlinge. Darüberhinaus waren Häftlinge auch für die Reinigung der Lehrlingsheime und die Zubereitung des Essens in der Kantine zuständig. All dies führte zur ständigen engen Zusammenarbeit zwischen Lehrlingen, Arbeitern und KZ-Häftlingen, und obwohl von offizieller Seite jede Kontaktaufnahme verboten war, kam es dennoch immer wieder dazu. Die häufig unbarmherzige Behandlung und Antreibung der Häftlinge durch ihre SS-Bewacher konnte nicht unbemerkt bleiben. Die Zusammenarbeit auf dem Arbeitsplatz war so eng, daß, um Verwechslungen vorzubeugen, Lehrlinge und Angestellte farbige Armbinden trugen, damit sie von der SS-Postenkette sofort erkannt wurden und diese frei passieren konnten. Auf Häftlinge hingegen wurde beim Übertreten der Postenkette sofort geschossen.¹⁴

Aber nicht nur die im Granitbetrieb Groß-Rosen Beschäftigten konnten bei ihrer täglichen Arbeit Näheres über das KZ Groß-Rosen erfahren. Der als vorbildhaft gerühmte Lehrlingsbetrieb wurde zudem immer wieder von Berufsberatern und ganzen Schulklassen aus der näheren Umgebung, aber auch aus Oberschlesien, besichtigt, um auf diese Weise neue Lehrlinge anzuwerben.

¹³ *Państwowe Muzeum Gross-Rosen* DP-1852 bis DP-1860, Sterbebücher des Gemeindestandesamtes Groß-Rosen aus den Jahren 1940–1942.

¹⁴ Interview mit H. W. Dobrowski, 11. 12. 1992; BAK NS 3-1475, Briefwechsel verschiedener Behörden über die Lehrlingsausbildung in Groß-Rosen; BAK NS 3-1346, Monatsberichte des Amtes IIIA über die Lage der einzelnen dem Amt IIIA unterstellten Unternehmen; BAK NS 3-1347, Monatsberichte des Chefs des Amtes W I an den Chef des WVHA.

Auch die Eltern der bereits in Groß-Rosen lernenden Steinmetze wurden regelmäßig eingeladen. Alle Besucher des Betriebes hatten in gewissem Umfang die Möglichkeit, sich ein Bild vom Zustand und Arbeitsalltag der KZ-Häftlinge zu machen.¹⁵

Es ist sicher nicht übertrieben, das Konzentrationslager in Groß-Rosen als einen wichtigen Wirtschaftsfaktor im Striegauer Bezirk zu bezeichnen. Abgesehen davon, daß der SS-Betrieb in nicht unwesentlichem Umfang als Arbeitgeber und Ausbilder fungierte, gab es einen regen Warenaustausch mit vielen Orten der Umgebung: einerseits verließen die Steinelieferungen (vor allem Grabsteine, Pflaster- und Bordsteine) das Lager, andererseits mußte dieses mit Lebensmitteln und Baumaterialien versorgt werden. Die Lieferungen kamen entweder direkt in das Lager, oder die Waren wurden von Häftlingskolonnen am Bahnhof Groß-Rosen, für jedermann sichtbar, verladen und abtransportiert. Das Brot wurde in einer Bäckerei im Nachbarort gebacken, wohin zeitweilig sogar zwei Häftlinge täglich zur Arbeit gebracht wurden.¹⁶

Die Möglichkeiten waren also vielfältig, zumindest etwas über die Existenz und Größe des Konzentrationslagers zu erfahren. Manche, wie etwa der Standesbeamte oder die Arbeiter im Granitbetrieb Groß-Rosen, konnten, ja mußten beinahe näheren Einblick in das verbrecherische Treiben der SS im Lager gewinnen. Über ihre Eindrücke, ob dieses nun als unmenschlich oder verbrecherisch erkannt wurde oder nicht, traute man sich aber höchstens im Familienkreis zu sprechen. Die Konzentrationslager erschienen als Tabuthema, und eigene Sorgen im Krieg lenkten vom Schicksal anderer ab. Nur wenige hatten den Mut, die Inhaftierung Tausender von Menschen hinter Stacheldraht anzuprangern. Äußerungen, die eine Kritik an diesen immerhin staatlichen Einrichtungen nur erahnen ließen,

¹⁵ BAK NS 3-1475, Briefwechsel verschiedener Behörden über die Lehrlingsausbildung in Groß-Rosen.

¹⁶ Interview mit H. W. Dobrowski, 11. 12. 1992; erwähnt werden muß außerdem die Vielzahl von Nebenlagern des KZ, in denen Häftlinge in der Rüstungsindustrie ebenfalls zusammen mit zivilen Arbeitskräften zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden.

konnten zu härtester Bestrafung führen. Solidarisierung mit »Staatsfeinden« war gefährlich. Beispielsweise wurde gegen den ehemaligen evangelischen Pfarrer in Wohrlau, Richard Hoppo, beim Sondergericht in Breslau 1944 ein Verfahren wegen Kanzelmißbrauchs eingeleitet, nur weil er während des Gottesdienstes folgenden Satz sprach: »Wir schließen in unsere besondere Fürbitte ein alle die, die in besonderen Nöten sind und unsere Brüder und Schwestern in den Gefängnissen und Konzentrationslagern.«¹⁷

Standen Ortsbewohner mit einem Konzentrationslager – wie für Groß-Rosen geschildert –, in Kontakt, lebten sie mit der berechtigten Angst, bei unbedachten Äußerungen selbst ein Opfer des NS-Terrors zu werden. Des weiteren dürften persönlich-wirtschaftliche Gründe, die Sorge um den Erhalt des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes oder Geschäftsbeziehungen mit der Lagerleitung dazu beigetragen haben, die Augen zu verschließen. Ein übriges versuchte die Propaganda zu suggerieren: »Sind am Ende nicht doch nur Verbrecher in den Konzentrationslagern?«

Für die Gefangenen in ihrer Not stellte sich die Haltung der Bevölkerung daher so dar, wie ein ehemaliger Groß-Rosener Häftling schildert: »Das Lager befand sich in unmittelbarer Nähe des Bahngleises, und eben jetzt fuhr mit ohrenbetäubendem Getöse ein Personenzug an uns vorbei. Neugierig schauten die Passagiere zu uns herüber, und auch wir wandten uns dem Zug zu, der für uns aus einer anderen Welt zu kommen schien. Welch ein Kontrast bildete dies friedliche, alltägliche Bild zu unserem Leben, das man an der Wurzel zerstört hatte und das sich in täglicher Qual hinschleppte. Aber wer nahm teil an unserem Elend, wer wollte es wirklich sehen? Die ganze Welt war Zeuge unserer Tragödie, aber sie hatte nur Schweigen, erbarungsloses Schweigen für uns.«¹⁸

¹⁷ *Państwowe Muzeum Gross-Rosen* 114/1699/MF, Schreiben des Kommandeurs der Sipo Breslau vom 22. 12. 1944.

¹⁸ E. Bornstein, Die lange Nacht. Ein Bericht aus sieben Lagern, Frankfurt/M. 1967, S. 109 (über seinem Einmarsch nach Fünfteichen, einem Nebenlager von Groß-Rosen).

Thomas Stöckle

Die »Aktion T4« in Grafeneck

Im Oktober 1939 hatte Hitler ein formloses Ermächtigungsschreiben – zurückdatiert auf den 1. September 1939 – unterzeichnet, nach dem Reichsleiter Philipp Bouhler, der Chef der Kanzlei des Führers und Dr. med. Brandt, sein Begleitarzt, beauftragt waren, »die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann«.¹

Dieses Schreiben Hitlers wurde zur Grundlage einer systematischen Ermordung von etwa 70000 geistig Behinderten und psychisch Kranken. Mit der Durchführung beauftragt wurde innerhalb der Kanzlei des Führers, einer außernormativen und führerunmittelbaren Dienststelle, das Hauptamt II unter Viktor Brack. Protegiert wurde die Kanzlei des Führers, die am 17. November 1934 als eine Parteidienststelle gegründet worden war, durch Himmler/Heydrich sowie Göring und Frick.² Um die Kanzlei selbst nicht mit den Tötungen in Verbindung zu bringen und aus Geheimhaltungsgründen, wurde das Hauptamt II ab April 1940 in der Tiergartenstraße 4 in Berlin-Charlottenburg untergebracht. Seit diesem Zeitpunkt wurden die Zen-

traldienststelle als »T4«, die Massentötungen als »Aktion T4« bezeichnet.³

Die Patienten wurden anhand von Meldebögen erfaßt, selektiert und dann direkt oder über Zwischenanstalten⁴ in eigens eingerichtete Tötungsanstalten gebracht.⁵ Jede dieser Anstalten wurde mit einer Vergasungsanlage ausgerüstet. In ihr wurden die Patienten nach einer letzten oberflächlichen Untersuchung mit Kohlenmonoxidgas getötet. Für die Dauer der »Aktion T4« vom Januar 1940 bis August 1941 gab es sechs solcher Tötungsanstalten.⁶

1. Grafeneck bei Münsingen (Jan. 1940 – Dez. 1940)
2. Brandenburg a. d. Havel (Febr. 1940 – Sept. 1940)
3. Sonnenstein in Pirna (April 1940 – Aug. 1941)
4. Hartheim bei Linz (Mai 1940 – Aug. 1941)
5. Bernburg a. d. Saale (Sept. 1940 – Aug. 1941)
6. Hadamar bei Limburg (Jan. 1941 – Aug. 1941)

Im Zuge der Vorbereitungen der Aktion kam zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der

³ A. Götz (Hrsg.), Aktion T4 1939–1945. Die »Euthanasie«-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin ²1989; E. Klee, »Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, Frankfurt/M. 1989; H. Faulstich, Von der Irrenfürsorge zur »Euthanasie«. Geschichte der badischen Psychiatrie bis 1945, Freiburg 1993.

⁴ In Württemberg war dies vor allem die staatliche Heilanstalt Zwiefalten, daneben wurden aber auch die anderen staatlichen württembergischen Anstalten als Zwischenanstalten genutzt.

⁵ H. Faulstich (s. A 3), S. 216f.

⁶ Vgl. H. W. Schmuhl (s. A 1), S. 196; B. Winter, Bürokratie des Massenmordes. Die Planung und Durchführung der NS-»Euthanasie«-Aktion 1939–1941, in: »Verlegt nach Hadamar«. Die Geschichte einer NS-»Euthanasie«-Anstalt. Katalog zur Ausstellung, hrsg. vom Landeswohlfahrtsverband Essen, Kassel 1991, S. 68–78.

Kanzlei des Führers, respektive der T4, und der Unterabteilung IVb der Gesundheitsabteilung des Reichsinnenministeriums. Dem dortigen Sachbearbeiter für das Anstaltswesen, Ministerialdirigent Dr. Herbert Linden, fiel die Aufgabe zu, in Württemberg den Standort der ersten Tötungsanstalt festzulegen. Württemberg und danach Brandenburg waren als erste regionale Standorte vorgesehen worden.

Sucht man nach Gründen für den zeitlichen und geographischen Beginn der »Euthanasie«-Aktion, so scheint es einen engen Zusammenhang mit den Kriegs- bzw. Feldzugsplanungen gegeben zu haben. Von der Wehrmacht wurde für den Fall der Mobilmachung und des Krieges eine gravierende Unterversorgung mit Lazarettraum beklagt. Durch die »Aktion T4« wurde dann auch die Umwandlung von Heil- und Pflegeanstalten zu Reserve- und Wehrmachtslazaretten betrieben. Allein in Württemberg wurden, wie der »Bericht über die Planungsfahrt Württemberg« vom 25. November 1942 bilanziert, 4225 Betten aus Heil- und Pflegeanstalten »anderen Zwecken zur Verfügung gestellt«.⁷

Noch im Oktober 1939 suchte Dr. Linden vom Reichsinnenministerium persönlich den Leiter des württembergischen Gesundheitsdienstes im Innenministerium (Geschäftsteil X), Dr. Eugen Stähle, auf.⁸ Lindens Erscheinen war Stähle von Reichsstatthalter Murr angekündigt worden.⁹ Die Kriterien, die Linden für die Errich-

tung eines geeigneten Tötungsortes vorbrachte, waren:

1. eine kleine Anstalt mit etwa 40–50 Betten,
2. eine abseitige Lage und
3. eine für die Umgebung leicht absperrbare und zu bewachende Anstalt.¹⁰

Stähle will zuerst an eine staatliche Anstalt gedacht haben, kam jedoch – nach eigenen Aussagen im Grafeneck-Prozeß 1947, in dem er wegen Mordes angeklagt war – aufgrund der »Unklarheit über die Unterordnungsverhältnisse« und um eine »Verquickung der staatlichen Anstalten mit der Euthanasie« zu vermeiden, von diesem Plan ab.¹¹ Im weiteren Verlauf seiner Aussage rückte er persönliche Motive Lindens in den Vordergrund, welche dazu geführt hätten, Württemberg als ersten regionalen Standort für eine Vernichtungsanstalt im Rahmen der »Aktion T4« auszuwählen: »Linden kam bei seinem Besuch auf die demnächst durchzuführende Euthanasie zu sprechen und erklärte zu nächst, ich hätte nicht die geringste Verantwortung zu tragen, es würde alles von Berlin angeordnet und durchgeführt, ich müsse die Auslieferungsanordnung an die einzelnen Anstalten herausgeben. [...] In Württemberg ist deswegen zu nächst eine Euthanasieanstalt eingerichtet worden, weil Dr. Linden, der soviel ich weiß, aus Pforzheim stammt, in Heidelberg Arzt war, seinen Gau in den Vordergrund stellen wollte, in Baden aber wegen der Frontnähe keine Möglichkeit zur Errichtung einer Anstalt war. Er griff deswegen zum benachbarten Württemberg, um so Baden auch als erstes Land einbeziehen zu können.«¹²

Stähle schlug das Schloß Grafeneck vor, das sich als »Krüppelheim« seit dem Jahr 1929 im Besitz der Samariterstiftung Stuttgart befand. Der Vertreter und Adjutant Stähles, Dr. Otto Mauthe, Sachbearbeiter für das Irrenwesen im Stuttgarter Innenministerium, hatte bereits am 24. Mai 1939 zusammen mit Oberregierungsrat

Karl Mailänder, der gleichzeitig Leiter des Württembergischen Landesfürsorgeverbandes und Vorsitzender der Zentralleitung für Anstalts- und Stiftungswesen war, Grafeneck bei Münsingen auf der Schwäbischen Alb visitiert und eingehend begutachtet.¹³ Seine Eindrücke hatte Mauthe in einem Bericht an den Württembergischen Innenminister vom 31. Mai 1939 »Betreff: Besichtigung des Krüppelheims der Samariterstiftung« niedergelegt.¹⁴ Wohl aufgrund dieses Berichtes, der Stähle zweifellos vorgelegen hatte, fiel dessen Wahl auf Grafeneck, da es den vorgegebenen Anforderungen in nahezu idealer Weise entsprach.

Das Samariterstift Grafeneck lag abgeschieden auf einer langgestreckten Anhöhe der Schwäbischen Alb, ungefähr 6 km von der Ortschaft Münsingen entfernt. Abseits der Straße nach Reutlingen gelegen, diente es einst als Jagd- und Sommerschloß der Herzöge von Württemberg. Die endgültige Entscheidung für Grafeneck fiel, nachdem eine Delegation, der neben Stähle und Linden auch Viktor Brack, der Chef des Hauptamtes II der Kanzlei des Führers, und als Stellvertreter Philipp Bouhlers, beide mit der Durchführung der »Euthanasie«-Aktion beauftragt, zwischen dem 6. und dem 8. Oktober 1939 die Anstalt einer nochmaligen Besichtigung unterzogen hatten.¹⁵ Am 12. Oktober wurde dann die sofortige Beschlagnahmung durch einen Erlaß des Württembergischen Innenministeriums aufgrund des Reichsleistungsgesetzes vom 1. September 1939 »für Zwecke des Reiches« angeordnet. Damit verbunden war die Auflage an die Samariterstiftung und an ihren Vorsitzenden, den Stuttgarter Stadtpfarrer Nathanael Fischer, die Anstalt bis zum 14. Oktober

1939 zu räumen.¹⁶ Die 110 Pflinglinge wurden in das oberschwäbische Kloster Reute bei Bad Waldsee verlegt. Drei Monate später war Grafeneck zur ersten Tötungsanstalt geworden – eine Anlage, die »zum Vorbild für alle späteren Vernichtungsanstalten« wurde.¹⁷ Im nun beginnenden offiziellen Schriftwechsel wurde Grafeneck als Reichs-, bzw. Landespflegeanstalt bezeichnet.

Der erste ärztliche Leiter, Dr. Horst Schumann, bei dem zunächst die Gesamtverantwortung für die reibungslose Durchführung des Massenmordes lag, leitete persönlich den ersten Transport von 25 männlichen Patienten nach Grafeneck. Dieser Transport verließ die Anstalt Eglfing-Haar bei München am 18. Januar 1940.¹⁸ Die erste württembergische Anstalt aus der Patienten nach Grafeneck »verlegt« wurden, war die staatliche Heilanstalt Weinsberg. Dies geschah ebenfalls noch im Januar 1940.¹⁹ Im Wochenbericht der Anstalt vom 29. Januar 1940 an das Württembergischen Innenministerium heißt es über den Abtransport vom 26. Januar lapidar: »Außerdem wurden 48 Pat. (w.) von der Gemeinnützigen Krankentransport G.m.b.H. abgeholt.« Insgesamt fielen der »Aktion T4« in Grafeneck zwischen Januar und Dezember 1940 über 10500 Anstaltspatienten hauptsächlich aus Württemberg und Baden, aber auch aus bayerischen Anstalten, zum Opfer.²⁰ Die Statistik allein für Württemberg / Hohenzollern weist über 20 Orte auf, in denen Einrichtungen und Anstalten in die »Aktion T4« einbezogen wurden, d.h., aus denen Anstaltspatienten nach Grafeneck gebracht und dort ermordet wurden.²¹ Im einzelnen waren dies, aufgelistet nach Anstaltskategorien:

¹³ Kreis Münsingen, heute Kreis Reutlingen.

¹⁴ *Akten des Württembergischen Innenministeriums*, Abt. Gesundheitswesen, X 3675; vgl. W. C. Schneider, Die Chronik der Stadt Stuttgart 1939–1945 und die »Ausscheidung Minderwertiger«, in: Demokratie und Arbeitergeschichte, Jahrbuch 4/5 (1985), hrsg. von der Franz Mehring Gesellschaft Stuttgart, S. 277.

¹⁵ Vgl. E. Klee (s. A 3), S. 90. Die Delegation hatte neben Schloß Grafeneck auch noch das Schloß Ehrenfels im Gr. Lautertal und die Heilanstalt Zwiefalten besucht.

¹⁶ Brief des Württembergischen Innenministers, X 4147 (s. A 14), vom 12. Oktober 1939 an den Landrat von Münsingen.

¹⁷ Vgl. H. W. Schmuhl (s. A 1), S. 195.

¹⁸ Vgl. B. Richarz, Heilen, Pflegen, Töten. Zur Alltagsgeschichte einer Heil- und Pflegeanstalt bis zum Ende des Nationalsozialismus, Göttingen 1987, S. 145f.

¹⁹ Hauptstaatsarchiv Stuttgart E 151, K II, Bü. 520.

²⁰ *StASig* Wü 29/3, Nr. 1756, Aktenbd. 23.

²¹ Ebda.

⁷ *Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg* H. 20, 463; vgl. W. Petter, Zur nationalsozialistischen »Euthanasie«: Ansatz und Entgrenzung, in: W. Michalka, Der Zweite Weltkrieg. Analysen – Grundzüge – Forschungsbilanz, München 1989, S. 818f.; W. Wuttke, Medizin, Ärzte, Gesundheitspolitik, in: O. Borst, Das Dritte Reich in Baden und Württemberg, Stuttgart 1988, S. 231ff.

⁸ *Staatsarchiv Sigmaringen (StASig)* Wü 29/3, Nr. 1755, Aktenbd. 12: Aussage Dr. E. Stähle, 6. Oktober 1947.

⁹ Vgl. ebda.; Murr war als Reichsverteidigungskommissar dem Württembergischen Innenminister übergeordnet. Gleichzeitig war Stähle selbst leitender Medizinalbeamter beim Reichsverteidigungskommissar Württemberg. Alle Verlegungen nach Grafeneck im Jahre 1940 wurden von Stähle auf Anordnung des Reichsverteidigungskommissars befohlen.

¹⁰ *StASig* Wü 29/3, Nr. 1755, Aktenbd. 12; H. Faulstich (s. A 3), S. 218 nennt noch als weiteres Kriterium die Aufstellungsmöglichkeit von Baracken.

¹¹ *StASig* Wü 29/3, Nr. 1755, Aktenbd. 12.

¹² Ebda.

1. *Staatliche Heil- und Pflegeanstalten:*
Schussenried (317 Patienten), Sigmaringen (71), Weinsberg (422), Weissenau (558), Winnenden (356), Zwiefalten (352)
2. *Privatheilanstalten:*
Kennenburg / Esslingen (7), Christophsbad / Göppingen (144), Rottenmünster (178)
3. *Landesfürsorgeanstalten:*
Markgröningen (120), Rabenhof / Ellwangen (30), Rappertshofen / Reutlingen (72), Riedhof / Ulm (55)
4. *Konfessionelle Anstalten:*
 - a) *Evangelische Innere Mission:*
Marienberg / Reutlingen (60), Pfingstweide / Tettang (24), G.-Weisser-Haus / Schwäbisch Hall (87), Stetten / Remstal (324)
 - b) *Katholische Caritas:*
Heggbach / Biberach R. (173), Ingerkingen (72), Liebenau (463), Rosenharz / Ravensburg 26)

Aus diesen württembergischen Anstalten wurden über 3900 Anstaltspatienten, die aus unzähligen Orten Süddeutschlands stammten, in Grafeneck getötet. Die Erlasse, die die Verlegungen nach Grafeneck zunächst ankündigten und dann anordneten, gingen aus dem Stuttgarter Innenministerium, unterzeichnet von Dr. Stähle, direkt an die staatlichen und privaten Anstalten. Als Zuträger für das Innenministerium fungierten der Württembergische Landesfürsorgeverband und die Zentralleitung für das Anstalts- und Stiftungswesen in Stuttgart, denen die Landesfürsorgeanstalten und die konfessionellen Anstalten unterstanden. Geleitet wurden beide Organisationen, sowohl der Landeswohlfahrtsverband, als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, dessen Mitglieder die Stadt- und Landkreise waren, als auch die Zentralleitung, die im Auftrag des Innenministers die Aufsicht über die Anstalten der freien Wohlfahrtspflege ausübte, von Regierungsdirektor Karl Mailänder.²²

Zwölf Monate nach Beginn der »Euthanasie«-Aktion in Württemberg wurde Grafeneck noch vor Jahresende 1940 vermutlich auf die In-

tervention Himmlers hin, stillgelegt. Ursächlich hierfür war der nachhaltige Unwillen weiter Teile der Bevölkerung sowie der Protest aus kirchlichen Kreisen.²³ Zur Entscheidung, Grafeneck zu schließen und das Tötungspersonal ins hessische Hadamar zu transferieren, hat sicher auch die weitgehende Erschöpfung des Grafenecker Einzugsgebietes und damit das Erreichen eines von vorneherein festgelegten »Plansolls« beigetragen. Die Gesamt-»Aktion T4« wurde erst acht Monate später, im August 1941, auf mündlichen Befehl Hitlers hin eingestellt.

²² Staatsarchiv Ludwigsburg E 191, Bü 686 und Bü. 6896.

²³ Vgl. Brief Himmlers an Viktor Brack v. 19. 12. 1940, zit. nach E. Klee (s. A 3), S. 291.

Roland Müller

»Lokalgeschichte in Deutschland – eine Mühe, die sich lohnt«?

Überblicksdarstellungen zur NS-Zeit

DETLEV DRESSLER / HANS GALEN / CHRISTOPH SPIEKER, *Greven 1918–1950. Republik, NS-Diktatur und ihre Folgen*, 2 Bde., Stadt Greven: 1991, 850 S., DM 79,-.

HANS-HEINRICH EBELING / HANS-REINHARD FRICKE, *Duderstadt 1929–1949. Untersuchungen zur Stadtgeschichte des Dritten Reichs. Vom Ende der Weimarer Republik bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland (Beiträge zur Geschichte der Stadt Duderstadt, Bd. 2)*, Duderstadt: Mecke 1992, 536 S., DM 29,80.

RITA A. HERRMANN / GERHARD NUNNER (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus in Bamberg. Textsammlung mit Beiträgen von den Mitgliedern der Geschichtswerkstatt Impuls e.V. in Kooperation mit Regenbogen, Bamberg: Bayer. Stiftungsverein für Leben und Umwelt e.V. 1992, 52 S.*

HARTMUT LOHMANN, »Hier war doch alles nicht so schlimm«. *Der Landkreis Stade in der Zeit des Nationalsozialismus (Beiträge des Landkreises Stade zu regionalen Themen, 8)*, Stade: 1991, 485 S., DM 28,50.

BJÖRN MENSING / FRIEDRICH PRINZ, *Irrlicht im leuchtenden München? Der Nationalsozialismus in der »Hauptstadt der Bewegung«, Regensburg: Pustet 1991, 205 S., DM 29,80.*

BERND SALZMANN / WILFRIED VOIGT, »Keiner will es gewesen sein«. *Dörrnigheim im Nationalsozialismus. Maintal: Magistrat der Stadt 1991, Abb., 211 S., DM 39,-.*

WALTER STRUVE, *Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918–1945*, Essen: Klartext 1992, 500 S., DM 44,-.

Nachdem sich Lokal- und Regionalgeschichte im vergangenen Jahrzehnt einen festen Platz gerade bei der Erforschung der NS-Zeit gesichert zu haben schien, erheben sich zunehmend kritische Stimmen. So meint etwa Klaus Mlynek, selbst Autor von Lokalstudien, daß »nach der grundlegenden Arbeit von Matzerath (...) größere Überraschungen kaum noch zu erwarten« und Zweifel am Wert solcher Unternehmungen angebracht sind.¹ Nun ist zwar die wegweisende Monographie Matzeraths, der die kommunale Selbstverwaltung aus Sicht der Makroebene analysiert, kein Beispiel, das gegen Lokalstudien ausgespielt werden kann, dennoch drückt Mlynek ein Unbehagen aus, das zahlreiche unbefriedigende Arbeiten aus Anlaß der Gedenkjahre im vorausgegangenen Jahrzehnt, vor allem aber die kritischen Äußerungen der Sozialhistoriker befördert haben. Auch auf dem Buchmarkt hat NS-(Lokal-)Geschichte derzeit, aus welchen Gründen immer, keine Konjunktur.

Um so mehr verwundert, daß die Zahl der einschlägigen Veröffentlichungen nicht ab-, sondern zunimmt. Produktion und Rezeption stehen in einem Mißverhältnis. Allenthalben erscheinen mehr oder minder umfangreiche Lokalstudien zur NS-Geschichte. Aber während in den sechziger und siebziger Jahren gegen zum Teil erhebliche Widerstände überwiegend Pio-

¹ K. Mlynek, Rezension R. Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, in: Archivar 43 (1990), Sp. 289; vgl. H. Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970.

nierarbeit geleistet wurde, treten heute kommunale Gebietskörperschaften selbst als Herausgeber oder in Person von Stadthistorikern als Autoren auf: Ortsgeschichte als »Ergebnis einer politischen Willensbildung« von oben.² Auch die hier zu betrachtenden Studien über Dörnigheim und Duderstadt, über Greven und den Landkreis Stade sind Manifeste dieser politischen Willensäußerung. Grundsätzlich ist dieses Engagement zu begrüßen. Dennoch ist an ein Wort von Eberhard Jäckel anlässlich Stuttgarter Querelen zu erinnern: »Die Stadtverwaltung mag die Stadtgeschichte fördern und unterstützen. Schreiben müssen sie die Bürger.«³

Allen Bekenntnissen zum Trotz ist die Erforschung der lokalen und regionalen NS-Geschichte alles andere als eine Selbstverständlichkeit und weit entfernt von einer wohl verstandenen Historisierung im Sinne Martin Brozats. Entsprechende Aufwendungen und Aktivitäten werden nach wie vor von besonderen Rechtfertigungen begleitet. So versichern Landrat wie Oberstadtdirektor im Geleitwort der »Geschichte des Landkreises Stade in der NS-Zeit«, die Herausgeber hätten »keinerlei inhaltliche Zensur« ausgeübt. Bedarf es tatsächlich dieses Bekenntnisses? Versteht sich dies nicht von selbst? Hat man derlei in einer Spital- oder Häusergeschichte jemals gelesen? Doch sollten die Werke hier nicht an Klappentexten und Vorworten gemessen werden, zumal sie dort in der Regel nicht die Auffassungen der Autoren wiedergeben. Angesichts der inhaltlichen und methodischen Unterschiede der vorliegenden Lokal- und Regionalstudien ist vielmehr zu fragen: Werden die Autoren ihren eigenen Ansprüchen gerecht, was tragen die verschiedenen Ansätze zur Lokal- und Regionalgeschichtsschreibung allgemein bei?

Wo ist derzeit der Platz einer Überblicksdarstellung, insbesondere über die NS-Zeit? Johann

Paul hat 1992 in dieser Zeitschrift von einem »wichtigen Baustein zur Rekonstruktion der NS-Zeit in einer Gemeinde« und einer Basis für regionale und sektorale Spezialuntersuchungen gesprochen.⁴ In der Tat besitzt eine Überblicksdarstellung – der Terminus »Gesamt« führt in die Irre – mehrere Funktionen: Sie soll (nach dem Willen kommunaler Herausgeber womöglich ausschließlich) Chronik, Nachschlagewerk und Gedenkbuch sein, während für Autoren, die sich wissenschaftlichen Fragestellungen verpflichtet fühlen, die Rekonstruktion nur ein erster Schritt ist. Wer es allen recht machen will, läuft Gefahr, Fragestellungen aus den Augen zu verlieren und eine bloße Kompilation abzuliefern.⁵

Lokalgeschichte und Spezialstudie schließen sich nicht aus. Im Gegenteil konstituiert die Untersuchung der Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen dem lokal Besonderen und dem Typischen der allgemeinen Entwicklung erst eine adäquate Lokal- und Regionalgeschichte. Ein Problem, das Ruck in einer Kritik an Schnabels These von der württembergischen Sonderentwicklung angesprochen hat, darf aber nicht übersehen werden: Versteht man das Typische als feste Größe, so setzt dies »eine uniforme ›Normalität‹ im Reichsmaßstab voraus, die es weder gegeben hat noch geben konnte. Denn gerade die aus der polykratischen Herrschaftsstruktur des ›Dritten Reiches‹ resultierende Vieltätigkeit war das konstitutive, dynamische Element der nationalsozialistischen Herrschafpraxis.«⁶ Zur Untersuchung der Wechselwirkung von Lokalem und Allgemeinem gehört die Frage nach Prozessen der Entscheidungsfindungen und ihrer Durchführung: Auf welcher Ebene werden Entscheidungen getroffen? Durch

⁴ J. Paul, Wie überall im Reich war auch in...? Ein Vergleich stadthistorischer Darstellungen zur NS-Zeit, in: Die alte Stadt 19 (1992), S. 84.

⁵ Zurecht weist Paul darauf hin, daß die Lokalgeschichtsschreibung zum »Packesel« der NS-Forschung zu werden droht. Er mahnt deshalb eine Beschränkung »auf das Mögliche« an; vgl. ebda.

⁶ M. Ruck, Der deutsche Südwesten in den Jahren 1933 bis 1945. Lokal- und Regionalstudien zur nationalsozialistischen Herrschaft, in: Das Parlament Nr. 16–17 v. 14./21. 3. 1989.

welche Machtträger? Wer sorgt in welchem Kontext für die Umsetzung? Darüber hinaus sind die spezifischen Milieubedingungen zu eruieren und ihr Einfluß auf Handeln, Verhalten und Wahrnehmen. Daß schließlich ein solcher Ansatz den Vergleich mit anderen Orten und Regionen voraussetzt, muß nicht eigens betont werden. Zum Verhältnis von Lokalem und Überörtlichem, von Rekonstruktion und Spezialstudie hat Walter Struve paradigmatisch formuliert: »Im Unterschied zu einigen anderen Historikern vertritt der Verfasser die Meinung, daß die Lokalgeschichte um ihrer selbst willen geschrieben zu werden verdient und nicht einfach zur Klärung von Problemen in anderen Zusammenhängen. Lokalgeschichte kann jedoch nur dann wissenschaftlich bedeutsam und wirksam sein, wenn sie mit Forschungsarbeiten über andere Gemeinden wie auch über nationale Zusammenhänge in einem Verhältnis gegenseitiger Anregung steht« (Struve, S. 22).

Der Versuch, sämtliche lokalgeschichtlichen Beiträge, auch die zufällig auf den Schreibtisch des Rezensenten gelangten Bände allein an wissenschaftlichen Postulaten zu messen, ist müßig. Manche Autoren verweigern sich einem solchen Anspruch, wollen nicht »wissenschaftlich bedeutsam und wirksam« sein. Der Historiker wird solch »unkoordinierte« Bestrebungen kritisieren. So auch Struve: »Der größte Mangel der neuen Lokalgeschichte rührt daher, daß die Lokalgeschichte nicht auf allgemeine Fragestellungen zur historischen Interpretation und zur Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands im besonderen bezogen wird. Die meisten Lokalhistoriker entwickeln ihre Forschungsarbeiten nicht als Beitrag zur laufenden wissenschaftlichen Debatte über Grundsatzfragen«. Auch kann die lokale Rekonstruktion nicht auf Fragestellungen und methodische Anforderungen verzichten. Immerhin kommen der lokalen Spurensuche durchaus Verdienste zu. Während die traditionelle Heimat- und Landesgeschichte thematisch im Getto des Alten Reiches und methodisch im Positivismus verharrete, bildete die lokal- und regionalhistorische Spurensuche in den 60er und 70er Jahren den Ausgangspunkt für weiterführende Studien.

Die Zeit der Spurensuche ist nicht vorbei. Dies zeigt die von Rita Herrmann mitherausgegebene Broschüre einer Bamberger Geschichtswerkstatt. Sie stellt mit Bezug auf Lindquists berühmtes Motto »Grabe, wo du stehst« Alltag und Erfahrungen der kleinen Leute in den Mittelpunkt. Diesem Thema sind besonders drei Interviews gewidmet, deren Auswahl nicht begründet wird und die nicht lebensgeschichtlich angelegt sind. Stattdessen wird nach Fakten und Personen gefragt. Im ersten Teil sammeln die Autoren Daten und Dokumente zur Machtergreifung, Stimmungsbilder zu den Arbeitsverhältnissen sowie der Lage der Zwangsarbeiter. Die einzelnen Abschnitte können nicht eigentlich als Beiträge zu einer Bamberger Alltagsgeschichte der NS-Zeit apostrophiert werden. Es bleibt bei einer unzureichenden Aneinanderreihung verschiedener Quellen; das Verhältnis von lokalen Fakten und Entwicklungen zu der allgemeinen Geschichte bleibt ebenso unverbindlich wie die Gestaltung der Interviews (»Wie war das damals mit den Lehrern?« oder: »War das mit den Konzentrationslagern eigentlich bekannt?«). Daß heute noch der Spurensuche von Geschichtswerkstätten im lokalen Diskurs eine wichtige Funktion, nicht zuletzt bei der Historisierung lokaler Mythen zukommen kann, ist unbestritten; vielfältige Widerstände belegen dies. Die vorliegende Broschüre indes wird diese Wirkung kaum entfalten können.⁷

Im Unterschied zur Bamberger Geschichtswerkstatt konnte die Stadt Maintal eine großzügig aufgemachte Geschichte des »roten Dörnigheim« in der Zeit des Nationalsozialismus herausgeben; Form und Stil sind durchaus verkaufsfördernd. Die Autoren Bernd Salzmann und Wilfried Voigt, deren jeweilige Anteile nicht bezeichnet sind, können und wollen ihre journalistische Herkunft nicht verbergen. Sie verzich-

⁷ Die Geschichtswerkstatt hat ihre Broschüre auf Recycling-Papier publiziert. Den Autoren steht es frei, das Ergebnis ihrer Forschungen dem baldigen Verfall preiszugeben. Doch sollten Historiker erkennen, daß durch die Verwendung von kurzfristig haltbaren, nicht archivfähigen Trägermedien (Recycling-Papier, Bänder, Disketten) derzeit ein gigantischer Quellenverlust droht.

ten auf Belege und nennen lediglich summarisch die benutzten Archive und Sammlungen. In ihrer flotten Sprache unterlaufen ihnen mehrfach unzureichende, teils bedenkliche Formulierungen. Nur ein Beispiel: Die deutsche Wachmannschaft des Arbeitskommandos achtete »peinlich genau darauf, daß keiner der Ausländer nach Feierabend aus der Sammelunterkunft ausbüxte« (186). Inhaltlich orientieren sich die Autoren an Einzelschicksalen, die die »alltägliche Geschichte unserer Gemeinde« (Vorwort) in vielen Facetten erfassen. Die ausführlich zitierten Dokumente und gut recherchierten Einzelfälle erhellen insbesondere die Ausschaltung der politischen Gegner sowie die Aktionen des politischen Widerstands, Karriereverläufe von Nationalsozialisten, die Vertreibung und Auslöschung der beiden jüdischen Familien sowie die Unterdrückung und Ausbeutung der Zwangsarbeiter in der örtlichen Wäscherei, deren Erfolgsgeschichte in der Nachkriegszeit nicht fehlt. Lokale und allgemeine Entwicklung hingegen werden nicht in Beziehung gesetzt, weiterführende Fragestellungen und Verbindungslinien zur Region und zur NS-Geschichte nicht gezogen. Soweit auf überörtliche Entwicklungen marginal eingegangen wird, werden Fehler bzw. ein überholter Forschungsstand deutlich. Mehrfach ist von der Ermordung jüdischer Dörnigheimer in »Konzentrationslagern« (statt in Vernichtungslagern) die Rede (S. 161 ff.); die Aktion T4 begann nicht Anfang 1941, dauerte nicht nur bis August 1941 und wurde auch nicht in erster Linie wegen des Protests der beiden großen christlichen Kirchen eingestellt (S. 181) u. a. m. Die Geschichte dieser 2500 Einwohner zählenden Gemeinde bei Hanau ist durchaus ein Exempel für eine erzählende Lokalgeschichte nach dem Motto »Hier war es wie überall«, wobei das angeblich Typische durch örtliche Beispiele veranschaulicht wird. Eine Konsequenz dieses Ansatzes ist die Vermittlung eines stark monokratisch-totalitären Bildes vom NS-Regime.

Die Geschichte Dörnigheims trägt den Untertitel »Keiner will es gewesen sein«. Ganz ähnlich der Titel des Bandes über den Landkreis Stade in der NS-Zeit: »Hier war doch alles nicht so schlimm«, was durch die Studie widerlegt wer-

den soll. Autor Hartmut Lohmann formuliert jedoch einen weitergehenden Anspruch, indem er einleitend auf die speziellen Motivationen zur Untersuchung des Gegenstandes verweist: Die überdurchschnittlichen Wahlergebnisse für die NSDAP vor 1933 – damit verbindet sich die Frage nach der sozialen Basis und den Gründen für den Aufstieg der Nationalsozialisten, die sozio-ökonomisch und mental sehr unterschiedlich strukturierten Verhältnisse in den drei Altkreisen (Stade, Kehdingen, Jork) der 1932 geschaffenen Gebietskörperschaft – sie bieten günstige Möglichkeiten des regionalen Vergleichs. Die Untersuchung des Handlungsspielraums der Menschen zwischen »konkreter Hilfeleistung für Verfolgte bis zur Denunziation« (S. 7) reicht in aktuelle Fragen der NS-Historiographie, insbesondere der Sozialgeschichte der Verfolgung.⁸

Lohmann behandelt die klassischen Themen einer Überblicksdarstellung zur NS-Zeit: die Auflösung der Weimarer Republik, die gleichgeschaltete Gesellschaft, die Kirche zwischen Anpassung und Widerstand, das Schicksal der Juden sowie die Lebensverhältnisse im Krieg. Ein umfangreicher Anhang enthält 145 Kurzbiographien (vier ausführliche Biographien bilden einen Exkurs), Statistiken zur demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die Wahlergebnisse 1928–1932 sowie einen ausführlichen Apparat. Insbesondere die Kurzbiographien verleihen der Arbeit den Rang eines regionalen Nachschlagewerkes. Auch das Kapitel über das Schicksal der Juden bildet gleichsam ein kurzgefaßtes Gedenkbuch mit Kurzbiographien der Opfer.

Die Gründe für den Aufstieg der NSDAP sieht Lohmann überwiegend in der allgemeinen Entwicklung. Er weist aber auch auf die desolante wirtschaftliche Lage der Landwirte hin, deren konservative Standorganisation (Landbund) direkt beeinflusst war durch die schleswig-holsteinische Landvolkbewegung. Daß den Machthabern nach 1933 an einem »möglichst reibungslosen Funktionieren« (des Systems) gelegen war, entspricht einem verbreiteten Befund. Hingegen

⁸ Vgl. R. Gellately, *The Gestapo and German Society. Enforcing Racial Policy 1933–1945*, Oxford 1990.

widerspricht die Feststellung, daß die Ortsgruppenleiter, »im dörflichen Alltag eingebunden« (S. 135 f.) nicht selbstherrlich agierten, der These von den »kleinen Hitlern«; leider fehlen Belege. Die Formierung der Gesellschaft und der Wirtschaft wird nahezu ausschließlich auf die Gleichschaltung von Organisationen bezogen. Der braune Alltag erscheint typisch, nicht regional spezifisch, ausgenommen die Geschichte der Kirche zwischen Anpassung und Widerstand. Das Thema Verfolgung und Widerstand erfährt durch instruktive Einzelfälle eine angemessene Darstellung. Entstanden ist eine dichte, gut lesbare Studie, die ihrem didaktischen Anspruch vollauf gerecht wird (wenngleich die moralisierenden Töne eher stören). Lohmann verleiht der allgemeinen Entwicklung, die ihm bestens vertraut ist, sowie den lokalen Protagonisten deutliche Konturen. So gelangt er implizit – wie der Untertitel nahelegt – zum Ergebnis, daß in Stade die Geschichte »so schlimm« war: wie überall. Allerdings kommen dabei die regionalen Besonderheiten wie auch der Vergleich zwischen den drei Altkreisen etwas zu kurz. Die Hervorhebung der allgemeinen Geschichte birgt generell die Gefahr, im Interesse einer geschlossenen Überblicksdarstellung Fakten der allgemeinen Geschichte zu substituieren.⁹

Während Lohmann lediglich durch seine Kurzbiographien die Zäsur 1945 überschreitet, reicht das Werk von Detlev Dreßler u. a. über Greven von 1918 bis 1950. Ausgangspunkt der zweibändigen, fast 900seitigen Arbeit ist die Rekonstruktion der Ereignisse in der münsterländer Amtsgemeinde: »Nahezu alles, was hier erforscht wurde, war bislang unbekannt« (I, S. 13). Um es vorwegzunehmen: Der Drang zu chronikalischer Vollständigkeit wirkt sich insgesamt nicht positiv aus; weniger wäre mehr gewesen. Durch Verzicht auf ausführliche Abhandlungen zur allgemeinen Geschichte samt Gesetzen und Verordnungen hätte die Darstellung gestrafft werden können. So bleibt die Arbeit trotz günstiger Quellenlage und immensen Fleißes von wenigen Abschnitten (v. a. zur Kirchenlage)

⁹ Vgl. Kritik J. Siegfried an der Studie über Aurich (s. A 2), S. 353.

eigentümlich spröde. Positiv ist zu vermerken, daß die Autoren sowohl in einem umfangreichen Anhang als auch im Text eine Fülle von empirischem Material aufbereiten und sich um Quantifizierung bemühen, eine gute und notwendige Voraussetzung für den Vergleich.

Der Herausgeber nennt im Vorwort »den Nationalsozialismus« eine Ersatzreligion und Heilslehre, vergleichbar mit Wiedertäufern und »gläubige(n) Marxisten, Leninisten«. Doch das katholische Münsterland blieb bis auf »Opportunisten, Mitläufer und solche in nicht unbeträchtlicher Zahl (...), die unter dem Zwang der Anpassung standen«, immun (I, S. 14). Dagegen steht jedoch die Erkenntnis, daß die Verfolgung bzw. Mißhandlung von politisch Andersdenkenden und von rassistisch Mißliebigen »auch in Greven gewütet« hat, »und zwar in einem Maß, wie man es vor Beginn der Forschungen nicht ahnte«. Die Untersuchung selbst widerlegt Pauschalurteile und Polemiken (v. a. Schlußwort). Mit solcher Relativierung und Aufrechnung betrügt man sich um die Einsichten, die gerade derlei Unternehmungen erbringen.

Ausführlich beschäftigen sich die drei Autoren mit der Entwicklung Grevens seit dem 19. Jahrhundert. Das katholische Milieu verlor durch die gesellschaftlichen Veränderungen – Mobilität, Modernisierung von Textilindustrie und Infrastruktur – seine unangefochtene Dominanz, und in der Krise zeigten sich die Grenzen der Integrationsfähigkeit, wobei die unterschiedliche Sozialstruktur in den Dörfern des Amtes verschiedene Entwicklungen zeitigte. Die SPD, deren Protagonisten im 19. Jh. von außen gekommen waren, waren nicht katholisch, und die KPD blieb Splitterpartei. Vor 1933 spielte die NSDAP keine Rolle, war aber andererseits neben der KPD die aktivste politische Gruppierung. Die »Machteroberung« (I, S. 167) gelang nur durch die äußeren Umstände.

Zentrales, für Greven spezifisches Thema ist das Verhältnis von Kirche und NS-Herrschaft »zwischen den Polen Mitarbeit und Widerstand« (I, S. 319), wobei eine Differenzierung von (örtlicher) Amtskirche und Mitgliedern interessant gewesen wäre. Die Autoren gelangen zu der Auffassung, daß das Kirchenvolk »seinen

Gemeinden treu« blieb und die Nationalsozialisten die »Grundstrukturen der Grevenener Gesellschaft« nicht zu ändern vermochten (I, S. 361). Andererseits war die Kirche auf den eigenen Raum beschränkt, wie anschaulich an einem Besuch Kardinals von Galen, dessen Haltung differenziert wird, demonstriert werden kann. Auch die Einführung der Konfessionsschule und die Errichtung von NSV-Kindergärten verlief nach dem üblichen Muster von vergeblichem Protest und autoritärer Durchsetzung. Die Darstellung von Widerstand, Verfolgung und Vernichtung ist durch ausführliche allgemeine Ausführungen belastet. Trotz offenbar guter Quellenlage und trotz der bedrückenden Einzelfälle von Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen gegenüber politisch Andersdenkenden sowie gegenüber Fremdarbeitern wurden die Chancen einer Sozialgeschichte von Verfolgung und Widerstand zu wenig genutzt. Allzu umfangreich werden »Luftschutz und Luftangriffe« (II, S. 49–106) behandelt, ebenso die militärischen Ereignisse seit Ende 1944. Die Darstellung der Besetzung am 31. März 1945 gerät in die Nähe einer Chronik.

Die lokale Besonderheit in den Nachkriegsjahren bildete das bis 1950 bestehende DP-Lager mit bis zu 10000 Personen, für die seit April 1945 rund 500 Häuser geräumt wurden. Dieses Lager zeitigte unter den verschiedenen Gruppen wie auch im Nebeneinander mit den Grevenern eine Fülle von Problemen, die aber offenbar nicht zu Legitimationsproblemen führten. Die Nationalsozialisten konnten, so das Fazit, die Lebenswelt nur überdecken, aber »die alten, gewachsenen sozialen, kulturellen, religiösen und wirtschaftlichen Grundstrukturen nicht überformen« (II, S. 253). Interessant wäre, ob und inwieweit nach 1945 diese »Überdeckung« verschwand und die alten Verhältnisse restituiert wurden oder ob die Veränderungen blieben oder gar neue Lebensformen entstanden. Der Herausgeber läßt dies mit einer vagen Formulierung offen: »Der Bann war gebrochen, der über den Deutschen gelegen hatte«! (ebda.).

Walter Struve, Geschichtsprofessor in New York, legt unter dem Titel »Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer indu-

striellen Kleinstadt« die Geschichte von Osterode im Harz 1918 bis 1945 vor. Struve bietet eine spannende Lokalgeschichte: Er rekonstruiert die Ereignisse und Verläufe vor Ort, die er in regionale und nationale Zusammenhänge und Vergleiche sowie laufende Forschungsdebatten einordnet. Ihm gelingt trotz der Einbeziehung von Forschungsfragen eine gut lesbare Darstellung, wenngleich die Übersetzung Schwächen aufweist. Struve argumentiert von einem deutlich neomarxistischen Standpunkt aus. Zwar warnt er selbst gelegentlich vor allzu raschen Schlußfolgerungen. Während aber häufig genug die Vernachlässigung der Lokalgeschichte zu bemängeln ist, überinterpretiert Struve wiederholt seine lokalen Quellen mit Blick auf die einleitend genannten Erkenntnisinteressen: die »Macht des zentralisierenden bürokratischen Staates«, die Rolle des nationalen Bürgertums und die Alltagsgeschichte. Wie reagieren die Menschen auf Veränderungen in einer Ära rascher politischer und wirtschaftlicher Transformation? (S. 17).

Struve betont die Bedeutung der Polarisierung zwischen dem Bürgertum und der gleich starken »Arbeiterklasse« für den Aufstieg der NSDAP in der Industriestadt, die u. a. durch den ungünstigen Eisenbahnverlauf in eine strukturelle Krise geraten war: »Die Gesellschaft polarisierte sich entlang der Klassengrenzen« (S. 125). Immerhin schloß sich schon 1931 eine Reihe honorierter Bürger, Fabrikanten und ein Senator (Dezernent) der Stadtverwaltung der NSDAP an, deren Personal Struve eingehend analysiert. Ende 1932 sieht Struve Osterode »in einer Pattsituation. Die Veränderung mußte von außerhalb kommen« (S. 162ff.). Intensiv setzt sich der Autor mit dem Thema Widerstand, Opposition und Verdrängung auseinander. Ausschaltung und Akzeptanz der Bürger begründet er wohl allzu platt: »Der Schlüssel zur Unterstützung der neuen Regierungsmaßnahmen durch das Bürgertum war (...) der generelle Angriff auf die organisierte Arbeiterklasse« (S. 179f.). Struve wendet sich gegen den »unglücklichen Terminus« Resistenz (S. 202). Statt dessen spricht er im Rekurs auf Mason von Opposition als einem spontanen, nicht grundsätzlich gegen das Re-

gime gerichteten Handeln. Er betont entgegen dem aktuellen Forschungsstand den totalitären Charakter, bewertet im Unterschied etwa zur Broszat-Schule die abwartende Haltung der Sozialdemokraten distanziert und lehnt die Frage nach einer möglichen Anpassung im Arbeitermilieu angesichts der brutalen Zerschlagung der Arbeiterbewegung 1933/34 von vornherein ab.¹⁰ Der »stark proletarische Charakter der Osteroder Zeugen Jehovas« (S. 249) läßt Struve hinterfragen, »ob Widerstand und Verfolgung der Zeugen Jehovas in Beziehung zum Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Nationalsozialisten und zur Zerschlagung autonomer Arbeiterorganisationen durch das Dritte Reich stand« (S. 242). Bei zwölf Personen in der Berufsliste läßt freilich auch der Vergleich nur begrenzte Schlüsse zu; umfangreiche Prozentberechnungen sind sicher übertrieben.¹¹

Es gab laut Struve weder einen Generationskonflikt noch einen wirklichen Elitenwechsel; »die Absetzung des örtlichen Bürgertums als ganze Gruppe« stand nicht zur Diskussion (S. 296). Er betont demgegenüber das Beharrungsvermögen der Vereine und des kirchlichen Milieus. Auch die Gleichschaltung innerhalb der NSDAP seit 1933 führte eher zu einer Anpassung als einer Umwälzung der Elitenverhältnisse. Die Kritik am polykratischen Ansatz, der zu sehr Rivalität statt Verquickung von Staat und Partei betone, widerlegt er durch die Darstellung der vielfältigen strukturellen Konflikte zwischen den jeweiligen Exponenten.

Osterode entwickelte sich durch neue bzw. erweiterte Rüstungsbetriebe und Zulieferer mit teils direkter Unterstützung des Luftfahrtministeriums zu einem Teil der Waffenschmiede im Harz. Im Krieg erlangten die Unternehmer erheblichen Einfluß auf die örtlichen Behörden. Ein Rüstungsbetrieb entwickelte sich von einem

»Umschlagplatz für Fremdarbeiter« (S. 433) zu einem Außenlager von Buchenwald. Im Zusammenhang der unterirdischen V2-Produktion im Lager Dora bei Nordhausen entstanden weitere Lager, in denen sowohl Sklavenarbeiter aus KZs als auch dienstverpflichtete sog. Mischlinge Zwangsarbeit leisteten. Die Gewinner waren die Unternehmer, denen der Staat noch den Repressionsapparat finanzierte: »Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg verloren. Man kann allerdings schwerlich behaupten, daß die deutsche Industrie auch verloren habe« (S. 477).

Struve bilanziert, in der Geschichte Osterodes spiegele sich ein »Großteil der deutschen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus« (S. 512) – vor allem in bezug auf »die Klassendynamik und die Auseinandersetzung zwischen Arbeiter- und lokalem Bürgertum« (514) und hinsichtlich der zentralen Lenkung der wesentlichen lokalen und regionalen Entscheidungsprozesse. Entsprechend gelangt er zu dem Ergebnis, daß das »weitverbreitete Bild der allgegenwärtigen Unterdrückung und Manipulation der Bevölkerung unter einem totalitären Regime« nicht falsch oder verzerrt ist (S. 522). Hier liegt für ihn auch die zentrale Fragestellung bei der Erforschung der NS-Geschichte: »Unterdrückung und Verfolgung waren für die politische und gesellschaftliche Ordnung des nationalsozialistischen Deutschland von umfassender Bedeutung« (S. 524). Hingegen hält er die »bereits abklingende Debatte über das Verhältnis der Nationalsozialisten zur Modernisierung« (S. 527) für irrelevant, da es keine Veränderungen im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß gab und der nationalen Bourgeoisie das »Dritte Reich« als »Vorbereitung für ihre nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Schlagwort »soziale Marktwirtschaft« eingenommene Vormachtstellung diente« (S. 529).

Duderstadt, das Zentrum des Eichsfelds, im übrigen 1944 unter einer gemeinsamen NSDAP-Kreisleitung mit Osterode, hat unter Leitung des Stadtarchivs ein ehrgeiziges Forschungs- und Veröffentlichungsprogramm annonciert. Eine Frucht der bisherigen Bemühungen ist der zweite Band der Beiträge zur Geschichte der Stadt Duderstadt, der den Jahren 1929 bis 1949

¹⁰ Zum Forschungsstand im Zusammenhang der Modernisierungsdebatte N. Frei, Wie modern war der Nationalsozialismus?, in: GuG 19 (1993), S. 381f.

¹¹ Struve vergleicht v. a. mit der Studie von G. Hetzer, Ernste Bibelforscher in Augsburg, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, München 1981, S. 621–643, der immerhin die Berufszugehörigkeit von 45 Personen ermittelte.

gewidmet ist. Er trägt den programmatischen Untertitel »Untersuchungen zur Stadtgeschichte im Zeitalter des Dritten Reiches«, das Ziel reicht also über Spurensuche und Rekonstruktion hinaus. Untersucht werden sollen »Wahlverhalten und Politik, die politisch-administrativen Zielvorstellungen und Methoden und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen« zwischen den Jahren 1929 und 1949. Insoweit war es nur konsequent, die Publikation als Sammelband und als Überblicksdarstellung zu konzipieren. Neben den beiden Hauptautoren, Hans-Heinrich Ebeling und Hans-Reinhard Fricke haben weitere Autoren fünf Beiträge beigesteuert. Als Folge des Ansatzes findet der Leser – abgesehen von Struves Monographie – mehr als in den anderen Publikationen, teils explizit, teils implizit, eine Auseinandersetzung mit der Forschung sowie eine Durchbrechung der Chronologie zugunsten systematischer Längsschnitte. Für eine klassische Gesamtdarstellung fehlen vor allem Themen Herrschaft und Gesellschaft bzw. Widerstand und Verfolgung. Die lokale »Alltagsgeschichte« ist ebenfalls weitgehend ausgeblendet. Die Autoren sind sich bewußt, »wie wenig von der Realität und Komplexität des alltäglichen Lebens seinen Niederschlag in den Akten findet« (S. 11).

Die Zäsuren 1933 und 1945 versuchen die Autoren aufzubrechen, etwa in den Abschnitten über »Duderstadt als Kreisstadt 1929–1949«, die »wirtschaftlichen Probleme von Stadt und Kreis Duderstadt« sowie in den gelungenen Spezialstudien über die Wanderarbeiter des Eichfelds und die Geschichte der jüdischen Gemeinde seit dem 19. Jahrhundert. Im Rahmen eines Sammelbandes sind solche Schwerpunkte durchaus vertretbar, zumal sie in kompetenter Weise behandelt werden. Die Darstellung der jüdischen Gemeinde erhält durch seinen biographischen Teil den Charakter eines Gedenkbuchs. Ansonsten wird der übergreifende Ansatz analytisch nur angedeutet, einmal abgesehen von den Wahlen, die die Kontinuität der Lager der Weimarer Zeit erweisen. Den Wahlen bis 1933 wird unverhältnismäßig viel Platz eingeräumt (S. 37–93), da sie nur bedingt mit den sozialen Verhältnissen in Beziehung gesetzt werden; auf den

Abschnitt über »pseudoplebiszitäre Akklamationsakte« (S. 149 ff.) könnte völlig verzichtet werden.

Durch die bewußte Orientierung auf Politik und Verwaltung können die lokalen Milieus keine Konturen gewinnen. Dennoch erfährt das Verhältnis von Kirche und Staat im traditionell katholischen Eichsfeld in seiner Vielschichtigkeit eine angemessene Darstellung. Die Geschichte der NSDAP bzw. ihre Funktion als Machttträger seit 1933 ist allerdings nicht mehr als eine knappe Organisationsgeschichte. Der abschließende Abschnitt über die »Jahre des Wiederaufbaus« nähert sich hingegen einem knappen Verwaltungsbericht. Auf eine Analyse wird verzichtet, allzu kurz werden einige lokale Daten in die allgemeine Entwicklung eingereiht.

Bildet der Band über Duderstadt gleichsam einen Übergang zwischen Überblicksdarstellung und Sammelband, so ist abschließend ein reiner Sammelband über München, die sog. Hauptstadt der Bewegung, vorzustellen. Wenngleich die Nationalsozialisten hier einen Monat später als in Berlin die Macht übernahmen, so lag in München doch die Wurzel der NSDAP. Hier startete Hitler seine Karriere, war 1924 der Völkische Block stärkste Partei. So gehen die meisten der teils überarbeiteten Vorträge einer öffentlichen Veranstaltungsreihe der Frage nach: »War das Münchner Milieu der ideale Nährboden für den Nationalsozialismus?« (S. 8). Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg. Ziel der Vorträge war nicht die Präsentation neuer Forschungsergebnisse, sondern die Vermittlung abgerundeter Forschungen durch ausgewiesene Historiker.

Auf ihren früheren Arbeiten fußend beschäftigen sich Karl-Ludwig Ay mit den politischen Rahmenbedingungen für den Aufstieg Hitlers im Spannungsfeld »von der Räterepublik zur Ordnungszelle Bayern« und Hellmuth Auerbach mit Hitlers Verhältnis zum nationalen Bürgertum der Stadt. Im Unterschied hierzu enthält der Beitrag von Prinz über »Münchens kulturelles Milieu in den zwanziger Jahren« wenig Substanz, aber ärgerliche Formulierungen. Ein Beispiel: »Je mehr wir uns jedoch zeitlich der Wende demarke des Jahres 1933 nähern und damit den

durch die Weltwirtschaftskrise mitverursachten politischen Katarakten, die unser (!) Volk auf die Schlachtbänke des Zweiten Weltkrieges und in die hochindustrialisierten Mordhöhlen der Konzentrationslager schwemmt (!)« (S. 45). Wolfgang Müller-Funks Blick auf »Münchens Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg im Spiegel der Literatur« erbringt geistreiche Bemerkungen über Lion Feuchtwanger, Joseph Roth, Thomas Mann und Ödon von Horvath. Allzu viel jedoch ist Abwehr, Rechtfertigung. Dazu paßt, daß in Roths Roman »Das Spinnennetz« die rechtsradikalen Milizionäre in der Stadt nicht aus München selbst stammen (S. 51). Die Analogie: Es war »eine fremde Schauspieler-Gruppe, die 1923 das Staatsruder zu ergreifen getrachtet hatte« (S. 62).

Mit der Zeit nach dem Putsch und dem Nationalsozialismus an der Macht beschäftigen sich drei Beiträge. Mensing bringt in seinem Aufsatz über Münchens Protestantismus eine Fülle von Belegen für antidemokratisches, antisemitisches und völkisches Denken in der Münchner Pfarrerschaft vor 1933. Gewohnt provokant, jedoch mit (zu) wenig empirischer Fundierung, behandelt Georg Denzler nicht so sehr »Münchens Katholizismus und den Nationalsozialismus« als die Haltung der Amtskirche an der Spitze der Erzdiözese. Hartmut Mehringer konzentriert seinen Beitrag über die Münchner Arbeiterbewegung auf die Sozialdemokratie. Er analysiert in der Tradition des Bayern-Projekts die »Überlebensformen der Arbeiterbewegung«. Jene, die die »kleinen Formen gesellschaftlicher Resistenz« lebten, apostrophiert er als die »eigentlichen Siegelbewahrer« sozialdemokratischen Bewußtseins (S. 175). Den Band beschließt ein Beitrag von Wolfram Selig, der die »Entjudung« der Wirtschaft in München in Phasen des »Feldzugs« gegen die wirtschaftliche Existenz der Juden einordnet. Seine Bemerkung: »Volkswirtschaftlich schließlich wertlos geworden, mußten die Juden den Transport in die Vernichtung antreten« (S. 202) führt in aktuelle Debatten um die Ursachen des Judenmords.

Die vorgestellten Bände haben gleichsam den Markt der Möglichkeiten aktueller Lokalgeschichtsschreibung vom Sammelband über die

wissenschaftliche Monographien bis zur Werkstatt-Broschüre abgebildet. In der Mehrzahl sind trotz aller Unterschiede und trotz aller notwendigen Kritik eindrucksvolle Studien entstanden, die den inzwischen auch in der Breite erreichten Stand der Lokal- und Regionalgeschichtsschreibung dokumentieren und die das Wissen um Ursachen, Funktionieren und Folgen der NS-Herrschaft erweitern. »Überraschungen« sind in der Tat ausgeblieben; wer hätte sie erwartet? Die Aufgaben, die Chancen und Gefahren sind oft genug beschrieben worden. Daß die Produktionsbedingungen zumal in einer Zeit knapper Kassen eher schwieriger werden, sollten Rezensenten auch nicht aus den Augen verlieren. Vor uns liegen die Mühen der Ebene. Dazu gehört sicher mehr als bisher der Versuch, soweit möglich und sinnvoll, zu quantifizieren, und lokale Daten zu sichern, um die Basis für solide Vergleiche zu schaffen. Und trotz der berechtigten Rücksicht auf die didaktische Relevanz lokalgeschichtlicher Untersuchungen, die bei allen Publikationen zum Ausdruck kam, darf die flotte Formulierung nicht die empirische Sorgfalt überspielen.¹²

Die Frage nach Überblicksdarstellung oder Fallstudie scheint sekundär. Denn auch erstere muß entsprechend den Möglichkeiten der Quellen und insbesondere im Hinblick auf die lokalen bzw. regionalen Besonderheiten Schwerpunkte setzen, soll es »nicht bei einer unbefriedigenden Kompilation« bleiben.¹³ Die Skepsis gegenüber einer Überblicksdarstellung ist dann berechtigt, wenn sie »lokalisierende Isolierung« betreibt,¹⁴ wenn sie als scheinbar neutrale chronikalische Rekonstruktion entweder die lokalen Mythen affirmiert oder aber in bloßer Deduk-

¹² Dies ist eine berechtigte Kritik an der hervorragenden Studie von P. Hüttenberger, Die Industrie- und Verwaltungsstadt Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1989; siehe dazu die Rez. von Friedrich Lenger, Probleme und Chancen einer stadtschichtlichen Synthese, in: HZ 254 (1992), S. 97–114.

¹³ J. Paul (s. A 5), S. 84.

¹⁴ P. Steinbach, Aspekte der Widerstandsforschung im wissenschaftsgeschichtlichen und landeshistorischen Kontext, in: Niedersächs. Jb. für Landesgesch. 62 (1990), S. 20.

tion eine angeblich typische, allgemeine Entwicklung widerspiegelt. Im übrigen dürfte Wilfried Loth zustimmen sein: »Fortschritte in der Erfassung der Wirklichkeit des Dritten Reiches werden sich auf absehbare Zeit nur über regionale und sektorale Feldstudien erzielen lassen, die die Vorteile dichter Quellenüberlieferung und relativer Überschaubarkeit nutzen, ohne übergreifende Fragestellungen und theoretische Verdichtungen aus den Augen zu verlieren«.¹⁵

Weiterzuführen vermag die Antwort auf eine Frage, die Steinbach unlängst in bezug auf die Widerstandsforschung aufgeworfen hat und der angesichts der wachsenden Zweifel am Wert lokalgeschichtlicher Untersuchungen besondere Relevanz zukommt. Gibt es, so fragt er, eine operationalisierbare Vorstellung von »Regionalspe-

zifik«, eine Kombination von an einen Ort oder eine Region gebundenen Faktoren, die »schließlich entscheidend die kollektiven Wahrnehmungs- und Handlungsmöglichkeiten einer räumlich definierten Gruppe beeinflusst«?¹⁶ Zwei Voraussetzungen sind zu bedenken: Zum einen sollte eine lokal- und regionalgeschichtliche Untersuchung verdeutlichen, »für welches Milieu, für welche landesgeschichtliche Tradition, für welche Machtkonstellation, für welche Aspekte der Organisations- oder Parteigeschichte« der Untersuchungsgegenstand steht, zum anderen ist eine Reflexion über Provenienz, Funktion und Deutungsweise der Quellen unabdingbar. Gerade letzteres kommt in vielen Studien zu kurz.¹⁷ Hier liegt für die Forschung, nicht allein für die Orts- und Landesgeschichte der NS-Zeit, ein weites Feld.

¹⁶ P. Steinbach (s. A 14), S. 19.

¹⁷ Bereits 1972 schrieb der heutige Präsident des Bundesarchivs in einer Kritik an die Adresse von Historikern (und Archivaren): »Die Kenntnis über den Informationsreichtum archivalischer Quellen ist gerade für das 19. und 20. Jahrhundert unter Vertretern der Zeitgeschichte und der Sozialwissenschaften gelegentlich erstaunlich unterentwickelt«, in: F. P. Kahlenberg, Deutsche Archivare in West und Ost. Zur Entwicklung des staatlichen Archivwesens seit 1945, Düsseldorf 1972, S. 8. Man könnte wohl ergänzen: mitunter nicht nur der Informationsreichtum, sondern auch die kritische Quellenkunde.

Gerhard F. Volkmer

»Plötzlich waren sie alle weg«

Literatur zum Schicksal der Juden in den nationalsozialistischen Städten

HUBERT BRIEDEN, *Juden in Neustadt a./Rbge. Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung einer Minderheit*, Hannover: Internationalismus-Verlag 1992. Abb., 189 S., DM 20,-.

DINA VAN FAASSEN / JÜRGEN HARTMANN, »...dennoch Menschen von Gott erschaffen«. *Die jüdische Minderheit in Lippe von den Anfängen bis zur Vernichtung*, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1991, Abb., 136 S., DM 24,80.

EWALD GROTHE U. A., *Verfolgt – vergast – vergessen. Zur Geschichte der Juden in den Ortschaften der Stadt Marienmünster*, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1990, Abb., 60 S. (vergriffen).

ULRIKE MINOR / PETER RUF, *Juden in Ludwigs-hafen* (Veröff. des Stadtarchivs; 15), *Ludwigs-hafen: Stadtarchiv* 1992, Abb., 189 S., DM 12,-.

DIETER OBST, »Reichskristallnacht«. *Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938* (phil. Diss. Univ. Bochum), Frankfurt a.M.: Peter Lang 1991, 371 S., DM 97,-.

ORTRUD SEIDEL, *Mut zur Erinnerung. Geschichte der Gmünder Juden. Eine persönliche Spurensuche*, hrsg. vom Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Gmünd: Einhorn 1991, Abb., 207 S., DM 19,80.

MANFRED SCHRÖTER, *Plötzlich waren sie alle weg. Die Juden der »Gauhauptstadt Krems« und ihre Mitbürger*, Wien: Picus 1992, Abb., 291 S., ÖS 298,-.

URSULA WAMSER / WILFRIED WEINKE, *Ehemals in Hamburg zu Hause: Jüdisches Leben am Grindel*, Hamburg VSA 1991, Abb., 247 S., DM 36,-.

Die drei deutschsprachigen Nachfolgestaaten »Großdeutschlands« sind auf unterschiedliche Weise mit der Erfahrung des NS-Regimes umgegangen. Während die Österreicher dazu tendierten, sich als Opfer zu betrachten, verstand sich die DDR als besseren, weil konsequent »antifaschistischen« Teil Nachkriegsdeutschlands. Die BRD, oft genug von der DDR als Hort des Nazismus denunziert, hat in Wissenschaft, Politik, Justiz und Öffentlichkeit immer wieder Phasen intensiver Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus durchgemacht, wie dies mit vergleichbarer Gründlichkeit in den beiden anderen Staaten nicht geschehen ist. Prozesse gegen NS-Täter, die sog. Wiedergutmachung, wissenschaftliche Diskussionen und eine unübersehbare Menge von Publikationen zeugen bei aller berechtigten Kritik und vielfältigen Widerständen zum Trotz von jahrzehntelangem Bemühen um eine Vergangenheit, die nicht vergehen will. Das Los der jüdischen Minderheit bildete einen Brennpunkt dieser Bemühungen.

Die Verfolgung dieser Minorität erreichte mit dem Novemberpogrom 1938 eine neue Qualität. Die Studie von D. Obst benutzt als Hauptquelle den größten Teil der noch vorhandenen einschlägigen Nachkriegsprozeßakten aus dem Gebiet der alten BRD. Maßgebend für Auflösung und Verlauf des Pogroms waren letztlich die Entscheidungs- und Herrschaftsstrukturen des NS-Regimes. Die Mobilisierung der Tatbeteiligten erfolgte in vier Phasen. Das Ausmaß der Destruktivität hing in hohem Grade von den An-

¹⁵ W. Loth, Rezension von K.-M. Mallmann / G. Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich, Bonn 1991, in: GuG 19 (1993), S. 268–275.

führern der Zerstörungstrupps ab. Die Täter kamen fast ausschließlich aus der NS-Bewegung und waren ihr ganz überwiegend erst nach dem Machtantritt Hitlers beigetreten. Es handelte sich um normale, sonst ehrenhafte Bürger, keineswegs um Außenseiter. Als Motive wirkten gruppenspezifische Prozesse, affektgeladener Aktionismus, zerstörerischer Nihilismus. Antisemitismus war weder in der NS-Führungsgruppe noch bei den Tätern verantwortlich für die Geschehnisse. Soweit sehr verkürzt die Ergebnisse der Untersuchung. Das Verdienst der Arbeit liegt in der umfangreichen, sehr detailgenauen, vielfältigen lokale Besonderheiten einbeziehenden ausführlichen Beschreibung der ein bis zwei Pogromtage. Einige Befunde allerdings müssen mit einem Fragezeichen versehen werden. So ist nicht gewiß, ob die Verteilung der untersuchten Orte relativ ausgewogen und damit die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf das gesamte Gebiet der alten BRD gewährleistet ist, da die entscheidende Vergleichsgröße, nämlich die Verteilung der Orte mit jüdischer Bevölkerung bzw. Gemeinde (im November 1938) nicht herangezogen wurde. Die gewählten Bezugsgrößen Fläche und Bevölkerung sind eher unerheblich. Die sehr pauschalen Aussagen zur Motivation der Täter hätten durch Hinzuziehung von Erkenntnissen aus den Verhaltenswissenschaften vertieft werden können. Zum Stellenwert des Antisemitismus bei Auslösung und Verlauf des Pogroms werden unterschiedliche Aussagen gemacht. Einerseits habe Goebbels antisemitische Ausschreitungen ins Auge gefaßt, andererseits habe der Antisemitismus keine maßgebliche Rolle gespielt. Einer so weitgehenden Marginalisierung des Antisemitismus – möglicherweise wurde der Vf. von der in den Strafverfahren überwiegen- den Tätersicht beeinflusst – ist nicht ohne weiteres zuzustimmen, wie etwa am Beispiel der Lipper Juden deutlich wird.

Zur Wanderausstellung über die Geschichte der jüdischen Minderheit im Lipper Land vom ersten Auftreten der Juden bis zur letzten Ausbreitung erschien ein Katalog und Arbeitsbuch. Die der Chronologie folgende Darstellung ist in kleine Abschnitte unterteilt, denen jeweils Dokumente beigegeben sind. Der zeitliche Schwer-

punkt liegt auf den letzten Jahrzehnten der jüdischen Gemeinden. Schon früh gibt es Belege für heftige, anfangs meist religiös begründete antijüdische Proteste. Latente Judenfeindschaft und Antisemitismus waren weit verbreitet und wurden von Institutionen, z. B. der Regierung, die noch 1848 eine völlige Gleichstellung der Juden mit den Christen für nicht gerechtfertigt hielt, wachgehalten. Im Kaiserreich gegründete Gruppen, die ausdrücklich Antisemitismus propagierten, erhielten nach dem Ersten Weltkrieg großen Zulauf. Es kam zu Beleidigungen, Diffamierungen, Synagogenschändungen, Morddrohungen. Justiz und Regierung bagatellisierten. Mit dem Machtantritt Hitlers setzte gezielter Terror ein, vielfach wurde den staatlichen Anordnungen vorgegriffen. Anders als im nahen Marienmünster (vgl. unten) war man bei dieser Publikation auf der Höhe der Zeit und bereicherte die staatliche Judenpolitik um eigene Beiträge (z. B. Ortsjudensatzungen). Wie ein roter Faden durchziehen antisemitische Manifestationen Darstellung und Dokumentation. Als im Dezember 1941 die ersten Deportationen stattfanden, gab es bereits Gerüchte über Massenerschießungen im Osten. Die knappe, präzise, vorzüglich lesbare Arbeit endet mit einem Gedenkverzeichnis der Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung aus Lippe. Die Nachbereitung der jüdischen Geschichte in Staat und Gesellschaft der BRD wird nicht angesprochen.

Um 1930 lebten etwa 40 Prozent der rund 20 000 Mitglieder der jüdischen Gemeinde Hamburgs am Grindel, einem erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts erschlossenen Wohngebiet. Lag der Anteil der Juden an der Hamburger Bevölkerung insgesamt unter zwei Prozent, so betrug er hier bis zu 15 Prozent. Dieses »offene Ghetto« war bereits Gegenstand einer Ausstellung. Nun liegt ein Band mit Aufsätzen vor, der verschiedene Aspekte des jüdischen Lebens dort vorstellt. Ausführlich werden die religiösen, kulturellen und sozialen Einrichtungen der Gemeinde, die den Diskriminierten und Verfolgten wenigstens eine Zeitlang einen gewissen Anschein von Geborgenheit vermitteln konnten, in ihren Entwicklungen bis zur Zerstörung beschrieben. Insbesondere das erfolgreiche Schul-

wesen, aber auch der rührige Kulturbund – Einrichtungen, deren finanzielle Belastungen nur ein große Gemeinde tragen konnte – demonstrierten den Selbstbehauptungswillen, ebenso die Wiederinstandsetzung einer Synagoge nach dem Pogrom 1938 (der einzigen im Reich) und der Bau einer Mikwe 1943, im Untergang der Gemeinde. In den Aufsätzen wird deutlich, wie unter dem Druck von außen die Intensität des jüdischen Lebens in der Gemeinde zunächst zunimmt, daß aber spätestens seit 1938 infolge der Abwanderungsverluste allmähliche Auflösungserscheinungen unverkennbar werden. Ein umfangreicher Abschnitt schildert den Widerstand von »Menschen jüdischer Herkunft«. Die in das Los der Gemeinde eingebetteten individuellen Schicksale bekannter und unbekannter einzelner sowie Erinnerungen von Überlebenden beleuchten die Entwicklung bis zum Ende in exemplarischer Weise. Bedauerlich ist das Fehlen eines Beitrages über die osteuropäischen Juden, war doch Hamburg eine der Zwischenstationen der Ostjuden auf ihrer Migration aus dem osteuropäischen Shtetl in die Neue Welt.

1932 wohnten in zwei Teilorten des heutigen Marienmünster etwa zwanzig Juden. Das Schicksal dieser kleinen Gemeinde haben junge Historiker vom Arbeitskreis Stadtgeschichte Marienmünster der Vergessenheit entrissen. Zunächst werden die historischen »Rahmenbedingungen jüdischen Lebens« in den beiden letzten Jahrhunderten skizziert. Diese Stellung bricht mit der Bildung einzelner Synagogengemeinden um 1855 ab. Bis zum Beginn des »Dritten Reiches« klafft eine Lücke. Ausführlicher wird über das Schicksal der Marienmünsterer Juden in der nationalsozialistischen Zeit berichtet. Bei ihren Recherchen stießen die Autoren »immer wieder auf betretenes Schweigen«. Sie mußten sich vorwerfen lassen, noch lebende Personen an den Pranger stellen und Unfriede stiften zu wollen. Daher beruht die Darstellung der NS-Zeit auf Akten, kaum auf Befragung von Zeitzeugen. Die nichtjüdische örtliche Bevölkerung tritt wenig in Erscheinung, man erfährt nichts über ihre soziale und ökonomische Lage, nichts über ihre politische Orientierung. Zeugnisse ihres alltäglichen Antisemitismus fehlen ebenso wie Hin-

weise auf Hilfsbereitschaft gegenüber den Verfolgten. Die Akten zeigen die lokalen Behörden, Amtsbürgermeister und Gendarmerie, als ausführende Organe ohne eigene Initiative bei der Behandlung der jüdischen Einwohner. Mag der Ortsgruppenleiter noch von sich aus entschieden haben, daß die Zuwanderung jüdischer Familien »nicht erwünscht ist«, den Novemberpogrom setzten auswärtige SA-Männer aus dem nahen Höxter in Gang. Der Anhang enthält Kurzbiographien aller während der NS-Zeit in Marienmünster ansässigen Juden, gibt Informationen über die Ghettos und Konzentrationslager, in die Juden aus Marienmünster deportiert wurden, und dokumentiert die letzten noch nicht beseitigten Zeugnisse jüdischen Lebens in der Stadt.

Nicht eine Geschichte der jüdischen Gemeinde Neustadts wollte H. Brieden geben, sondern unter Einbeziehung der Vorgeschichte »konkret und im einzelnen« aufzeigen, »mit welchen Methoden eine diskriminierte Minderheit vernichtet werden konnte«. In seiner umfangreichen Einführung werden grundlegende Daten zu Bevölkerungsentwicklung, Religionszugehörigkeit, Erwerbstätigkeit und Berufsstruktur, zum Teil in übersichtlichen Tabellen geliefert; ausführlich werden die Ergebnisse der Reichstags- und Bürgervorsteherwahlen in der Weimarer Republik und die Haltung der Parteien gegenüber den Juden diskutiert. Das von Zeitzeugen behauptete »ziemlich positive« Verhältnis zwischen Christen und Juden wird durch die Wahlerfolge der explizit antisemitischen Parteien relativiert. Stadt und Kreis Neustadt wurden bereits 1932 NSDAP-Hochburg. Für die NS-Zeit wird bis in kleinste Details die Erzeugung einer haßerfüllten, Angst erregenden Atmosphäre eindrucksvoll beschrieben und durch Wiedergabe zahlreicher Dokumente, die fast alle lokalen Bezug aufweisen, belegt. Der »Erfolg« des Terrors war durchschlagend: Schon Ende 1939 lebte nur noch eine Jüdin (in sog. »Mischehe«) in dem Städtchen. Diese Entwicklung wird auf die aktive Teilnahme örtlicher Partei- und Verwaltungsorgane an der Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Minderheit zurückgeführt. In der sehr dichten Darstellung

dieser Vorgänge liegt die Stärke des Buches. Während die Beschreibung des jüdischen Gemeindelebens in den Hintergrund tritt, werden die Einzelschicksale aller Juden, die zwischen 1933 und 1939 in Neustadt lebten, dokumentiert. Im abschließenden Kapitel werden Probleme bei der Restitution enteigneten Vermögens, bei der Entschädigung und sog. Wiedergutmachung nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt. Der auch nach 1945 virulente Antisemitismus, der sich u. a. in Verwüstungen des Judenfriedhofes, des letzten Überrestes jüdischen Gemeindelebens, äußert, wird thematisiert. Schließlich setzt sich der Autor mit der von der Stadt geförderten Geschichtsschreibung auseinander: Weder in der offiziellen Stadtchronik, noch in Ortsteilchroniken finden sich Hinweise, daß in Neustadt im 20. Jahrhundert Juden gelebt haben. Da überrascht es nicht, daß die Stadt eine Unterstützung der hier angezeigten Arbeit ablehnte.

Ludwigshafen, dessen jüdische Gemeinde sich parallel zur aufstrebenden jungen Stadt entwickelte, scheint eine Sonderstellung hinsichtlich der Beziehungen zwischen Christen und Juden in Deutschland einzunehmen. Folgt man den Vf., so herrschte hier ein Klima »pragmatischer Toleranz«, Antisemitismus sei anders als im Umland vor 1933 zumindest nicht in Erscheinung getreten. Gründung und Entwicklung der jüdischen Gemeinde sowie der soziale und wirtschaftliche Aufstieg der Juden werden mit Blick auf die gesamte Stadtentwicklung ansprechend beschrieben. Erwähnenswert ist ein kleiner Abschnitt über die Ostjuden, deren Anteil an der jüdischen Gemeinde die Vf. für 1931 auf über 50 Prozent schätzen. Eine Sonderstellung nahm die Stadt auch ab 1933 ein: Gauleiter Bürckel terrorisierte die Juden der Pfalz mit radikalen Maßnahmen, die der Politik im Reich weit voraus waren: Gesetzwidrige Entlassungen, Boykotte, Enteignungen, Geschäftsschließungen, Vertreibungen, Schikanen, Verbote, Ausweisungen wurden am 22. 10. 1940 abgeschlossen durch die Deportation der verbliebenen Pfälzer Juden nach Gurs. Zu dem Zeitpunkt war die Stärke der jüdischen Gemeinde bereits auf ein Sechstel geschrumpft; von den Deportierten überlebte

etwa ein Viertel. Heute erinnern nurmehr Gedenktafeln an die ehemalige jüdische Gemeinde.

»Mut zur Erinnerung« nennt O. Seidel ihre engagierte persönliche Suche auf den Spuren der Gmünder Juden. Die Arbeit versteht sich als Fortsetzung einer früheren Darstellung über die Gmünder Juden. Das erste Viertel des Buches – im wesentlichen Lesefrüchte zur Geschichte und Entwicklung der Judenfeindschaft – kann man getrost überschlagen. Hingegen ist die Beschreibung der Einzelschicksale der jüdischen Familien aus Gmünd sehr lesenswert. Überraschend umfangreich waren die kulturellen, sozialen und vor allem die wirtschaftlichen Aktivitäten der kleinen jüdischen Minderheit. Die Vf. verfolgt diese Entwicklung bis zum Abbruch durch Verfolgung, Deportation und Mord bzw. durch Zwangsemigration und neuen Aufbau im Ausland. Am Ende der Darstellung stehen Überlegungen zur sog. Wiedergutmachung.

In der ehemaligen DDR gehörte die Untersuchung des jüdischen Schicksals in der NS-Zeit nicht zu den erwünschten Themen. Da die Mehrheit der Juden dem Besitzbürgertum angehörte, paßte ihre Verfolgung durch das NS-Regime nicht in die an den Klassenkampf gebundene Faschismustheorie der Kommunisten. Als das Tabu in den letzten DDR-Jahren allmählich aufgeweicht wurde, waren viele wichtige Zeitzeugen bereits verstorben. Ungeachtet dieser widrigen Umstände legte M. Schröter eine lesenswerte Untersuchung über die Nordhäuser Juden vor, in der die Verfolgungsmaßnahmen und das Bemühen, ihnen durch Flucht unter z. T. dramatischen Umständen, wie z. B. auf den Schiffen »St. Louis« und »Patria«, zu entkommen, im Zentrum stehen. Das jüdische Gemeindeleben wird nur am Rande berührt. Nicht so knapp hätten die Bemerkungen über die Haltung der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber den NS-Tätern und den wenigen zurückgekehrten Überlebenden ausfallen dürfen. Die Wiedergabe von Dokumenten und Zeitzeugenaussagen verleihen dem Buch Authentizität, zusammenfassende Tabellen fördern die Übersichtlichkeit. Der Anhang bringt einige exemplarische Einzelschicksale, ein Verzeichnis der jüdischen Einwohner Nordhausens seit 1933 sowie Anmer-

kungen zu Defiziten der Ortsgeschichtsschreibung hinsichtlich der jüdischen Minderheit.

In Österreich entwickelte sich die Judenpolitik zwischen »Anschluß« und Novemberpogrom viel rascher als im »Altreich«. Für Krems ließ die Quellenlage eine Darstellung des Nebeneinanderwirkens und Ineinandergreifens von Straßenterror und bürokratischen Maßnahmen nicht zu. Streibel fußt in seiner Untersuchung hauptsächlich auf Interviews von Zeitzeugen und auf privaten Quellen überlebender Verfolgter. So entstand ein für Österreich bisher seltenes Dokument der Erinnerung und der Arbeit an der Erinnerung. Einen Schwerpunkt der Darstellung bildet die Zusammenstellung der Schicksale der um 1938 in Krems und Umgebung ansässigen jüdischen Familien, ihre Terrorisierung, Enteignung und Vertreibung und ihre Flucht ins

Ausland oder die Deportation in den Tod. Die Spurensuche des Vf. selbst wird thematisiert und daran der schwierige Umgang mit diesem Kapitel aus der jüngsten Geschichte in einigen kleinen Abschnitten äußerst gelungen beschrieben. Etwa die Recherche auf den Spuren der Kremser Juden in Wien: eine absurd-komische Farce; der verhalten kommentierte Spaziergang mit zwei Kremser Juden durch die Stadt ihrer Kindheit, sechzig Jahre nach der Flucht; »ohne Kommentar« abgedruckte Auszüge aus Interviews mit nichtjüdischen Zeitzeugen (keiner war dabei, niemand hat's gesehen). Etwa einem Drittel der Kremser Juden gelang die Flucht nach Palästina. Das Tagebuch einer solchen unglaublich abenteuerlichen, ein Jahr dauernden Flucht wird in Gänze wiedergegeben und durch Beiträge einer Mitarbeiterin erläutert.

Tilman Harlander

Bombardierung und Städtezerstörung

Neuere Literatur

UTA HOHN, *Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg. Regionale Unterschiede in der Bilanz der Wohnungstotalschäden und Folgen des Luftkrieges unter bevölkerungsgeographischem Aspekt (Duisburger Geographische Arbeiten 8)*, Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur 1991, zahlr. Abb., 375 S., DM 39,80.

MARTIN RÜTHER (Bearb.), Köln, 31. Mai 1942: *Der 1000-Bomber-Angriff*, hrsg. vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Kölner Schriften zu Geschichte und Kultur, Bd. 18), Köln: Janus 1992, Abb., 240 S.

MATTHIAS NEUTZNER (Hrsg.), *Lebenszeichen. Dresden im Luftkrieg. Dokumentation der Ausstellung vom August 1989 – April 1990*, Dresden: M. Sandstein Verlagsgesellschaft 1991, Abb., 95 S., 1. Aufl. vergriffen.

URSULA MOESSNER-HECKNER, *Pforzheim – Code Yellowfin. Eine Analyse der Luftangriffe 1944–1945 (Quellen und Studien zur Geschichte der Stadt Pforzheim, Bd. 2)*, Sigmaringen: Thorbecke 1991, 54 Abb., 166 S., DM 32,-.

MARLENE P. HILLER / EBERHARD JÄCKEL / JÜRGEN ROHWER (Hrsg.), *Städte im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich, Essen: Klartext 1991, Abb., 332 S., DM 42,-.*

»Warum?« und »Wieso wir?«, das waren die zweifelten Fragen, die durch die betroffene Zivilbevölkerung im Schrecken der Luftangriffe der Kriegsjahre wieder und wieder gestellt wurden. Wie konnte das Erlebte überhaupt bewältigt werden, wie veränderte es die Moral und das

Verhältnis der Menschen zu Staat und Partei, wie entwickelte sich der Alltag in den Städten, der vor allem in der letzten Kriegsphase angesichts der ständigen Bedrohung aus der Luft mehr und mehr zu einem Kampf ums Überleben wurde? Ein halbes Jahrhundert Abstand zu den in einer Vielzahl von Einzeldarstellungen bereits dokumentierten verheerenden Bombenschäden und Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs war für einige der am meisten betroffenen Städte sowie Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen Anlaß, das Geschehen dieser Zeit – zum Teil mit eigenen Ausstellungen – erneut zu dokumentieren und zu bearbeiten.

Die stufenweise Eskalation des Luftkriegs ist bekannt, wenn auch bis heute nicht wirklich greif- und faßbar: Anfänglich wenig erfolgreichen »Präzisionsangriffen« auf einzelne Ziele folgte – auch als Reaktion auf die deutschen Luftangriffe auf Rotterdam, Coventry, London, Warschau und den Angriff auf die Sowjetunion – ab 1941/42 im Rahmen des »strategischen Luftkriegs« und »dehousing«-Konzepts der Briten bzw. der Alliierten die gezielte Wendung zur Flächenbombardierung, zum »area bombing«, für das zunächst gerade die brandanfälligen und am dichtesten bebauten Großstädte und Altstadtquartiere ausgewählt wurden. Das »moral bombing« des immer perfekter geführten Brandkriegs mit seinen entsetzlichen Feuerstürmen richtete sich dabei explizit gegen die Zivilbevölkerung und insbesondere die Industriearbeiterschaft. Mit dem Erreichen der Luftherrschaft ab 1943/44 und der Möglichkeit zu Tagangriffen erreichte das Städtebombardement weitere, bis dahin unvorstellbare Steigerungen, die keine deutsche Stadt mehr verschonten. In Zahlen ausgedrückt verloren in Deutschland etwa 410000 Zivilpersonen ihr Leben durch den Luftkrieg, 2,5 Mio. Wohnungen wurden total zerstört, 4

Mio. unterschiedlich schwer beschädigt (Hohn, S. 51ff.).

Paradoxerweise (naiverweise?) glaubte insbesondere die britische Luftwaffenführung unbeirrbar daran, gerade durch massivste Schläge gegen die Zivilbevölkerung und ihre Moral eine rasche und damit viele Menschenleben rettende Kriegsentscheidung herbeiführen zu können (Moessner-Heckner, S. 17). Doch, darüber sind sich die meisten Historiker einig, die Bombardierungen haben keine kriegsentscheidende Bedeutung gehabt: »Der Krieg wurde auf dem Land und nicht in der Luft entschieden« (Jäckel, S. 323). Weder gelang es, die Industrie- und Rüstungsproduktion, die vielfach unter Tage oder auf dem Land weitergeführt wurde, entscheidend zu beeinträchtigen, noch, so die bisher herrschende Meinung, die Moral der Bevölkerung nachhaltig zu untergraben. Gerade in diesem Punkt legt allerdings ein Teil der genannten Untersuchungen vorsichtigerer Schlußfolgerungen nahe. Offenbar markierte das Grauen des Bombenkriegs, der Verlust von Angehörigen, das Erleben von Hilflosigkeit und Ohnmacht auch der staatlichen und Partei-Dienststellen doch für viele Menschen einen Wendepunkt zur Resignation, Passivität und Mutlosigkeit, der auch durch die Haß- und Vergeltungsparolen gegen England und die NS-Durchhalteappelle (»Unsere Mauern brachen, unsere Herzen nicht« u. ä.) nicht mehr übertüncht werden konnten.

Die mit einem außerordentlich materialreichen Tabellen-, Karten- und Anmerkungsteil versehene, am Fachbereich Geographie der Gesamthochschule Duisburg eingereichte Dissertation von Uta Hohn richtet sich vor allem auf die flächendeckende, zeitlich und regional differenzierende quantitative Erfassung der Luftkriegsschäden. Damit liegt erstmals eine Arbeit vor, die die Kriegsschäden in den westdeutschen Städten untereinander, aber auch – ein besonderes Verdienst der Arbeit – mit den ostdeutschen Städten wenigstens innerhalb bestimmbarer Grenzen vergleichbar macht. Uta Hohn weist eindringlich nach, daß der bisher in der Literatur geübte Umgang mit zum Teil gänzlich unvergleichbaren Daten zu höchst irreführenden Aus-

sagen über Kriegsschäden, als Folge davon aber auch über die Wiederaufbauleistungen geführt hat. Die Ursachen für die divergierenden Zahlenangaben in diesem ganz besonders »verworrenen Gebiet der Statistik« (S. 42) liegen in definitorischen Problemen, unterschiedlichen Erhebungsmethoden, Erhebungszeitpunkten, Schadensklassenbreiten u. ä., sind aber auch in dem Versuch von Städten zu jener Zeit zu sehen, »höhere Zuteilungen an Baumaterial, jedoch geringere Flüchtlings- und Vertriebenenzuweisungen zu erhalten« (S. 44). Dem Versuch der detaillierten Schadenserfassung geht eine ausführliche, in Phasen gegliederte Beschreibung des Verlaufs des Luftkriegs und der Wirkung der Bomben und Feuerstürme voraus. Das Schwergewicht liegt jedoch auf der methodisch peniblen, regional differenzierten Darstellung des Zahlenmaterials, wodurch die Arbeit – was die vergleichende quantitative Betrachtung der Luftkriegsfolgen angeht – vor allem den Charakter eines Übersichts- und Nachschlagewerks annimmt.

Im Unterschied zu diesem mehr vergleichenden, quantitativ-bilanzierenden Ansatz stehen drei Arbeiten (zu Köln, Dresden und Pforzheim), die jeweils von der Zerstörung und dem Schrecken eines einzigen Luftangriffs ausgehen, sich aber dennoch hinsichtlich ihrer Darstellung (Ziele und Planungen aus Sicht der Alliierten, Schutzmaßnahmen und Verteidigung, Chronik des Angriffs, Zerstörungen, Aufräumungsarbeiten und Evakuierungen, Folgen für den Wiederaufbau) und den benutzten Quellen (Zeitzeugen, Archivmaterial, Dokumente etc.) sehr stark voneinander unterscheiden.

Das vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln herausgegebene Buch zum sog. »1000-Bomber-Angriff« auf Köln am 31. Mai 1942 entstand im Zusammenhang einer Ausstellung zu seinem 50. Jahrestag. Der Angriff gilt als ein Markstein in der Eskalation des Luftkriegs. Mit diesem »ersten Groß-Luftangriff der Kriegsgeschichte« (S. 9), den dabei ausgelösten 2500 Großbränden, den 13000 total vernichteten Wohnungen und den mindestens 500 Toten und 5000 Verletzten (S. 63) galt die Effektivität derart massierter Bombenangriffe für die Alliierten als erwiesen. Der Angriff sollte bewußt so mas-

siert sein, daß es den Feuerwehren unmöglich sei, die Brände zu löschen. Der britische Kommandeur Arthur Harris (»Bomber-Harris«) versprach sich von diesem »spektakulären Angriff« eine enorme »moralische Auswirkung in Deutschland. (...) Das Unternehmen wird außerdem bewirken, daß der »Boche« einen Vorgesmack von dem bekommt, was auf ihn noch zukommt« (S. 30). Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Den ersten Teil bilden zwei wissenschaftliche Aufsätze, die sich mit den Zielen und Planungen aus britischer Sicht beschäftigen (Gebhard Aders) und den Verlauf des Angriffs in Köln (Martin Rütger) untersuchen. Obwohl Aders erklärtermaßen »antibritische Tendenzen« vermeiden will, zeigt seine Auswertung der offiziellen britischen Darstellungen des Luftkriegs, der Kriegstagebücher und vor allem der Akten im Londoner Public Record Office (Air) die ganze Tragweite und unmenschliche (Irr-)Rationalität des »moral bombing« sehr eindringlich. Der Aufsatz von Rütger schildert auf der Basis deutscher Aktenbestände detailliert die Folgen des Angriffs und die Organisation der Schadensbekämpfung. Ein Hauptziel der Evakuierungen, der Aufräumungsarbeiten, der Versorgung mit Obdach und Nahrung und der – »nicht kleinlichen« – Entschädigungen war die Mobilisierung des »Durchhaltewillens« der Bevölkerung. Es ist ein Verdienst der Arbeit, eine »Hilfe« zu erwähnen, die nur zu häufig vergessen wird: »In immer stärkerem Maße wurden Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und schließlich KZ-Häftlinge eingesetzt, um die Schäden nach Bombenangriffen zu beheben und die gefährliche Arbeit der Blindgängerbeseitigung durchzuführen« (S. 99). Der zweite Teil ist eine Sammlung unterschiedlicher zeitgenössischer Quellen wie Schulchroniken, der Abschlußbericht des Kölner Gauleiters Grohe, die aufschlußreichen Berichte des in Köln residierenden Schweizer Konsuls etc. Mit einer Ausnahme wurde bewußt auf Zeitzeugenberichte aus rückschauender heutiger Sicht verzichtet, da man annimmt, daß bei den meisten Zeitzeugen »die konkret damit zusammenhängenden Erinnerungen von späteren Kriegserlebnissen überlagert worden sind« (S. 113). Was die wünschenswerte

Einordnung des Angriffs vom 31. Mai 1942 in den größeren Zusammenhang der gesamten Kriegereignisse in Köln betrifft, so verweist Rütger selbst in seinem Vorwort auf die Notwendigkeit einer »Gesamtdarstellung Kölns im Zweiten Weltkrieg« (S. 7). So sieht er auch noch weiteren Forschungsbedarf, um die von ihm nur vorsichtig angedeutete »Hypothese«, daß die Wucht des Angriffs bei vielen Kölnern eine Zäsur markierte und einen »tiefen und langanhaltenden Schock« (S. 105) auslöste, weiter zu erhärten.

Wie kaum ein anderer Fall ist das Leiden der Stadt Dresden in den Angriffen vom 13. bis 15. Februar 1945 zum Symbol für das Grauen des Luftkriegs in der letzten Kriegsphase geworden. Die Angriffe des britischen Bomber Command und die folgenden Angriffe der 8. US-Luftflotte hatten die totale Zerstörung des Dresdner Stadtzentrums und großer Teile der Vororte zur Folge. Im Feuersturm starben mindestens 35000 Menschen. Seit 1985 trägt eine Gruppe von Dresdnern systematisch Erlebnisberichte, Originaldokumente, Fotografien und Gegenstände wie Luftschutzmaterialien, Brandbomben etc. zusammen. Die seit 1989 in Dresden und anderen Orten gezeigte Ausstellung »Lebenszeichen – Dresden im Luftkrieg 1944/45« markiert ebenso wie die in der kleinen – und inzwischen vergriffenen – Dokumentation der Ausstellung wiedergegebenen Materialien nur ein Zwischenergebnis. Geplant ist eine spätere Aufarbeitung des viel umfangreicheren Materials »zu einer umfassenden Darstellung der Ereignisse in Dresden in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs aus der Sicht der von Krieg und Zerstörung Betroffenen« (S. 95). Während schon über die Nachkriegsordnung in Europa verhandelt wurde, hofften die westlichen Militärs, den Zusammenbruch durch erneute schwerste Luftangriffe zu beschleunigen »und gleichzeitig dem ungeliebten Verbündeten Sowjetunion die eigene militärische Stärke demonstrieren zu können« (S. 5). Die Materialien der Dokumentation, die Augenzeugenberichte, Tonbandprotokolle, Briefe etc., ergeben – obwohl noch weitgehend unkommentiert – allerdings auch bereits jetzt ein erschütterndes Bild des Schreckens dieser Tage im Erleben der Betroffenen.

Ebenfalls eine schreckliche Episode in dieser letzten Kriegsphase, die Zerstörung Pforzheims im Bombenangriff vom 23. Februar 1945, hat die amerikanische Historikerin Moessner-Heckner minutiös rekonstruiert und analysiert. Die ungemein gründlich in allen relevanten amerikanischen, englischen und deutschen Archiven recherchierte Analyse ist über den Fall Pforzheims hinaus von grundsätzlichem Interesse und beleuchtet exemplarisch die gesamte Problematik der Aufstellung von Ziellisten und der Debatten und Kontroversen um Präzisions- oder Flächenangriffe auf Seiten der Alliierten in der letzten Kriegsphase. Warum wurde Pforzheim noch in den letzten Kriegstagen in Schutt und Asche gelegt, warum starben über 17000 Menschen in der Aktion »Yellowfin«, dem Tarnnamen für den Angriff? Am Ende kommt Frau Moessner-Heckner zu dem Ergebnis, daß es keine strategischen Gründe gab, daß Pforzheim letztlich »grundlos starb. Es wurde zerstört, weil es noch nicht zerstört war. Es fiel einer Unlogik zum Opfer, die in Kriegszeiten oft mit Notwendigkeit verwechselt wird« (S. 11). Pforzheim kam nicht wegen kriegswichtiger Industrieanlagen auf die Ziellisten. Allein wegen seiner Eisenbahnverkehrsanlagen war es auf der Liste der sog. »Füllziele« gelandet. Vor allem aber hatte es noch eine unzerstörte, besonders eng bebaute und brandanfällige Innenstadt und wurde deshalb, als im Zuge einer – trotz erheblicher Bedenken auch unter den Alliierten – von Churchill vorangetriebenen Reaktivierung der Flächenangriffsoffensive im Februar 1945 nach geeigneten Zielen gesucht wurde, auf die »aktive Liste« gesetzt und am 23. Februar zerstört. Es ging allein noch um das Brechen des noch verbliebenen »Durchhaltewillens« der Zivilbevölkerung, auch um die Demonstration von Stärke unter den Alliierten und auch um Rivalitäten zwischen den verschiedenen Teilen der Streitkräfte, die jeweils den Hauptanteil an der Kapitulation Deutschlands für sich beanspruchten. Im Unterschied zu den sog. Präzisionsangriffen besonders gegen Hydrierwerke, Ölraffinerien und das Verkehrsnetz, denen durchaus kriegsverkürzende Wirkung zukam, bewertet Moessner-Heckner in ihrer gründlich abwägenden Arbeit derartige Flä-

chenangriffe, die mit der Einäscherung deutscher Städte während der letzten Kriegsphase endeten, im Endeffekt als »reinen Overkill«, als »Plan für Terror und Tod« und »sinnlosen Zerstörungswahn« (S. 154f.).

Nicht allein die Betroffenheit durch den Luftkrieg, sondern grundsätzlich alle Arten von Betroffenheit der Städte durch den Krieg thematisiert der von Marlene P. Hiller / Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer herausgegebene Sammelband mit dem anspruchsvollen Titel »Städte im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich«. Der Band enthält die Referate und Diskussionsbeiträge eines wissenschaftlichen Kongresses, der 1989 in Stuttgart stattfand. Veranstalter waren die Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart und das Historische Institut der Universität Stuttgart gemeinsam mit dem Komitee der Bundesrepublik Deutschland in der Internationalen Gesellschaft für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Ausgangspunkt war, wie die Herausgeber in ihrem kurzen Vorwort erklären, die Ausstellung »Stuttgart im Zweiten Weltkrieg«, die 1989 und 1990 gezeigt wurde. Insofern überrascht, daß sich in dem Band kein Bericht über Stuttgart findet. Tagungsthema war international vergleichende Stadtgeschichte im Zweiten Weltkrieg – ein bis dahin in der Forschung noch nicht behandeltes Thema. Tatsächlich vereint der Band nach einem einleitenden Aufsatz von T. Szarota, der mögliche Themenkreise der Forschung zum Alltag in den besetzten Städten Europas entwickelt, eine Vielzahl von Aufsätzen zu Städten rund um den Globus, die jeweils verschiedenen, allerdings nicht näher explizierten oder begründeten »Stadttypen« zugeordnet wurden. »Umkämpfte Städte«: Shanghai (Chr. Henriot), Warschau (K. Dunin-Wasowicz), Leningrad (V. M. Kovalcuk); »Neutrale Städte«: Stockholm (L. Nilsson), Istanbul (C. Behar); »Industriestädte«: Turin (St. Musso), Detroit (D. Nelson), Yokohama (R. Narita); »Etappenstädte«: Halifax (J. White), Kairo (M. Al-Husseini), Kalkutta (S. Bhattacharya); »Besetzte Städte«: Kopenhagen (E. Kjeldboek), Verviers (J. Wynants), Lyon (G. Garrier); »Städte im Luftkrieg«: Coventry (T. Mason), Hamburg (U. Büttner), Dresden (R. Förster).

Die unterschiedlichen Beiträge zeigen insgesamt das ganze Spektrum des durch den Krieg verursachten Leidens, das von den Städten, die dem Ziel systematischer Vernichtung und Auslöschung ausgesetzt waren (Warschau und Leningrad) über die vorrangige Betroffenheit durch Luftkrieg (Coventry, Hamburg, Dresden, Yokohama) und Hunger (neben Leningrad v. a. Kalkutta, auch Shanghai), durch Rassenspannungen und soziale Unruhen (Detroit, Halifax) und die Verstrickungen der (Wirtschafts-)Kollaboration (Verviers, Lyon) bis hin zu Städten reicht, die gemessen an anderen, relativ »gut« überleben (Istanbul, Stockholm, Kopenhagen). Die Beiträge breiten zwar eine Fülle von Informationen aus, unterscheiden sich aber in Fragestellung, Methode, benutzten Quellen und Zielsetzung so stark, daß systematische Vergleichbarkeiten kaum gegeben sind und in dem Band auch nicht mehr – etwa in einer zusammenfassenden Einführung der Herausgeber – zum Thema gemacht wurden. Es bleibt unklar, warum man an dem Untertitel festgehalten hat, obwohl das darin angekündigte, wohl auch ursprünglich beabsichtigte, komparative Vorgehen fallengelassen wurde. Auch in dem am Ende wiedergegebenen kurzen Protokoll der Schlußdiskussion der Tagung wird die Möglichkeit von Städtevergleichen im Weltmaßstab von mehreren Seiten eher skeptisch beurteilt oder doch nur mit Blick auf jeweils sehr stark divergierende Bezugspunkte für möglich gehalten. So wurden nebeneinander als mögliche Gegenstände vergleichender Forschung genannt: Das Leiden und der Hunger in

den Städten, die Veränderung der Funktion der Städte, der mit dem Krieg möglicherweise verknüpfte Emanzipationsprozeß der Frauen, die Ausweitung des tertiären Sektors, die Modernisierungswirkung des Krieges, die Folgen des Luftkrieges u. a.

Kontrovers diskutiert (von Jäckel mit Verweis auf die bisherige gegenläufige Bewertung der Bombardierungen durch die Forschung) wurde eigentlich nur die – zugespitzter als in den oben besprochenen Arbeiten – am Fall Hamburgs von Ursula Büttner vorgetragene These zur demoralisierenden Wirkung der Luftangriffe. Danach hätten die grauenhaften Folgen des »Unternehmens Gomorra«, der alliierten Bombenangriffe auf Hamburg vom 25. 7. – 3. 8. 1943 mit 34000 Toten, 125000 Verletzten und 255000 zerstörten Wohnungen einen Wendepunkt im Erleben und der Stimmung der Bevölkerung bedeutet. Nach der Hamburg-Katastrophe sei das durch jahrelange Propaganda erzeugte »Gefühl der Sicherheit« überall im Reich »urplötzlich zusammengebrochen« (S. 286). Durch alle Berichte unterschiedlicher Herkunft ziehe sich von da an die Befürchtung, »daß die Kriegsniederlage unabwendbar sei« (S. 287). Insofern sei »die Bedeutung solcher verheerender Großangriffe höher einzuschätzen, als es im allgemeinen geschieht« (S. 296). Insgesamt liegt trotz der methodischen Probleme ein lesenswerter Band vor, der zusammen mit den zahlreichen Abbildungen und Fotos einen informativen Beitrag zur internationalen Stadtgeschichte der Kriegszeit liefert.

Stefan Goch

Stadtgeschichte aus dem Katalog?

Begleitbände lokaler NS-Ausstellungen

BENIGNA SCHÖNHAGEN (Hrsg.), *Nationalsozialismus in Tübingen. vorbei und vergessen. Katalog der Ausstellung, Tübingen: Stadt Tübingen, Kulturamt 1992, zahlr. Abb., 438 S.*

MARLENE P. HILLER (Hrsg.), *Stuttgart im Zweiten Weltkrieg, Katalog der Ausstellung vom 1. September 1989 bis 22. Juli 1990 (Ausstellungsreihe: Stuttgart im Dritten Reich), Geringen: Bleicher 1989, zahlr. Abb., 558 S.*

VON WEIMAR BIS BONN. ESSLINGEN 1919 BIS 1949, *Begleitband zur Ausstellung im Alten Rathaus und an elf Stellen in der Stadt vom 15. Mai bis 18. August 1991, hrsg. von der Stadt Esslingen, Sigmaringen: Thorbecke 1991, zahlr. Abb., Tab., Karten, Grafiken, 530 S.*

GÜNTHER HÖGL (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945: Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Dortmund: Wittmaak 1992, zahlr. Abb., 480 S.*

Seit den 1980er Jahren, als es viele »runde« Jahrestage von Ereignissen der NS-Zeit gab, wurden in zahlreichen Städten Ausstellungen zur lokalen Geschichte während des »Dritten Reiches« gezeigt. Neben den mittlerweile recht verbreiteten Veröffentlichungen »Die Stadt XY im Nationalsozialismus«, »Widerstand und Verfolgung in XY« oder »Die Juden in XY« geben Ausstellungskataloge, kommentierte Dokumentationen oder Begleitbücher, die anlässlich solcher Ausstellungen publiziert werden, wesentliche Ergebnisse der stadtgeschichtlichen Forschung zum Nationalsozialismus wieder.

An vier neueren Katalogen zu Themen der Stadtgeschichte im »Dritten Reich« sollen hier exemplarisch Leistungen, aber auch Probleme solcher Veröffentlichungen deutlich gemacht werden. Diese recht willkürliche Auswahl umfaßt zwei Mittelstädte und eine Großstadt aus Baden-Württemberg sowie eine weitere Großstadt aus dem Ruhrgebiet. Während in der Universitätsstadt Tübingen ein (klein)bürgerliches Klima herrschte, dominierten in Esslingen gewerblich-industrielle Strukturen. Recht unterschiedliche industrielle Strukturen wiesen die beiden Großstädte auf. Dortmund war eine Montanstadt mit großbetrieblich geprägter Arbeiterschaft, während in Stuttgart eine eher bodenständige, qualifizierte Arbeiterschaft in der weiterverarbeitenden Industrie beschäftigt war.

Wie der Titel – »vorbei und vergessen« – andeutet, geht der Katalog zur Tübinger Ausstellung von den Erinnerungen an die NS-Zeit aus. Anhand zahlreicher Zitate wird zunächst belegt, daß im Gedächtnis der »normale Alltag«, die Ausblendung der nationalsozialistischen Verbrechen, die vermeintliche Janusköpfigkeit des Nationalsozialismus, die Manipulierung durch Propaganda, die Aufrechnung von Schuld und die geringe Bedeutung der Erinnerung an das »Dritte Reich« für die Gegenwart nebeneinander stehen. Schwerpunkt der in dem Band versammelten Aufsätze ist sodann der aspekthafte Versuch, diese Gleichzeitigkeit von Normalität und Verbrechen zu verstehen. Entsprechend konzentriert sich der Blick vieler Beiträge auf Gemeinschaftserlebnisse, die Inszenierung nationalsozialistischer Politik und das scheinbar harmlose Mitmachen vieler.

Die Esslinger Aufsatzsammlung – ohne eine integrierende Einleitung, die auch nicht durch allgemeinere Überlegungen zu politischen Traditionen in Deutschland im ersten Artikel ersetzt

wird – bietet zur Entwicklung Esslingens zwischen 1919 und 1949 die wesentlichen Fragestellungen der Stadtgeschichtsforschung über diesen Zeitraum. Von der Darstellung der Revolution 1918/19, über die Wahlentwicklung, die Herausbildung der örtlichen NSDAP bis zur Reorganisation des politischen Lebens nach der Befreiung vom Nationalsozialismus reichen die Darstellungen, die gewissermaßen der übergeordneten, oft gestellten Frage nach Kontinuitäten und Brüchen folgen. Diese Forschungsperspektive wird noch besser deutlich an Längsschnittuntersuchungen über die städtebauliche Entwicklung, die Lehrerbildung in Esslingen, die Frauenarbeits- und die Mütterchule, die Volkshochschule, das »Dritte Reich« im Überblick und die Nachkriegszeit. Die akribische Darstellung wichtiger stadtgeschichtlicher Schlüsselereignisse rundet den Band ab.

Ein weniger beleuchtetes Thema greift der Katalog »Stuttgart im Zweiten Weltkrieg« auf. Dieser Teil einer ambitionierten Ausstellungsreihe (seit 1982) behandelt die Kriegszeit als eine spezifische Phase der NS-Zeit, in der sich die Verbrechen ins Unfaßliche steigerten. Im Angriffskrieg, dem daraus hervorgehenden »totalen Krieg« und der Steigerung des Weltanschauungskrieges im Inneren und in den besetzten Gebieten erreichte der Nationalsozialismus gewissermaßen seine Vollendung bzw. seinen Höhepunkt. Dies zu zeigen, im Gegensatz zu den immer noch verbreiteten Vorurteilen über den Krieg, und das Verschwinden der Grenzen zwischen nationalsozialistischen Verbrechen und Krieg zu verdeutlichen, ist Anliegen des Stuttgarter Buches. In zahlreichen Beiträgen unter Oberbegriffen wie »Ausgrenzung und Rassekrieg«, »NS-Justiz und Widerstand«, »Innere Front« und »Stuttgarter im Krieg« wird der besondere Charakter der Kriegsphase eindrucksvoll sichtbar.

Der Dortmunder Katalog ist die inzwischen dritte Auflage eines Begleitbuches zu der gleichnamigen Ausstellung. Anlässlich der Unterbringung der seit 1981 bestehenden Dauerausstellung in dem ehemaligen Gestapo-Gefängnis Steinwache, der »Hölle Westdeutschlands«, wurden Ausstellung und Katalog wesentlich erweitert und überarbeitet. Nunmehr liegt eine stadt-

geschichtliche Untersuchung vor, welche die wichtigsten Aspekte von Widerstand und Verfolgung in ihrer lokalen Konkretisierung darstellt. Die spezifische Fragestellung wird mit der Darstellung der Dortmunder Ereignisse in der Endphase der Weimarer Republik und der »Machtergreifung« eingeleitet und untersucht dann verschiedene Gruppen, Formen und Richtungen des politischen Widerstandes, die Resistenz aus christlicher Verantwortung, die rassistischen Maßnahmen wie Zwangssterilisierungen und Euthanasie, die Verfolgung und Ermordung der Dortmunder Juden und die Vernichtungspolitik gegenüber Sinti und Roma. In faszinierender Dichte ist die exemplarische Darstellung und auch Dokumentation von entsprechenden Lebensläufen Dortmunder Bürger gelungen.

Kommt in den Begleitbänden zu lokalen Ausstellungen zur NS-Zeit gewissermaßen schon ein Teil der Varianz der stadtgeschichtlichen Zugänge zum Thema Nationalsozialismus zum Ausdruck, so stehen die Veröffentlichungen ansonsten vor ähnlichen Problemen, die von den hier genannten Beispielen zum Teil unterschiedlich angegangen werden. Das Tübinger Beispiel stellt als »Begleitbuch« eine Mischform zwischen Aufsatzsammlung und Ausstellungsdokumentation dar. Während die zahlreichen kurzen Aufsätze in teilweise außergewöhnlicher Qualität wie bei vielen Aufsatzsammlungen letztlich doch recht unverbunden nebeneinanderstehen, ist die Beschreibung der Ausstellungsobjekte außerordentlich eindrucksvoll. Ausführlich wird jedes der Objekte und Dokumente in den historischen Kontext eingebettet. Die sorgfältig ausgesuchten Objekte sind allesamt abgebildet und verzeichnet. Der treffliche Band über Esslingen ist nach eigenem Anspruch »wichtige Ergänzung« der gleichnamigen Ausstellung, stellt aber eine selbständige Aufsatzsammlung dar, in deren Anhang sich ein Verzeichnis der Ausstellungsobjekte mit kurzen, aber ausreichenden Beschreibungen findet. Allerdings entstammen die Ausstellungsstücke stärker dem »Alltag«, als dies die Artikel widerspiegeln. Der Stuttgarter Band versteht sich als Begleitbuch. Abgesehen von einigen Fotos – »Blicke in die Ausstellung« – und einer kurzen Vorstellung des Ausstellungs-

konzeptes wird auf die Ausstellung selbst nicht weiter eingegangen. Der Dortmunder »Katalog« steht selbständig neben der Ausstellung, die mit denselben Forschungsergebnissen und Dokumenten arbeitet. Ein Katalog kann so als andere Präsentationsform die Themen der Ausstellung vertiefend darstellen. Mit den zahlreichen kommentierten Abbildungen und kurzen einordnenden Texten stellt das Dortmunder Beispiel quasi eine »Ausstellung in Buchform« dar.

Mit dem bezeichnenden Untertitel steht das Tübinger Buch auch für den moralischen Anspruch, den NS-Ausstellungen und dazugehörige Kataloge verfolgen. Er verdeckt hier – anders als bei manchen anderen Produkten – nur selten die Widersprüchlichkeit des NS-Systems, das subtile Zusammenwirken von antidemokratischer Gesinnung, Anpassung und Terror. Allerdings erscheinen die Nationalsozialisten als äußerst zielbewußt – immer schimmert schon die grausame letzte Konsequenz bei den ersten Maßnahmen der Nationalsozialisten, ihrer Wegbereiter und Helfer durch, wobei Tübingen durchgängig als lokale Konkretisierung übergreifender Prozesse und Entscheidungen erscheint. Die (Eigen)Dynamik des NS-Systems wird so nicht recht deutlich. Möglicherweise folgt dies aus der Gliederung, die das »Dritte Reich« selbst zeitlich nicht in unterschiedliche Phasen einteilt. Im Textteil fehlt leider oft die Datierung von Fotos und Dokumenten. Esslingens Veröffentlichung ist eher auf eine objektivierende, wertfreie Darstellung orientiert. In ihr wird auch am wenigsten die »Perspektive des kleinen Mannes« sichtbar. Die Darstellung ist an der kommunalen Politik und ihren Trägern interessiert. Recht subtil geht der Stuttgarter Band vor: Die Beiträge sind um eine objektivierende und eher distanzierte Darstellung von Fakten, Ereignissen und Entwicklungen bemüht. Dabei werden allerdings Originalzitate, verräterische Begriffe der NS-Zeit und Ausschnitte aus Gesprächen mit Zeitzeugen und Betroffenen verwendet, die im Druckbild hervorgehoben sind. Ohne Moralisierungen gelingt es so, das Nachdenken des Lesers zu fördern. Einen wieder anderen Weg beschreitet der Dortmunder Katalog. Während die Darstellung davon geprägt ist, den jeweiligen Wider-

standskämpfern unterschiedlichster Couleur und den verschiedenen Opfern, die als konkrete Menschen mit Gesicht, Namen und Lebensgeschichte vorgestellt werden, gerecht zu werden und ihre »von den Nationalsozialisten geschändete Menschenwürde wiederherzustellen«, richtet der Herausgeber in der Vorbemerkung nicht nur Appelle an die Öffentlichkeit, sondern fordert ganz konkrete Maßnahmen für eine gerechte Entschädigung aller Opfer des nationalsozialistischen Unrechtsstaates sowie die Erinnerung an die »vergessenen« Opfer.

Alle hier vorgestellten Bände bemühen sich um eine populäre Sprache, was auch weitgehend gelungen ist. Dem wissenschaftlich Interessierten werden jedoch die Quellenhinweise für eigenes Weiterarbeiten teilweise dürftig erscheinen. Der Stuttgarter Band mit seiner eher komprimierten und konzentrierten Darstellung sowie seinem guten Anmerkungsapparat dürfte die größten Leseanforderungen stellen. Die Aufsätze über Esslingen und Tübingen zeichnen sich durch gute Lesbarkeit aus, ohne dadurch an Inhalt zu verlieren. Einen recht interessanten Aufbau hat der Dortmunder Katalog, der dann auch den Namen »Katalog« rechtfertigt: In 40 Kapiteln werden verschiedene Widerstands- und Opfergruppen behandelt, wobei jeweils nach einer kurzen einordnenden und zusammenfassenden Einleitung eine ausführliche Text- und Bilddokumentation mit 865 Abbildungen folgt. Je nach Art der Dokumente und ihrer jeweiligen Aussagekraft finden sich Bildunterschriften, mehr oder weniger lange Erläuterungen und Biographien von abgebildeten Persönlichkeiten. Als Begleitband einer stadtgeschichtlichen Ausstellung scheint dies eine Lösung, die zum »Schmökern« einlädt und damit ihrem Zweck, der Ausstellungsergänzung, dient. Gerade bei Begleitbänden zu stadtgeschichtlichen Ausstellungen ist immer eine Gratwanderung zwischen wissenschaftlicher Exaktheit und populärer Darstellung zu vollführen. Ohne jeweils den Anspruch auf eine vollständige Abhandlung des Themas zu erheben, was ja gerade Ausstellungen kaum können, sind alle hier vorgestellten Dokumentationen außerordentlich dicklebig und stellen damit doch erhebliche Anforder-

rungen an den Leser bzw. an die wohl vorrangig angesprochenen Bürger. Auch der Tübinger und der Stuttgarter Band laden durch gelungene Kombination von Text und Bild zu einem selektiven, teilweisen Lesen ein. Die durchschnittlich 20seitigen Aufsätze über Esslingen verlangen etwas mehr Durchhaltevermögen.

In allen Veröffentlichungen finden sich Themen, die in der historischen Forschung selten behandelt werden und erst in den letzten Jahren durch lokale Forschung »entdeckt« wurden, die aber den Nationalsozialismus, seinen verbrecherischen Charakter, den alltäglichen Schrecken und den »normalen Terror« charakterisieren. Neben der Untersuchung von Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bürger, die besonders eindrucksvoll auch anhand akribisch erarbeiteter Biographien dargestellt wird, werden insbesondere auch die »vergessenen Opfer« genannt und deren Schicksal dargestellt. Es finden sich so sorgfältig recherchierte Beiträge zur Zwangssterilisation (Tübingen, Esslingen, Dortmund), zur NS-Justiz (Dortmund, Stuttgart), zur Euthanasie (Dortmund, Stuttgart), zur Vernichtungspolitik gegenüber Sinti und Roma (Dortmund, Tübingen, Stuttgart), zu Zwangsarbeitern (Tübingen, Esslingen, Stuttgart) und zur Wehrmacht im Dienste des Nationalsozialismus (Dortmund, Stuttgart). Vermehrt werden auch spezifische kommunale Politikfelder wie stadtplanerische Initiativen bzw. Bau- und Architekturpolitik (Esslingen, Tübingen, Stuttgart), städtisches Kulturleben (Tübingen, Esslingen) und die lokalen Maßnahmen zur Erhaltung von Maschinenloyalität analysiert.

Gemeinsam ist den hier genannten Katalogen – wie wohl insgesamt auch den entsprechenden Ausstellungen –, daß besonders Biographien als didaktisches Mittel eingesetzt werden, da der Ausstellungsbesucher wie Leser hierbei auf eigenes Wissen und eigene Lebenserfahrungen zurückgreifen kann, was Identifikation mit den historisch Handelnden und Leidenden ermöglicht. Individuelle, aber repräsentative Biographien entsprechen zudem einer Charakteristik nationalsozialistischer Herrschaft: Durch die Zerschlagung der nicht-nationalsozialistischen Organisationsformen, den Terror, die Zerstörung

von Solidarität und die Verfolgung unangepaßten Verhaltens wurde eine Vereinzelung des Individuums erzeugt. Der Tübinger Katalog enthält mehrere hervorragende biographische Beiträge. Ebenso finden sich im Stuttgarter Band verschiedene, meist recht knappe Biographien, überwiegend zu Spitzenvertretern des »Dritten Reiches«. Über einen ausführlichen biographischen Anhang verfügt der Esslinger Band. Die Dortmunder Untersuchung zum Widerstand in der Ruhrgebietsstadt muß notwendigerweise ihre »Fälle« am Schicksal der Betroffenen schildern.

Während die Beiträge über Esslingen die jeweilige lokale Geschichte als Beispiel oder Illustration reichsweiter Entwicklungen und Trends darstellen oder lokale Besonderheiten hervorheben und ähnliches Vorgehen auch im Tübinger Beispiel festzustellen ist, ist insbesondere die Dortmunder Untersuchung vorrangig lokal orientiert. Hier geht es zuerst um die individuelle Stadtgeschichte und weniger um deren Einbettung in eine überregionale Geschichte. Im Stuttgarter Sammelband gehen die zahlreichen Beiträge unterschiedlich vor. Die Feststellungen über die lokale Konkretisierung überregionaler Entwicklungen und die Spezifik lokaler Initiativen sind wichtige, eigenständige Resultate der stadthistorischen Untersuchungen. Sie liefern die Grundlagen für vergleichende Fragestellungen, die die Region, das Land und die reichsweite Entwicklung einbeziehen. Die hier vorgestellten Veröffentlichungen belegen, wie schon angedeutet, daß Stadtgeschichtsforschung neue Fragestellungen entwickeln oder auch bisherige Forschungsergebnisse korrigieren kann.

Die Veröffentlichungen über die württembergischen Städte nutzen das in den letzten Jahren beliebte Mittel des lebensgeschichtlichen Interviews bzw. dessen Verwendung als Quelle zum Thema subjektiver Lebenserfahrungen. Den Dortmunder Forschungsergebnissen und den Abbildungen liegen offensichtlich zahlreiche Gespräche zugrunde, ohne daß ausdrücklich mit Interviews gearbeitet würde. Beim Esslinger Band wäre eine Kommentierung der abgedruckten Erinnerungen von Betroffenen bzw. lokalen Honoratioren wünschenswert gewesen.

Wie leider bei vielen vergleichbaren Ausstel-

lungsdokumentationen fehlen besonders im Falle Tübingen die Nennung wichtiger Sozialstrukturdaten, Informationen über die wirtschaftliche Situation und sogar Wahldaten. Der Begleitband der Esslinger Ausstellung liefert diese Grundlagen in zwei Beiträgen für die Endphase der Weimarer Republik in konzentrierter Form. Auch der Dortmunder Katalog bringt diese Informationen, während sie im Stuttgarter Fall nur verstreut zu finden sind. Das Fehlen oder die sehr knappe Darstellung von Strukturdaten ist symptomatisch, denn stadthistorische Untersuchungen vernachlässigen gerade diese für eine Strukturgeschichte unerläßlichen Daten leider allzu oft. Um mit Hilfe vergleichender Fragestellungen Stadtgeschichte, Sozialgeschichte und Strukturgeschichte miteinander zu verkoppeln, bedarf es gerade hier größerer Anstrengungen. Das Gegenstück zur Vernachlässigung der strukturellen Dimension ist eine deutlich ereignisgeschichtliche Orientierung, die oft mit der biographischen Perspektive in Verbindung steht. Geschichte und besonders Stadtgeschichte, die sich auch an eine lokale Öffentlichkeit wendet, bedarf gerade dieser ereignisgeschichtlichen Konkretisierung. Allerdings ist es dann immer wieder schwierig, die bereits angesprochene Einbindung in überregionale Zusammenhänge sinnvoll zu vermitteln.

Mit Hilfe der Biographien lösen Ausstellungen und ihre Begleitbände – stärker als die wissenschaftliche Literatur – die oft allzu starren Epochengrenzen von 1933 und 1945 auf. Die Verfolgung von Biographien zwingt zur Betrachtung längerer Zeiträume über die Brüche der politischen Geschichte hinweg. Gerade in der Stadtgeschichte erscheint es den Verfassern wohl notwendig, auch die Vor- bzw. die Nachgeschichte lokaler Ereignisse darzulegen. Daß damit durchaus ein Erkenntnisgewinn verknüpft ist, zeigt sich prägnant beispielsweise an der Kontinuität der Verwaltungselite. Dagegen wird die Kontinuität der politischen Elite durch den Nationalsozialismus unterbrochen, man beginnt 1945 personell und programmatisch da, wo 1933 aufgehört wurde. Der Stuttgarter Band macht auch die Folgen des Krieges nach dessen Ende deutlich. Noch selten ist ein betriebsgeschichtlicher

Zugang bzw. die Einbeziehung der Arbeitssphäre in die stadthistorischen Untersuchungen, zumal Wohnbereich bzw. Quartierbildung oft mit dem Arbeitsplatz verbunden waren und möglicherweise sich gerade am Arbeitsplatz Elemente von Kontinuität finden lassen, die im Gegensatz zur bruchhafter verlaufenden Politikgeschichte stehen. Der Aufsatz über die Maschinenfabrik Esslingen ist höchstens ein Anfang.

Bei der Beschreibung der verbrecherischen Maßnahmen im Nationalsozialismus bleibt es immer noch zu sehr bei einer Reproduktion der reichsweiten Geschichte. Die lokale Zustimmung, der lokale vorauseilende Gehorsam und die Tatsache, daß diese Taten jeweils vor Ort von vielen konkreten Menschen vorbereitet, durchgeführt und gesehen wurden, kommt zu kurz. Zwar gibt es immer wieder mehr oder weniger moralisierende Bemerkungen und Vermutungen über den Wissensstand der Bevölkerung über die Verbrechen, doch die Täter werden immer noch selten sichtbar. Werden Täterbiographien vorgestellt, dann sind es die der großen, nicht die der vielen kleinen. Es waren nicht die wenigen, die menschlich handelten, widerstanden oder von den Nationalsozialisten (zu Recht oder zu Unrecht) als ihre Gegner verfolgt wurden, charakteristisch für den Nationalsozialismus, sondern die vielen, die wegsahen, nichts wissen wollten, sich gaffend beteiligten oder in vielfältigsten Formen mithalfen. Besonders der Stuttgarter Band zeigt, daß diese Tatsache auch objektivierend belegt werden kann.

Die Betrachtung der vier insgesamt sehr informativen und mit hohem Aufwand erarbeiteten Begleitbücher zu stadthistorischen Ausstellungen dokumentiert, daß es bei der Erforschung des »Dritten Reiches« noch eine ganze Reihe nicht ausreichend aufgearbeiteter Fragestellungen gibt. Und gerade weil das so ist, erfüllen die stadthistorischen Untersuchungen eine wichtige Aufgabe. Nicht nur zu der hier angesprochenen Epoche sind die Möglichkeiten der stadthistorischen Forschungsperspektiven noch keineswegs »ausgereizt«.

Autoren

STEFAN GOCH; Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bochum; Promotion 1987; wiss. Mitarbeiter beim Institut für Stadtgeschichte in Gelsenkirchen.

BARBARA HAMMERSCHMITT studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Stuttgart; derzeit Promotion über Schorndorf zur Zeit des Nationalsozialismus.

TILMAN HARLANDER promovierte 1978 über die regionale Entwicklungspolitik in der Emilia-Romana. Akademischer Oberrat an der RWTH Aachen.

EBERHARD JÄCKEL ist Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität Stuttgart. Mitherausgeber dieser Zeitschrift.

ROLAND MÜLLER promovierte an der Universität Stuttgart mit der Arbeit »Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus«. Archivrat am Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

JOACHIM SCHERRIEBLE studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Stuttgart; derzeit Promotion über Reichenbach/F. zur Zeit des Nationalsozialismus.

BENIGNA SCHÖNHAGEN promovierte an der Universität Stuttgart mit der Arbeit »Tübingen unterm Hakenkreuz«; seither Durchführung verschiedener Ausstellungsprojekte in Stuttgart und Tübingen.

DIRK SCHUBERT ist Akad. Oberrat an der TU Hamburg-Harburg; Arbeitsschwerpunkte Stadtbaugeschichte und Stadterneuerung; derzeit Gastprofessur an der GHS Kassel.

HANS SCHULTHEISS promoviert über den Fall Brettheim und seine Nachkriegsprozesse. Wiss. Ang. beim Museum der Stadt Waiblingen; Schriftleitung dieser Zeitschrift.

ISABELL SPRENGER studierte Geschichte und Germanistik in Düsseldorf und Stuttgart; derzeit Promotion zur Geschichte des Konzentrationslagers Groß-Rosen.

THOMAS STÖCKLE studiert Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart.

GERHARD F. VOLKMER studierte Kerntechnik, später Geschichte und Psychologie an der Universität Tübingen. Veröffentlichte die Studie über »Ostjudentum und Ostforschung 1933 bis 1945«.

HORST ZECHA studierte Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft an der Universität Tübingen; derzeit Promotion über Sindelfingen zur Zeit des Nationalsozialismus. Seit 1990 Leiter des Sindelfinger Stadtmuseums.

Besprechungen

ELMAR GASTEN, *Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 bis 1944 (Europäische Hochschulschriften Reihe 3, Bd. 541), Frankfurt a.M.: Lang 1993, 379 S., DM 89,-.*

Aachen ist die Stadt in Deutschland, in der die nationalsozialistische Diktatur am frühesten zusammenbrach. Mit dem Einmarsch amerikanischer Truppen begann am 21. Oktober 1944 in der westlichsten Stadt Deutschlands die Nachkriegszeit. In der vorliegenden Studie, die 1990 als Dissertation an der Universität Köln angenommen wurde, beschreibt Gasten neben den Anfängen der NSDAP, einzelnen Aspekten ihrer Herrschaft und der Mitgliederstruktur der Aachener NSDAP die wirtschaftliche Entwicklung und das Verhältnis von Partei und Staat zu den beiden christlichen Kirchen.

An dieser Gliederung wirkt freilich mißverständlich, daß das dritte Hauptkapitel die Überschrift »Zehn (!) Jahre nationalsozialistischer Herrschaft in Aachen« trägt. Sollte das NS-Regime in Aachen vielleicht schon Anfang 1943 untergegangen sein? Dies war nicht der Fall. Vielmehr beruht der anfängliche Fehlschluß darauf, daß Gasten die Zeitspanne der nationalsozialistischen Herrschaft unverständlicherweise mit der Niederschlagung des angeblichen Röhm-Putsches am 30. Juni 1934 beginnen läßt. Bis dahin habe sich das NS-System in einer Konsolidierungsphase befunden. Mit Blick auf die lokalen Verhältnisse kann jedoch von einer solch langen Stabilisierungszeit nicht gesprochen werden, denn mit der Selbstauflösung der Parteien, dem Revirement in den Behörden und der Gleichschaltungswelle war die Herrschaft der NSDAP im Laufe des Jahres 1933 auf städtischer Ebene unangefochten. Im Stadtrat hatten die Nationalsozialisten von Anfang an leichtes Spiel, weil

sich das Zentrum als stärkste Fraktion »fast bedingungslos dem neuen Kurs unterwarf« (S. 64) und schon in der ersten Ratssitzung geschlossen der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Hitler zustimmte, während die Stadtverordneten der SPD dagegen stimmten. Nicht verständlich ist, weshalb Gasten in diesem Zusammenhang den von ihm benutzten Begriff Anbiederung in Anführungszeichen setzt. Wenn er in diesem Verhalten keine Anbiederung sieht, hätte er einen anderen Begriff verwenden müssen. Gasten zeichnet den neuen nationalsozialistischen Oberbürgermeister Jansen, wenngleich alter Kämpfer seit 1928 und Kriegsparteirichter, als Gefangenen der Partei, dem vielfach »die Hände gebunden« gewesen seien (S. 67). So behauptet Gasten, daß der Aachener Oberbürgermeister »bei wichtigen Anlässen Reden zu halten hatte, die aus der Feder des Gauleiters stammten« (ebda). Einziger Beleg für seine Annahme ist eine Aussage des angeklagten Oberbürgermeisters während des nach Kriegsende durchgeführten Synagogenbrandprozesses. Diese mit Vorsicht zu behandelnde Quelle wird nicht kritisch erörtert. Leider wird der Leser nicht in die Lage versetzt, sich ein eigenes Urteil über den Oberbürgermeister bilden zu können, weil die Schilderung seiner Amtsführung nur schemenhaft ist.

Es sei dahingestellt, ob es sinnvoll ist, der Analyse einer parteistatistischen Erhebung von 1939 ein eigenes Hauptkapitel mit einem Umfang von immerhin 58 Seiten zu widmen. Die Befunde bestätigen jedenfalls zu einem beträchtlichen Teil längst Bekanntes, so z. B., daß Beamte, Angestellte und Selbständige in der Partei mehr oder weniger überrepräsentiert waren. Während Gasten hier mehr als ausführlich schreibt und dabei auch Allgemeinplätze wie: »Die Arbeiterschaft war kein monolithischer Block, der geschlossen abstimmte« (S. 199) und die NSDAP

sei keine reine Mittelstandsbewegung gewesen, wiedergibt, blendet er andererseits den sicherlich auch für Aachen nicht unwichtigen Themenbereich Verfolgung und Widerstand der Arbeiterbewegung weitgehend aus. Er begründet seine Entscheidung mit zwei Argumenten: Erstens habe sich die lokale Geschichtsschreibung »zum Teil in einem solchen Maße [auf den Bereich Widerstand und Verfolgung] reduziert, daß hier wohl von einem Irrweg gesprochen werden« könne (S. 14). Gasten übersieht hierbei anscheinend, daß sich das Forschungsinteresse auf örtlicher Ebene seit den achtziger Jahren erheblich erweitert hat und das Thema Widerstand und Verfolgung entheroisiert und sozusagen auf sein Normalmaß zurückgefahren wurde. Wenn Gasten den Arbeiterwiderstand seinerseits nahezu völlig ausklammert, läßt er das Pendel genau in die entgegengesetzte Richtung ausschlagen. Als zweiten Grund für seine Entscheidung führt er an, die verfolgten Widerstandskämpfer hätten relativ leicht ins benachbarte Ausland fliehen und von dort aus ihre Untergrundarbeit organisieren können. Deshalb sollten die Widerstandsaktivitäten seiner Meinung nach besser in größerem Zusammenhang dargestellt werden. Gerade wegen der exponierten Lage der Stadt wäre es für den Leser interessant gewesen zu erfahren, ob und in welchem Umfang Aachen Umschlagplatz für illegale Aktionen war und mit welchen Mitteln die Gestapo auf diese Situation reagierte.

Durch die Ausklammerung des Arbeiterwiderstandes und die gleichzeitige ausführliche Darstellung der katholischen Regimegegnerschaft entsteht der Eindruck einer gewissen Schiefelage. Mit demselben Argument, daß es besser sei, die Geschichte des Arbeiterwiderstandes in der gesamten Grenzregion zu untersuchen, hätte Gasten sich auch dafür entscheiden können, das Verhalten der katholischen Kirche nicht in seiner stadsgeschichtlichen Untersuchung zu behandeln, sondern einer Studie auf der Ebene des Bistums Aachen vorzubehalten. Dies hat er aus guten Gründen nicht getan, weil ansonsten ein wichtiger Aspekt der NS-Zeit auf lokaler Ebene ausgelassen worden wäre. Aber ebensowenig kann eine stadsgeschichtliche Arbeit über den

Nationalsozialismus die Geschichte des örtlichen Arbeiterwiderstands unberücksichtigt lassen, zumal Aachen eine Industriestadt war, in der 1933 55 Prozent der Erwerbstätigen Arbeiter waren und die beiden Linksparteien bei der Reichstagswahl im November 1932 zusammen 30,8 Prozent der Stimmen erhalten haben.

Ohne Zweifel hatten die Nationalsozialisten in der Stadt Aachen, deren Bevölkerung zu etwa 90 Prozent katholisch war, beträchtliche Schwierigkeiten, das Vertrauen großer Teile der Bevölkerung zu gewinnen. Vielfach trafen sie auf keine sicht- und greifbaren Gegner, sondern fanden nur Unzufriedenheit und Desinteresse am NS-Staat vor. Offen zu Tage trat diese Gesinnungsopposition nur in seltenen Fällen, so z. B. während der Aachener Heiligtumsfahrt im Jahre 1937. »Der massenhafte Zustrom der Gläubigen« war, wie Gasten zu Recht betont, eine »öffentliche Demonstration der Treue zur Kirche«, und sie richtete sich gleichzeitig gegen das NS-Regime (S. 310). Ob allerdings den Predigten auf der Aachener Heiligtumsfahrt wirklich nur, wie Gasten meint, der »Funke im Pulverfaß« gefehlt habe, »um die Widerstandsbebereitschaft in offene Rebellion umschlagen zu lassen« (S. 311), erscheint schwer vorstellbar. Solch eine Empörung hätte kaum dem Wesen der katholischen Resistenz entsprochen, die sich, wie Klaus Schönhoven für Bayern feststellt hat, durchweg als »atmosphärische Regimefeindschaft« (Versamlungs- und Spendenmüdigkeit, Desinteresse an Veranstaltungen, Nörgeleien u. ä.) »unterhalb der Schwelle des organisierten Gegenhandelns« äußerte.

Eine zweite wichtige Ursache für den eher unterdurchschnittlichen Enthusiasmus der Aachener Bevölkerung sieht Gasten mit Recht in der schleppenden wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Grenzregion nach 1933. So wurde etwa der Aachener Kohlenbergbau gegenüber dem Ruhrbergbau durch Festlegung von Förderquoten benachteiligt. Von (Rüstungs-)Aufträgen staatlicher Stellen war Aachen so gut wie ausgeklammert, weil es bis 1936 zur entmilitarisierten Zone und danach zum gefährdeten Grenzgebiet gehörte. Auf dem Arbeitsmarkt wirkte sich diese Entwicklung lange Zeit durch höhere Ar-

beitslosigkeit und Abwanderung von Arbeitskräften in andere Industriegebiete aus. Erst der volkswirtschaftlich unsinnige Westwallbau in den Jahren 1938/39 brachte annähernd die Vollbeschäftigung. Auch bei der Beschreibung der Wirtschaftslage hätten, so ist kritisch anzumerken, sicherlich Verknüpfungspunkte zum Thema Arbeiterwiderstand bestanden.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß Gastens Arbeit einige wichtige Bausteine für die weitere Erforschung der NS-Zeit in Aachen liefert.

Rösrath

Johann Paul

NORBERT SAHRHAGE, *Bünde zwischen »Machtergreifung« und Entnazifizierung. Geschichte einer westfälischen Kleinstadt von 1929 bis 1953, Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte 1991, 100 Abb., 366 S., DM 38,-.*

»Da ist nicht Jazz, da ist nicht Schimmy und Rumba. Da wird deutsche Musik gepflegt, da werden deutsche Lieder gesungen, da werden deutsche Volkstänze getanzt.« Mit dieser Pressemitteilung ermunterten die Bänder Nationalsozialisten im April 1932 Interessenten zum Besuch des »Deutschen Abends« (S. 74). Ihre deutschtümelnde Propaganda fiel in der protestantisch-konservativen Kleinstadt Bünde in Ostwestfalen auf fruchtbaren Boden.

In einer sorgfältig recherchierten Studie analysiert Sahrhage die Bedingungen für die Entfaltung des Nationalsozialismus in Bünde und den umliegenden Gemeinden; er geht dann auf wichtige Felder der Entwicklung von 1933 bis 1945 ein und erörtert schließlich die vom Forschungsinteresse her besonders reizvolle Frage des Umgangs mit dem Nationalsozialismus in den Nachkriegsjahren. Allerdings stören die zeitlichen Unstimmigkeiten zwischen Ober- und Untertitel. Trotz beachtlicher Erfolge in der Auflösungsphase der Weimarer Republik (die NSDAP erhielt in Bünde schon bei der Reichstagswahl am 14. 9. 1930 37,3% der Stimmen) übernahmen die Nationalsozialisten auch im Bänder Rathaus erst 1933 die Macht. Die Entnazifizierung, end-

gültig zwar erst durch ein Landesgesetz vom 5. 2. 1952 abgewickelt, erregte Anfang der fünfziger Jahre nicht mehr die Gemüter in der Stadt, zumal die örtlichen Entnazifizierungsausschüsse schon im Frühjahr 1948 ihre Tätigkeit eingestellt hatten.

Die Zigarrenstadt Bünde, die in den »goldenen zwanziger Jahren« unter einer instabilen Konjunktur mit einem beträchtlichen Grundstock an Arbeitslosen litt, wurde in der Weltwirtschaftskrise ein besonderes Opfer der Brüning-schen Notverordnungspolitik. Eine im Dezember 1930 verordnete Erhöhung der Bänderolsteuer und Einfuhrzölle auf Rohtabak vergrößerte die Misere der Zigarrenfabriken. Politische Nutznießer der sich zuspitzenden wirtschaftlichen und politischen Krise waren eindeutig die Nationalsozialisten. Ihnen strömten vor allem viele bisherige Nichtwähler und Sympathisanten bürgerlicher Parteien zu. Wenngleich in Ansätzen eine Bewegung mit Volkspartei-charakter, stellte das nationalgesinnte Bänder Bürger-tum die »Hauptrekrutierungsbasis der NSDAP« dar (S. 92).

Nach der Kommunalwahl vom 12. 3. 1933 besaßen die Nationalsozialisten im Bänder Stadtrat die absolute Mehrheit. Indes verlief der Umbau der Verwaltung nicht ganz zu ihrer Zufriedenheit, denn der bisherige, von lokalen Parteifunktionären als »politisches Schaukelpferd« (Zitat, S. 124) verspottete Bürgermeister Dr. Richard Moes konnte mit Rückendeckung höherer staatlicher und Parteistellen seinen Posten behaupten und durch Nachgiebigkeit insbesondere in der Personalpolitik begrenzte Handlungsspielräume in der Kommunalverwaltung bewahren. Ein Zerwürfnis mit dem Landrat und seine frühere Zugehörigkeit zu den Freimaurern sorgten dafür, daß seine Amtszeit 1937 nicht verlängert wurde. Eingehend schildert Sahrhage sowohl die Entwicklung von NS-Organisationen als auch den Konflikt zwischen Bekennender Kirche und Deutschen Christen und die Diskriminierung und Verfolgung der Juden in Bünde. Knapper handelt er den Alltag der Bevölkerung in der NS-Zeit, Formen der Resistenz und die Lage der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen ab.

Im Abschnitt über die Nachkriegszeit, die sich im Spannungsfeld von »Neubeginn« und »Kontinuität« bewegte, wendet sich der Verfasser neben dem Neuaufbau der kommunalen Selbstverwaltung, der wirtschaftlichen Entwicklung und der mühsamen Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen vor allem der Entnazifizierung, Wiedergutmachung und dem Anfang der fünfziger Jahre in Heimatfesten zum Ausdruck kommenden historisch-politischen Bewußtsein zu. Die von den Amerikanern und Briten mit viel gutem Willen in Gang gesetzte Entnazifizierung scheiterte nicht nur am Schematismus des Verfahrens, sondern auch an der in großen Teilen der Bevölkerung fehlenden Bereitschaft, sich kritisch mit der eigenen Rolle in der NS-Zeit zu befassen. Ebenso deuten Entscheidungen, wie die der Bündler SPD vom 28. 6. 1947, »daß man in Zukunft alle solche ehemaligen Mitglieder der NSDAP in die Partei aufnehmen wolle, die sich anständig und loyal benommen hätten und keine Verbrecher seien« (Zitat, S. 257), auf eine wachsende Schlußstrichmentalität vor Ort hin. In dieses Bild paßt schließlich, daß der von 1937 bis 1945 amtierende Bürgermeister, ein »alter Kämpfer«, bei der Eröffnung der Elfhundertjahrfeier im Juni 1953 als Redner auftreten durfte und bis auf einen Gewerkschaftssekretär kein Verantwortlicher in Bünde daran Anstoß nahm.

Sahrhages sachkundige und ausgezeichnete Zusammengefaßte Darstellung ist ein Baustein, der zur Auffüllung der immer noch beträchtlichen Wissenslücke über den Nationalsozialismus in Kleinstädten beiträgt.

Rösrath

Johann Paul

REINHILD KAPPES, ... *und in Singen gab es keine Juden? Eine Dokumentation*, hrsg. vom Kulturamt der Stadt Singen, Sigmaringen: Thorbecke 1991, 112 S., 50 Abb., DM 20,-.

Jacob Kahn, ein »Halbjude«, stellte sich, gerade erst aus dem KZ zurückgekehrt, für den politischen Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« zur Verfügung und

übernahm sogar das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters. Als er 1948 starb, erinnerte keiner der ehrenden Nachrufe an die Diskriminierungen, die Kahn hatte erleiden müssen, von einer Verfolgung der Juden war nicht die Rede. 1963 antwortete das Singener Bürgermeisteramt auf Fragen der Landesarchivdirektion nach dem Schicksal der Juden im »Dritten Reich«, darüber sei nichts bekannt. Dies ist typische Beispiel für den Umgang mit der Vergangenheit, für die Verdrängung dessen, was in der Zeit des Nationalsozialismus geschah. Lange Jahre schien es so, als habe es in Singen keine Juden gegeben und als hätten Singener Bürger nichts mit den Verbrechen gegen die Juden zu tun.

Reinhild Kappes, Stadtarchivarin in Singen, hat anlässlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 diese Mauer des Schweigens durchbrochen und legt nun hier ihre in detektivischer Kleinarbeit zusammengetragenen Forschungsergebnisse in erweiterter Form vor. Das älteste Schriftstück, das sich erhalten hat und von Juden in Singen spricht, stammt aus dem Jahre 1670. Allerdings wuchs von da an der jüdische Bevölkerungsanteil keineswegs kontinuierlich an. Zwischen 1694 und 1807 lebten vermutlich überhaupt keine Juden in der Stadt. Erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts stieg dann die Zahl jüdischer Einwohner ständig an. In den zwanziger Jahren richteten sie sich sogar einen eigenen Betsaal ein.

Antisemitische Tendenzen waren schon vor 1933 spürbar und verstärkten sich dann. Die Hetze richtete sich vor allem gegen die jüdischen Inhaber wichtiger Geschäfte. Deutlich kamen jüdenfeindliche Einstellungen in mehreren Fastnachtsumzügen zum Ausdruck, die in makabrer Weise das Schicksal der Juden vorwegnahmen. Die »Reichskristallnacht« blieb in Singen ohne Folgen, weil es bereits nur noch Geschäfte in »arischem« Besitz gab. Detailreich und anschaulich berichtet Reinhild Kappes über die Geschichte der Geschäftshäuser, die von Juden gegründet und geleitet worden waren, über die Art und Weise ihres Verkaufs sowie über den weiteren Lebensweg der früheren Inhaber und derjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Stelle verloren hatten, weil sie Juden waren. Als

am 22. Oktober 1940 der Transport von Juden, die nach Gurs in den Pyrenäen – und später vielfach weiter nach Auschwitz – deportiert werden sollten, in Singen haltmachten, kamen zwar keine Juden aus der Stadt dazu – es wohnten hier keine mehr –, aber unter denen, die in einer Turnhalle zusammengepfercht wurden, befanden sich mehrere ehemalige Einwohner. Unter den Nachstellungen und Demütigungen der Nazis hatten schließlich auch die »Halbjuden« zu leiden. Eindringlich zeichnet Frau Kappes darüber hinaus nach, wie für viele flüchtende Juden Singen zur Zwischenstation wurde: für einen erfolgreichen Übertritt in die Schweiz oder für Verhaftung und Tod. Wer ihnen half – etwa Pfarrer von Singen und Wiechs –, mußte dafür schwer büßen.

Das Buch ist ein Zeugnis der Erinnerung, ein Zeichen gegen Vergessen-Wollen und Verdrängen, das über Singen hinaus Beachtung verdient.

Basel

Heiko Haumann

WOLFGANG SCHÄCHE, *Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945. Planen und Bauen unter der Ägide der Stadtverwaltung (Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin)*, Berlin: Gebrüder Mann Verlag 1992, 655 Seiten, Abb., Pläne, DM 190,-.

Mit dieser Publikation wird eine flächendeckende und möglichst lückenlose bau- und planungsgeschichtliche Darstellung und Analyse der Berliner Entwicklung im Nationalsozialismus angestrebt. Zunächst wird dabei die Rolle von Architektur und Städtebau im Nationalsozialismus am Beispiel Berlins ausgeführt, es folgt ein Katalogteil mit der Untersuchung und Dokumentation von räumlichen Planungsbereichen und schließlich die Dokumentation von Einzelobjekten, ohne Bindungen an einen übergeordneten Planungsbereich, wie Wehrmachtbauten, Industriebauten, Büro-Verwaltungs- und Bankgebäude sowie Wohnsiedlungen und Wohnungsbauten. Der Katalogteil umfaßt mehr als hundert Einzelbeispiele, die mit Plänen, Fotos und ei-

nem Textteil beschrieben werden. Im umfangreichen Anhang werden schließlich noch relevante Dokumente vorgestellt. Die Arbeit basiert auf einer breiten Basis von Primärquellen, einer Literaturlauswertung, der Erschließung von Privatarchiven sowie der Befragung von Zeitzeugen.

Es geht dabei um den Anteil des Planens und Bauens zwischen 1933 und 1945, für den die Berliner Stadtverwaltung zuständig war. Die Arbeiten und Planungen des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt Berlin (GBI), Albert Speer, sind nicht Bestandteil der Untersuchung. So verdienstvoll es einerseits auch ist, sich von den ideologischen und propagandistischen Aspekten der Hauptstadtplanungen in Berlin, wie sie mit den Speerschen Planungen impliziert waren, (endlich) zu lösen, so bleibt der Versuch der Ausklammerung dieser Planungen dennoch problematisch. Die Planungen des GBI haben lange und einseitig die Rezeption des Planungs- und Baugeschehens im Nationalsozialismus nicht nur bezogen auf Berlin beeinflusst, so daß häufig Plänen und Bauen im Nationalsozialismus mit den Speer'schen Planungen und Bauten gleichgesetzt wurden. Speer hatte ab 1936 einen zunehmend wachsenden Einfluß auf das Architektur- und Planungsgeschehen, der sich von direkten Eingriffen bei Wettbewerben über subtilere Formen der Beeinflussung und Steuerung von Publikationen bis hin zu Interventionen über Hitler erstreckte. Mit der 1942 vollzogenen Ernennung Speers zum Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion verschmolzen Architektur und Stadtplanung personell vollends mit den nationalsozialistischen Kriegszielen. »Die Architektur hatte zu diesem Zeitpunkt ihre Schuldigkeit getan. Sie fand im Krieg ihre Fortsetzung« (S. 81). Nicht nur in Berlin, auch in anderen Städten hatten sich besonders Architekten und Ingenieure als gute Manager profiliert.

Nicht nur die provozierenden Thesen des postmodernen Architekten Leon Krier, auch die Wiederveröffentlichung der (architektonischen) Arbeiten Albert Speers belebten eine Diskussion, die auf der ästhetischen Oberfläche verblieb und »nur« architektonische Qualitäten thematisierte. Ohne zwischen den unterschiedlichen

Bauaufgaben (Wohnungsbau, Industriebau, Monumentalbauten etc.) und damit verbundenen Architektursprachen zu differenzieren, haben bisher auch viele Bauhistoriker nach *dem* nationalsozialistischen Architekturstil gefahndet und dabei Ideologie und Propaganda für Realität gehalten. In diesem Band werden nicht derartige Vorurteile wiederholt, sondern aufgrund von Quellen- und Aktenstudium wird versucht, die vollständige damalige Realität der geplanten und gebauten Architektur zu dokumentieren. Die Darstellung des Forschungsstandes zur nationalsozialistischen Architektur und Stadtplanung ist dabei allerdings berlinlastig. Andere lokale Forschungsergebnisse sind nur bruchstückhaft eingearbeitet. Vor allem bleibt die internationale Ebene vollkommen ausgeblendet, aber gerade hier hätte ein Vergleich faschistischer Architekturen eine bessere Einordnung und Relativierung der Berliner Bau- und Planungstätigkeit ermöglicht.

Die Arbeit bildet einen wertvollen Beitrag zur bisherigen Tabuisierung auch der Planungs- und

Baugeschichte des Nationalsozialismus in Berlin. Nach der Phase »Bewältigung durch Verschweigen« und dem folgenden Abschnitt der »Bewältigung durch Verdrängung« bildet die Arbeit nun einen Beitrag zur »Bewältigung durch Aufarbeitung«. Schäche analysiert dabei allerdings nicht mehr die Frage von Zäsuren und Brüchen, sondern geht explizit von Kontinuität als Untersuchungsvoraussetzung aus. Für eine, die lokalen Besonderheiten reflektierende, auf Quellenstudium gestützte und die verschiedenen Bau- und Planungsaufgaben berücksichtigende Zusammenfassung von Forschungsergebnissen zur nationalsozialistischen Architektur und zum Städtebau ist mit dieser Arbeit ein weiterer Meilenstein gelegt. Mit der breiten Inventarisierung, dem Personenregister und Ortsregister bildet der Band eine nicht verzichtbare Quelle, zu der man sich bald ergänzend die Untersuchung der Speerschen Planungen wünschen würde.

Kassel

Dirk Schubert



Birgit Knorr/Rosemarie Wehling (Hrsg.)

Frauen im deutschen Südwesten

1993. 309 Seiten mit 31 Abb. Leinen
DM 39,80/öS 311,-/sFr 41,-
ISBN 3-17-012089-1
Schriften zur politischen Landeskunde
Baden-Württembergs; Band 20

Diese regionalgeschichtlich ausgerichtete Biographiensammlung dokumentiert Leben und Werk von über 30 Frauen aus dem Südwesten Deutschlands, „die sich in den beiden letzten Jahrhunderten in verschiedenen Tätigkeits- und Lebensbereichen einen Namen gemacht haben“. Die sachkundig verfaßten Kurzbiographien geben einen Einblick in den Ende des 18. Jahrhunderts beginnenden Prozeß der Frauenemanzipation. Ein lesenswerter Band über Frauen von gestern, geschrieben für Frauen von heute.

ekz-Informationsdienst

Baden-Württembergische Biographien



Uwe Jens Wandel (Bearb.)

Lebens- und Leidensweg des M. Johann Gerhard Ramsler Specials zu Freudenstadt

Die Lebenserinnerungen eines württembergischen Landpfarrers (1635 – 1703)
1993. 129 Seiten mit 10 Abb. und genealogischer Tafel. Leinen
DM 32,-/öS 250,-/sFr 33,20
ISBN 3-17-012566-4
Lebendige Vergangenheit; Band 15

Der Verfasser schildert eine Jugend voll Not und Gefahren, berichtet über evangelische Klosterschulen, das Studium am Tübinger Stift und die Arbeit, Mühsal und Erlebnisse als Vikar, Pfarrer und Dekan. Er erzählt von wunderlichen Mitmenschen, seltsamen Naturereignissen und mancherlei Abenteuern – Alltags- und Kulturgeschichte aus erster Hand.

Verlag W. Kohlhammer
70549 Stuttgart